This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

UC-NRLF
$B 89 700

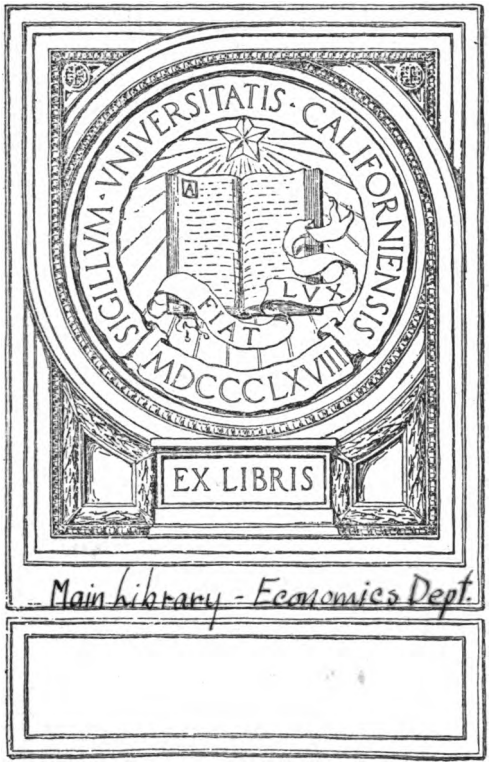
Gustav Stolper

Deutsch-Oesterreich als Sozial- und Wirtschafts-Problem

DM V

JOST

Digitized by Google



Main Library - Economics Dept.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

BÜCHEREI FÜR POLITIK UND GESCHICHTE
DES DREI MASKEN VERLAGES

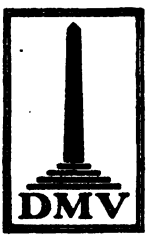
STOLPER / DEUTSCHÖSTERREICH

Digitized by Google

Digitized by Google

DR. GUSTAV STOLPER

DEUTSCHÖSTERREICH ALS SOZIAL- UND WIRTSCHAFTS-PROBLEM



1 9 2 1

DREI MASKEN VERLAG MÜNCHEN

Digitized by Google

HC265
S7

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

COPYRIGHT 1921
BY DREI MASKEN VERLAG G.M.B.H.
MÜNCHEN

Main Library - Econ - Dept.

Druck von J. N. Vernay. Wien, IX.

Digitized by Google

DEM ANDENKEN

FRIEDRICH NAUMANNS

GEWIDMET

483251

Digitized by Google

Digitized by Google

VORWORT

Digitized by Google

Digitized by Google

Dieses Buch ist aus einer zusammenhängenden Aufsatzfolge im „Österreichischen Volkswirt“ hervorgegangen, die in der Zeit vom Oktober 1919 bis zum April 1920 erschien. Die Buchausgabe dieser Aufsätze darf nicht einfach zu einem Sonderabdruck werden. Sie macht eine andere Gliederung des Stoffes, aber auch an zahlreichen Stellen eine Um- und Ausgestaltung notwendig. In der Aufsatzreihe des „Österreichischen Volkswirt“ konnte vieles ungesagt bleiben, was ich als Herausgeber dieser Zeitschrift bei wiederholten anderen Gelegenheiten sagen konnte und gesagt hatte. In dem Rahmen, in dem die Aufsätze erschienen, hatte der politische und soziale Hintergrund der Darstellung seine bestimmte und bekannte Farbe. Aus diesem Rahmen herausgenommen, mußte die Darstellung durch ihre eigene Färbung ihren früheren Hintergrund entbehrlich machen. Das gilt vor allem von dem Grundproblem der deutschösterreichischen Zukunft, das in der Alternative: Anschluß an Deutschland oder Donauföderation beschlossen ist, von der in jener Artikelfolge mit keinem Wort die Rede war.

Die vorliegende Arbeit ist nicht entstanden, um etwas zu „beweisen“. Sie soll und darf Tendenz- und Streitschrift nur so weit sein, als die Tatsachen, die in ihr dargestellt sind, nach einer bestimmten Richtung „tendieren“ und für bestimmte politische, nationale und soziale Ideale streiten. Überall, wo der Geist mit der Materie ringt, kämpfen Wünsche und Hoffnungen mit. Aber das volle Maß von Objektivität, dessen ein

Digitized by Google

kritisches Gewissen fähig ist, glaube ich gewahrt zu haben. Und das hat um so geringere Mühe gekostet, als die Aufgabe dieser Arbeit ursprünglich eine rein beschreibende gewesen ist. Es sollte lediglich der Zustand Deutschösterreichs geschildert werden, wie er ist, um Klarheit zu gewinnen über einen Fragenkomplex, den Unwissenheit und böser Wille vielfach mit einem undurchsichtigen Phrasenschleier umgeben hatten. Es war von vornherein keineswegs gewiß, ob diese Darstellung zu einem Ergebnis und zu welchem sie führen würde. Es war ein schrittweises Vordringen in bisher großenteils unbekanntes Gebiet und es war nicht ganz leicht, so weit zu kommen, daß sich überhaupt ein verläßlicher Ausblick erschloß. Denn Deutschösterreich ist ein neuer Staat, der sich von dem alten Österreich nicht nur durch seine verminderte Größe und Volkszahl sowie durch seine nationale Homogenität unterscheidet. Mag auch die Fiktion, welche der Friedensvertrag von St. Germain aufstellt, daß Deutschösterreich nur der verkleinerte Rest des alten Österreich ist, diesem jungen Staatsgebilde die schwersten materiellen Lasten aufbürden, so ändert sie nichts an der Tatsache, daß in Deutschösterreich schlechthin alle Elemente der Staatlichkeit — von der geographischen bis zur sozialen Struktur, von der Geschichte bis zur außen- und innerpolitischen Einstellung — andere sind als im zusammengebrochenen Kaiserstaat. Und diese Besonderheit prägt sich um so schärfer aus, je stärker die Veränderungen sind, die die Umgebung dieses neuen Deutschösterreich erfahren hat. Daß es nicht mehr Staatsgenossen, sondern mehr oder weniger wohlgesinnte Fremde sind, die die Grenzen des ehemaligen alpenländischen deutschen Sprachgebietes Österreichs umgeben, daß all diese jungen Staaten ihren eigenen Willen, ihre eigenen Interessen

Digitized by Google

und ihre eigenen Entwicklungsziele haben, wirkt auf die Existenzbedingungen Deutschösterreichs in nachhaltigster Weise zurück. Es genügt daher nicht einfach aus der österreichischen Statistik der Vorkriegszeit die Daten auszuscheiden, die sich auf das jetzige deutschösterreichische Gebiet beziehen. Es ist vielmehr notwendig zu untersuchen, wie sich diese Daten selbst durch die staatliche Zersplitterung des früher gemeinsamen Staatsgebietes verändert haben oder verändern müssen. Das ist eine Untersuchung, die der Oberste Rat in Paris hätte durchführen müssen, wenn er seine Friedensbedingungen so formulieren wollte, daß sie vor der Wirklichkeit bestehen könnten. Dazu wäre freilich mehr Objektivität und Sachkenntnis erforderlich gewesen, als sie selbst den gewissenhaftesten Referenten der Friedenskonferenz zueigen sein konnte, auch dann, wenn ihre Berater in österreichischen Angelegenheiten nicht ausschließlich Politiker und Anwälte der nach voller staatlicher Selbständigkeit ringenden Nationen gewesen wären, denen nationaler Egoismus und Idealismus kaum die Klarheit des Blickes bewahrte, mit der weltgeschichtliche Entscheidungen gefällt werden sollten.

Aber je weiter die Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen Deutschösterreichs fortschritt, desto tiefer geriet sie in einen doppelten Zwiespalt. Die einzelnen Erkenntnisse, zu denen sie gelangte, fügten sich zu dem lückenlosen Schluß von der Lebensunfähigkeit eines deutschösterreichischen Staates — dies nicht als wehleidige Protestphrase, sondern als objektiv begründete und begrifflich eindeutig umschriebene Tatsache gemeint. Dennoch mußten die verschiedenen an sich denkbaren Wege zur Sanierung auf ihre Gangbarkeit geprüft werden. Und dieser eine Zwiespalt kreuzte sich mit einem andern: Das

Digitized by Google

Wirtschafts- und Sozialproblem Deutschösterreichs hat neben seinen besonderen auch seine allgemeinen Elemente. Die politische und wirtschaftliche Not Deutschösterreichs ist bis zu einem gewissen Grade nur die allgemeine Not Europas. Das führte unsere Darstellung von selbst vom Besonderen ins Allgemeine. Damit aber drohte die Arbeit den ihr von vornherein gesteckten Rahmen vollends zu sprengen. In der Wahl sie ins Uferlose anschwellen oder in wichtigen Partien skizzenhaft zu lassen, entschied ich mich für das zweite. Die ausführliche wirtschaftstheoretische und finanzsoziologische Begründung der letzten Abschnitte des Buches muß späteren Arbeiten vorbehalten bleiben, so sehr ich die Mängel der allzu knappen Darstellung wichtigster Gegenwarts- und Zukunftsfragen empfinde und so groß die Gefahr des Mißverständnisses ist, die dadurch heraufbeschworen wird. Vielleicht freilich dürfte trotzdem dieser letzte Abschnitt dem Buche auch solche Leser gewinnen, die für Deutschösterreich nicht viel Interesse übrig haben.

Daß dies leider von einem allzu großen Teil unserer Brüder im Reiche gilt, sei ohne Bitterkeit festgestellt: In keinem überhaupt zu nationalem Bewußtsein erwachten Volk der Erde versteht sich das Nationale so wenig von selbst wie im deutschen. Vielhundertjährige Sünden der Geschichte lassen sich im Charakter eines Volkes nicht in wenigen Jahren oder Jahrzehnten gutmachen. Und die historische Last, die das deutsche Volk im Reich wie in Österreich zu tragen hat, ist schwerer als die eines der andern großen europäischen Kulturvölker. Unter ihr hat sich das nationale Selbstbewußtsein zu Haß und Überheblichkeit gegen andere gewendet, statt sich in Liebe und Hilfsbereitschaft, dem Willen zu kultureller, moralischer und materieller Höherentwicklung dessen, was deutsch

Digitized by Google

ist, auszuwirken, die geistige, sittliche und wirtschaftliche Kraft des deutschen Volkes in Stolz und Würde dem Menschheitsgedanken zu leihen, dem deutsche Denker seine letzte Form gegeben haben. Es ist mein tiefster Glaube in diesen furchtbaren Tagen des deutschen Elends, daß es für das deutsche Volk eine Rettung — aber auch nur diese eine — gibt: Wenn es den nationalen und den sozialen Gedanken zu geläuterter Einheit verbindet und sie in vorbildliche Wirklichkeit umsetzt. Ein — wie mir scheint — offener Weg dahin ist in diesem Buch vorgezeichnet. Ob es der beste oder gar der einzige ist, vermag ich nicht zu entscheiden. Mögen nur parteimäßige Vorurteile nicht abhalten ihn zu beschreiten.

Als Deutschösterreicher aber möchte ich diesem Buch noch einen besonderen Leserkreis wünschen: Alle diejenigen, die in den alliierten Staaten das Verbrechen gutzumachen gewillt sind, das der Friedensvertrag von St. Germain an 10 Millionen Deutschen der früheren Donaumonarchie begangen hat. Trotz aller schweren Enttäuschungen lebt im deutschen Volk noch immer ein starkes Vertrauen, daß zumal in den angelsächsischen Ländern das sittliche Prinzip auch in der Politik eine gewaltige Macht ist, mag es von wechselnden Regierungen noch so oft preisgegeben und mißbraucht worden sein. All denen, die für das Recht und gegen das Unrecht streiten, denen der Verrat der hohen Grundsätze, nach denen die Weltordnung nach dem Krieg umgeformt werden sollte, auf der Seele brennt, sei diese Schrift als Waffe in die Hand gelegt!

Wien, Ende August 1920.

G. St.

Digitized by Google

Digitized by Google

DIE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE STRUKTUR DEUTSCHÖSTERREICHS

Digitized by Google

Digitized by Google

UNIV. OF CALIFORNIA

Mit einer in der Geschichte unerhörten Kühnheit haben im Herbst 1918 die alliierten und assoziierten Mächte die Österreichisch-ungarische Monarchie zerschlagen und auf ihrem Boden eine Anzahl neuer Staaten gegründet. Sie taten es nicht nach einem vorbedachten Plan, durch einen konstitutiven Akt, der diesen Staaten mehr gegeben hätte als Grenzen und internationale Anerkennung. Der Friedensvertrag von St. Germain, der erst fast ein Jahr später unterschrieben wurde und Ende Juni 1920 noch nicht in Kraft getreten war, ging schon von vollendeten Tatsachen aus: In ihm erscheinen diese Staaten als vertragschließende Subjekte, vertreten durch legitimierte Unterhändler, die ihre fest umschriebene Kompetenz im Rat der Völker hatten. Es wurde eine andere Methode gewählt: Man entzog im Frühherbst 1918 dem wankenden Bau der Donaumonarchie seine letzte Stütze, indem man ihm die Einleitung von Friedensverhandlungen versagte, und er brach zusammen. Kein Beschluß der Friedenskonferenz, kein Staatsvertrag, die Note Lansings vom 16. Oktober 1918 bedeutete das Ende der Donaumonarchie.

„Der Präsident (Wilson) fühlt sich verpflichtet, der österreichisch-ungarischen Regierung zu erklären, daß er auf die jetzigen Vorschläge der Regierung nicht eingehen könne ... Er ist verpflichtet, darauf zu dringen, daß sie (die nichtdeutschen Völker Österreichs) und nicht er Richter darüber sein sollen, welche Aktion auf seiten der österreichisch-ungarischen Regierung ihre

Digitized by Google

Aspirationen und ihre Auffassung von ihrem Recht und ihrer Bestimmung als Mitglieder der Familie der Nationen befriedigen werde.“ Graf Burian, der Minister des Äußern, hatte zugleich mit dem Deutschen Reich den amerikanischen Präsidenten zur Friedensvermittlung auf Grund der 14 Punkte aufgerufen, und das war die Antwort. Es war vergeblich, daß Österreich noch in letzter Stunde seine Umformung in einen Nationalitätenbundesstaat durchzuführen strebte. Es war zu spät. Die Entwicklung war über den Punkt hinausgedrungen, da ein solcher Akt vielleicht das Verhältnis der slawischen Völker zur österreichischen Monarchie hätte ändern können, und selbst dieser letzte Versuch war noch eine unzulängliche Halbheit, da er sich auf Österreich, nicht auf Ungarn erstreckte und daher die südslawische Frage ungelöst ließ. Das kaiserliche Manifest vom 16. Oktober, das noch vor dem Eintreffen der amerikanischen Note veröffentlicht wurde und das diese Umgestaltung einleiten sollte, gab nur das Signal zur Bildung von Nationalversammlungen, die den gemeinsamen Einrichtungen den letzten Halt raubten. Als Graf Andrassy, der inzwischen Burians Nachfolger geworden war, am 28. Oktober noch eine letzte — unbeantwortet gebliebene — Note abschickte, die den Alliierten den Bündnisbruch anbot, um nur Friedensverhandlungen herbeizuführen, war die Regierung, in deren Namen er sprach, bereits ohne faktische Gewalt, die Nationalversammlungen, die aus den Abgeordneten der einzelnen Nationen des österreichischen Reichsrates sich konstituiert hatten, waren bereits die tatsächlichen Souveräne über das Siedlungsgebiet ihrer Nationen. Während die deutschösterreichische Nationalversammlung in ihrer konstituierenden Sitzung vom 21. Oktober die Fragen der Staatsform und des Verhältnisses zu den andern Nationen Österreichs offen

Digitized by Google

ließ, erklärte kaum drei Wochen später, am 12. November 1918, ein einstimmiger Beschluß der Nationalversammlung Deutschösterreich zur demokratischen Republik und zu einem Bestandteil des Deutschen Reiches. In Prag und Budapest hatte sich bereits früher die Revolution durchgesetzt, Galizien, die jugoslawischen und rumänischen Gebiete der alten Monarchie hatten die Vereinigung mit ihren Volksgenossen außerhalb der Grenzen des alten Reiches vollzogen.

Dem Geschichtsschreiber dieser Zeit wird die besondere und ungemein reizvolle Aufgabe zufallen, die regellose Liquidation einer Großmacht darzustellen. Denn das unterscheidet die Neuordnung Mitteleuropas durch die Alliierten vor allem von Staatsgründungen früherer Zeiten. Weder Napoleon noch der Wiener Kongreß haben alte historische Einheiten zertrümmert. Die großen nationalen Reiche des 19. Jahrhunderts, das Deutsche Reich und das Königreich Italien, gingen nicht aus einem Auflösungs-, sondern aus einem Integrationsprozeß hervor und die Balkanstaaten, die sich von der Souveränität der Türkei lossagten, hatten eine Sonderstellung im Rahmen des türkischen Reiches längst vor ihrer Befreiung eingenommen und standen im übrigen wie die ganze Türkei auf einer so tiefen Kulturstufe, daß ihre staatliche Verselbständigung weder eine verwaltungsorganisatorische noch eine wirtschaftliche Gemeinschaft zerriß. Der moderne Staat mochte sich dort nur in dem Maße organisieren, als eine moderne Gesellschaft und Wirtschaft sich herausbildeten, die im Zeitpunkt der Staatsgründung noch nicht vorhanden waren. Die Nationalstaaten auf dem Boden der früheren Donaumonarchie aber, ihnen voran die Tschecho-Slowakei und Polen, mußten sofort in die Funktion eines hochentwickelten Wirtschafts- und Wohlfahrtsstaates einspringen, standen von vornherein

Digitized by Google

vor den kompliziertesten sozialen Aufgaben, wie sie nur der moderne Industriestaat kennt, wurden aus einer Staats- und Wirtschaftsgemeinschaft herausgerissen, in die sie mit tausend und abertausend Fäden eingesponnen waren. Und die Gründung der neuen Staaten erfolgte ohne Vorbereitung. Mochte der politische Kampf um die Befreiung im einzelnen vorbereitet sein und namentlich die geistige Bereitschaft für den Tag der Selbständigkeit in manchen Volksschichten vom Auslande her wachgehalten werden, die verwaltungsorganisatorische Arbeit konnte nicht im Exil geleistet werden, sie brauchte das konkrete Objekt. Der Zusammenbruch der Mittelmächte kam aber auch zu plötzlich und unerwartet, als daß die Massen der nichtdeutschen Nationen in Österreich-Ungarn sich auf die staatliche Trennung hätten einstellen können. In kaum zwei bis drei Monaten hatte sich dieses ungeheure Ereignis abgespielt und bis zuletzt tat — wenngleich unter Reibungen und Störungen — der in Jahrhunderten aufgerichtete, mächtige Apparat, wie er durch Armee und Bureaukratie repräsentiert war, seinen Dienst. Dieser österreichische und vielleicht noch mehr der ungarische Staat waren bis zum Tage ihrer Auflösung keine Schattenwesen — wie etwa die Türkei in den slawischen Balkanprovinzen vor 1878 —, sondern tätige Wirklichkeit, die wegzudenken die Phantasie der meisten ihrer Bürger zu schwach war.

Als sich Ende Oktober 1918 die Nationalstaaten konstituierten, war daher alles der Improvisation vorbehalten, und es mutet noch wie ein Wunder an, daß damals nicht alles in ein vollständiges Chaos versank. In den nichtdeutschen Nachfolgestaaten des alten Österreich half dazu der nationale Elan, der den neu eingesetzten revolutionären nationalen Regierungen erhöhte Autorität verlieh. Deutschösterreich aber, wo

Digitized by Google

die Verhältnisse am schwierigsten waren, kam es zustatten, daß hier das Verwaltungszentrum des alten Österreich gewesen war und der Verwaltungsapparat, wenigstens äußerlich, erhalten blieb. Vor allem — so paradox es klingt — war es eben jener Zwang zur Improvisation, der die Reste der alten Ordnung wenigstens für einige Zeit bestehen ließ. Wenn Wien nicht schon im Winter 1918/19 den Betrieb seines Gas- und Elektrizitätswerkes, seinen Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr einstellen mußte, so dankte es dies der Tatsache, daß der tschecho-slowakische Staat erst allmählich seine Staatshoheit über das deutsche Gebiet der Sudetenländer ausdehnen konnte und bis dahin die böhmischen und mährisch-schlesischen Reviere gewisse Kohlenmengen nach Deutschösterreich senden konnten, daß bis zum Frühjahr 1919 die Bank- und Währungsgemeinschaft der österreichischen Nationalstaaten aufrecht blieb und bis in den Mai 1919 aus Mitteln, die das letzte gesamtösterreichische Kabinett Lammasch-Redlich schon mitten in der Revolution offenbar rechts- und gesetzwidrig bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank entlehnt hatte (es handelte sich um zwei Milliarden Kronen), der Zinsendienst für sämtliche österreichischen Anleihen aufrechterhalten und die Kosten der Liquidation der gemeinsamen Einrichtungen von Wien her bestritten werden konnten. Eine planmäßige Liquidation war aber auch dadurch ausgeschlossen, daß die neuen Staaten sich in all der Zeit nicht genug konsolidieren konnten, um diesen Fragen die notwendige Muße zuzuwenden. Die Tschecho-Slowakei hatte mit dem inneren Widerstand der Deutschen, Magyaren, Slowaken zu kämpfen. Polen mußte Gebiete zu staatlicher Einheit zusammenfassen, die drei verschieden organisierten Staatswesen angehört hatten und gleichzeitig einen uferlosen Krieg

Digitized by Google

nach mehreren Fronten hin führen. Jugoslawien vollends, das die Einigung der südslawischen Stämme aus acht verschiedenen Staatseinheiten mit den geringsten materiellen und organisatorischen Kräften in Angriff nehmen mußte, hat es bis heute noch zu keiner gewählten Nationalversammlung, nicht einmal zu einer vorläufigen Verfassung gebracht. Und sie alle wollten oder konnten nicht dem Friedensvertrag vorgreifen, dessen wesentliche Bestimmungen man zwar — zum Vorteil vor Deutschösterreich — vor ihrer Veröffentlichung kannte und mitentschieden hatte, der aber doch noch aus unvorhersehbaren Gründen manche Änderung erfahren konnte.

Aus all dem ergab sich der widerspruchsvolle Zustand, daß einseitige Maßnahmen der nationalstaatlichen Regierungen feste Tatsachen schufen, die dem Friedensvertrag präjudizierten, während der Friedensvertrag wieder den Rahmen absteckte, innerhalb dessen freie Vereinbarungen der Nationalstaaten oder die Entscheidung der Reparationskommission die staatliche Liquidation regeln sollten, daß es aber bisher weder zu solchen Vereinbarungen, noch zu solchen Entscheidungen kam, weil der Friedensvertrag erst nahezu zwei Jahre nach dem Waffenstillstand in Kraft trat und die Nationalstaaten jede vorzeitige Bindung und jedes erhebliche Zugeständnis ablehnten. So befindet sich das Gebiet der früheren Donaumonarchie in einem sonderbaren Zustande: Man führt nicht Krieg, aber lebt nicht im Frieden, man sperrt sich gegenseitig ab, verhandelt aber ständig über Verkehrserleichterungen und Lieferungen, man spürt die Vergangenheit noch in allen Gliedern, aber man spinnt bereits politische Fäden, um die Zukunft zu sichern. Auf tausend Um- und Seitenwegen will sich das Bedürfnis des Tages durchsetzen. Jeder einzelne sucht sich dem neuen Zustande anzu-

Digitized by Google

passen, alte persönliche Verbindungen mit den neuen Machthabern auszunützen oder neue anzuknüpfen, neue Formen werden gefunden, um die großen wirtschaftlichen Organisationen vor den nachteiligen Folgen der staatlichen Zersplitterung zu bewahren.

Und bereits zeigt sich mit aller Deutlichkeit und in einem der rein ökonomischen Betrachtung der Dinge unverständlichen Grade, wie der politischen und nationalen Macht- und Kräfteverschiebung die wirtschaftliche folgt. Das findet seinen sinnfälligsten Ausdruck in der veränderten Stellung der Prager Banken. Sie, die bis zum Zusammenbruch im alten Österreich die Rolle kleiner und wenig beachteter Provinzbanken spielten, so daß sämtliche 13 tschechische Banken zusammengenommen noch nicht soviel Eigenkapital und Einlagen hatten wie die eine Österreichische Creditanstalt, repräsentieren heute eine Kapitalskraft, die — zumal dank der Währungsdifferenz — die der größten Wiener Kreditinstitute übersteigt, wenngleich der Ausbau ihrer inneren Organisation mit dem stürmischen Wachstum ihrer Kapitalskraft nicht Schritt halten kann. Aber in wenigen Monaten sind sie dahin gelangt, daß fast die ganze tschecho-slowakische Großindustrie, die bis dahin ihnen mit wenig Ausnahmen unzugänglich war und in Wien ihr Kapitalzentrum hatte, unter ihre Kontrolle geraten ist. Von der Bedeutung dieser Entwicklung, der Entstehung neuer mächtiger Wirtschafts- und Verwaltungszentren, für das Verhältnis der Nationalstaaten zueinander, wird in anderem Zusammenhange noch ausführlicher zu sprechen sein. Jedenfalls sind hier Tatsachen geschaffen, die sich nicht mehr rückgängig machen lassen und die das deutschösterreichische Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsproblem in seiner Besonderheit wesentlich mitbestimmen. Diese keineswegs zufällige oder

Digitized by Google

vermeidbare Entwicklung hat einen staatlichen und nationalen Egoismus der jungen Nationalstaaten großgezüchtet, der den Angehörigen der alten konsolidierten Staaten zumeist unverständlich ist und der doch als eines der stärksten Motive des politischen (und insbesondere wirtschaftspolitischen) Verhaltens der jungen Staaten gewertet werden muß. Diese eben erst zu nationaler Einheit und Selbständigkeit gelangten Nationen stellen ganz bewußt den Staat in den Dienst ihrer Wirtschaft, wie die Wirtschaft in den Dienst des Staates. Sie leiden gewiß alle unter der Zerreißung der früheren Wirtschaftsgemeinschaft. Aber sie erkennen zu deutlich die wirtschaftlichen Erfolge der nationalen Politik, empfinden mit starkem Stolz die gehobene Stellung, die sie im Verhältnis zu den früheren Staatsgenossen, aber auch zur übrigen Welt erlangt haben, vor der sie sich vorher durch Wien und Budapest hatten vertreten lassen müssen, und wollen nicht darauf verzichten, daß der Staat alle Reichtumsquellen, die etwa von sudetenländischem oder südslawischem Boden früher nach Wien geflossen waren, durch staatliche Maßnahmen jetzt nach Prag und Belgrad lenke.

Aber die enge und feste Verbindung zwischen Staat und Wirtschaft ist in diesen jungen Staaten aus einer anderen Ursache entstanden. Das Gesamtgebiet der Nachfolgestaaten der alten Monarchie, mit Einschluß von Serbien, Rumänien und Russisch-Polen hat bis zum Zusammenbruch der Blockadezone angehört. Im Zeitpunkt der staatlichen Auflösung sind daher alle auf diesem Gebiete entstehenden Staaten vor einer Reihe von gleichen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten gestanden: der Boden entkräftet, der industrielle Apparat verschlissen, die Vorräte aufgebraucht, die Verkehrsanlagen desorganisiert, die Men-

Digitized by Google

schen unterernährt, die soziale Gärung auf das höchste gestiegen, die staatliche Gewalt durch eine fünfjährige Überspannung und durch die Revolution geschwächt, die Grundlagen der Währung zerstört, die Beziehungen zum Ausland unterbrochen. Wo die individuelle Selbsthilfe zum allgemeinen Chaos, zur sozialen Revolution und zur staatlichen Auflösung geführt hätte, mußte um jeden Preis und im vollen Bewußtsein mangelhafter Erfolgsmöglichkeiten der Staat eingreifen. Er hatte sich der Wirtschaft im Krieg für die Zwecke des Krieges und der staatlichen Selbsterhaltung bemächtigt, von ihm erwartete man daher, daß er die Überleitung in den Friedenszustand besorge. Der individuellen Handlungsfreiheit aber waren nicht nur Schranken im Innern, sondern noch mehr jenseits der Grenzen des eigenen Staates gesetzt. Der internationale Verkehr, den der Krieg in Fesseln geschlagen hatte, war nicht freigegeben und über den tiefen und breiten Graben, der die Welt der kriegführenden Mächte während des Krieges gespalten hatte, führten nur vereinzelte wenig tragfähige Notstege. Nur der Staat konnte die zahllosen Schwierigkeiten überwinden, die einem zwischenstaatlichen Verkehr entgegenstanden, nur er Reisen ins Ausland ermöglichen, Kredite aufnehmen, Lebensmittel einkaufen, Transporte organisieren, nur er konnte vor allem den starken sozialen revolutionären Strömungen im Innern, die die Struktur der kapitalistischen Wirtschaft bedrohten, ihre gesetzmäßigen Schranken ziehen, an die sich auch der einzelne Wirtschafter halten mußte. Der Staat mußte die Ernährung der Massen sicherstellen, die Kohlenbeschaffung und Verteilung besorgen oder wenigstens überwachen, die vorhandene Arbeitskraft disponieren, für die Arbeitslosen sorgen, um so den durch eine fast fünfjährige Blockade und durch die

Digitized by Google

Revolution auf das äußerste geschwächten Wirtschaftskörper vor neuen katastrophalen Erschütterungen zu bewahren und einen langsamen Genesungsprozeß zu ermöglichen.

Es wäre eine ebenso schwierige wie wichtige Aufgabe, die im Rahmen dieser Studie nicht gelöst werden kann, zu untersuchen, wie sich die einzelnen Nationalstaaten aus ihrer früheren Gemeinsamkeit gelöst und allmählich ihre eigenen Bahnen eingeschlagen haben, in welcher Richtung und in welchem Abstand sie sich dabei voneinander entfernt haben und wie die staatliche und wirtschaftliche Trennung ihr soziales und wirtschaftliches Gefüge beeinflußt hat. Hier kann diese wirtschaftliche und soziale Generalinventur — wenn man es so bezeichnen darf — nur für Deutschösterreich aufgenommen werden. Da es sich um einen ersten derartigen Versuch handelt und zumal die verfügbaren statistischen Daten höchst mangelhaft sind, muß diese Analyse bis zu einem gewissen Grade lückenhaft bleiben. Aber es wird daraus doch vielleicht klar werden, welchen Anteil Natur, Geschichte und Friedensvertrag an dem heutigen Zustande Deutschösterreichs haben. Es wird aus dieser Art der politischen und wirtschaftlichen Analyse vielleicht manche Erkenntnis für das gesamte mitteleuropäische Problem abfallen, dem der hohe Rat der Alliierten bis zur Stunde verständnislos oder ohnmächtig gegenübersteht.

Es gilt zunächst die Passiven nach dem alten Österreich abzugrenzen, die der Friedensvertrag Deutschösterreich zugesprochen hat. Dabei ist freilich von vornherein zu bemerken: In Deutschösterreich ist die Regierung gar nicht imstande zu sagen, wieviel sie braucht und wie sie ihr Erfordernis bedecken will. Erstens, weil die meisten Wert-

Digitized by Google

ansätze wegen der Unberechenbarkeit der Valutaentwicklung schwankend sind (das hat Deutschösterreich mit allen europäischen Kontinentalstaaten gemein, die am Krieg teilgenommen haben, obgleich es davon am meisten betroffen ist), und zweitens, weil der Friedensvertrag Deutschösterreichs finanzielle Fragen von entscheidender Wichtigkeit offen läßt und erst die Wiedergutmachungskommission die ihr gut scheinende Regelung finden soll. Bis dahin ist die deutschösterreichische Regierung ohne Handlungsfreiheit. Sie kann ohne Zustimmung der Wiedergutmachungskommission gar keinen wichtigen Schritt unternehmen. Denn der Kontrolle der Kommission untersteht nicht nur das Budget, ohne sie können auch die etwa noch verfügbaren Vermögenswerte nicht veräußert oder sonstwie verwendet werden, ohne sie ist insbesondere auch kein Abkommen mit den auswärtigen Gläubigern möglich, sie hat die Liquidation der Oesterreichisch-ungarischen Bank durchzuführen, die Schuldaufteilung vorzunehmen, die Lieferungsbedingungen für die Naturalentschädigung festzusetzen, den Umrechnungskurs für die Abrechnung der Forderungen und Schulden im Verhältnis zur Tschecho-Slowakei und zu Polen zu bestimmen und dergleichen mehr. Jede Schätzung der künftigen Lasten, die Deutschösterreich zu tragen haben wird, ist daher innerhalb gewisser Grenzen mit Fehlerquellen behaftet. Mit diesem Vorbehalt soll im folgenden die staatsfinanzielle Lage, wie sie durch den Friedensvertrag gegeben ist, skizziert werden.

Das Schicksal der alten österreichischen Staatsschuld bestimmen die Artikel 203 ff. des Friedensvertrages von St. Germain. Er unterscheidet 1. Vorkriegsschulden, die auf Eisenbahnen, Salzbergwerken oder anderem Vermögen sichergestellt sind. Ihnen sind

Digitized by Google

gleichgeachtet solche Zahlungsverpflichtungen, die sich — ohne spezielle Sicherstellung — auf den Ankauf von Eisenbahnen oder von gleichartigem Vermögen beziehen. 2. Nicht sichergestellte, aber durch Titres repräsentierte Vorkriegsschulden (also insbesondere Renten). 3. Sonstige, nicht sichergestellte und nicht durch Titres repräsentierte Vorkriegsschulden. 4. Kriegsanleihen. 5. Die bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank als Notendeckung hinterlegten Titres. 6. Die sonstigen nicht durch Titres repräsentierten Kriegsschulden.

Die konsolidierte Staatsschuld vor 1867 (die sogenannte allgemeine Staatsschuld) beträgt rund 5037 Millionen Kronen *). Davon entfallen 5·2 Millionen Kronen auf die Zeit vor der Unifizierung der Staatsschuld (1868), 1406 Millionen Kronen auf die 4·2%ige Noten- und Silberrente und 3614 Millionen Kronen auf die konvertierte 4%ige Rente. Die 4·2%ige Rente (Blockrente) fällt dabei — ob mit dem gesamten Umlauf oder mit dem kapitalisierten Betrag seines Zinsenbeitrages von 1349 Millionen ist nicht ganz klar — nach dem Friedensvertrag zu Lasten Ungarns, das dafür eigene Titres ausgeben muß. **) Von den zwischen 1867 und 1914 aufgenommenen Schulden von zusammen 7600 Millionen Kronen entfallen 3778 Millionen Kronen auf Rentenschulden, 2989 Millionen Kronen auf amortisable Eisenbahnschul-

*) Die kleinen Spezialschulden, deren der Bericht der Staatsschuldenkontrollkommission zahllose aufweist, bleiben hier außer Betracht, da sie an dem Gesamtbild nichts ändern. Die gesamten Staatsschulden vor 1867 haben nach dem Stande vom 30. Juni 1919 5065 Millionen Kronen betragen.

**) Nach einem Abkommen vom Jahre 1867 hatte Ungarn einen Teil der bis dahin aufgenommenen Staatsschuld zur Ver-

Digitized by Google

den, 219 Millionen Kronen auf Spezialschulden, 87 Millionen Kronen auf die Partial-Hypothekaranweisungen (Salinenscheine), 291 Millionen Kronen auf Schatzanweisungen und 60 Millionen Kronen auf das alte Darlehen bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank. Die gesamte Vorkriegsschuld stellt sich nach dem Stand vom 31. Oktober 1918 (dem Zeitpunkt des Zerfalls der Monarchie — der nach dem Friedensvertrag maßgebende Stand vom 28. Juli 1914 weicht davon nicht wesentlich ab) einschließlich unbehobener Kapitalien und Gewinste auf 12.705 Millionen Kronen, bzw. ohne Blockrente auf 11.356 Millionen Kronen.

Von dieser Schuld haben die Sukzessionsstaaten die durch Titres repräsentierte nicht sichergestellte Schuld in dem Verhältnis zu übernehmen, in dem bestimmte Einkünfte des abgetretenen Gebietes zu den entsprechenden Gesamteinkünften des alten österreichischen Gesamtgebietes im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1913 stehen. Aus Äußerungen tschechischer Staatsmänner weiß man, daß dabei in Paris vor allem an die Einkommensteuer gedacht worden ist. Die genaue Ermittlung für das deutschösterreichische Staatsgebiet ist ohne amtliche Unterlagen natürlich nicht möglich. Es kann nur die Einkommensteuerleistung der ganzen deutschösterreichischen Länder (ohne Rücksicht auf ihre Gebietsverluste) festgestellt werden. Anderseits wird Deutschösterreich wahrscheinlich für Westungarn auch einen Teil der ungarischen

---

zinsung übernommen. Als die österreichische Regierung 1902 an die Zinsfußkonversion der allgemeinen Staatsschuld von 4·2 auf 4% schritt, bestritt Ungarn die österreichische Kompetenz dazu, soweit es sich um den aus dem ungarischen Beitrag verzinsten Teil der Schuld handelte, weshalb dieser Block (daher der Name) von 1406 Millionen Kronen von der Konversion ausgenommen wurde.

Digitized by Google

Staatsschuld zu übernehmen haben, der bei der andersartigen Struktur des ungarischen Steuersystems nach bisher unbekannten Grundsätzen ermittelt werden wird. Für 1913 haben Einkommensteuer bezahlt: Niederösterreich 58·6 Millionen Kronen oder 50·19% der gesamten Einkommensteuerleistung der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder, Oberösterreich 2·80 Millionen oder 2·39%, Salzburg 0·79 Millionen Kronen oder 0·68%, Steiermark 4·77 Millionen Kronen oder 4·09%, Kärnten 0·94 Millionen Kronen oder 0·80%, Tirol 2·51 Millionen Kronen oder 2·15%, Vorarlberg 0·48 Millionen Kronen oder 0·41%. Das würde für die sieben deutschösterreichischen Länder zusammen fast 71 Millionen Kronen oder 61% des gesamten Einkommensteuer-Solls ergeben. Es mag sein, daß die Wiedergutmachungskommission andere Einkünfte für die „geeignetsten hält, um für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Teilgebiete einen gerechten Maßstab abzugeben". So haben die Einnahmen im Tabakverschleiß in Deutschösterreich nur 50% der gesamten Einkommen von ganz Österreich betragen. Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß von dem nicht hypothekarisch gedeckten Teil der Vorkriegsschuld zwischen 50 und 60% auf Deutschösterreich haften bleiben werden. Das würde sich somit auf 3614 Millionen Kronen Mai- und Julirente, 1169 Millionen Kronen Goldrente, 2493 Millionen Kronen Kronenrente und 117 Millionen Kronen 3½%ige Investitionsrente, zusammen rund 7·4 Milliarden Kronen beziehen und einen deutschösterreichischen Anteil von 3·7 bis 4·4 Milliarden Kronen ergeben. Man wird sich natürlich bemühen müssen, auch einen Teil der Kronenrente und insbesondere der Investitionsrente auf die Nationalstaaten abzuwälzen, da ihr Verwendungszweck ihnen zugute

Digitized by Google

gekommen ist und sie soweit den sichergestellten Schulden gleichzuachten sind. Indes lassen sich diese bei der Art der österreichischen Kreditgebarung vor dem Krieg schwer abzweigen und man darf sich daher in dieser Hinsicht wohl keinen großen Hoffnungen hingeben *).

Die alte Darlehensschuld an die Oesterreichisch-ungarische Bank von 60 Millionen Kronen wird wohl

---

*) Der technische Vorgang der Schuldaufteilung (Art. 203 Anhang) ist ziemlich kompliziert. Binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Friedensvertrages müssen die Staaten, die die nicht sichergestellten österreichischen Staatsschulden übernehmen, alle Titres dieser Schulden, die sich auf ihrem Gebiet befinden, abstempeln. Die Inhaber dieser abgestempelten Titres werden ausschließlich Gläubiger des betreffenden Staates. Wenn die Abstempelung ergibt, daß die Summe der abgestempelten Titres (nach den einzelnen Emissionen) in einem Staat geringer ist als der Anteil, der diesem Staat nach den oben angeführten Grundsätzen von der Reparationskommission angelastet wird, so muß er der Kommission neue Titres im Betrage der Differenz übergeben. Diese neuen Titres geben in bezug auf Verzinsung und Tilgung dieselben Rechte wie die alten Titres, die sie ersetzen. Wenn die Summe der abgestempelten Titres höher ist als der von dem betreffenden Staate zu übernehmende Betrag, so muß dieser Staat von der Reparationskommission einen entsprechenden Teil der neuen Emissionen zum Ausgleich erhalten. Die Rentenbesitzer außerhalb des Gebietes der früheren Monarchie müssen ihre Titres durch Vermittlung ihrer Regierung der Reparationskommission übergeben. Diese folgen ihnen dafür Zertifikate aus, die ihnen das Anrecht geben auf einen verhältnismäßigen Teil jeder der neuen Titres-Emissionen, die an Stelle der entsprechenden Titres begeben werden. Da diese neuen Ersatztitres auf die Währung des Emissions-Staates, und zwar auf den Nennwert lauten müssen, der der ursprünglichen Umtauschrelation dieser Währung zur alten österreichisch-ungarischen Krone entspricht, so wird der ganze Vorgang bei der starken Wertdifferenzierung, die sich inzwischen herausgebildet hat, sich sehr schwierig gestalten.

Digitized by Google

Deutschösterreich allein zu übernehmen haben, da sie nicht als titulierte Schuld anerkannt werden dürfte. Dasselbe gilt von der Darlehensschuld an die österreichischen Versicherungsgesellschaften aus dem Jahre 1912 von 112 Millionen Kronen.

Die amortisable Eisenbahnschuld umfaßt nicht weniger als 70 verschiedene Emissionen, von denen bloß 22 ganz oder größtenteils auf deutschösterreichische Strecken sichergestellt sind. Die übrigen belasten ganz oder überwiegend das Netz anderer Sukzessionsstaaten. Mit den Bahnen (und ihnen gleichgestelltem staatlichem Eigentum wie Salinen, Staatsbergwerken usw.) müssen sie auch nach dem Friedensvertrag die darauf sichergestellten Schulden (und zwar bei Strecken, die mehrere Nationalstaaten durchziehen, im Verhältnis ihrer Länge in den einzelnen Staaten) übernehmen. Die genaue Aufteilung nimmt die Reparationskommission vor. Ungewiß ist, welche Behandlung die sogenannte Eisenbahnanleihe aus dem Jahre 1913 von 144 Millionen Mark erfahren wird, deren Verwendung für Eisenbahnzwecke sich bei der eigenartigen Anleihewirtschaft vor dem Krieg schwer wird nachweisen lassen und die schon deshalb, weil sie eine Valutaschuld ist, eine nicht unerhebliche Bedeutung hat. Jedenfalls dürfte von der gesamten Eisenbahnschuld von rund 3000 Millionen Kronen (die Mark zur Parität umgerechnet) ungefähr ein Drittel auf Deutschösterreich entfallen. Dagegen werden die sogenannten Spezialschulden von zusammen 219 Millionen Kronen wohl größtenteils Deutschösterreich belasten. Es handelt sich dabei u. a. um drei Emissionen der Kommission für Verkehrsanlagen in Wien, drei Donauregulierungsanleihen usw.

Aber die größere oder geringere Billigkeit, die die Wiedergutmachungskommission bei der Aufteilung der

Digitized by Google

Vorkriegsschuld walten lassen mag, ist fast bedeutungslos neben der Last, die Deutschösterreich aus der Kriegsschuld erwächst. Sie zerfällt bekanntlich in mehrere Kategorien. Etwas weniger als die Hälfte der gesamten Kriegsschuld entfällt auf die Kriegsanleihen. Ihr Stand hat am 31. Oktober 1918 35.069 Millionen Kronen betragen. Davon entfallen 21.348 Millionen auf fünf- bis fünfzehnjährige Schatzscheine und 13.721 Millionen auf die vierzigjährige amortisable Anleihe. Die erste Kriegsanleihe von 1416 Millionen Kronen war bereits am 1. April 1920 fällig. Sie wurde von Deutschösterreich in dem durch den Friedensvertrag bestimmten Ausmaß pünktlich eingelöst, zum Teil gegen deutschösterreichische Losanleihe (siehe unten) konvertiert.

Innerhalb zweier Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages haben alle Sukzessionsstaaten den auf ihren Gebieten befindlichen Kriegsanleihebesitz abzustempeln. Ausdrücklich verpflichtet ist Deutschösterreich (Art. 205, Abs. 5) nur zum Dienst der im alten Ausland befindlichen Kriegsanleihen. Doch hat es auch ohne Geheiß der Gegner für seinen eigenen Besitz aufzukommen. Deutschösterreich und die Tschecho - Slowakei haben die durch den Friedensvertrag vorgeschriebene Kennzeichnung ihres Kriegsanleihebesitzes bereits anläßlich der Währungstrennung im März 1919 vorgenommen. Die Kontrollbezeichnung der Wertpapiere sollte zur Vorbereitung der Vermögensabgabe dienen. Deutschösterreich ist aber inzwischen bereits weiter gegangen und hat formell die Kriegsanleihe seiner Staatsangehörigen als deutschösterreichische Staatsschuld anerkannt*).

*) Nach Gesetz vom 22. Juli 1920, St.-G.-Bl. 353, übernimmt Deutschösterreich die Kriegsanleihe von physischen Personen, die bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages in Deutsch-

Digitized by Google

Den nächstwichtigen Bestandteil der alten österreichischen Kriegsschuld bilden die Darlehen der Oesterreichisch-ungarischen Bank. Sie betragen insgesamt 29.570 Millionen Kronen. Davon entfallen 1272 Millionen Kronen auf ein Lombarddarlehen, 1781 Millionen Kronen auf belehnte Solawechsel, 20.034 Millionen Kronen auf 21 Darlehen

---

österreich das Heimatrecht besitzen, von juristischen Personen, wenn sie am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes ihren Sitz im Inland hatten. Wenn der Eigentümer von Kriegsanleihe am 13. März 1919 (dem Tag der Anmeldepflicht zur Vermögensabgabe) ein an einen anderen Nachfolgestaat wirtschaftlich gebundenes Vermögen hatte (sogenannte sujets mixtes), so wird die Kriegsanleihe nur zu dem Teil übernommen, der dem Verhältnis des gesamten Vermögens zu dem in den Nachfolgestaaten gebundenen Vermögen entspricht. Diese Bestimmung trifft die Mehrzahl der Banken und großen Industrieunternehmungen, die (bisher) ihren Sitz in Wien, aber Filialen oder Fabriksbetriebe in den Nationalstaaten haben. Gerade diese Unternehmungen haben sich aber unter mehr oder weniger fühlbarem Druck seinerzeit am stärksten an den Kriegsanleihen beteiligt. Welchen Schaden sie aus der teilweisen Nichtanerkennung ihres Besitzes durch Deutschösterreich erleiden, wird sich erst ermessen lassen, bis die Stellungnahme der anderen Nachfolgestaaten zu ihren Kriegsanleihebesitzern feststeht. Eine weitgezogene Ermächtigung des Finanzamtes schafft die Möglichkeit, im Interesse solcher Unternehmungen über die Grenzen des Gesetzes hinauszugehen. Anderseits kann der Staat die Übernahme von Kriegsanleihe, die nach dem 31. Oktober 1918 erworben und daher von der Kontrollbezeichnung ausgeschlossen wurde, versagen. Denn nach dem Zusammenbruch vollzog sich gerade in Kriegsanleihe bei rasch sinkenden Kursen ein starker Besitzwechsel, da zumal tschechische Kreise in vorzeitiger Kenntnis der Bestimmungen des Friedensvertrages sich ihrer entledigten und sie nach Wien abstießen. Eine Regelung des Kriegsanleihebesitzes der Alt-Ausländer und Westungarns ist der Zeit nach Inkrafttreten des Friedensvertrages vorbehalten. Vorläufig löst Deutschösterreich die Kriegsanleihekupons auch der Alt-Ausländer in der Form des „Ankaufs“ zum vollen Nennwert ein.

Digitized by Google

gegen Schuldscheine vor dem Zusammenbruch, weitere 2000 Millionen auf das Darlehen, das anfangs November 1918 der letzte österreichische Finanzminister Doktor Redlich aufgenommen hat, und 4483 Millionen Kronen auf die Kassenscheinschuld. Alle diese Forderungen dienen bei der Bank als Deckung für neu ausgegebene Noten. Wie weit aber Deutschösterreich sowohl gegenüber der Bank wie gegenüber den Nationalstaaten nach der Abstempelung des Notenumlaufes in den Nationalstaaten verpflichtet bleibt, das gehört zu den dunklen Fragen des Friedensvertrages.

Immerhin scheint daraus (Art. 206) hervorzugehen, daß die Schuldscheine und sonstigen zur Notendeckung hinterlegten altösterreichischen Schuldverschreibungen zur Sicherheit dienen 1. für die nach dem 27. Oktober 1918 ausgegebenen Noten, 2. für die Noten, die sich am 15. Juni 1919 außerhalb der früheren Monarchie befunden haben, dagegen nicht für die abgestempelten deutschösterreichischen, die nur wie die abgestempelten Noten der anderen Nationalstaaten ein (sehr prekäres) Recht auf die übrigen Aktiven der Oesterreichisch-ungarischen Bank haben, die natürlich nur einen Bruchteil der abgestempelten Noten decken. Der abgestempelte Notenumlauf in Deutschösterreich betrug am 30. Juni 1920 16·9 Milliarden Kronen. Er ist mit der Einlösung der größtenteils in Deutschösterreich untergebrachten Kassenscheine und mit der fortwährenden Begebung von deutschösterreichischen Schatzwechseln seit der Abstempelung um 12·1 Milliarden Kronen gestiegen. Wie hoch der Betrag der im Ausland (insbesondere im früheren Okkupationsgebiet) umlaufenden Kronen ist, darüber gehen die Schätzungen weit auseinander. Die serbische Regierung hat die auf serbischem Gebiet in Umlauf ge-

Digitized by Google

setzten Noten bereits vor Monaten aufgerufen, was ungefähr 600 Millionen Kronen ergeben haben soll. In Polen (ohne Galizien) und in Altrumänien dürften gleichfalls noch bedeutende Beträge umlaufen, doch ist wohl anzunehmen, daß diese sich überall eher als in Deutschösterreich werden „nostrifizieren" lassen wollen. In Deutschland und dem neutralen Ausland können gleichfalls keine sehr hohen Notenbeträge vorhanden sein. Eine Schweizer Zählung soll nach Blättermeldungen bloß 56 Millionen Kronen ergeben haben. Allerdings dürften im Lauf der Zeit Milliarden von Kronen ins Ausland abgeflossen sein, aber sie haben zumeist sehr bald den Weg nach Deutschösterreich zurückgenommen und sind hier in Guthaben verwandelt worden. Das erklärt auch die sonst unverständliche Tatsache, daß in Zürich Kronennoten in der Regel höher notieren als „Auszahlung Wien". Formell stellen diese Auslandsnoten auch nach dem Friedensvertrag keine Schuld des deutschösterreichischen Staates dar, der allerdings zusammen mit Ungarn für die dafür als Deckung dienenden Schuldscheine zu „haften" hat. Aber welche Rechte sich daraus für die Auslandsbesitzer von Noten ergeben, geht aus dem Friedensvertrag nicht hervor. An eine Bareinlösung ist nicht zu denken und ein Recht auf Einlösung in deutschösterreichischen Noten ist nirgends ausgesprochen. Auch bliebe dann noch die Frage offen, in welchem Verhältnis der Auslandsbesitz deutschösterreichische und ungarische Noten zu übernehmen hätte. Ausdrücklich ist sogar gesagt, daß die Noteninhaber für Verluste, die sie etwa bei der Liquidation der Oesterreichisch-ungarischen Bank erleiden, keinen Anspruch gegen irgend eine Regierung haben. Die Haftung ist somit eine rein interne Angelegenheit zwischen den Re-

Digitized by Google

gierungen Deutschösterreichs und Ungarns einerseits und der Oesterreichisch-ungarischen Bank anderseits. Aus dieser Rechtslage könnte aber vielleicht die deutschösterreichische Finanzverwaltung gewisse taktische Vorteile ziehen. Die ungünstigste Regelung der Frage wäre für Deutschösterreich der Umtausch der Auslandsnoten gegen gestempelte deutschösterreichische, denn diese würden einen ständigen Druck auf den Kurs der deutschösterreichischen Krone üben. Man wird daher alle Bemühungen aufbieten müssen, um diese schwebende Notenschuld im Auslande durch Anleihen zu konsolidieren. Dem Ausland bietet sich dabei die Chance, gerade dadurch zur Besserung des Kronenkurses beizutragen und so den Wert des eigenen Besitzes zu erhöhen, während eine weitere Entwertung der deutschösterreichischen Krone mit dem Inland auch den ausländischen Notenbesitz trifft. Freilich würde damit der Druck auf die Wechselkurse, der von den enormen Auslandguthaben aus der Notenhinterlegung in Deutschösterreich ausgeht, nicht behoben werden*).

*) Der ganze Fragenkomplex, der mit dem Schicksal der Oesterreichisch-ungarischen Bank und der früheren gemeinsamen Oesterreichisch-ungarischen Kronenwährung zusammenhängt, ist durch den Friedensvertrag in einer teils unverständlichen, teils undurchführbaren Weise geregelt, so daß sich die materielle Tragweite seiner Bestimmungen in diesem Punkte noch gar nicht absehen läßt und die Reparationskommission hier ein überaus weites Feld rechtschöpfender Tätigkeit vorfindet. Nach Art. 206 des Friedensvertrages haben zunächst binnen zwei Monaten nach Inkrafttreten des Friedensvertrages sämtliche Nachfolgestaaten der früheren Monarchie die auf ihren Gebieten befindlichen Banknoten der Oesterreichisch-ungarischen Bank abzustempeln. Innerhalb von 12 Monaten nach Inkrafttreten des Friedensvertrages haben sie die abgestempelten Noten durch ihr eigenes Geld (z. B. Italien, Rumänien, allenfalls Jugoslawien) oder durch ein neues Geld zu ersetzen (Deutschösterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei,

Digitized by Google

Die unmittelbare Verschuldung bei der Notenbank wird ergänzt durch ein Lombarddarlehen beim österreichischen Bankenkonsortium aus der Zeit der ersten Kriegswochen von 510 Millionen Kronen und eine Lombardschuld bei der Postsparkasse, die in den Tagen des Zusammenbruches durch Verpfändung der zur Zahlung von Kriegsgewinnsteuer eingelieferten Kriegsanleihe von netto 416 Millionen aufgenommen worden ist, und schließlich durch die Kontokorrentvorschüsse des Bankenkonsortiums, die bei der Postsparkasse in Anrechnung auf die nicht mehr aufgelegte neunte

---

Polen). Die Regierungen der Staaten, welche anläßlich der Notenabstempelung einen Teil der Noten unabgestempelt zurückbehalten oder sie ohne Abstempelung gegen neues Geld umgetauscht haben, müssen die eingezogenen Noten entweder abstempeln oder zur Verfügung der Reparationskommission halten. (Auf diese Weise soll eine Schädigung Deutschösterreichs und Ungarns durch die anderen Nachfolgestaaten verhindert werden.) Innerhalb 14 Monaten nach Inkrafttreten des Friedensvertrages müssen die eingezogenen Noten der Reparationskommission übergeben werden. Diese wird den einzelnen Regierungen Zertifikate ausstellen über den Gesamtbetrag an Noten, welche sie a) innerhalb der Grenzen der früheren Monarchie, b) außerhalb derselben konvertiert haben. Mit den Zertifikaten können die Regierungen bei den Liquidationskommissären der Oesterreichisch-ungarischen Bank ihre Rechte geltend machen. Schon diese Bestimmungen sind durch den Verlauf der Dinge längst überholt. Vor allem hat kein einziger der Nachfolgestaaten mit der Abstempelung bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages gewartet. Den Anfang hat Jugoslawien im Februar 1919 gemacht. Es hat seine Abstempelung im Herbst wiederholt, da die erste in technisch ganz unzulänglicher Weise, die zu Fälschungen geradezu herausforderte, durchgeführt worden war. Dann folgte die Tschecho-Slowakei im März 1919. Unmittelbar nach der Tschecho-Slowakei stempelte Deutschösterreich seinen Notenumlauf ab. Den Abschluß machten Ungarn und Polen im Frühjahr 1920. Die Formen und Bedingungen, unter denen in den einzelnen Gebieten die Abstempelung vorgenommen wurde,

Digitized by Google

Kriegsanleihe eingezahlt wurden, von 1679 Millionen Kronen. Diese drei Schuldposten belasten ausschließlich Deutschösterreich. Die Postsparkassenschuld ist übrigens bereits zum größten Teil zurückgezahlt, bzw. in 2½%ige dreimonatige Schatzwechsel umgewandelt.

Die schwerste Last, die Deutschösterreich allein zu tragen hat, bilden die ausländischen Schulden. Sie setzen sich nach dem Stand vom Ende Oktober 1918 zusammen aus 2696 Millionen Mark, 42·9 Millionen holländischen Gulden, 8 Millionen

---

waren von der größten Mannigfaltigkeit, worauf in diesem Zusammenhange nicht einzugehen ist. In der Tschecho-Slowakei, in Jugoslawien (bei der zweiten Abstempelung) und Ungarn wurde damit durch Zurückhaltung eines Teiles der Noten eine Zwangsanleihe verbunden. Aber überall scheint sich ein sehr beträchtlicher Teil der Noten der Abstempelung entzogen zu haben. Soweit bisher halbwegs verläßliche Mitteilungen vorliegen, sind durch Abstempelung festgestellt: in Deutschösterreich 16·9, in Ungarn 7, in der Tschecho-Slowakei 7·2, in Jugoslawien 5, in Rumänien 8 bis 8½, in Italien 1 bis 1½, in Polen 2½, das macht zusammen 47 bis 49 Milliarden Kronen. Demgegenüber betrug der Gesamtumlauf an Noten der Oesterreichisch-ungarischen Bank (gestempelt und ungestempelt) am 30. Juni 1920 62·1 Milliarden, somit sind nicht weniger als 13 bis 15 Milliarden von der Abstempelung nicht erfaßt worden. Davon kann, wie erwähnt, nur ein kleiner Bruchteil im alten Auslande vorhanden sein. Was mit dieser Milliardensumme von Noten geschehen wird, weiß kein Mensch. Das Nächstliegende wäre es wohl, die Abstempelung im Gesamtgebiet der früheren Monarchie zu wiederholen. Aber dagegen werden sich vor allem diejenigen Staaten sträuben, die inzwischen bereits die gestempelten Noten gegen eigenes Geld umgetauscht haben. Außerdem ist es sehr wahrscheinlich, daß der Betrag der nicht zur Stempelung eingereichten Noten in den Ländern am höchsten ist, die mit der Stempelung die Zwangsanleihe verbunden haben, weil das breite Schichten der Bevölkerung, zumal der Bauernschaft, von der ganzen Aktion abschrecken mußte. Es ist aber ebenso unmöglich, diesen ganzen ungeheuren

Digitized by Google

schwedischen Kronen, 20·6 Millionen dänischen Kronen und 3·6 Millionen Lewa. Das bedeutet bei dem gegenwärtigen Kurs (von 4 in Zürich) eine Schuld von zirka 14 Milliarden Kronen. Die kleinen Schulden in neutraler Währung sind übrigens inzwischen größtenteils zurückgezahlt (für die Markschuld sind nach dem Frieden von Versailles die Alliierten die Gläubiger geworden.) Und schließlich hat Deutschösterreich zusammen mit Ungarn für die schwebenden Lieferungsschulden des alten Kriegsärars aufzukommen, die auf 2½ Milliarden Kronen geschätzt werden, so daß

Betrag von noch vorhandenen ungestempelten Noten auf Deutschösterreich und Ungarn abzuschieben, wie ihn für wertlos zu erklären, was überall die schwersten wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen zur Folge haben müßte.

Ebenso undurchführbar sind andere Bestimmungen über die Oesterreichisch-ungarische Bank. Ihre Liquidierungsmaßnahmen hätten am Tage nach der Unterzeichnung (!) des Friedensvertrages beginnen sollen. Aber gleich darauf wird verfügt, daß die Liquidation durch Kommissäre, welche von der Reparationskommission ernannt werden, durchzuführen ist. Diese Liquidationskommissäre waren bis Ende Juni 1920, also 10 Monate nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages noch nicht ernannt. Infolgedessen setzt die Bank, deren Privileg am 31. Dezember 1919 abgelaufen ist, die aber ihren Betrieb außerhalb Deutschösterreichs und Ungarns schon vor diesem Zeitpunkt einstellen mußte, in Deutschösterreich und Ungarn ihre Tätigkeit ungehindert fort. Aber die Liquidation selbst wird sich auch nicht nach den Vorschriften des Friedensvertrages vollziehen lassen. Zunächst wird sich die Scheidung zwischen den vor und nach dem 27. Oktober 1918 (dem Zeitpunkt des Zusammenbruches) ausgegebenen Noten, die verschieden behandelt werden sollen, praktisch nicht durchführen lassen. Die Inhaber der vor dem Zusammenbruch ausgegebenen Noten haben ein gleiches Recht auf das gesamte Aktivum der Bank, in das aber die zur Notendeckung hinterlegten Titres der altösterreichischen und ungarischen Regierungen nicht einzurechnen sind. Nun ist aber gerade die Masse der Banknoten im Krieg auf Grund dieser Titres ausgegeben worden.

Digitized by Google

Deutschösterreich davon über 1·5 Milliarden zufallen dürften.

Diese Schulden, die Deutschösterreich aus der Erbschaft der alten Monarchie zu übernehmen hat, erhöhen sich aber mit unheimlicher Schnelligkeit durch die Schulden, die Deutschösterreich zur Deckung seines Defizits aufnimmt. Den normalen Anleiheweg hat Deutschösterreich bisher nur zweimal betreten. Das erstemal wenige Wochen nach seiner Gründung. Anfang Dezember 1918 wurden 4%ige Schatz-

---

Das sonstige Aktivum der Bank ist herzlich gering, da der Metallschatz bis auf 320 Millionen (zum Paritätswert) zusammengeschmolzen ist und die privaten Forderungen aus Wechseleskompte und Effektenbelehnung wenig ins Gewicht fallen. Die Schuldverschreibungen, die von der altösterreichischen und ungarischen Regierung als Notendeckung hinterlegt wurden, sollen, soweit sie abgestempelten Noten entsprechen, annulliert werden, da aber der abgestempelte Notenbetrag allein die Summe der Schuldverschreibungen (wie wir oben gesehen haben) übersteigt, so steht diese Bestimmung wieder in Widerspruch mit der anderen, daß diese Schuldverschreibungen die Deckung der nach dem 27. Oktober ausgegebenen Noten bilden sollen. Außerdem sollten diese Schuldverschreibungen auch (nach Art. 206, Abs. 11) zur Deckung der am 15. Juni 1919 (dem Tag der Überreichung der Friedensbedingungen) im Alt-Auslande umlaufenden Kronennoten dienen. Wie nachträglich der Notenbesitz des Alt-Auslandes am 15. Juni 1919 festgestellt werden soll, ist gleichfalls rätselhaft. Und dabei beziehen sich diese Bestimmungen nicht nur auf das neutrale oder befreundete Ausland, sondern auch auf die österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten. Es soll also Polen oder Serbien feststellen, ob die bei ihm umlaufenden Noten am 15. Juni 1919 in Russisch-Polen oder in Galizien, in Serbien oder in einem südslawischen Gebiete der Monarchie gewesen sind! — Während der Drucklegung dieses Buches ist übrigens eine recht übersichtliche Darstellung dieses Fragenkomplexes, „Die Währungstrennung in den Nationalstaaten“ von Dr. Richard Kerschagl, Verlag Manz, Wien erschienen.

Digitized by Google

scheine aufgelegt, auf die bar 573 Millionen gezeichnet wurden. Und erst Ende Februar 1920 wurde zur Rückzahlung der fällig werdenden ersten Kriegsanleihe eine 4%ige Losanleihe ausgeschrieben, von der insgesamt 1200 Millionen (davon die Hälfte gegen erste, der Rest überwiegend gegen andere kurzfristige Kriegsanleihen) abgesetzt wurden. In der Hauptsache mußte sich der Fiskus durch Begebung von 2½%igen dreimonatigen Schatzwechseln helfen, von denen Ende Juni 1920 12.600 Millionen in Umlauf waren und die größtenteils von den Banken der Oesterreichisch-ungarischen Bank sofort zum Eskompte weitergegeben, d. h. durch die Notenpresse finanziert wurden. Dazu kommt noch eine deutschösterreichische Markschuld von 200 Millionen Mark, die anfangs März 1919 aufgenommen worden ist. Für die ersten drei bis vier Jahre deutschösterreichischer Staatlichkeit ist mit einer Defizitschuld von mindestens 30 bis 40 Milliarden Kronen zu rechnen.

Zu welchem Betrag sich diese einzelnen Schuldposten summieren, läßt sich nur mit erheblichen Vorbehalten sagen, da man den auf Deutschösterreich entfallenden Teil des Lombardportefeuilles der Oesterreichisch-ungarischen Bank und ebenso den Betrag der eskomptierten Schatzwechsel nicht kennt. Lassen wir aber die Notenschuld ganz außer Betracht, so verbleiben aus der Erbschaft des alten Österreich rund fünf bis sechs Milliarden Vorkriegsschuld, rund 24 Milliarden Kriegsanleihe, rund 14 Milliarden Auslandsschuld, 1½ Milliarden Schulden des liquidierenden Kriegsärars, zusammen somit ungefähr 45 Milliarden Kronen.

Unter der ganz unwahrscheinlichen Annahme, daß es Deutschösterreich gelingen könnte, in einem Zeitraum von drei bis vier Jahren allmählich das Defizit abzubauen, und daß schließlich eine Erholung des tief gesunkenen Geldwertes wenigstens innerhalb be-

Digitized by Google

scheidener Grenzen es gestatten würde, die weitere Ausgabenentwicklung einzudämmen, würde es nach Ablauf dieser Zeit vor einer Schuldenlast (ohne die Schuld an die Notenbank) von rund 80 Milliarden stehen, die bei durchschnittlich nur 6 Prozent Zinsen und 1 Prozent Tilgung jährlich an 5½ Milliarden erfordern würde. Auf den Kopf der Bevölkerung würde somit eine Staatsschuld von durchschnittlich K 12.000 und ein jährlicher Beitrag zum Schuldendienst von mehr als K 750 entfallen. Darin ist noch nicht Bedacht genommen auf die eventuellen Entschädigungsansprüche der Alliierten, nicht Bedacht genommen auf die Auslandsschuld, die Deutschösterreich für Lebensmittel und Rohstoffe aufgenommen hat, die es mit 6 Prozent verzinsen und am 1. Jänner 1925 zurückzahlen soll. Nimmt man diese mit vorläufig 150 Millionen Dollars an, so erhöht sich damit die Schuld um weitere etliche 20 Milliarden, die jährliche Zinsleistung auf nahezu 7 Milliarden Kronen!

Wie sieht der Staatshaushalt aus, dem eine solche Leistung zugemutet wird? Der Staatsvoranschlag für das Finanzjahr 1919/20, das am 30. Juni zu Ende gegangen ist, hat ursprünglich (er war noch vor der Überreichung des Friedensvertrages aufgestellt worden) die Ausgaben mit 6547, die Einnahmen mit 2548, das Defizit somit auf rund 4000 Millionen Kronen präliminiert. Zu diesem Voranschlag erschienen im Laufe des Jahres drei Nachträge. Im dritten waren bereits die Ausgaben mit 16.873, die Einnahmen mit 6295, das Defizit also mit 10.579 Millionen ausgewiesen, das sich bis zum Ende des Finanzjahres auf rund 11 Milliarden erhöht haben dürfte.*) Schon daraus geht hervor, auf

*) Knapp vor Erscheinen dieses Buches ist bereits der Voranschlag 1920/21 erschienen. Er weist abermals wesentlich gesteigerte Ausgaben und Einnahmen auf, da in ihm zahlreiche Posten für ein ganzes Jahr präliminiert werden

Digitized by Google

wie unsicheren Grundlagen der ganze Staatshaushalt beruht und mit wie großen Vorbehalten die Budgetziffern benützt werden müssen.*)

Das Defizit des Staatshaushaltes von Deutschösterreich rührt im wesentlichen aus drei Wurzeln her: Aus dem erdrückend schweren Staatsschuldendienst, aus einer Summe von Ausgaben, die als sozialpolitische (im weitesten Sinne) zusammengefaßt werden können, und schließlich aus den staatlichen Betrieben. Die Bedeutung des Schuldendienstes für Deutschösterreichs Staatshaushalt tritt deutlich erst hervor, wenn wir nicht ein Brutto-, sondern ein Nettobudget aufstellen, wenn also insbesondere Monopole und Staatsbetriebe nicht mit ihren Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben als durchlaufende Posten, sondern lediglich mit ihren Reinergebnissen in den Voranschlag eingesetzt werden. Damit würden sich die Ausgaben um 3646, die Einnahmen um 3557 Millionen vermindern, somit Ausgaben von 13.127 Millionen bloß Einnahmen von 2738 Millionen gegenüberstehen, d. h. die gesamten Staatseinnahmen bei weitem noch nicht hinreichen, um nur die Schuldzinsen zu decken! Der Voranschlag 1919/20 nimmt freilich das Staatsschuldenerfordernis bloß mit 1551 Millionen für die altösterreichischen und mit 212 Millionen für die deutschösterreichischen Schulden, somit insgesamt mit 1763 Millionen Kronen an. Auch

---

müssen, die im abgelaufenen Jahr nur einige Monate wirksam waren. Im Wesen des Staatshaushaltes hat sich damit nichts geändert. Siehe Nachtrag.

*) Der Kronenkurs in Zürich betrug Ende Oktober 1918 im Zeitpunkt des Zusammenbruches 41·50, Anfang 1919 30·25, nach der Übergabe der Friedensbedingungen am 16. Juni 1919 16·50, bei Unterzeichnung des Friedensvertrages am 9. September 9·75 und erreichte seinen Tiefpunkt im Februar 1920 mit 1·40.

Digitized by Google

das würde schon fast zwei Drittel der gesamten Reineinnahmen aufzehren. Aber der Betrag ist nur deshalb so niedrig, weil vorläufig der größere Teil der Staatsschuld in Darlehen der Oesterreichisch-ungarischen Bank und kurzfristigen Schatzwechseln besteht, die bloß mit ½, bzw. 2½% verzinst werden, und weil ein erheblicher Teil der Kriegsanleihen im Besitz von Sujets mixtes wegen der noch zweifelhaften Aufteilung von der Einlösung bisher ausgeschlossen ist. Es ist klar, daß die schwebende Schuld nicht unbegrenzt fortgeschleppt oder vermehrt werden kann und daß ihre Konsolidierung, wenn sie überhaupt gelingen soll, ein Vielfaches des bisherigen an Zinsen erfordern muß. Wenn durch die fortschreitende Geldentwertung das Problem der Kriegskostenfinanzierung nicht mehr die überragende Wichtigkeit hat, die ihm während des Krieges zuzukommen schien, so bleibt es doch ernst genug, um die Richtung der Finanzpolitik entscheidend mitzubestimmen. Es hält die Frage offen, ob es auf die Dauer sozial erträglich ist, daß auch nur ein sehr erheblicher Teil sämtlicher Staatseinkünfte Rentenbeziehern zufließt.

Die andere Defizitquelle bilden die sogenannten sozialen Maßnahmen. Sie erfordern nach dem Voranschlag 8136 Millionen, also rund die Hälfte der gesamten Staatsausgaben. Von den 8136 Millionen entfallen allein 3744 Millionen auf die Kosten der „Erleichterung der Lebensführung". Sie stellen im wesentlichen den Zuschuß zu den ausländischen Nahrungsmittelbezügen dar. Unter dem Gesichtspunkt der Beseitigung des Defizits ist es unerheblich, ob diese Milliarden in der Form einer Ermäßigung der Lebensmittelpreise für die ganze Bevölkerung oder als Gehaltszulagen für alle öffentlichen Bediensteten erscheinen. Die Zuschüsse werden in gewissem Um-

Digitized by Google

fange so lange aufrechterhalten werden müssen, als sich nicht der Kurs der deutschösterreichischen Krone im Ausland ungefähr dem inländischen Preisniveau angenähert hat. Innerhalb welcher Grenzen der Staat zur Verbilligung der Lebensmittel beitragen darf und kann, muß sorgfältig erwogen werden. Und es darf nicht verkannt werden, daß diese Politik in Deutschösterreich viel schwerer durchzuführen ist als in Deutschland, weil dort die Nahrungsmitteleinfuhr eine unverhältnismäßig größere Rolle spielt als im Reich, das sich größtenteils aus dem Ertrag des eigenen Bodens ernährt. Aber die Milliarden, die dafür ausgeworfen werden müssen, beziehen sich ohnehin hauptsächlich (3100 Millionen) auf Brot und Mehl, wozu noch 644 Millionen für Fleisch und Fett kommen. (Daß für die Preiszuschüsse zu den Nahrungsmitteln ebenso volle Bedeckung in den Einnahmen geschaffen werden muß wie für alle anderen Staatsausgaben, sei mit allem Nachdruck betont. Indem wir die Notwendigkeit und den volkswirtschaftlichen Nutzen der staatlichen Preisverbilligung hervorheben, sollen in keiner Weise die Schäden der Defizitwirtschaft beschönigt werden.) Wie lange diese Maßnahmen werden fortgesetzt werden müssen, läßt sich heute noch nicht voraussagen, weil niemand weiß, ob und in welcher Zeit eine entsprechende Höherbewertung der Krone im Ausland erzielt werden wird. Daß die Angleichung der Inlandpreise an das Weltmarktniveau bis zum nächsten Wirtschaftsjahr gelingen sollte, wie es die Regierung angekündigt hat, halten wir freilich für ziemlich ausgeschlossen. Wenn deshalb der Voranschlag in seinen Erläuterungen alle sogenannten Kriegsmaßnahmen mit Ausnahme der Teuerungszulagen an die Staatsangestellten als „vorübergehende“ Ausgaben bezeichnet, so mag das für eine fernere Zukunft richtig sein,

Digitized by Google

bis dahin wird aber nicht nur der dafür erforderliche Betrag noch enorm gestiegen sein, sondern zugleich mit dem Abbau der größte Teil einfach unter anderem Titel in die anderen Staatsausgaben, sowohl in den Personal- wie in den Sachaufwand (infolge der höheren Preise), aufgegangen sein. Auf nennenswerte Ersparnisse ist also hier kaum zu rechnen, es sei denn — was natürlich das mit allen zulässigen Mitteln anzustrebende Ziel bleibt — daß eine scharfe Einschränkung des ganzen Staatsapparates gelingt. Was wirklich vorübergehende Ausgaben im Staatshaushalte sind — nicht nur im finanztechnischen, sondern im wirtschaftlichen Sinne —, kann kaum wesentlich höher als mit 1½ Milliarden veranschlagt werden.*) Ihnen stehen jedoch auch sehr beträchtliche

*) Vor allem die Kosten der liquidierenden Ämter der früheren Monarchie, die Abfertigung der nicht übernommenen Offiziere und Unteroffiziere, Fürsorge für Heimkehrer, Rücktransport von Kriegsgefangenen, Arbeitslosenunterstützung, Unterhaltsbeiträge u. dgl. — Wie groß die tatsächlichen Zuschüsse des Staates zu den Lebensmitteln sind, läßt sich auch nicht annähernd genau berechnen, die Ziffer, die der Voranschag anführt, ist willkürlich. Denn Deutschösterreich lebt seit seinem Bestand zum großen, wahrscheinlich überwiegenden Teil von kreditierten Lieferungen der Alliierten. Im Frühjahr 1919 erhielt Deutschösterreich einen Lebensmittelkredit von ursprünglich 30 Millionen Dollars, der später auf 48 Millionen erhöht wurde. Währed der Kredit auf Dollars lautete, waren die Fakturen in Lire gestellt und verkauft wurden die Lebensmittel in Kronen. Das staatliche Defizit wird sich somit erst berechnen lassen, bis der Kredit zur Rückzahlung gelangt. Nach einer Denkschrift an die Nationalversammlung hat die Regierung für die aus dem Dollarkredit bezogenen Lebensmittel 1288 Millionen Kronen erlöst. Sollte der Dollarkredit zu einem dem Kronenkurs von 4 in Zürich entsprechenden Betrag zurückgezahlt werden müssen, so würde das 6720 Millionen erfordern, das Defizit sich somit auf 5432 Millionen stellen. Das gleiche gilt von den 200.000 Tonnen

Digitized by Google

einmalige Einnahmen gegenüber. So aus der Kriegsgüterverwertung allein 500 Millionen.

Aber auch von einer Einschränkung des staatlichen Apparates darf man nicht allzu viel erwarten. Vorerst wird diese Einschränkung auf Jahre hinaus praktisch kaum durchzuführen sein. Es besteht darin Übereinstimmung, daß es nicht angeht, einfach viele Tausende von Staatsangestellten aller Ränge auf die Straße zu setzen, auch dann nicht, wenn der Arbeitsmarkt in wesentlich besserer Verfassung wäre, als er es tatsächlich ist. Denn viele Beamte sind durch ihren jahrelangen Dienst für eine andere Beschäftigung disqualifiziert. Die besten und leistungsfähigsten unter den jüngeren und älteren Beamten werden ohnehin nicht eine Stunde länger im Staatsdienst ausharren, als

---

amerikanischen Mehls, das den deutschösterreichischen Bedarf bis zum Herbst 1920 deckt und das mit kreditierter englischer Fracht nach Deutschösterreich gelangt. Dazu kommen noch verschiedene kleine Kredite in neutralen Ländern, Garantien in fremder Währung usw. Bis vor kurzem war es ganz ungewiß, ob, wann und zu welchen Bedingungen die Alliierten selbst mit einer Rückzahlung dieses Kredits rechnen. Eine Note der Reparationskommission vom 21. Mai 1920 (von dieser Note wird später noch zu sprechen sein) hat diese Ungewißheit behoben: Deutschösterreich wird für diese Kredite 6%ige Schatzscheine, die am 1. Jänner 1925 fällig sind und auf die Währung des Kredit gewährenden Landes lauten, ausgeben müssen. Das stellt die deutschösterreichische Finanzpolitik vor eine schwere Entscheidung. Wenn man die bisher gewährten und in Vorbereitung befindlichen Kredite der Alliierten und Neutralen an Deutschösterreich mit 150 Millionen Dollars annimmt, so würde ihre Verzinsung bei dem oben angenommenen Kurs allein 1¼ Milliarden jährlich erfordern. Damit ist aber noch nicht für die Rückzahlung gesorgt. Der Erlös der Lebensmittel aus dem 48-Millionen-Dollar-Kredit hat, wie gezeigt, nicht einmal ein Fünftel des gegenwärtigen Kronenwertes dieses Dollarbetrages gedeckt und ist überdies zu neuen Lebensmittelkäufen verwendet worden. Aber

Digitized by Google

es für sie notwendig ist. Denn ihre materielle Lage wird unter allen Umständen schlecht bleiben und der soziale Nimbus, den sie in der Monarchie genossen haben, ist in der Republik verschwunden. Das begünstigt die Konkurrenz der Privatunternehmungen gerade um die tüchtigsten Mitglieder des Beamtenstandes. Um sie sich zu erhalten, wird sich der Staat wahrscheinlich zu Maßnahmen gedrängt sehen, die ihm neue finanzielle Opfer auferlegen. Aber selbst wenn diese Tendenz zur Flucht aus dem Staatsdienst nicht bestünde, könnte nicht einmal die Neuaufnahme von Beamten vollständig sistiert werden, weil die Verwaltung sonst in wenigen Jahren verkalken und damit unbrauchbar werden würde. Was man bestenfalls durch Verringerung der Beamtenzahl erspart, wird

---

auch die Anpassung der Verkaufspreise an die zu den gegenwärtigen Kursen berechneten Selbstkosten und die Zurücklegung des Erlöses würde keine Deckung schaffen, da niemand weiß, ob nicht die Krone nochmals auf ihren Tiefstand zurücksinkt. Welche revolutionierenden Wirkungen aber eine solche Preispolitik, zumal für Brot und Mehl auf die gesamte Wirtschaft haben müßte, zeigt folgende Überlegung: Ein Kilogramm Mehl würde sich bei dem angenommenen Kurs im Kleinverschleiß auf etwa K 30 stellen. Der tatsächliche Verkaufspreis beträgt gegenwärtig (Brot- und Kochmehl im Durchschnitt) zirka K 7½. Nimmt man die knapp zureichende Ration einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie mit 10 Kilogramm wöchentlich oder 500 Kilogramm jährlich an, so müßte sie für Brot und Mehl allein im Jahr zu Weltmarktpreisen K 15.000 aufwenden, während der Durchschnittslohn eines qualifizierten Metallarbeiters rund K 40.000 jährlich beträgt (von den weit tiefer entlohnten Arbeitern, Angestellten und Angehörigen freier Berufe nicht zu reden)! Mit anderen Worten, eine Anpassung der Mehlpreise an das Weltmarktniveau würde bei den geltenden Devisenkursen mindestens eine Vervierfachung der geltenden Löhne und Gehälter bedingen! Die Wirkungen einer solchen Bewegung auf Staatshaushalt und Privatwirtschaft sind nicht schwer auszudenken.

Digitized by Google

man durch Erhöhung der Bezüge der Verbleibenden vielfach wieder ausgeben müssen. Dazu kommt aber, daß eine wesentliche Reduktion des Beamtenstandes in absehbarer Zeit auch verwaltungstechnisch kaum möglich sein wird. Denn vorläufig sind die Zentralbehörden, vor allem die Finanzverwaltung, die das größte Personal beschäftigt, dank den außerordentlichen Verhältnissen mit Arbeit so sehr überlastet, daß eine Vermehrung des Personals kaum zu umgehen sein wird. Auch die Justizverwaltung ist nachgerade außerstande, ihre enorm angewachsenen Aufgaben mit dem vorhandenen Personal zu bewältigen. Der Krieg hat die Kriminalität furchtbar gesteigert, seine Liquidation, die Lockerung der kaufmännischen Verkehrssitten und die Kompliziertheit der durch den Zerfall der Monarchie geschaffenen Verhältnisse hat die Ziviljustiz in einem Grade mit Prozessen überbürdet, daß ihr Zusammenbruch zur ernsten Gefahr geworden ist. Aber selbst wenn ohne Rücksicht auf die Erfordernisse des Dienstes und auf das persönliche Schicksal der Betroffenen vorgegangen würde, darf man den möglichen Effekt nicht überschätzen. Nach einer Aufstellung des Finanzamtes gibt es in Deutschösterreich 233.000 Zivilangestellte (ohne Militär) des Staates. Davon entfallen jedoch 90.000 auf die Staatsbahnen. Mit ihren Angehörigen werden insgesamt (ohne Pensionisten) 615.000 Personen vom Staat erhalten Aber für die Staatsverwaltung im engeren Sinn einschließlich Finanz, Justiz und Unterricht verbleiben im ganzen 36.000 Personen. Rechnet man deren Durchschnittsbezüge (eher zu hoch!) mit K 30.000 jährlich, so würde man zu einem Gesamterfordernis der Zivilverwaltung von rund e i n e r Milliarde kommen. Daran kann man die agitatorisch weit übertriebenen Möglichkeiten der Ersparnisse im Verwaltungsdienst auf

Digitized by Google

ihr richtiges Maß zurückführen*). Wie weit Personalersparnisse in den staatlichen Betrieben, insbesondere bei den Bahnen möglich sind, ist unter anderen Gesichtspunkten zu prüfen. Sie würden allenfalls weitere Tariferhöhungen vermeiden lassen, aber nicht unmittelbar die Lasten des Staatshaushaltes erleichtern. An den Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung, die mit rund 700 Millionen veranschlagt sind, ist gleichfalls kaum viel zu sparen. Denn ob man die Wehrmacht als militärischen Apparat aufbaut — wogegen manche Gründe der Zweckmäßigkeit sprechen — oder sie zur Verstärkung des inneren Sicherheitsdienstes verwendet, keinesfalls hätte ihr Unterhalt erheblich geringere Beträge erfordert, als dafür in Aussicht genommen sind, und zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung genügen die heutigen Polizei- und Gendarmeriebestände nicht.

Erscheint somit die Absicht der Ausgabendrosselung nicht allzu hoffnungsreich, so ist das bisherige System der Staatseinnahmenwirtschaft dadurch charakterisiert, daß alle öffentlichen Abgaben (direkte und indirekte Steuern, Gebühren und Zölle) zusammen auf einen Ertrag von 1860 Millionen präliminiert sind. Und davon gehen noch 174 Millionen für einmalige Steuern — Kriegsgewinnsteuer und Brotauflage — ab. Von den Abgaben entfallen 119 Millionen auf die Realsteuern (Grund-, Hausklassen-, Hauszins- und 5%ige Steuer) und 251 Millionen auf Personalsteuern, zusammen somit rund

*) Da dem Vernehmen nach die Reparationskommission sich lebhaft für den Personalbestand in den Wiener Staatsämtern interessiert, um durch seine Verminderung Ersparnisse zu bewirken, sei die Tatsache erwähnt, daß die Wiener Sektion der Reparationskommission den deutschösterreichischen Staat mehr kostet als sämtliche Wiener Zentralbehörden zusammen!

Digitized by Google

370 Millionen auf direkte Steuern — bei 10 bis 11 Milliarden Gesamterfordernis. Krasser kann das Mißverhältnis, das zwischen Aufgabe und Lösungsmöglichkeit besteht, kaum sich darstellen. Man mag dieses Verhältnis durch bessere Veranlagung der Einkommensteuer, durch die geplante laufende Vermögens- und Vermögenszuwachssteuer um einige hundert Millionen verbessern — die laufende Vermögenssteuer würde bei viel höheren Sätzen, als der Entwurf vorsieht, allenfalls 300 bis 500 Millionen, die Vermögenszuwachssteuer, wenn wir einer Periode steigenden Geldwertes entgegengehen, wahrscheinlich einen Bruchteil davon abwerfen — die engen Grenzen, die der Ergiebigkeit direkter Steuern gesteckt sind, lassen sich nicht weit hinausrücken*).

Der Ertrag der Zölle ist mit 580 Millionen angenommen. Im alten Österreich haben sie für das letzte Friedensjahr 185 Millionen abgeworfen. Im nächsten Etatjahr dürften sie über 1200 Millionen tragen. Das ist die Folge davon, daß durch die Zerreißung der alten Monarchie ein sehr großer Teil des Binnenverkehrs der Alpenländer zum Außenverkehr geworden ist (man denke an die engen Verkehrsbeziehungen zu den tschecho-slowakischen Gebieten und zu Ungarn), sowie der teilweisen Anpassung der Zollsätze an die Geld-

*) Das Finanzprogramm der gegenwärtigen Regierung umfaßt neben einer radikalen einmaligen Vermögensabgabe, deren Ertrag sich jeder haltbaren Schätzung entzieht, eine Erhöhung der Einkommensteuer bis auf 57·8% in den höchsten Stufen, die 400 Millionen, eine dauernde Vermögenssteuer von ¼ bis 2‰, die 70 Millionen, eine Erhöhung der Erwerb- und Grundsteuer, die 61 Millionen, eine allgemeine Umsatzsteuer, die 350 Millionen und eine Erhöhung der Verbrauchssteuern, die 500 Millionen Kronen tragen soll. Von der schärfsten Anspannung der Steuerkraft wird somit ein Ergebnis von zusammen 1380 Millionen Kronen erwartet!

Digitized by Google

entwertung, da sie jetzt bereits mit einem 1900%igen Zuschlag, also mit dem zwanzigfachen Nennbetrage eingehoben werden. Wahrscheinlich wird diser Zuschlag noch erhöht werden. Eine allzu ausgiebige Ausschöpfung dieser Einnahmsquelle stößt auf die Schwierigkeit, daß der weitaus größte Teil der Einfuhr Deutschösterreichs aus Lebensmitteln besteht, für die jedenfalls die Zollfreiheit in Geltung bleibt, sowie aus Rohstoffen, die schon im alten Österreich zollfrei eingingen, es anderseits an tauglichen Objekten für Ausfuhrzölle fehlt (sofern man nicht etwa für Holz und dergleichen diese Form der staatlichen Gewinnbeteiligung am Export wählt).

Die Verbrauchssteuern sollen im laufenden Jahr 234 Millionen einbringen, ein Betrag, der nur dadurch erreicht wird, daß hier die Steuerschraube verhältnismäßig am stärksten angezogen worden ist. Es ist interessant, die Ertragansätze der Verbrauchssteuern in Deutschösterreich mit denen des alten Österreich zu vergleichen, um zu erkennen, wie hoch die Belastung mit Verbrauchssteuern immerhin schon gestiegen ist.

	Deutschösterreich Voranschlag 1919/20	Altösterreich Voranschlag 1918/19	Altösterreich 1913
		Millionen Kronen	
Branntweinsteuer	60·2	24·7	100·6
Biersteuer	32·0	15·0	77·7
Zuckersteuer	79·0	160·3	164·5
Mineralölsteuer	3·2	13·0	25·3
Zündmittelsteuer	6·0	22·0	—
Schaumweinsteuer	2·5	1·0	—
Weinsteuer	42·0	5·2	6·3
Fleischsteuer	1·4	4·9	9·4
Linienverzehrungssteuer	5·5	16·5	31·2
Mineralwassersteuer	2·3	—	—
Verschiedene Einnahmen	0·15	0·8	2·6
Dacio consumo	—	0·3	0·4
Einnahmensumme	234·26	263·7	418·1

Digitized by Google

Daß die Branntweinsteuer in Deutschösterreich für das laufende Jahr allein um 35½ Millionen, die Biersteuer um 17 Millionen höher veranschlagt ist als im letzten Kriegsjahr des alten Österreich, die Zuckersteuer fast die Hälfte, die Weinsteuer mehr als das Achtfache tragen soll, als im letzten Kriegsjahr dem 29-Millionen-Staat Österreich zugemutet war, beweist immerhin, daß trotz aller Geldentwertung die geltende Belastung mit indirekten Steuern nicht unterschätzt werden darf. Dabei haben sich die Produktionsverhältnisse, die ihre Ertragsfähigkeit bestimmen, vorläufig noch wenig gebessert und es ist nicht abzusehen, wann sie wieder halbwegs auf ihren normalen Stand kommen werden. Aber wenn wir uns selbst Steuersätze und Ertrag der bestehenden Verbrauchssteuern dem geänderten Geldwert angepaßt denken — was ohne schärfste Verbrauchsdrosselung kaum möglich ist —, so kommen wir erst zu einem Ertrag von noch nicht 1 Milliarde.*) Die geringe Ergiebigkeit der indirekten Steuern in Deutschösterreich erklärt sich damit, daß der Zerfall der Monarchie das Fundament zerstört hat, auf dem das Verbrauchssteuersystem begründet war. Von den Objekten der Verbrauchsbesteuerung werden Zucker und Mineralöle in Deutschösterreich fast überhaupt nicht mehr, Bier und Branntwein in ungenügendem Maße und unter ganz anderen Pro-

*) Nach den noch nicht beschlossenen Anträgen der Regierung soll die Steuer vom Spiritus auf K 50 gegen K 1·40 vor dem Krieg, somit auf das 36fache, vom Bier auf K 110 gegen 7·74 (für 11 gradiges Bier) auf das 14fache, vom Wein auf K 200 gegen durchschnittlich K 7, auf das 30fache, vom Zucker auf K 160 gegen K 38, auf das 4fache, erhöht werden. Aber alle diese Abgabeerhöhungen werden nach der amtlichen Schätzung nicht mehr als 611 Millionen und, solange die Zuckereinfuhr gedrosselt bleibt, gar nur 500 Millionen einbringen.

Digitized by Google

duktionsbedingungen als im alten Österreich erzeugt. Von der Branntweinerzeugung des alten Österreich entfielen in der letzten Betriebsperiode vor dem Kriege (1913/14) im ganzen 7½% auf das alpenländische Deutschösterreich, von der Bierproduktion allerdings etwa 35%. Aber die deutschösterreichische Brauindustrie hat von den Materialien, die sie braucht, gerade noch das Wasser im eigenen Lande. Hopfen und Malz, ja selbst die Surrogate, an deren Verwendung man sich im Krieg gewöhnt hat, wie Zuckerrüben und Csirok, müssen ebenso wie die Kohle aus dem Ausland, in erster Linie aus der Tschecho-Slowakei bezogen werden. Was unter diesen Umständen aus dem vor dem Krieg recht bedeutenden Export einzelner großer Wiener und alpenländischer Brauereien wird, ist noch ungewiß. Soweit sie ihn in einer Art Veredelungsverkehr wieder aufnehmen können, werden sie kein Objekt der Verbrauchsbesteuerung sein. Ähnlich verhält es sich übrigens mit der an sich ungenügenden Spirituserzeugung. Es fehlt an überschüssigem Getreide und Kartoffeln und selbst das Brennen von Obst wird überall durch die steigende Verwendbarkeit von Fallobst für die Marmeladeerzeugung eingeschränkt werden. Was schließlich den Wein anlangt, so ist die deutschösterreichische Weinproduktion — zumal in Niederösterreich — zwar noch immer nicht unbeträchtlich, aber die wichtigsten Weinbaugebiete des alten Österreich — Südtirol, Istrien, Dalmatien, Südsteiermark — sind italienisch und jugoslawisch geworden. Mit der bequemen Methode der Kriegsfinanzierung, einfach die Sätze bestehender Steuern hinaufzusetzen, geht es nicht weiter. Man wird sich entschließen müssen, das ganze System der Verbrauchsbesteuerung umzubauen, und es ist sehr fraglich, ob es dazu genügen wird, den Kreis der Steuerobjekte noch so sehr zu erweitern.

Digitized by Google

Am Ende wird es sich doch als notwendig erweisen, zu neuen Formen und Methoden der indirekten Besteuerung überzugehen.

Bleiben als letzte Chance der Staatsfinanzen die Monopole und staatlichen Betriebe. Das Nettoerträgnis der Monopole ist mit 300 Millionen präliminiert, wovon 235 Millionen auf Tabak, 38 Millionen auf Salz, 13 Millionen auf Süßstoffe und 14 Millionen auf die Staatslotterien entfallen. Der Bruttoertrag, den diese Monopole abwerfen, stellt sich auf 1282 Millionen, denen 984 Millionen Kosten gegenüberstehen. Auch daran hat die Tabakregie mit 1080 Millionen Roheinnahmen und 845 Millionen Kosten den Löwenanteil. Die Staatsbetriebe schließen mit einem Defizit von 406 Millionen Kronen ab, wobei schon kleine Überschüsse der Staatsdruckerei (12·8 Millionen) und der Forste und Domänen (1·7 Millionen) Defizite der Post und Postsparkassa (247·5 Millionen) und der Staatsbahnen von 167·2 Millionen verringern.*)

Ob die Staatsbetriebe jemals zu einer ergiebigen Einnahmsquelle des Staates werden können? Vorläufig muß die Staatsverwaltung alle Mühe darauf verwenden, wenigstens das Betriebsdefizit zu beseitigen. Die Staatsbahnen haben ihre Tarife vervielfacht, eine entsprechende Erhöhung haben Post-, Telegraph- und Fernsprechgebühren erfahren. Die Einnahmen der Staatsbahnen sind für 1919/20 mit 1759, die Ausgaben mit 1940 Millionen präliminiert. Bleibt es bei den geltenden Tarifen, so ist bei gleichem Verkehr im nächsten Jahr

*) Von den Ausgaben der Staatsbetriebe und Monopole, wie sie hier ausgewiesen sind, entfallen 1517 Millionen auf Beträge, die im allgemeinen Etat, hauptsächlich unter den „Sozialen Maßnahmen", verrechnet sind, die somit in den Einnahmen der Betriebe und Monopole zum größten Teil ihre spezielle Deckung haben.

Digitized by Google

mit Einnahmen von 3734 Millionen und entsprechend höheren Ausgaben zu rechnen. In ähnlicher Weise würden sich für Post, Telegraph und Telephon, bei denen 1919/20 Einnahmen von zusammen 416 und Ausgaben von 626 Millionen gegenüberstehen, die Einnahmen bei den erhöhten Tarifen im nächsten Jahr auf 914 Millionen erhöhen. Das sind notwendige Sanierungsmaßnahmen, die aber doch so viel lehren, daß die tatsächlichen Verhältnisse nicht geeignet sind Illusionen zu nähren. Das sei hier bereits zu den zahlreichen Projekten bemerkt, die sich mit einem Verkauf der Staatsbahnen an ein ausländisches Konsortium befassen. Die deutschösterreichischen Staatsbahnen werden niemals ertragreich sein können, obwohl es unzweifelhaft ist, daß durch Personalreduktion und durch regelmäßigeren und dichteren Verkehr (bei hinlänglicher Kohlenversorgung) sowie schließlich durch die Einführung des elektrischen Betriebes die Verhältnisse sich wesentlich bessern müßten. Aber es darf nicht übersehen werden, daß auch im alten Österreich die Staatsbahnen in manchen Jahren nicht einmal die Zinsen des niedrigen Anlagekapitals gedeckt haben, in das noch nicht die Kosten der Fahrbetriebsmittelergänzung einbezogen waren. Und doch haben damals noch die durch die industriereichsten und dichtest besiedelten Gebiete führenden böhmischen und mährischen Bahnen dazu gehört und der Verkehr ist niemals ähnlichen Hemmungen unterworfen gewesen wie heutzutage. Dem alpenländischen Deutschösterreich sind bloß die mit dem höchsten Aufwand gebauten und nur mit den größten Kosten zu betreibenden Gebirgsbahnen (Steigungen, Kurven, Tunnels) geblieben, die außerdem zumeist außerhalb Niederösterreichs dünn bevölkertes und industriearmes Land durchziehen, während der Personenverkehr, der auf diesen Strecken zum guten Teil Tou-

Digitized by Google

risten- und Fremdenverkehr war, an der allgemeinen Verarmung und Teuerung Mitteleuropas seine Entwicklungsschranke findet. Unbedingt angewiesen auf ausländische Kredithilfe ist das Tabakmonopol, das einzige von den bestehenden Monopolen, das bei rationeller Wirtschaft Aussichten auf eine wesentlich höhere Ergiebigkeit eröffnet. Zu einem Stützpfeiler des künftigen Baues der deutschösterreichischen Staatsfinanzen ist aber auch das Tabakmonopol zu schwach. Der Tabak als Genußmittel wird sich immer einer allzu hohen Belastung durch Verbrauchseinschränkung oder durch Umgehung der Monopolvorschriften entziehen. Eine wirksame Monopolpolitik wird, so hart das sein mag, nicht das Überflüssige, sondern das Notwendige des täglichen Lebens zum Objekt nehmen müssen.

Hat man bei der Untersuchung der künftigen Staatsschuld und des Staatshaushaltes noch einigermaßen festen Grund unter den Füßen, so versagt alles vorliegende Material fast vollständig seinen Dienst, wenn es gilt, die letzte entscheidende Vorfrage aller staatsfinanziellen Aktionen zu beantworten: die Frage nach den Passiv- und Aktivposten im deutschösterreichischen Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland. Eine vollständige Zahlungsbilanz aufzustellen, ist bisher noch nirgend gelungen. Immerhin liegen für das alte Österreich wertvolle Studien vor, die einige Anhaltspunkte für den einstmaligen Stand seines Zahlungsverkehrs geboten haben. Für Deutschösterreich ist jene Statistik in keinem Teil mehr brauchbar. Nicht nur, weil wir nicht wissen, wieviel von den früheren Ein- und Ausgängen des Zahlungsverkehrs auf das deutschösterreichische Gebiet entfallen ist, sondern weil die Zerschlagung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes den früheren

Digitized by Google

inneren Markt zum größten Teil zum Ausland gemacht hat. Finanzpolitisch ist es gleichgültig, ob Deutschösterreich etwa Lebensmittel oder Schafwolle aus Australien oder aus Ungarn oder Jugoslawien bezieht. Eine Zeitlang waren Bezüge aus den Nationalstaaten erwünscht, weil sie billiger zu stehen kamen als überseeische Bezüge, und noch mehr, weil Deutschösterreich noch immer eher in der Lage war, sich Zahlungsmittel der Nationalstaaten als Dollars oder Pfund zu verschaffen. Aber das hat aufgehört. Die Nationalstaaten verkaufen auch nach Deutschösterreich nur mehr zu Preisen, die sie auch auf dem Weltmarkt erzielen können, und sie wollen vor allem nur gegen hochwertige Valuta verkaufen, zu der sie zumeist ihre eigene nicht zählen. So läßt Jugoslawien seine Lebensmittel, die Tschecho-Slowakei ihren Zucker und ihre Textilien nach Deutschösterreich nur zu Preisen und Zahlungsbedingungen, die einen Kauf auf dem Weltmarkt, wenn man von den Vorzügen und Bequemlichkeiten der alten Geschäftsverbindung absieht, nicht als schwerer erscheinen lassen (wie das valutastarke Ausland in den Nationalstaaten im Wettbewerb mit dem schwachen Deutschösterreich als Käufer auftritt). Sobald in den Nationalstaaten selbst halbwegs geordnete Verhältnisse sich eingelebt haben — und davon hängt ja auch der Grad ihrer Exportfähigkeit ab —, werden sich etwa mit den jugoslawischen Guthaben ebenso Dollars verschaffen lassen, wie Deutschösterreich mit dem Erlös eines Automobilexports nach Italien wird in Polen Petroleum kaufen können. Diese Selbstverständlichkeit muß deshalb betont werden, weil in der Öffentlichkeit häufig der Irrtum herrscht, als ob ein intensiver Handelsverkehr mit den Nationalstaaten — wenn und solange sie ein getrenntes Währungsgebiet bleiben — auf die Dauer wesentliches an der schwierigen Lage Deutschöster-

Digitized by Google

reichs ändern könnte. Für den Augenblick und die nächste Zeit aber ist — möge es welche Politik immer machen — dort deshalb wenig zu holen, weil diese jungen Staaten sich selbst erst im Zustande langsamer Konsolidierung befinden und das allein eine reguläre Produktion ebenso ausschließt wie eine freie Betätigung des ausländischen Kaufmannes. Zu alldem hat Deutschösterreich in seinem wirtschaftlichen Verhältnis zu den Nationalstaaten wenig Wahlfreiheit. In Jugoslawien, Polen, Ungarn, der Tschecho-Slowakei und Rumänien weiß man natürlich ganz genau, wie es um Deutschösterreich steht, und ist nicht gesonnen, von der überlegenen Position, in der man sich dort fühlt, auch nur das kleinste Eckchen aufzugeben. Das, was jedem, der sehen wollte, vom Anfang an klar war, erfährt jetzt täglich seine traurige Bestätigung: Wäre es nicht das arme, hilflose Deutschösterreich, sondern ein Teil des Deutschen Reiches, so wäre die Verbindung mit den Nationalstaaten unvergleichlich leichter zu befestigen. Gerade diejenigen, die sich von dem Fortbestand der finanziellen und kaufmännischen Organisation Deutschösterreichs auf dem Gebiete der Nationalstaaten die Rettung der Zukunft versprachen, sind enttäuscht, weil diese Organisation Stück für Stück zertrümmert wird und Deutschösterreich wehrlos es geschehen lassen muß. Zu einseitig betrachten sich die Nationalstaaten als den gebenden und Deutschösterreich als den empfangenden Teil. Jedenfalls ist vorerst seine Lage die, daß es alle Passivposten seiner Wirtschaft mit ihrer ganzen Schwere belasten, während die Entfaltung ihrer Aktivposten durch eben jenen Mangel an Wohlwollen und durch die Unabhängigkeit der nationalstaatlichen Volkswirtschaften gegenüber Deutschösterreich unterbunden ist. Würden es die Nationalstaaten in irgendeinem

Digitized by Google

Belang so notwendig brauchen wie es sie, so würde sich mit Unterstützung einer klugen Politik ein halbwegs erträglicher Zustand des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs allmählich herausbilden lassen. Die Einseitigkeit des Verhältnisses ist Deutschösterreichs Verhängnis.

Die weitaus wichtigste der Passivposten bildet der Bedarf Deutschösterreichs an ausländischen Nahrungs- und Futtermitteln. Über seinen Umfang gibt sich die Öffentlichkeit zumeist keine klare Rechenschaft. Staatssekretär Loewenfeld-Ruß hat ihn im September 1919 — damals war der Kronenkurs in Zürich etwa 10 — allein für die unentbehrlichen Nahrungsmittel in den rationierten Mengen auf 20 Milliarden Kronen geschätzt. Das würde bei einem Kurs von 4 und unveränderten Weltmarktpreisen einer Summe von 50 Milliarden Kronen entsprechen. Die Ziffer ist eher zu niedrig, weil sie von Bedarfsmengen ausgeht, die nach sechs Jahren steigender Hungersnot auch das physische Existenzminimum der städtischen Bevölkerung nicht mehr sichern und das Massensterben an Unterernährung und ihren Folgen nicht zur Basis einer Wirtschaftsbilanz gemacht werden kann. Wir werden daher eine recht ausgiebige Erhöhung der Nahrungsrationen in Rechnung stellen müssen, wenn wir einigermaßen den Tatsachen gerecht werden wollen. Wir würden damit noch immer weit unter dem Lebensstandard der Bevölkerung in den siegreichen Weststaaten bleiben. Was dort als „normal" angesehen wird, hat sich ja in den Verhandlungen, die über die Beschäftigung deutschösterreichischer Arbeiter in Nordfrankreich geführt wurden, gezeigt. Dort sind von französischer Seite Tagesrationen von 700 g Brot und Mehl und 370 g Fleisch in Aussicht genommen worden. Es ist daher das be-

Digitized by Google

scheidenste anzustrebende Nahrungsausmaß, wenn vorläufig für Mehl eine Ration von 400 g täglich, für Kartoffeln von 3½ kg wöchentlich (die normale Ration im Deutschen Reich), für Hülsenfrüchte von 500 g pro Monat, für Fleisch von 500 g wöchentlich, für Fett von 300 g wöchentlich, für Reis 1 kg pro Monat, für Eier ein Stück pro Kopf und Tag und für Zucker 1 kg pro Monat angenommen wird. Dazu käme noch, solange die Milchproduktion sich nicht sehr beträchtlich hebt (wozu im besten Falle Jahre erforderlich sein werden), eine entsprechende Einfuhr von Kondensmilch und weiter von Futtergetreide und Getreide zur industriellen Verarbeitung (Brauindustrie, Kaffeesurrogate, Nährmittel usw.). Es handelt sich hier vorläufig nur um einen ganz groben Überschlag. Er ist mit Absicht eher zu niedrig angesetzt. Die hier angenommenen Rationen entsprechen einer täglichen Nahrungsmenge von wenig über 1 kg und einem Nährwert von rund 2600 Kalorien (ohne die Milch). Demgegenüber ist die normale Mindestnahrung des erwachsenen Mannes mit 3000 Kalorien zu veranschlagen (in den Weststaaten wurde sie im Krieg mit 3300 Kalorien angenommen), für den Bevölkerungsdurchschnitt (einschließlich der Frauen, Kinder und Greise) stellt sich die erforderliche Kalorienzahl um einige Hundert niedriger.*)

Die inländische Produktion könnte zunächst nur den Einfuhrbedarf von Getreide für die verschie-

*) Daß außer Fleisch und Fett auch Futtergetreide in die Rechnung eingestellt wird, könnte als widerspruchsvolle Doppelzählung aufgefaßt werden. Aber es ist zu bedenken, daß die Regenerierung des durch den Krieg zumal an Qualität hart mitgenommenen Viehstandes einige Jahre brauchen wird, innerhalb derer noch keine wesentliche Entlastung des Marktes von der reichlicheren Fütterung erwartet werden kann, daß sich

Digitized by Google

denen erwähnten Zwecke vielleicht etwas herabmindern. Daß dabei keine übertriebenen Hoffnungen gehegt werden dürfen, lehrt die Erfahrung, die 1919/20 mit der Aufbringung des bescheidenen Kontingentes von 180.000 t gemacht worden ist, das zu knapp zwei Drittel abgeliefert wurde. Für 1920/21 wurde das Kontingent daher auf 110.000 Tonnen herabgesetzt. Natürlich wäre die Landwirtschaft bei einigem guten Willen in der Lage gewesen, diese ganze Menge aufzubringen. Aber es ist doch nicht so, daß sie die armen Städter von ihrem Überfluß absperrt. Denn herrschte dieser Überfluß, dann müßten schließlich die überschüssigen Mengen irgendwo und in irgendwelcher Form auftauchen. Mehr als sattessen kann sich auch der Bauer nicht und von vorsätzlicher Vernichtung größerer Lebensmittelmengen, nur um die Belieferung der Stadt zu sabotieren, ist bisher nichts bekannt geworden. Im übrigen sprechen die Berichte aus zahlreichen Industriezentren in den Ländern und die enormen Preise, die im Schleichhandel gezahlt werden müssen, eine deutliche Sprache. Die Zukunftsaussichten der deutschösterreichischen Landwirtschaft, die unten noch ausführlich erörtert werden sollen, können hier vorerst außer Betracht bleiben. Die Verwüstungen, die der Krieg an dem landwirtschaftlichen Kapital angerichtet hat, werden sich bestenfalls nach einigen Jahren gutmachen lassen, und sollte

---

ferner die Bauern im Krieg an eine viel bessere Nahrung, insbesondere größeren Fleischgenuß gewöhnt haben und daß sich die gleichmäßige Ernährung der Bevölkerung auf der Basis des physiologisch notwendigen Kalorienminimums praktisch auch nicht annähernd erreichen läßt, so eindringlich Wissenschaft und Ethik die Verwerflichkeit des Mehrverbrauches predigen mögen.

Digitized by Google

die Landwirtschaft ihre frühere Leistungsfähigkeit wieder erlangt oder gar gestärkt haben, so werden auch die früheren Verbrauchsmengen in Anschlag gebracht werden müssen. An der Bilanz würde sich wenig ändern.

Eine Schätzung der Beträge, die die Einfuhr der genannten Mengen kosten würde, ist nur beiläufig möglich, weil die Preisentwicklung auf dem Weltmarkt starken Schwankungen unterliegt. Zudem steht die Zahl der zu Versorgenden nicht fest und unterliegt je nach der Jahreszeit beträchtlichen Schwankungen, da (zumal in den westlichen Alpenländern) viele Bauern sich aus ihrer Ernte nur ein paar Monate ernähren können, während der übrigen aber Lebensmittel kaufen müssen. Unsere Aufstellung geht daher von einer Volkszahl von 6 Millionen und einer Selbstversorgerzahl von 1·5 Millionen aus, wobei mit Absicht jene nach unten, diese nach oben abgerundet ist. In Wirklichkeit darf im Jahresdurchschnitt kaum mit 1·1 Millionen Selbstversorgern gerechnet werden, wodurch sich der Einfuhrbedarf um rund 10 % erhöhen würde.

Nach den Ende Juni 1920 geltenden Weltmarktpreisen kommen wir ungefähr zu folgenden Beträgen:

	Mengen tausende Tonnen	Preis pro Tonne		Millionen Kronen
Brotgetreide	700	holl. fl.	330	11.550
Futtergetreide	800	„	250	10.000
Industriegetreide . . .	275	„	170	2.250
Kartoffeln	800	„	145	5.800
Hülsenfrüchte (Bohnen)	30	„	250	375
Fleisch	120	£	75	4.500
Fett	70	Doll.	560	5.500
Reis	54	Schw. Frcs.	84	100
Zucker	120	„	3000	9.000
Kondensmilch	14	„	2000	700
Eier Millionen Stück .	1600		—	6.400

Schon nach dieser Aufstellung kommen wir zu der

Digitized by Google

geradezu entsetzlichen Summe von rund 56 oder bei notwendiger Reduktion der Selbstversorgerzahl auf 60 Milliarden Kronen, die Deutschösterreich braucht, wenn es sich halbwegs zureichend ernähren wollte. Und dabei handelt es sich noch nicht um seinen ganzen Nahrungsbedarf, denn in unserer Aufstellung sind noch nicht alle Nahrungsmittel enthalten, die teils wirklich unentbehrlich sind, teils von der Bevölkerung dafür gehalten werden. Dazu wären etwa Käse, Sardinen, Heringe, Schokolade, Alkohol (Spiritus, vor allem für industrielle Zwecke), Kaffee, Tee u. dgl. zu rechnen, ungeachtet die Delikatessen im weiteren Sinne, wie Südfrüchte (Feigen, Orangen, Zitronen usw.), die, solange kein strenges Einfuhrverbot durchgeführt ist, immer ein kaufkräftiges Publikum finden werden.

Die Erleichterung, die die Angliederung Westungarns schaffen würde, die übrigens leider noch nicht mit Sicherheit in Rechnung gestellt werden darf, wird häufig überschätzt. Bestenfalls könnte Deutschösterreich von dort 100.000 t Getreide, 30.000 t Zucker und etwa 10.000 t Fleisch und Fett beziehen, was die obige Bedarfsumme um vier bis viereinhalb Milliarden Kronen entlasten würde.

Viel schwieriger als der Nahrungsbedarf ist der Einfuhrbedarf an Rohstoffen und Halb- und Ganzfabrikaten festzustellen. Die Regierung hat durch eine Umfrage bei der Industrie selbst den Rohstoffbedarf eines Jahres bei voller Beschäftigung wenigstens der Menge nach erhoben; eine Wertberechnung dieser Mengen ist nicht einmal versucht worden. Man muß sich dabei immer erst in Erinnerung rufen, daß der deutschösterreichische Rohstoffbedarf sich nicht nur oder auch nur überwiegend auf überseeische Produkte erstreckt, wie Baumwolle, Wolle, Jute,

Digitized by Google

Kautschuk, Kupfer und Zinn, sondern auch auf solche Rohstoffe, in denen das frühere Österreich-Ungarn Ausfuhrland war, so vor allem Häute für die Lederindustrie, Erdöl und alle seine Derivate u. dgl. m., deren Produktionsgebiet die Nationalstaaten sind. Aber die Aufstellung einer Bedarfsliste für eine vollbeschäftigte Industrie hat wenig praktischen Zweck. Denn ein voller Betrieb der Industrie setzt vor allem genügende Kohlenzufuhr voraus, die in Jahren nicht zu erhoffen ist. (Es muß überhaupt immer wieder betont werden, daß nicht so sehr der Rohstoff- als der Kohlenmangel die industrielle Not verursacht: Die wichtigsten Industriezweige Deutschösterreichs haben ihre Rohstoffbasis — Eisen und Holz — im eigenen Land.) Aber selbst wenn genug Kohle vorhanden wäre, könnte die Industrie sich gar nicht den notwendigen Betriebskredit beschaffen, um bei den heutigen Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt und den heutigen Devisenkursen ihren Rohstoffbedarf zu finanzieren. Man braucht sich bloß gegenwärtig zu halten, daß eine Spinnerei, die im Frieden etwa 1 Million Kronen für Baumwolle aufwenden mußte, heute für das gleiche Quantum 80 Millionen brauchen würde. Für solche Summen ist weder Kredit bei den Banken zu haben, noch sind durch Aktienemission genügend eigene Mittel zu beschaffen. Ist doch selbst die von einer höherwertigen Währung begünstigte tschecho-slowakische Textilindustrie kaum in der Lage, ihren Betrieb zu mehr als einem Drittel aufzunehmen.

In späterem Zusammenhang wird noch eingehender die Frage geprüft werden, ob es vielleicht möglich wäre, die Industrie lediglich in Lohn für fremde Rechnung arbeiten zu lassen. Für die nächsten Jahre kommt Lohnarbeit als Lösung des Rohstoffproblems

Digitized by Google

nicht in Betracht: Die vollständige Erschöpfung der Vorräte im Handel wie im einzelnen Haushalt an Gegenständen des täglichen Bedarfes hat in Deutschösterreich einen Warenhunger entstehen lassen, der irgendwie befriedigt werden muß. Es hat nur die Wahl, ob es den Rohstoff im eigenen Lande bis zum fertigen Gebrauchsgut verarbeiten oder seinen Warenbedarf zu horrenden Preisen im Ausland decken und dafür seine Erzeugnisse auf fremde Märkte gehen lassen will. Daß die Nachschaffung der im Krieg aufgebrauchten Kleidung, Einrichtungsgegenstände usw. nicht mehr in dem einstmals in glücklicheren Zeiten üblichen Umfange vor sich gehen wird, dafür wird schon der hohe Preisstand sorgen, der den breiten Massen kaum die Versorgung mit dem Allernotwendigsten gestattet. Und gewiß sind die Grenzen des Notwendigen hier viel elastischer als bei der Nahrung, wo das physische Existenzminimum eine errechenbare Größe ist. Aber gerade die Industrien mit dem größten Rohstoffbedarf, wie die Textil- und Lederindustrie, sind auch diejenigen, deren Erzeugnisse am dringendsten im Inland gebraucht werden, und es werden Jahre vergehen, bis bei der jedenfalls stark eingeschränkten Produktion dieser Industriezweige ein beträchtlicher Exportüberschuß sich wird erübrigen lassen.

Zu alldem braucht Deutschösterreich vom Ausland zur Aufrechterhaltung seines Produktionsapparates und noch mehr für den täglichen Gebrauch gewisse Waren, die in Deutschösterreich überhaupt nicht erzeugt werden — ganze Industriezweige des alten Österreich sind in der Tschecho-Slowakei konzentriert, wie zum Beispiel die Wollweberei, die Leinenspinnerei, die Porzellanindustrie u. a. Wollte man die Wertbeträge aller dieser Posten summieren, so käme man zu schwindelnd hohen Beträgen. Einen Anhaltspunkt mag man

Digitized by Google

sich dafür selbst schaffen: Wenn man etwa den ungedeckten dringendsten Schuhbedarf Deutschösterreichs nur mit zwei Millionen Paar annimmt (was bei dem Stande seiner Volksbekleidung gewiß zu wenig ist), so würde sich der Einfuhrwert (gleichviel ob Inlandserzeugung aus ausländischem Material oder ausländisches Fabrikat) bereits auf rund 1½ bis 2 Milliarden Kronen stellen. Zu weit höheren Beträgen würde ein Kostenüberschlag seines Bedarfes an Kleidung und Wäsche führen. Es hätte wenig Zweck, die Milliarden zu summieren, zu denen die hundert einzelnen Posten seiner Rohstoffbedarfsstatistik sich erheben.*) Schon die wenigen Elemente unserer Rechnung, die wir angedeutet haben, lassen erkennen, in welchem Umfang Deutschösterreich auch hier kreditbedürftig ist, um nur den vorhandenen industriellen Apparat halbwegs in Gang zu bringen. Trotzdem dürfte das Problem der Rohstoffinanzierung — bei grundsätzlicher Hilfsbereitschaft der großen Kapitalsmächte — an sich lösbar sein.

---

*) Einige der wichtigsten Posten der Rohstoff- und Halbfabrikatebilanz seien hier angeführt. Sie sind einer (nicht veröffentlichten) amtlichen Zusammenstellung entnommen, die der Reparationskommission übergeben wurde. Danach wären zu voller Beschäftigung der Fabriken erforderlich: Leder- und Lederwarenindustrie: Rohhäute für Sohlenleder 1,300.000 Stück, für Oberleder 750.000 Stück, fertiges Oberleder 16 Millionen Quadratfuß, Ziegen-, Schaf- und Lammfelle 1 Million Stück, Leder daraus 1 Million Quadratfuß, dazu gewisse Mengen exotischer Ledersorten für die Galanteriewarenerzeugung und 14·4 Millionen Kilogramm Gerbstoffe; Erdöl, Erdölprodukte u. dgl.: Naphtha 860.000 Tonnen, Benzin 88.000 Tonnen, Ceresin 52.000 Tonnen, Gasöl 11.800 Tonnen, Schmieröle 20.000 Tonnen, Zylinderöl 7600 Tonnen, Vulkanöl 9000 Tonnen, Motorenöl 2400 Tonnen, Rohvaselin 2500 Tonnen, Paraffin 5100 Tonnen, Goudron 9000 Tonnen, Pech 5000 Tonnen; Textilien: Baumwolle 43.000 Tonnen, Flachs 13.000 Tonnen,

Digitized by Google

Eine Hauptpost der Warenschuld an das Ausland muß freilich gesondert erwähnt werden: die Kosten der deutschösterreichischen Kohleneinfuhr. Von einem Normalbedarf von rund 15 Millionen Tonnen müßte Deutschösterreich vorläufig rund 12 Millionen aus dem Ausland einführen. Daß es von diesem Quantum zurzeit kaum ein Drittel erhält, schafft den Bedarf nicht aus der Welt. Auf Grund der geltenden Übereinkommen und Verfügungen der Ententekommissionen im Ostrauer und Oberschlesischen Revier soll Deutschösterreich fördertäglich erhalten: aus der Tschecho-Slowakei 5000 (zu $^2/_3$ Braun- und $^1/_3$ Steinkohle), Oberschlesien 8000, Polen 500 t, das entspricht bei 300 Förderungen jährlich 4 Millionen Tonnen. Das würde nach den Preisen, Frachten und Devisenkursen vom Mai 1920 ein Jahreserfordernis von 7·5 Milliarden Kronen bei auf ein Drittel eingeschränkter und von 19·4 Milliarden Kronen bei voller Normalbelieferung bedeuten! Da-

---

Hanf 8700 Tonnen, Rohjute 7500 Tonnen, Wolle 6500 Tonnen, Leingarn 4000 Tonnen, Rohgewebe (für die Druckfabriken) 5000 Tonnen, Kattun (weiß und gefärbt) 2000 Tonnen, Wollstoffe 3000 Tonnen, Seidenmaterialien 1000 Tonnen; Rohgummi 1100 Tonnen, Asbest 6000 Tonnen; Metalle: Kupfer 20.000 Tonnen, Blei 15.000 Tonnen, Antimon 300 Tonnen, Nickel 1800 Tonnen, Quecksilber 300 Tonnen, Zinn 1200 Tonnen, Zink 16.000 Tonnen, Aluminiumoxyd 8000 Tonnen, Bauxit 6000 Tonnen, Aluminium 4000 Tonnen, Ferromangan und sonstige Eisenlegierungen 5200 Tonnen; Kaolin (für die Papierindustrie) 30.000 Tonnen; Schwefelkies 18.000 Tonnen. Dazu die lange Reihe von Rohstoffen und Halbmaterialien der chemischen und pharmazeutischen Industrie, Qualitätspapiere für die Kunstdruckindustrie und hunderte andere, an sich minderwichtige Materialien, auf die gerade das Qualitätsgewerbe angewiesen ist. Der Betrag, zu dem sich die Kosten dieser Mengen summieren würden, ist mit 300 Millionen Dollars oder rund 50 Milliarden Kronen eher zu niedrig als zu hoch geschätzt!

Digitized by Google

bei betrug zu diesem Zeitpunkt der oberschlesische Kohlenpreis erst 29 Mark, der tschecho-slowakische 39 č K für Steinkohle und 13 č K für Braunkohle je Meterzentner. (Die Tendenz ist auf eine Annäherung an die vielmal so hohen Weltmarktpreise gerichtet). *)

Neben Nahrungsmitteln, Kohlen, Rohstoffen und sonstigem Warenbedarf spielt der Dienst der bestehenden Kapitalsschuld an das Ausland an sich eine vergleichsweise bescheidene Rolle, so katastrophal sie bei den heutigen Devisenkursen durch die Bestimmungen des Friedensvertrages werden kann. Einen großen Teil dieser Schuld bilden die im Krieg an ein Berliner Bankenkonsortium begebenen Schatzwechsel, die Deutschösterreich nach dem Friedensvertrag allein zu übernehmen hat. (Diese Forderung hat wohl Deutschland nach Versailles an die Alliierten abzutreten.) Der Auslandsbesitz an österreichischen Wertpapieren vor dem Krieg ist auf rund 6 Milliarden Kronen ungefähr je zur Hälfte Staatsschuld und sonstige Effekten (festverzinsliche und Aktien), geschätzt worden, wovon der größere Teil wohl Deutschösterreich belasten wird. Eine schwere dauernde Belastung der Zahlungsbilanz begründet die Vorschrift des Friedensvertrages, daß Vorkriegsschulden, gleichviel ob sie auf fremde Währung oder Kronen lauten, an das alte Ausland zum Goldwert, bzw. in der Währung des alliierten Gläubigerlandes zum Nennwert gezahlt werden müssen. Diese Schulden betragen allein bei 12 Wiener Banken gegen Frankreich 111 Millionen Francs und 129 Millionen Kronen, gegen England 6 Millionen Pfund und 34 Millionen Kronen, gegen Amerika 2 Millionen Dollars und 25 Millionen Kronen. Das würde allein gegen diese drei Länder eine Kronenschuld beim gegen-

*) Die vorstehenden Angaben verdanke ich dem Wiener Kohlen-Großhändler Oskar Berl.

Digitized by Google

wärtigen Kurs von über 11 Milliarden bedeuten, d. h. jede Bank wäre durchschnittlich 1 Milliarde, also ein Mehrfaches ihres gesamten Eigenkapitals schuldig! Dazu kämen noch die Rohstoff- und sonstigen Geldschulden der Industrie und die verschiedenen Effektenschulden. Es ist klar, daß die Alliierten, wenn sie nicht sämtliche Wiener Banken und großen Industrie- und Handelsfirmen in den Konkurs treiben und damit um ihre ganze Forderung kommen wollen, in ein Arrangement werden einwilligen müssen, das die Rückzahlung dieser Schuld auf einen langen Zeitraum erstreckt. Währenddessen aber lasten allein aus diesem Titel Raten- und Zinszahlungen an das Ausland von sicherlich mindestens 1 Milliarde jährlich auf der deutschösterreichischen Wirtschaft. Völlig unabsehbar ist dabei noch die Regelung der sog. alten Kronenschulden an die Tschecho-Slowakei und Polen, für deren Zahlung Geldart und Kurs erst von der Reparationskommission bestimmt werden sollen, wenn die beteiligten Staaten nicht vorher zu einem Einvernehmen gelangen. Bei der ungemeinen Intensität der Wirtschaftsbeziehungen, die aus der Zeit vor der Währungstrennung zwischen Deutschösterreich einerseits und den tschecho-slowakischen Sudetenländern und Galizien anderseits bestehen, handelt es sich dabei natürlich um Summen, die ein Vielfaches der Vorkriegsschuld an die alliierten Westmächte betragen.

Welche Aktivposten hat Deutschösterreich diesen Passiven gegenüberzustellen? Nach dem Zusammenbruch hat Deutschösterreich noch über ein ungemein wichtiges Aktivum verfügt, das trotz seines enormen Einfuhrbedarfes seine wirtschaftliche Existenz zu sichern schien: seinen Besitz an Industrieanlagen und Wertpapieren der Nationalstaaten und seine privaten Beteiligungen an Fabriken und Handelsgesellschaften in jenen Ge-

Digitized by Google

bieten. Es hat seine Lage in den letzten Monaten empfindlich erschwert, daß Deutschösterreich die Erträgnisse dieses Besitzes nur zum geringen Teil zugeflossen sind. Durch ihre Sperrmaßnahmen hat die Tschecho-Slowakei die Bezahlung von Kupons, Zinsen und dergleichen, wie überhaupt den Effektenverkehr mit Deutschösterreich fast unmöglich gemacht. Noch schwerer aber hat die Zahlungseinstellung Ungarns die deutschösterreichische Zahlungsbilanz beeinträchtigt. Daß der ungarische Staat seine Renten, die ungarischen Pfandbriefinstitute ihre Obligationen zeitweilig nicht verzinst, die ungarischen Aktiengesellschaften keine Dividenden ausgeschüttet haben, hat für Deutschösterreich einen Ausfall von Hunderten von Millionen bedeutet. Wie groß der Besitz Deutschösterreichs an Wertpapieren der Nationalstaaten ist, läßt sich kaum abschätzen. Eine vertrauliche Denkschrift der wirtschaftlichen Körperschaften Deutschösterreichs über die Friedensbedingungen veranschlagt im Juni 1919 die Industrieinteressen Deutschösterreichs in den Nationalstaaten auf 20 bis 30 Milliarden Kronen. Dieser Betrag hat sich mit der Geldentwertung seither entsprechend erhöht, aber er umfaßt als deutschösterreichisch noch den Besitz zahlreicher physischer und juristischer Personen, die seither für die Staatsangehörigkeit der Nationalstaaten optiert haben oder durch die Gesetzgebung dieser Staaten zu ihrer Sitzverlegung dahin veranlaßt werden. Vor allem jedoch hat sich im letzten Jahr eine ungeheure Besitzverschiebung, d. h. für Deutschösterreich eine entsprechende Besitzverminderung an neu-ausländischen Anlagen vollzogen. Transaktionen, wie der Verkauf des Aktienbesitzes des Hauptaktionärs der Skodawerke oder der Maschinenfabrik Breitfeld-Danek an tschechische Konsortien sind typisch für die Bewegung, die sich in

Digitized by Google

hunderten Dividenden- und festverzinslichen Papieren in kleinen und großen Posten seit Monaten abspielt. Noch viel gründlicher hat sich die „Nationalisierung" im südlichen, nunmehr italienischen Teile des früheren Österreich vollzogen. Ihr sind nicht nur fast sämtliche Triester Filialen der Wiener Banken, sondern auch der deutschösterreichische Besitz an Aktien der Triester Schiffahrtsgesellschaften, Schiffswerften und fast alle Industrien im Küstengebiet zum Opfer gefallen. Ähnliches spielt sich im Stillen in Galizien ab. Wie weit die Zerreißung der kapitalistischen Verbindung mit der Tschecho-Slowakei fortschreiten wird, läßt sich noch nicht erkennen, da man den Grad des Zwanges, den die Prager Regierung auf die Unternehmungen, die in Wien ihren Sitz haben, auszuüben gedenkt, noch nicht kennt. Freiwillig wird nur ein Teil von ihnen in absehbarer Zeit seine Tätigkeit in Wien aufgeben, da sich Wien als Handels- und Finanzzentrum zunächst geeigneter zeigt als Prag. Ob die tschechische Regierung sich dieser kaufmännischen Einsicht, die schließlich auch der tschechischen Wirtschaft zugute käme, da es sich um den Verkauf tschecho-slowakischer Erzeugnisse handelt, zugänglich zeigen wird, bleibt abzuwarten. Danach wird es sich auch entscheiden, in welcher Form die Abspaltung der tschecho-slowakischen Filialen der Wiener Banken vor sich gehen wird. Allzu großen Hoffnungen darf man sich in dieser Hinsicht freilich nicht hingeben. Verhältnismäßig am ehesten intakt geblieben ist der alte deutschösterreichische Besitz an ungarischen Wertpapieren. Auch dort wird sich in den abgetrennten Gebieten die „Nationalisierung" wahrscheinlich nicht aufhalten lassen. Der Übergang der Goetz-Holzaktien an ein rumänisches Konsortium war ein Anfang, der Industriebesitz der Staatseisenbahngesellschaft im Banat ist gefolgt. Im-

Digitized by Google

merhin dürfte — das Interesse auf beiden Seiten ist wohl vorhanden — die finanzielle Verbindung zwischen Deutschösterreich und dem restlichen Ungarn ziemlich enge bleiben. Aber von viel größerer Tragweite als die „Nationalisierung" von Unternehmungen, die bisher vom deutschösterreichischen Kapital kontrolliert waren, sind die Aktienverkäufe an das westländische Kapital, an das nicht nur die Herrschaft über zahlreiche große Betriebe in den übrigen Nachfolgestaaten aus deutschösterreichischen Händen übergegangen ist, sondern das sich in größtem Umfang die deutschösterreichische Industrie selbst unterwirft*). Daneben gerät mehr und mehr auch das Wiener Finanzkapital in die Einflußsphäre der Siegerstaaten. Eine ganze Anzahl von großen Banken hat die Kapitalsbeteiligung westländischer Finanzkreise bereits durchgeführt oder steht deshalb in vorgeschrittenen Verhandlungen **). Die Folgen dieser Kapitalsverschiebun-

*) Von Transaktionen der ersten Art wäre zu erwähnen der Übergang der Aktienmehrheit der größten galizischen Petroleumraffinerien (Galizische Karpathen, Schodnica, Galicia) an französische und englische Gruppen, der Österreichischen Berg- und Hüttenwerke (deren Kohlengruben und Hütten im Ostrauer Gebiet liegen) an Schneider-Creuzot, der gleichzeitig die Skodawerke und die Rustonsche Maschinenfabrik, die größte Maschinenbauanlage der Tschecho-Slowakei, beherrscht; hieher gehört auch der Verkauf von zirka 40% des Aktienkapitals der Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft und sämtlicher Aktien der Süddeutschen Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft an eine englische Gruppe. Von Transaktionen der zweiten Art ist die weitaus wichtigste der Übergang der Alpinen Montangesellschaft in italienische Hände. Italienisches Kapital ist ferner beteiligt an den österreichischen Fiatwerken, an den Schoeller-Stahlwerken in Ternitz, französisches an Krupp-Berndorf und an den Veitscher Magnesitwerken.

**) So haben Kuhn, Loeb & Co. und die Guaranty Trust Co. Nom. 40 Millionen Kronen junge Aktien der Kredit-

Digitized by Google

gen für die künftige Zahlungsbilanz Deutschösterreichs sind kaum zu überschätzen. War es bisher dem weiteren und engeren Ausland gegenüber Gläubiger, so ist nicht nur sein Kapitalsbesitz, der ihm Renten- und Unternehmereinkommen von dort zuführte, arg zusammengeschmolzen, sondern es wird selbst einen sehr erheblichen Teil des Ertrages seiner eigenen Produktion in der Form von Aktienzinsen an das Ausland abführen müssen. Und das ausländische Kapital, das diese Besitzverschiebungen nach Deutschösterreich brachten, hat nicht zu einem Bruchteil zur Erhöhung seiner Produktivität, zur Vergrößerung seines industriellen Apparates gedient, damit — neben den Krediten — hat Deutschösterreich vielmehr seinen kümmerlichen Notbedarf an Getreide, Zucker, Kohle während der letzten anderthalb Jahre bestreiten müssen.

Die Frage ist, wie weit die Reste der einstmaligen Kapitalskraft die Mittel zur Bezahlung des Warenbedarfes zu gewähren vermögen. Daß diese Reste noch eine beträchtliche Anzahl von Milliarden darstellen, ist durchaus wahrscheinlich. Will sich Deutschösterreich von diesem Kapitalsbesitz trennen, will es seine Aktien und Pfandbriefe, die von tschechoslowakischen, südslawischen, ungarischen Stellen ausgegeben sind, zur Bezahlung von Lebensmitteln hingeben, dann wird es sich damit kurze Zeit vielleicht noch über Wasser halten können, wofern sich der Besitz der Hauptsache nach für diesen Zweck überhaupt

---

anstalt übernommen, die Depositenbank hat unter Teilnahme der Banca Commerciale Italiana ihr Kapital von 80 auf 300 Millionen Kronen gebracht, die Wiener Kommerzialbank hat französisches Kapital beteiligt, die Verkehrsbank dürfte englische Teilhaber bekommen, die Länderbank hat einen Vorvertrag mit der Banque de Paris et des Pays-Bas wegen Umwandlung in ein französisches Institut abgeschlossen, ähnliches strebt die Anglobank an.

Digitized by Google

realisieren läßt *). Das Zinsenerträgnis des nationalstaatlichen Wertpapierbesitzes liefert dagegen nur bescheidene Summen. Soweit er in festverzinslichen Werten besteht — und das ist z. B. bei den ungarischen Werten gewiß der weitaus größere Teil —, ist er infolge des Valutasturzes derselben Wertverminderung erlegen wie alle inländischen Anleihen. Während die Warenpreise auf ein Vielfaches gestiegen sind, ist der Nominalbetrag der Effektenzinsen unverändert geblieben. Die Aktiengesellschaften aber haben vorerst ihre Dividendenzahlung überhaupt eingestellt oder stark eingeschränkt, keine einzige jedenfalls sie annähernd im Verhältnis zur Geldentwertung erhöht. Die paar hundert Millionen, die noch vor einem Jahr einen entscheidenden Faktor in der Zahlungsbilanz gebildet hätten, fallen heute neben dem Bedarf von einigen Dutzend Milliarden kaum ins Gewicht. Der

*) Um welch begrenzte Beträge es sich dabei handelt, geht aus folgendem hervor: Das Nominalkapital sämtlicher österreichischer Aktiengesellschaften hat Ende 1913 4378 Millionen Kronen betragen, wovon kaum mehr als die Hälfte auf die Nationalstaaten entfallen dürfte, zumal allein das Aktienkapital der (zum weitaus größten Teil ihrer Nationalität nach deutschösterreichischen) Banken sich auf 1352 Millionen belaufen hat. Die ungarischen Aktiengesellschaften (ohne Lokalbahnen und Versicherungsgesellschaften) hatten ein Nominalkapital von 2568 Millionen Kronen. An Pfandbriefen und Kommunalobligationen waren in Österreich 4400, in Ungarn 3900 Millionen Kronen ausgegeben. An Eisenbahnprioritäten sind insgesamt rund 3 Milliarden vorhanden. Um eine Vorstellung von dem möglichen deutschösterreichischen Besitz an allen diesen Effektenkategorien zu gewinnen, ist es notwendig, an den großen Kapitalsreichtum zu denken, der in Prag und Brünn sowie vor allem in Deutschböhmen und im Sudetenland angehäuft ist. Soweit der Effektenbesitz von dort ansässigen und staatszugehörigen Personen in Wien nur deponiert ist, kommt er für die deutschösterreichische Zahlungsbilanz nicht weiter in Betracht.

Digitized by Google

deutschösterreichische Besitz an altausländischen Wertpapieren ist gering. Er dürfte kaum wesentlich über 100 Millionen Schweizer Francs betragen. Davon ist aber der größte Teil den Alliierten für Wiedergutmachung verfallen. Das gilt von den sehr beträchtlichen Londoner Depots (zumal englische Minen- und amerikanische Eisenbahn- und Industrieaktien) sowie den Wertpapieren der früher mit Österreich verbündeten Staaten. So hat inzwischen bereits eine französische Gruppe unter Führung der Rouvier-Bank aus österreichischem und ungarischem Besitz die Mehrheit der Orientbahnaktien erworben. Übrigens hat die deutschösterreichische Regierung bereits den gesamten Besitz an altausländischen Wertpapieren für die Bezahlung von Lebensmitteln in Anspruch genommen. Seine Verwertung hängt allerdings von der Zustimmung der Reparationskommission ab.

Sein Kapitalseinkommen wird Deutschösterreich somit in Zukunft wenig helfen und jedenfalls sehr bald aufgezehrt sein durch seine fortlaufenden Kapitalsverpflichtungen gegen das Ausland. Das ganze Schwergewicht seiner wirtschaftlichen Existenz wird daher auch in Deutschösterreich auf der Gütererzeugung liegen. Ist diese imstande, in absehbarer Zeit so viel hervorzubringen, als für den inländischen Verbrauch und zur Bezahlung der notwendigen Einfuhrgüter erforderlich ist? Die Antwort auf diese Frage läßt sich nur an Symptomen gewinnen, nicht exakt begründen. Immerhin lassen sich einige Elemente des Warenverkehrs abschätzen. In Ententekreisen spricht man oft von Rohstoffreichtum, der den Aufbau Deutschösterreichs erleichtern soll. Gemeint sind Holz und Erz. Die Holzausfuhr, die gegenwärtig bekanntlich in forciertem Umfang betrieben wird, trägt rund 100 Millionen Francs jährlich, das heißt, daß Deutschösterreich mit ihr

Digitized by Google

nicht einmal einen Monatsbedarf an den notwendigsten Lebensmitteln bezahlen kann. Dabei ist es zweifelhaft, ob es den jetzigen Raubbau an seinen Forstbeständen lange weiter treiben darf und ob sich die Holzpreise auf dem Weltmarkt auf ihrem jetzigen Hochstand halten werden. Die Eisenerzproduktion in Steiermark hat 1913 rund 20 Millionen Meterzentner betragen. Davon könnte in normalen Zeiten höchstens ein Drittel verkauft werden, wofür sich bestenfalls 120 bis 140 Millionen Kronen erlösen lassen würden*). Deutschösterreichs weitaus größte und wichtigste Industrie bildet die Maschinen- und Metallwarenerzeugung. Sie beschäftigt allein über 100.000 Arbeiter, das ist mit den zugehörigen Familienmitgliedern fast ein Viertel seines Industrievolkes. Diese Industrie schätzt (in einer im September 1919 der Regierung überreichten Denkschrift) den damaligen Wert ihrer Friedensproduktion (also bei voller Beschäftigung!) auf 5 Milliarden Kronen. Das würde bei Berücksichtigung der geänderten Valutaverhältnisse gegenwärtig 12 bis 13 Milliarden Kronen entsprechen. Nehmen wir davon die Hälfte als für die Ausfuhr verfügbar an, so wäre das wieder nur ein kleiner Bruchteil des deutschösterreichischen Bedarfes. Rechnet man dazu noch so hohe Ausfuhrwerte seiner leistungsfähigen Waggon-, Automobil-, Papier-, Möbelindustrie — um seine größten Industriezweige anzuführen —, so kommt man noch nicht annähernd zu Beträgen, die dazu verhelfen könnten, das Gleichgewicht in der Wirtschaftsbilanz Deutschösterreichs herzustellen.

*) Im Jahre 1919 hat die Alpine 2·4 Millionen Meterzentner Erz gefördert!

Digitized by Google

Aber es gilt von den Symptomen zur Wurzel des Übels vorzudringen. Wie weit ist der gegenwärtige Stand der Zahlungsbilanz in den organischen Verhältnissen der deutschösterreichischen Wirtschaft begründet? Welches ist die Struktur und das Leistungsvermögen der deutschösterreichischen Wirtschaft und Gesellschaft? Wir müssen versuchen, die Elemente einer deutschösterreichischen Wirtschaftsbilanz bloßzulegen.

Die Ernährungsnot lenkt das Interesse zunächst auf die Landwirtschaft. Die grundlegende Bedingung der deutschösterreichischen Landwirtschaft ist die Gebirgigkeit des Staatsgebietes. Wenn man von der östlichen Hälfte Niederösterreichs und dem nördlichen Teil Oberösterreichs absieht, ist fast ganz Deutschösterreich Gebirgsland. Höhenlagen über 1000 bis 1200 m kommen aber im allgemeinen für den Ackerbau nicht mehr in Betracht, und gerade die flachen Gegenden Deutschösterreichs haben vielfach unter ungünstiger Witterung zu leiden, so z. B. der Osten Niederösterreichs unter Wind und zu geringen Niederschlägen.*)

Daher kommt es, daß die Anbaufläche der wichtigsten Körnerfrüchte (Weizen, Roggen, Hafer, Gerste und Mais) im Gebiete des heutigen Deutschösterreich bloß 1·1 Millionen Hektar vor dem Krieg und 872.000 ha im Jahre 1918 betragen hat, d. h. nicht mehr als 13 % des Staatsgebietes. Insgesamt dienen in Deutschösterreich rund 1·9 Millionen Hektar oder 23 % der

*) Vgl. dazu und zum folgenden die knappe, aber ausgezeichnete Arbeit von Strakosch über die „Ackerwirtschaft in Deutschösterreich" in „Schriften des Vereines für Sozialpolitik", Band 158, Leipzig 1919, und die dort angeführte Literatur. Im übrigen sind die folgenden Daten zum erheblichen Teil einer demnächst erscheinenden überaus gewissenhaft gearbeiteten und aufschlußreichen Denkschrift des Staatsamtes für Volksernährung entnommen.

Digitized by Google

Fläche überhaupt dem Ackerbau und Gartenbau, gegen nahezu 50% im unverminderten Deutschland. Dabei sind die Ackerflächen auf die einzelnen Länder natürlich sehr ungleich verteilt. So bedecken die Äcker in Niederösterreich 43·4, in Oberösterreich 35·1% der Fläche, dagegen in Salzburg bloß 9·1%, in Tirol und Vorarlberg gar nur 4·7 und 3%. Im übrigen ist die österreichische Landwirtschaft eine Wald- und Weidewirtschaft. Auf Wälder entfallen 38, auf Wiesen 10, auf Hutweiden und Alpen über 17% der Fläche. Nicht weniger als 11% des Staatsgebietes sind unproduktiv (Hochgebirge, Seen usw.). Daß der Rückgang der Anbaufläche, der im Krieg infolge Mangels an Arbeitskräften, Zugvieh, Dünger, Saatgut eingetreten ist, wieder wettgemacht werden kann und wird, darf wohl mit Sicherheit angenommen werden. Innerhalb welcher Zeit das gelingt, wird vor allem von dem Umfang der Düngerverwendung abhängen. (Darüber weiter unten.) Aber daß darüber hinaus sehr bedeutende Bodenflächen der Ackerung zugeführt werden sollten, wird schon durch die geographischen Verhältnisse verhindert. Im allgemeinen kann man in Gegenden über 800 m keine intensive Ackerwirtschaft treiben, was nicht ausschließt, daß tatsächlich in den Alpen in einzelnen sonnigen Tälern auch noch in höheren Lagen Getreide gebaut wird. Aber selbst bei einer Ausdehnung der Ackerfläche ist es zweifelhaft, ob sie gerade dem Getreidebau und nicht eher dem Anbau von Hackfrüchten oder Ölpflanzen zugute kommen wird.

Diesen Umständen entsprechen auch die geringen Ernteerträge des deutschösterreichischen Bodens. Vor dem Krieg (Durchschnitt 1909—1913) hat das gegenwärtige Deutschösterreich (hier und im folgenden vorläufig ohne Westungarn, aber einschließlich der Klagenfurter Abstimmungszone [Zone II]) 8·15 Mil-

Digitized by Google

lionen Meterzentner Weizen und Roggen geerntet. Das entspricht einem Hektarertrag von 13·6 Meterzentner für Weizen und von 13·5 q für Roggen.*) Rechnet man davon für Schwund und Saatgut 1·5 Millionen Meterzentner ab, so bleiben für die menschliche Ernährung 6·65 Millionen Meterzentner Brotgetreide verfügbar. Gehen wir aber von den Friedensernten aus, so müssen wir natürlich auch den Friedensbedarf zugrundelegen. Der Ernteertrag der Alpenländer (also einschließlich Südtirols und des Südens von Steiermark und Kärnten) ergab 1909—1913 2·05 Millionen Meterzentner Weizenmehl (bei 76·2% Ausmahlung) und 3·76 Millionen Meterzentner Roggenmehl (bei 72% Ausmahlung), zusammen somit 5·81 Millionen Meterzentner oder 77·20 kg pro Kopf. (Dabei sind von der Gesamternte zwei Meterzentner pro Hektar für Saatgut und Schwund vorweg abgezogen.) Gesamtösterreich hatte eine Nettoeinfuhr an Weizen- und Roggenmehl von 13·35 Millionen Meterzentner. Aus eigener Ernte

*) Die amtliche Statistik wird von verschiedenen Seiten als zu niedrig angefochten. So hat die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft für Österreich (Delgefö) durch ihre Buchstelle ermittelt, daß die Hektarerträge auf den von ihr kontrollierten Gütern (33 Ernten in Niederösterreich, 12 in Oberösterreich und 18 in Steiermark) über die amtlich festgestellten bei Weizen um 15%, Roggen um 31·4%, Gerste um 31·1%, Hafer um 45·2% (!) hinausgehen. Zu ähnlichen Ergebnissen sind Dafert und Miklauz auf einigen Großgütern in Niederösterreich gekommen. Aber es ist kaum zu bezweifeln, daß sowohl die in der Delgefö organisierten Wirtschaften wie die erwähnten Großgüter in ihren Wirtschaftsmethoden und daher auch in ihren Ernteergebnissen weit über dem Durchschnitt stehen. Tatsächlich gelangt die erwähnte Denkschrift des Ernährungsamtes zu dem Ergebnis, daß „nach den Erfahrungen der statistischen Erhebungen während des Krieges die Ermittlungen der Vorkriegszeit eher zu hoch und jene der Kriegszeit eher zu niedrig gewesen sein dürften".

Digitized by Google

und Einfuhr standen dem alten Österreich 41·34 Millionen Meterzentner Mehl oder 144·6 Kilogramm jährlich, gleich 396 g pro Tag und Kopf zur Verfügung. Aber dieser Verbrauchsdurchschnitt war bereits dadurch gedrückt, daß in Ostgalizien die Kartoffel, in der Bukowina und den südlichen Ländern Mais in der Ernährung überwog. Für das übrige Österreich dürfte sich dadurch der Durchschnitt auf 155 kg erhöhen. Hält man die amtlichen Ernteziffern in dem oben angeführten Ausmaß für zu niedrig, dann würde auch diese Menge noch um durchschnittlich 20% der Inlandernte hinaufzusetzen sein, wozu schließlich noch kommt, daß auch die Zwischenverkehrstatistik (zwischen dem alten Österreich und Ungarn) die recht beträchtlichen Mengen nicht erfaßt hat, die mit Fuhrwerk auf verschiedenen Nebenwegen von Ungarn nach Österreich kamen. Man würde dann auf nahezu 180 kg Mehl jährlich oder fast 500 Gramm täglich kommen. Und das in Zeiten, in denen auch alle anderen Nahrungs- und Genußmittel reichlich und billig zu Gebote standen. Aber wenn wir die Ration (im Durchschnitt bestimmt zu niedrig) nur mit 400 g Mehl ansetzen, so würde das auf rund 6 Millionen Einwohner bei 75%iger Ausmahlung*) einen Weizen- und Roggenbedarf von 11·68 Millionen Meterzentner Brotgetreide ergeben **), d. h. selbst die Vorkriegsernte würde den Mehlbedarf der deutsch-

*) Erhöhen wir die Ausmahlung, so vermindert sich entsprechend die Ausbeute an Kleie und steigt der Bedarf an Futtergetreide, am Gesamtergebnis wäre dadurch somit wenig geändert.

**) Daß die Tagesration von 400 g Mehl zu niedrig ist, zeigt sich auch darin, daß die zurzeit geltende Schwerarbeiterration (die in Wirklichkeit dem größten Teil der Arbeiterschaft überhaupt und durch die Sonderbelieferung der

Digitized by Google

österreichischen Bevölkerung nur zu wenig mehr als der Hälfte decken, und da der (tatsächlich nicht zu rationierende und daher zweifellos höhere) Bedarf der Selbstversorger vollständig gedeckt sein muß, bevor für die Nichtselbstversorger etwas erübrigt, so wäre mit der Friedensernte der Bedarf der Nichtselbstversorger nicht einmal zu einem Drittel oder für vier Monate zu bestreiten.

Aber jener vergleichsweise noch recht günstige Deckungskoeffizient wird nur durch völlige Vernachlässigung des Getreidebedarfes der Industrie und der Viehzucht erzielt, der sich weder wirtschaftspolitisch noch tatsächlich vernachlässigen läßt, weil der Bauer einfach kein Getreide abliefert oder verkauft, bevor die Fütterung seines Viehs gesichert ist. Als Getreide verarbeitende Industrien kommen in Betracht: Brauereien und Mälzereien, Kaffeesurrogatenerzeugung, Preßhefeindustrie und die Erzeugung von Kindernährmitteln (die Spiritusbrennerei soll davon ausgeschaltet bleiben). Die deutschösterreichische Brauindustrie hat im Frieden rund 1·8 Millionen Meterzentner Gerste verarbeitet, für die anderen genannten Industrien mag der Bedarf auf 300.000 Meterzentner geschätzt werden. Von dieser Seite erhöht sich also das Getreidedefizit um weitere 2·1 Millionen Meterzentner, die allerdings zum weitaus größeren Teil (1·7 Millionen Meterzentner) durch die Gerstenernte gedeckt werden könnten, wenn diese der Verfütterung entzogen werden dürfte und die alpenländische Gerste sich zur Vermälzung eignete.

Weit schwieriger und komplizierter ist die Berechnung des Futterbedarfes, der wieder die

---

Gasthäuser, Kriegs- und Gemeinschaftsküchen auch sehr großen Teilen der übrigen Bevölkerung zukommt) von 364 g sich als ganz und gar unzulänglich erweist und zu einer fast allgemeinen Ergänzung im Schleichhandel zwingt.

Digitized by Google

Grundlage der Fleisch- und Fettversorgung bildet. Wir wissen, daß die Alpenländer für die Viehzucht weit günstigere Bedingungen aufweisen als für den Ackerbau und daß es eine der unerfreulichsten Wirkungen der Kriegswirtschaft gewesen ist, dieses Kapital in verhängnisvoller Weise gemindert zu haben. Um den Viehstand wieder auf seine frühere Höhe zu bringen, wird eine größere Futtereinfuhr angestrebt werden müssen als vor dem Krieg. Denn das herabgekommene Vieh und das Jungvieh verwerten das Futter in geringerem Maße als das gut genährte Vieh in normalen Zeiten. Außerdem soll doch sowohl die Arbeitsleistung des Zugviehs wie die Milchleistung der Kühe gehoben werden, wozu erst die jahrelange Unterernährung ausgeglichen werden muß. Gehen wir von einem Viehstand von 2·2 Millionen Rindern, 1·2 Millionen Schweinen und einer Viertelmillion Pferden aus und setzen wir für jedes Stück nur 1 kg Futtergetreide täglich in Rechnung, so kommen wir zu einem Gesamtbedarf an Futtergetreide (ohne anderes Kraftfutter!) von über 13 Millionen Meterzentner, denen an Gerste, Hafer, Mais und Buchweizen eine durchschnittliche Ernte von 6·5 Millionen, also wieder knapp die Hälfte gegenübersteht.*) Das gesamte ungedeckte Getreidedefizit für menschliche Ernährung, Industrie

*) Eine andere Rechnung kommt zu einem ähnlichen Resultat. Das alte Reich hat für seine Rinder- und Schweinezucht 40 Millionen Meterzentner Futtergetreide verbraucht (wobei die Haferernte vollständig der Erhaltung des Pferdestandes vorbehalten und deshalb außer Anschlag bleibt). Da auf Deutschösterreich ungefähr ein Viertel des Viehstandes des früheren Kaiserstaates entfällt, würde die Aufzucht der Rinder und Schweine allein 10 Millionen Meterzentner erfordern. Darin ist noch keinerlei Vorsorge für die Geflügelzucht getroffen!

Digitized by Google

und Viehzucht wird sich somit noch nach Wiederherstellung normaler Ernten auf mindestens 13·5 Millionen Meterzentner stellen.

Nun ist es sicher, daß zwar geringe Hoffnung auf eine erhebliche Ausdehnung der Anbaufläche über das vor dem Krieg Erreichte hinaus gesetzt werden darf, daß aber die deutschösterreichische Landwirtschaft wohl in der Lage wäre, ihren Bodenertrag beträchtlich zu erhöhen. Die Vorkriegsstatistik weist Hektarerträge von 11 bis 15·7 q für Weizen, von 10 bis 14·6 q für Roggen, von 10 bis 13·7 q für Gerste auf (Vorarlberg bleibt überall beträchtlich unter dem Minimum). Bekannt sind demgegenüber die weit höheren Erträge Deutschlands und der intensiv betriebenen skandinavischen Landwirtschaft. Ob diese auf dem anders gearteten Boden und unter den ungünstigeren klimatischen Verhältnissen Deutschösterreichs zu erreichen sind, ist allerdings eine offene Frage. Aber daß durch ausgedehnte Verwendung von modernen landwirtschaftlichen Maschinen, reichlicheren Aufwand von Kunstdünger, sorgfältigere Auswahl von Saatgut und vor allem durch bessere Schulbildung der Bevölkerung eine Steigerung um einige Meterzentner an sich erzielbar wäre, lehrt die Erfahrung der modern geführten Wirtschaften. Nur darf man die Länge und Schwierigkeit des Weges, der zu diesem Ziele führt, nicht unterschätzen. Von 1913 bis 1918 sind nach der amtlichen Statistik die Hektarerträge zurückgegangen bei Weizen um 41% (von 14·7 auf 8·7 Meterzentner), bei Roggen um 42% (von 14·8 auf 8·6), bei Gerste um 35% (von 13·6 auf 8·9), bei Hafer um 47% (von 13·4 auf 7·1). Nun mag die amtliche Statistik übertreiben, die Tatsache des außerordentlichen Ertragsrückganges ist unbestreitbar und wird durch das fast völlige Aufhören der Kunstdüngung allein schon genügend er-

Digitized by Google

klärt. Nach Dafert*) wurden im heutigen Deutschösterreich abgegeben: 1913 193.000 Meterzentner Knochenmehl und 300.000 Meterzentner Superphosphat, 1918 bloß mehr 70.000 Meterzentner Knochenmehl und 11.900 Meterzentner Superphosphat! Derselbe Autor schätzt den Ernteausfall Deutschösterreichs infolge ungenügender Düngung (verglichen mit dem bescheidenen Vorkriegsstand) in Millionen Meterzentner: auf 1 bei Weizen, 2·5 bei Roggen, 0·5 bei Gerste und 2·5 bei Hafer. Zum Aufbau dieser Erntemengen wären unmittelbar 25.000 Meterzentner Stickstoff, 48.000 Meterzentner Phosphorsäure und 36.000 Meterzentner Kali erforderlich. Das würde bei einer durchschnittlichen Verwertung von 40, bzw. 10 und 30 % den Aufwand von 312.500 Meterzentner Stickstoff, 480.000 Meterzentner Phosphorsäure und 120.000 Meterzentner Kali notwendig machen. Nun kostete (nach Anboten, die der landwirtschaftlichen Einkaufsstelle im Jänner 1920 vorlagen): Phosphorsäure 54, Stickstoff 186, Kali 2·90 Kronen pro Kilogramm. Das heißt, die genannte Kunstdüngermenge würde sich auf rund 8·5 Milliarden Kronen oder über 1300 Kronen pro Meterzentner Mehrertrag stellen (bei einem stark erhöhten Weizenübernahmspreis von 1000 Kronen!). Damit ist reichlichere Kunstdüngerverwendung in den nächsten Jahren wirtschaftlicher Weise ausgeschlossen. Durch Verwertung von bloßem Stallmist würde sich der Ernterückgang infolge des Krieges günstigenfalls in 3 bis 4 Jahren, soweit es sich um den Stickstoff, in 12 und 2 Jahren, soweit es sich um Phosphorsäure und Kali handelt, wettmachen lassen**) — wobei freilich wieder ein Maß vernünftiger Wirtschaft vorausgesetzt wird, das in Deutschösterreich zurzeit nicht vorausgesetzt werden darf. Vollends eine

*) Nachrichten der „Delgefö", 1920, S. 121.
**) Dafert a. a. O., S. 124.

Digitized by Google

Steigerung der Hektarerträge um einige Meterzentner über den Vorkriegsstand hinaus wird aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen erst nach Jahren oder Jahrzehnten gelingen, und eine sehr wesentliche Änderung an dem Stand der deutschösterreichischen Getreideversorgung würde nach den angeführten Ziffern auch das nicht bringen. Eine Minderung des Defizits um ein Viertel wäre bereits sehr viel, zumal wenn gleichzeitig die Viehwirtschaft intensiviert werden sollte.

Schlimmer noch als mit der Getreideversorgung ist es mit der Kartoffelproduktion der deutschösterreichischen Landwirtschaft bestellt. Allerdings hat die Kartoffel als Nahrungsmittel für das alpenländische Österreich niemals solche Bedeutung gehabt wie für Deutschland oder für die Sudetenländer und Galizien. In den Alpenländern ist mehr Mehl und weniger Kartoffeln gegessen worden. Im Krieg freilich, als auch die österreichische Mehlration nach Beschaffenheit und Menge unter die deutsche gesunken ist, hat sich der Mangel an Kartoffeln bitter fühlbar gemacht. Daß Deutschland eine Durchschnittsration von 5 bis 7 Pfund Kartoffeln in der Woche verteilen konnte, während in Österreich kaum ein bescheidener Bruchteil dieser Menge zur Verfügung stand, hat die Ernährungslage Österreichs im Vergleich zu der des Reiches entscheidend verschlechtert. Das alpenländische Deutschösterreich hat vor dem Krieg durchschnittlich rund 13 Millionen Meterzentner Kartoffeln geerntet. Das war wenig über 10% der Kartoffelernte Österreichs, von der mehr als zwei Drittel auf Böhmen, Mähren und Galizien entfielen. Ziehen wir von der Erntemenge 20 % Saatgut ab, so bleiben für den Verbrauch verfügbar rund 11 Millionen Meterzentner. Aus Ernte-, Ein- und Ausfuhrziffern ergibt sich ein durchschnittlicher Verbrauch des alten

Digitized by Google

Österreich von 3¼ Meterzentnern pro Kopf und Jahr. Daraus würde auf (damals) rund 7 Millionen Einwohner Deutschösterreichs ein Bedarf von 22½ Millionen Meterzentner folgen. Der alpenländische Kartoffelbedarf hat somit bereits im Frieden seine Deckung nur zur Hälfte in der eigenen Ernte gefunden, bei den geringeren Erträgnissen der Kriegsjahre nur zu einem Viertel. Aber in der erwähnten Kopfquote ist bereits die verfütterte und gebrannte Kartoffel enthalten. Für den menschlichen Konsum verbleibt davon nur ein Bruchteil, und da gerade die bäuerliche Wirtschaft — die typische Betriebsform in Deutschösterreich — Kartoffeln zumeist nur für den eigenen Bedarf, nicht für den Markt anbaut, so bleibt tatsächlich fast der ganze Konsumbedarf der Städte unbedeckt. Vorerst müßte wieder eine Verdoppelung der Produktion eintreten, um nur den Friedensstand zu erreichen. Für eine beträchtliche Erweiterung der Anbaufläche — sie hat vor dem Krieg durchschnittlich 145.000 ha betragen und ist im Krieg um 35.000 ha, gegen 1913 um 50.000 ha zurückgegangen — fehlt ebenso wie für Getreide der Boden. Im übrigen unterliegt gerade der Kartoffelertrag und seine Verwertung außerordentlich großen Schwankungen, so daß jeder Wirtschaftsplan mit ausgiebigen Reserven rechnen muß. Nach Strakosch müßte die deutschösterreichische Kartoffelerzeugung um mehr als 150% vermehrt werden, um nur für die Selbstversorger halbwegs zu genügen, doch bezeichnet er dieses Ziel nicht als unerreichbar.

Ähnlich wie die Kartoffeln sind auch die Hülsenfrüchte erst im Krieg in den Alpenländern mit sinkender Brot- und Mehlnahrung zu erhöhter Wichtigkeit gelangt, während ihr Hauptproduktionsgebiet, wie das der Kartoffeln, Böhmen, Mähren und Galizien ge-

Digitized by Google

wesen sind. Aber auch hier hat der Krieg einen erheblichen Ernteausfall gebracht und der Zusammenbruch Deutschösterreich von seinen Versorgungsgebieten abgeschnitten. Auf rund 19.000 ha hat Deutschösterreich vor dem Krieg durchschnittlich 187.000 Meterzentner Hülsenfrüchte geerntet. Im Krieg ist die Ernte an Hülsenfrüchten auf ein Drittel dieser Menge gesunken. Aber wenn man den Bedarf an Hülsenfrüchten mit nur einem Kilogramm pro Kopf und Monat annimmt, so kommen wir zu einem Jahresbedarf von 720.000 Meterzentner, also zu dem Vierfachen der Friedensernte. Doch dürften gerade im Anbau von Hülsenfrüchten am raschesten große Erfolge zu erzielen sein, allerdings würde bei jeder Produktionssteigerung an Hülsenfrüchten wieder der Wettbewerb zwischen menschlicher Nahrung und Futterbedarf eintreten. Selbst bei unverändertem Ertrag (bisher durchschnittlich 10 q pro ha) wäre zur Erzielung einer für den heimischen Bedarf ausreichenden Ernte bloß eine Erweiterung der Anbaufläche um rund 60.000 ha, also ein verhältnismäßig kleiner Raum erforderlich.

Die Fleisch- und Fettproduktion der deutschösterreichischen Landwirtschaft ist vor allem eine Futterfrage. In der Viehzucht liegt die landwirtschaftliche Zukunft Deutschösterreichs. Aber hier sind auch vorerst die größten Kriegsschäden gut zu machen. Österreich-Ungarn war bekanntlich bis wenige Jahre vor dem Krieg ein Viehexportland, und der Sicherung dieses Exportes war vor allem die Handelspolitik beim Abschluß der letzten Verträge dienstbar gemacht. Der Hauptsitz der Viehwirtschaft waren in der österreichischen Reichshälfte die Alpenländer. Während in der ganzen Monarchie 1910 auf 1000 Menschen 333 Rinder entfielen, war der Durchschnitt in den Alpenländern 352 Stück. Seither ist das Vieh aber

Digitized by Google

an Zahl und noch weit mehr an Qualität stark zurückgegangen. Die letzte Zählung im April 1919 hat gegen das Jahr 1910 einen Rückgang der Stiere um 26, der Kälber um 27, der Kühe um 16, der Ochsen um 38% ergeben, denen eine Zunahme an Jungvieh um 44% gegenüberstand. Im ganzen ist die Rinderzahl von 2·22 auf 1·93 Millionen Stück gesunken. Da nach den Erhebungen der Viehzählung von 1910 mehr als zwei Drittel der Ochsen als Zugvieh in Verwendung standen, so ist bei dem seither beobachteten Ausfall eine weitere Verminderung der Ochsen ohne schwere Beeinträchtigung des landwirtschaftlichen Betriebes kaum möglich. Das gleiche gilt von den Stieren, deren Zahl stärker gesunken ist als die der Kühe, so daß durch weitere Schlachtung die Fortpflanzung beeinträchtigt werden müßte. Die Kalbinnen werden aus Rücksicht auf die Zukunft, die Kühe aus Rücksicht auf die Gegenwart der Milchwirtschaft geschont werden müssen. Für die nächsten Jahre ist also aus dem vorhandenen Rinderstand eine nennenswerte Fleischausbeute nicht zu erzielen. Dazu kommt, daß auch die Qualität des zur Schlachtung geführten Viehes unvergleichlich schlechter geworden ist als im Frieden. Gegen eine normale Fleischausbeute von 300 kg pro Rind kann bei dem gegenwärtigen Zustand der Schlachttiere auf nicht mehr als 100 bis 120 kg im Durchschnitt gerechnet werden, d. h. es müßte zur Erzielung derselben Fleischmenge die dreifache Rinderzahl geschlachtet werden als in normaler Zeit.

Für die Fleisch- und Fettversorgung wird deshalb in erster Linie die Schweinezucht aufzukommen haben. Der Schweinestand kann die Kriegsschäden am schnellsten überwinden, da bei ordentlicher Zucht 20 bis 24 Ferkel jährlich erzielbar sind. Allerdings war die Schweinezucht in den Alpenländern nie hoch ent-

Digitized by Google

wickelt. Im Jahre 1910 sind im alpenländischen Deutschösterreich bloß 1·84 Millionen Schweine gezählt worden, die sich bis zum Frühjahr 1919 auf 1·11 Millionen oder um 38% verminderten. Bei einer Wochenration bloß von ¼ kg auf den Kopf würde ein Fleischbedarf von 0·8 Millionen Meterzentner jährlich zu decken sein. Das würde bei dem heutigen Zustand der Viehzucht die Schlachtung von etwa einer Million Rinder, bei ihrer normalen Verfassung von rund einer Drittelmillion erfordern. Soll das Rind- durch Schweinefleisch ersetzt werden, so müßten jährlich einige Millionen Schweine geschlachtet werden, und da normalerweise jährlich ungefähr die Hälfte des jeweiligen Schweinestandes zur Schlachtung kommt, so müßte er auf ein Mehrfaches seiner Höhe vor dem Krieg gehoben werden — was wieder erst nach mehreren Jahren und unter ausgiebiger Kraftfutterverwendung erreichbar wäre. Vor dem Krieg hat zumal Wien zum größten Teil ungarisches und galizisches Vieh gegessen.

Im engsten Zusammenhang mit der Fleischproduktion steht die Fett- und Milchproduktion. Dabei können die vegetabilischen Fette außer Betracht bleiben. Der Anbau von Raps, Lein, Rübsen und dergleichen ist in Deutschösterreich sehr bescheiden, und sollte ihr Anbau gesteigert werden, so werden die daraus gewonnenen Fette wohl in erster Linie für technische Zwecke verwendet werden. Die vorhandenen Kunstfettfabriken bleiben nach wie vor im wesentlichen auf die Einfuhr ausländischer, hauptsächlich überseeischer Ölsaaten angewiesen.*) Somit muß die Viehzucht für

*) Neuerdings beschaffen sich die deutschösterreichischen Kunstfettfabrikanten ihr Rohmaterial zu erheblichem Teil im Veredlungsverkehr. Wie weit dieser unter normalen Verhältnissen aufrechtzuerhalten wäre, darüber sind die Ansichten geteilt.

Digitized by Google

den Fettbedarf des deutschösterreichischen Volkes aufkommen: mit Butter, Rindstalg und Schweinefett. Die Buttererzeugung hängt von der Milchergiebigkeit der Kühe ab. Nach der letzten Viehzählung hat die Zahl der Kühe rund 912.000, im Jahre 1910 1·1 Millionen betragen. Nimmt man eine durchschnittliche Milchleistung von 5 l täglich oder rund 1800 l pro Jahr an, so kommt man zu einer Milchproduktion von 16·4 Millionen Hektoliter für den gegenwärtigen und rund 20 Millionen Hektoliter für den Vorkriegsbestand an Kühen.*) Davon sind in normaler Zeit rund 20% verbuttert worden, was bei einer durchschnittlichen Ausbeute von 4% (1 kg Butter auf 25 l Milch) 130.000 bis 160.000 Meterzentner Butter abwerfen würde. Daß diese Menge bei rationeller Rinderzucht, insbesondere durch reichliche und kräftige Fütterung und durch besondere Pflege der Milchwirtschaft statt der Züchtung von Schlachtvieh erheblich zu steigern wäre, steht fest. Ein durchgreifender Erfolg wäre aber auch da erst nach Jahren zu erzielen. Übrigens mag der Verbutterung unter dem Einfluß der Preisentwicklung während des Krieges ein größerer Teil der Milchgewinnung zugeführt worden sein.

Viel schwieriger und unsicherer ist eine Schätzung der Schweinefettgewinnung. Wenn wir — wie bereits erwähnt — von der jährlichen Schlachtung des halben Schweinestapels ausgehen, so würde man nach Rückkehr des Vorkriegsstandes an Schweinen zu einer Schlachtziffer von 932.000 Stück gelangen, was bei einer Durchschnittsergiebigkeit von 9 kg (mehr dürfte bei den alpenländischen Schweinen kaum angenommen werden, während ungarische Schweine und Balkanschweine bei mehr als doppeltem Schlacht-

*) Gegenwärtig rechnet man mit durchschnittlich 3 l täglichem Milchertrag.

Digitized by Google

gewicht ein Mehrfaches dieser Menge liefern würden) rund 84.000 Meterzentner Schweinefett ergeben würde. Der Anfall von Rindstalg spielt eine sehr geringe Rolle. Nimmt man an, daß von den Ochsen jährlich 30, von Kühen 15 und von Kälbern 20% des Bestandes geschlachtet werden, so würde das nach dem Friedensstande rund 333.000 Stück ergeben (was, wie wir oben gezeigt haben, auch ungefähr dem normalen Fleischbedarf entsprechen würde). Setzt man die Rohtalgausbeute mit 15 kg oder 6 kg Rindsfett an (sie beträgt gegenwärtig nicht viel mehr als ein Drittel dieser Menge), so würde das weitere 20.000 Meterzentner Speisefett gewinnen lassen.

Wir können also die Fettgewinnung nach dem Stande der deutschösterreichischen Viehzucht vor dem Krieg auf rund eine Viertelmillion Meterzentner veranschlagen. Das würde auf den Kopf der Bevölkerung etwas über 4 kg jährlich oder nicht einmal 80 g wöchentlich ergeben, und um so weit zu kommen, wird die deutschösterreichische Landwirtschaft einige Jahre hindurch ihr Vieh mit der größten Sorgfalt und mit beträchtlichem Kapitalsaufwand, namentlich für Futter, erst auf seine frühere Quantität und Qualität bringen müssen. Eine Fettration von 80 g entspricht aber erst einem Bruchteil des physischen Mindesterfordernisses! Und dabei ist selbst diese Ziffer zu günstig, da seit der letzten Viehzählung im Herbst 1918 die Zahl der Kühe wieder um einige hunderttausend und in noch höherem Maße ihre Milchergiebigkeit und der Fettgehalt der Milch zurückgegangen sind. Man muß sich auch klar darüber sein, daß selbst eine Erhöhung der Milchleistung auf die der Länder mit höchstentwickelter Viehzucht, die durchschnittliche Leistungen bis zu 3000 l jährlich aufweisen, Deutschösterreich zwar

Digitized by Google

wieder eine normale Milchversorgung bringen und vielleicht sogar die Ausfuhr von Käse und anderen Molkereiprodukten gestatten, aber noch lange nicht seinen Fettbedarf decken würde. Ob und wann aber neben einer hochentwickelten Rinderzucht gerade die Alpenbauern sich auch noch einer ausgedehnten Schweinezucht zuwenden werden, ist eine Frage, auf die auch optimistischen Sachverständigen eine sichere Antwort nicht leicht möglich ist.

Wir haben oben allein den Bedarf an Futtergetreide nach einer sehr summarischen Schätzung von 1 kg pro Tag und Stück mit 13 Millionen Meterzentner angenommen. Aber die ausgiebige Verwendung von Kraftfutter in der Landwirtschaft bildet ein überaus kompliziertes Problem. Die alpenländische Almwirtschaft kennt im allgemeinen die Verwendung von Kraftfutter nicht. Im Sommer ist das Vieh auf der Weide, den Winter über wird es mit Heu durchgehalten. Natürlich ist auf diese Weise eine Intensivierung der Viehwirtschaft allgemein nicht zu erreichen. Soll aber die Alpenweide besser ausgenützt werden, dann muß der Futterbau im Tale gehoben werden, um die Überwinterung einer größeren Viehzahl zu ermöglichen.*) Eine erhebliche Rolle spielt die Kraftfutterverwendung erst dort, wo die Viehaltung in Verbindung mit der Ackerwirtschaft steht, also in den tieferen Lagen. Dort ist aber die Viehzucht nicht mehr Selbstzweck, sondern notwendige Ergänzung des Ackerbaus, teils wegen der erforderlichen Zugleistung, teils wegen des abfallenden Düngers. Um hier erfolgreich fortzuschreiten, wird zunächst die Weidewirtschaft selbst intensiviert, vor allem die zahlreichen nassen Wiesen durch Drainierung

*) Vgl. dazu Hainisch, „Die Aussichten der Rindviehzucht in Deutschösterreich", in dem oben zitierten Sammelwerk des Vereines für Sozialpolitik.

Digitized by Google

in ihrem Ertrag gebessert werden müssen. Die sonstigen Möglichkeiten einer intensiven Weidewirtschaft (Anlage von „Kunstwiesen", Düngerverwendung, Futterkonservierung usw.) sind in diesem Zusammenhang nicht zu erörtern. Aber soweit die Viehzucht als Nebenbetrieb des Ackerbaues betrieben wird, läßt sie jedenfalls der eigentlichen Mästung oder Intensivierung der Milchwirtschaft wenig Raum. Trotzdem haben schon diese Betriebe vielfach Kraftfutter, insbesondere Ölkuchen zu kaufen, während sie sich im übrigen neben Heu mit Kleie behelfen. Die Viehzucht in den Ökonomien landwirtschaftlicher Industrien (Zuckerfabriken, Brauereien, Brennereien), die auf der Verwertung der Abfallprodukte des industriellen Betriebes beruht, hat für Deutschösterreich im Vergleiche zu Böhmen und Mähren wenig Bedeutung. Das gleiche gilt von den eigentlichen Mästereien, wie sie hauptsächlich für Schweine vielfach in Böhmen, Mähren und Ungarn bestehen. Daneben ist der besondere Futterbedarf der städtischen Pferde nicht zu vergessen. Und eine Futterfrage ist es schließlich, wie weit die Hebung der Geflügelzucht gelingen wird, die bisher in den Alpenländern nur schwach entwickelt ist. Von dem gesamten Stand der Haushühner des alten Österreich von 31·7 Millionen (nach der Zählung von 1910) entfielen bloß etwa 6 Millionen, also nicht einmal ein Fünftel auf Deutschösterreich, wovon 5·8 Millionen Legehühner gewesen sein dürften, die bei ausreichender Fütterung rund zwei Drittel des deutschösterreichischen Eierbedarfes zu decken vermöchten.

Fast vollständig auf das Ausland angewiesen ist Deutschösterreich in seiner Zuckerversorgung. Deutschösterreich hat bekanntlich nach dem Friedensvertrag nur vier Zuckerfabriken behalten, die im Frieden 43.000 t Zucker erzeugt haben, während sein

Digitized by Google

Mindestbedarf (für den unmittelbaren und mittelbaren Genuß, Marmelade, Zuckerwaren) das Vierfache beträgt. In der Zuckerversorgung würde die Einbeziehung Deutschwestungarns allenfalls eine fühlbare Erleichterung schaffen. Freilich liegen die Rübenfelder der fünf westungarischen Zuckerfabriken zum größeren Teil jenseits der deutschösterreichischen Grenze und nach verläßlichen Berichten werden die Fabriken selbst von den Ungarn demontiert und die Maschinen ins Innere des Landes geschafft, ohne daß die Wiener Regierung es zu hindern vermag. Immerhin würde die Rübenernte Deutschösterreichs (nach dem Durchschnitt der Vorkriegsjahre) durch den Anschluß Westungarns von 3·56 auf 6·06 Millionen Meterzentner steigen, was bei 12 % Ausbeute rund 72.000 t Zucker gewinnen ließe. In allen anderen Nahrungsmitteln fallen die westungarischen Produktionsmengen wenig ins Gewicht. Man darf nie übersehen, daß die Entente Deutschösterreich nur den kleineren Teil der westungarischen Komitate zugewiesen hat. So ist der Getreideüberschuß Westungarns bei Wiederherstellung der Friedensernten höchstens auf 300.000 Meterzentner zu veranschlagen. Aber vor allem: die Vereinigung Westungarns mit Deutschösterreich steht vorläufig bloß auf dem Papier und niemand weiß, wie und durch wen der offene Widerstand Ungarns gegen diese Bestimmung des Friedensvertrages gebrochen werden soll.

Fassen wir zusammen: In allen Zweigen der Landwirtschaft ergibt die Gegenüberstellung von Leistungsfähigkeit und Bedarf ein ungeheures Defizit, das entweder überhaupt nicht oder nur unter großem Kapitalsaufwand nach langer Zeit und als Ergebnis eines tiefgreifenden sozialen Erziehungswerkes gedeckt werden kann. Wir haben nachzuweisen versucht, wo selbst

Digitized by Google

bei Zusammenwirken aller günstigen Voraussetzungen die Grenzen der Entwicklungsfähigkeit liegen, und dabei ist erst noch der lange Weg zurückzulegen, der die Landwirtschaft Deutschösterreichs wieder auf den Vorkriegsstand bringen soll. Es klingt vielverheißend, wenn wir hören, daß das Staatsamt für Ackerbau die meliorationsbedürftigen und also wohl auch meliorationsfähigen Flächen auf 850.000 ha schätzt, da die gesamte Ackerfläche Deutschösterreichs bloß 1·8 Millionen Hektar bedeckt. Aber von diesen 850.000 ha kommt nur der kleinste Teil als Ackerfläche in Betracht, und zur Durchführung eines solchen Programms gehören Jahrzehnte und vor allem eine Bevölkerung, die sich in Wohlstand und Frieden so weite Ziele ihrer Wirtschaft stecken kann. Für alle diese Zeit aber bleibt Deutschösterreich auf ausländische Nahrungszufuhren angewiesen. Welch ungeheure Geldbeträge sie erfordern, haben wir in früherem Zusammenhang bereits auf Grund niedriger, zum Teil unzureichender Bedarfsziffern dargestellt. Auf ein paar Milliarden mehr oder weniger kommt es in dieser grundsätzlichen Untersuchung nicht an. Entscheidend ist, daß Deutschösterreich, obwohl seine Bevölkerung außerhalb Wiens überwiegend in der Landwirtschaft tätig ist und es einen — von wenigen Landstrichen abgesehen — ausgesprochen agrarischen Charakter trägt, auf absehbare Zeit und nicht nur für eine kurze Übergangsfrist alljährlich allein etwa 400 Millionen Dollars (um es einmal in einer wertbeständigen Währung auszudrücken) braucht, nicht um zu friedensmäßiger Ernährung und damit erst zu voller physischer Leistungsfähigkeit zu gelangen, sondern nur um durch halbwegs zureichende Ernährung dem Massensterben Einhalt zu gebieten und seine Kinder auch ohne ausländische Wohltätigkeit aufziehen zu können. Von allen

Digitized by Google

Entschädigungsleistungen abgesehen — zu solchen Ausfuhrüberschüssen muß in Ermangelung anderer reicher Einnahmsquellen die Industrie Deutschösterreichs gelangen, solche Summen müssen, bis das möglich ist, alljährlich vom Ausland der Republik Österreich kreditiert werden.*)

---

*) Zu einem weit günstigeren Ergebnis scheint eine Untersuchung zu gelangen, die Durig („Zum Ernährungsproblem Österreichs", bei Braumüller, Wien-Leipzig 1920) und ihm folgend Dafert (a. a. O.) anstellt. Durig, der von denselben Daten ausgeht wie unsere Darstellung, berechnet einerseits den gesamten physiologischen Mindestbedarf der Bevölkerung Deutschösterreichs mit durchschnittlich 2300 Kalorien pro Kopf und Tag, anderseits das Leistungsvermögen der deutschösterreichischen Landwirtschaft (in Kalorien), wenn sie sich nach Produktionsmethode und Produktionsrichtung auf die Stufe der unter eher noch schlechteren, aber durchaus ähnlichen natürlichen Bedingungen arbeitenden Schweizer Landwirtschaft erheben würde, um zu dem Nachweis zu gelangen, daß Deutschösterreich bei bescheidener eingeschränkter Lebenshaltung zum mindesten den überwiegenden Teil seines Nahrungsmittelbedarfes im eigenen Lande decken könnte. Der Unterschied in der Struktur der Landwirtschaft liegt vor allem darin, daß die Schweiz überall, wo die Niederschlagsmengen 1000 Millimeter übersteigen, vom Getreidebau absieht, dagegen hochwertige Kartoffel zieht und das Schwergewicht der Landwirtschaft im übrigen auf Viehzucht und Milchwirtschaft legt. Dazu ist hier prinzipiell zweierlei zu bemerken:

1. Es ist praktisch wertlos, den Nahrungsbedarf der Bevölkerung nach einer durchschnittlichen Kalorienzahl zu berechnen. Es wird niemals möglich sein, eine gleichmäßige Ernährung aller Volkskreise auf der Grundlage des physiologischen Minimums zu erzwingen. Es ist ebenso unmöglich, den Landwirt (Besitzer und landwirtschaftlicher Arbeiter) wie den besitzenden Städter auf eine solche Ernährungsstufe hinabzudrücken. Der Bauer in Deutschösterreich hat im Krieg seinen Nahrungsmittelverbrauch gegenüber der Vorkriegszeit nicht nur aufrechterhalten, sondern mit dem wachsenden Geldeinkommen erheblich gesteigert. Beträgt doch allein der Natural-

Digitized by Google

Weit schwieriger als das Leistungsvermögen der Landwirtschaft ist das der Industrie Deutschösterreichs abzuschätzen. Die vorübergehende Organisierung der Industrie während des Krieges hat zwar in vielen Zweigen das erfreuliche Ergebnis gehabt, daß Österreich endlich zu einer seit langem vermißten Produktions- und Betriebsstatistik gekommen ist. Aber der Zusammenbruch der Monarchie hat den größten Teil des inneren Marktes der deutschösterreichischen Industrie zum Ausland gemacht, ihre Produktions- und Absatzbedingungen verändert und vielfach auch ihre Rohstoffversorgung gefährdet. In unserem Zusammenhang kommt es uns aber noch auf eine besondere Frage an, die sich nicht ohneweiters beantworten läßt: Wie weit ist die deutschösterreichische Industrie im-

---

lohn eines landwirtschaftlichen Arbeiters das Vielfache der Nahrungsration eines industriellen Schwerarbeiters, und der industrielle Schwerarbeiter wie die ihm gleichgeordneten Arbeiterschichten erhalten bereits eine wesentlich höhere Ration als die übrige städtische Bevölkerung! Um die Spannung zu ermessen: Der Naturallohn eines landwirtschaftlichen erwachsenen Vollarbeiters in Niederösterreich repräsentiert eine Nahrungsmenge von 4500 Kalorien täglich, die Normalration der städtischen Bevölkerung von 1126 Kalorien! Und ebensowenig werden sich durch Verwaltungsmaßnahmen oder durch einen moralischen Appell die begüterten Kreise der städtischen Bevölkerung daran hindern lassen, ihren gewohnten Nahrungsstand aufrechtzuerhalten. Die Frage nach dem Anteil der heimischen Landwirtschaft an der Ernährung des Volkes ist daher gleichbedeutend mit der Frage, wieviel von der heimischen landwirtschaftlichen Erzeugung für den städtischen Verbrauch übrigbleibt und wieviel selbst davon die besser versorgte, begüterte Oberschicht für die unbegüterte Volksmasse übrig läßt.

2. Es ist nicht einzusehen, wie sich die eigenartige Struktur der deutschösterreichischen Landwirtschaft der völlig andersartigen Schweizer anpassen soll. Daß durch behördliches Gebot und Verbot in dieser Hinsicht nichts auszurichten ist,

Digitized by Google

stande, Überschüsse zu erzielen, um das große Nahrungsdefizit des jungen Staates zu decken und ihn gar noch zur Tilgung seiner Auslandsschuld zu befähigen?

Wie bei der Landwirtschaft ist davon auszugehen, daß die gegenwärtige Produktionsfähigkeit auch der Industrie weit hinter der Vorkriegszeit zurückbleibt. Allerdings aus anderen Gründen. Der industrielle Apparat Deutschösterreichs ist während des Krieges nicht nur intakt geblieben, sondern in manchen Zweigen außerordentlich erweitert worden. Es sei nur daran erinnert, daß z. B. die Leistungsfähigkeit der Automobilindustrie gegenwärtig mindestens fünfmal so groß sein dürfte als vor dem Krieg, daß für die Munitionserzeugung große Metallwerke und chemische Fabriken erbaut worden sind u. dgl. mehr. Aber die

---

ist nach den Erfahrungen der Kriegswirtschaft allgemein zugegeben. Blieben somit neben der vagen Hoffnung auf eine bessere wirtschaftliche Einsicht des Landvolkes in den allgemeinen Nutzen nur das Vertrauen auf den Eigennutz des Landwirtes, den eine entsprechende Marktgestaltung zu einer Umstellung seiner Wirtschaft führen würde. Aber dieses Vertrauen wird durch die naheliegende Frage erschüttert, warum sich die deutschösterreichische Landwirtschaft bei der gegebenen Verwandtschaft der natürlichen Bedingungen nicht schon vor dem Krieg auf die Produktionsverhältnisse der Schweizer Landwirtschaft eingerichtet hat. Damals waren doch die Preisrelationen bei freier Marktbildung für Deutschösterreich dieselben wie für die Schweiz, und die Rückkehr zur freien Marktbildung ist das äußerste, was die Zukunft der bisher durch staatliche Maßnahmen gehemmten deutschösterreichischen Landwirtschaft bringen kann. Wie soll sich also diese Änderung der Struktur der deutschösterreichischen Landwirtschaft unter dem Einfluß des Marktes vollziehen? Durig, wie fast alle, die das deutschösterreichische Wirtschaftsproblem rein statistisch oder wirtschaftstechnisch behandeln, übersieht eben die ungeheure Bedeutung des schwer veränderlichen sozialen und historischen Moments für die Zustände und Möglichkeiten einer Volkswirtschaft.

Digitized by Google

Hindernisse, die einer vollen Ausnützung dieses Apparates jetzt und in absehbarer Zeit entgegenstehen, sind erstens der Kohlen- und Rohstoffmangel, zweitens die Unmöglichkeit der Finanzierung des Betriebes infolge der Geldentwertung und drittens — für die großen Kriegsbetriebe — das Verbot des Friedensvertrages, die Erzeugung von Kriegsmaterial fortzusetzen, wodurch große Fabriksanlagen zu sehr erheblichen Teilen zum Stillstand gezwungen werden. Um den Betrieb im Umfang der Vorkriegszeit zu führen, braucht ein Industrieunternehmen heute in der Regel den dreißig- bis fünfzigfachen Betrag seines früheren Betriebskapitals — eine Summe, die gewöhnlich weder durch eigene Kapitalserhöhungen noch durch Bankkredit aufgebracht werden kann.

Von diesen Hemmnissen einer vollen industriellen Produktion dürfte die Kohlennot, obwohl sie heute das weitaus schwerste der wirtschaftlichen Übel bildet, am ehesten sich überwinden lassen. Langsam, aber ständig steigt die Förderung in allen Kohlenrevieren, die bisher Deutschösterreich versorgt haben, neue Schächte werden erbohrt, neue Vorkommen erschlossen, das vorhandene Kohlenquantum allmählich rationeller bewirtschaftet. In der Tschecho-Slowakei ist die Vorkriegsförderung fast wieder erreicht, in Oberschlesien bereits in Sicht. Ernste Fachleute meinen, daß die europäische Kohlenknappheit in längstens vier bis fünf Jahren überwunden sein werde. Für Deutschösterreich könnte freilich in dieser Zeit die Emanzipierung von der Kohle überhaupt bereits vorgeschritten sein. Obwohl das Werk noch kaum über die ersten Ansätze hinausgediehen ist, muß gehofft werden, daß bis dahin mit dem Ausbau der wichtigsten Wasserkräfte begonnen sein wird, von wo ein dichtes Überlandnetz den Strom zu den kraftbedürf-

Digitized by Google

tigen Industrieanlagen leiten soll. Daß dieses Ziel erreichbar ist, steht außer Zweifel.

Das heutige Deutschösterreich hat vor dem Krieg einen Steinkohlenbedarf von 12½ Millionen Tonnen gehabt (wobei Braunkohle auf Steinkohle umgerechnet ist). Die eigene Kohlenförderung Deutschösterreichs hat rund 2½ Millionen Tonnen Braunkohle betragen, die höchstens 1 Million Tonnen Steinkohle entsprechen. Der zu ersetzende Einfuhrbedarf stellt sich somit auf rund 11½ Millionen Tonnen. Eine lebhafte Aufschlußtätigkeit versucht die alpenländischen Kohlenvorkommen zu größerer Ergiebigkeit zu bringen. Vor allem in der Steiermark hofft man, in einigen Jahren die Förderung um 1 Million Tonnen zu steigern. Einige Tagbaue in Niederösterreich und an der westungarischen Grenze können durch mehrere Jahre die auswärtigen Kohlenzufuhren des Wiener Elektrizitätswerkes entlasten, auch andere Kohlenvorkommen in Niederösterreich und Oberösterreich, die verhältnismäßig höherwertig sind, können jährlich vielleicht etliche hunderttausend Tonnen liefern. Zumeist handelt es sich um Kohlenlager, die man schon längst kennt, die aber früher wegen der geringen Qualität der Kohle nicht abbauwürdig waren und jetzt nur durch die Entwertung der Krone und in Erwartung länger dauernder Kohlenknappheit in ganz Europa abbauwürdig geworden sind. Die jetzt einwandfrei festgestellte Tatsache, daß sich ein ziemlich mächtiger Kohlenflöz bis unter die verbaute Stadtfläche Wiens und unter dem Strombett auf das linke Donauufer fortsetzt, hat in Laienkreisen vielfach phantastische Vorstellungen über einen neu entdeckten Kohlenreichtum Deutschösterreichs hervorgerufen. Im ganzen handelt es sich um Möglichkeiten, die bestenfalls den Einfuhrbedarf Deutschösterreichs um 15 bis 20% ver-

Digitized by Google

ringern könnten. In Niederösterreich ist die Gemeinde Wien an den meisten Bohrungen beteiligt.

Aber der Wärme- und Energiegehalt der restlichen Kohlenmenge kann durch die ausbauwürdigen Wasserkräfte Deutschösterreichs durchaus gedeckt werden, wofern die Kohle nicht für besondere Verwendungszwecke — Bergbau, Salinen, Gaswerke, Hausbrand, die zusammen etwa 5 Millionen Tonnen erfordern — durch Elektrizität technisch unersetzbar ist. Allerdings handelt es sich dabei nicht bloß um ein technisches, sondern auch um ein wirtschaftlich-finanzielles Problem. Es müssen erst die Mittel beschafft werden, um die Werke zu finanzieren. In Deutschösterreich selbst können bei der allgemeinen Kapitalsknappheit und der verzweifelten Lage des Haushalts von Staat, Ländern und Gemeinden jedenfalls nur ganz unzulängliche Beträge aufgebracht werden. Das Ausland aber hält sich bisher zurück.*) Man braucht deshalb die Hoffnung auf ausländische Kapitalshilfe für den Ausbau der Wasserkräfte noch nicht aufzugeben. Aber es darf nicht übersehen werden, daß die ganze Welt verarmt ist und daher überall der Kapitalsexport eingeschränkt und auf diejenigen Anlagen konzentriert werden muß, die bei größter Sicherheit die größte Gewinnstchance bieten. Und darin kann aus politischen und wirtschaftlichen Gründen Deutschösterreich schwer den Wettbewerb überseeischer Staaten und Kolonien bestehen. Für das Ausland ist aber auch der Tiefstand der Valuta kein viel geringeres Hindernis als für jegliche Investitionstätigkeit eines inländischen Unternehmers. Auch der ausländische Kapitalist muß mit den ungeheuerlichen Baukosten rechnen, die

*) Verhandelt wurde bisher mit reichsdeutschen, französischen, englischen, amerikanischen und Schweizer Finanzgruppen.

Digitized by Google

gegenwärtig in Deutschösterreich bezahlt werden müssen, und da er den Strom immer nur wieder im Inland verwerten kann, trifft ihn das ganze Risiko der Geldwertsteigerung nach Abschluß der Bauzeit. Und dieses Risiko vergrößert sich, wenn tatsächlich in wenigen Jahren sich der Kohlenmarkt wieder in normaler Verfassung zeigen sollte und deshalb mit einem verstärkten Wettbewerb der Kohle gerechnet werden müßte. Die erhöhte Konkurrenzfähigkeit der Wasserkraft gegenüber der Kohle bei den bereits bestehenden Kraftwerken wird durch die enormen Baukosten der meisten, erst zu errichtenden Werke paralysiert. Begrenzt mag dieses Risiko allenfalls bei denjenigen Wasserkräften sein, deren Ausbau keinen bedeutenden Bauaufwand erfordert, die aber nicht in genügender Zahl vorhanden sind, um das ideale Ziel — der vollständigen Elektrifizierung der Wirtschaft — erreichen zu lassen. Dem steht freilich wieder gegenüber, daß die tschechoslowakischen und deutschen Kohlenpreise bisher auch nicht annähernd die Weltmarkthöhe erreicht haben, so daß für absehbare Zeit eher mit einem Steigen der Kohlenpreise in Deutschösterreich zu rechnen wäre. Das Problem der Elektrizitätsversorgung Deutschösterreichs kann hier nur in wenigen Strichen skizziert werden. Die mittlere Jahresleistung kann für die Gesamtwasserkräfte (unter vollständiger Ausnützung der ganzen Flußläufe) mit rund 3, für die Großwasserkräfte Deutschösterreichs (Gefällstufen über 100.000 HP Leistungsfähigkeit) mit 1·5 Millionen Netto-Pferdekräften angenommen werden.*) Darin sind die Donauwasserkräfte mit

*) Nach Seeliger, „Zeitschrift für Elektrotechnik und Maschinenbau" Nr. 25 ex 1918. Verschiedene andere Schätzungen gehen darüber beträchtlich hinaus. So nehmen Riehl und Engelmann die ausbauwürdigen Wasserkräfte der Alpenländer allerdings einschließlich Südtirol und des südslawisch

Digitized by Google

280.000 HP enthalten. Die Zahl von Pferdekräften entspricht ungefähr der Krafterzeugung der zehnfachen Tonnenzahl Kohle, d. h. die Großwasserkräfte allein vermögen den Kohlenbedarf Deutschösterreichs zu decken. Scheidet man Hausbrand, Hochöfen u. dgl. aus, so wären kaum zwei Drittel jener Kohlenmenge erforderlich, um die öffentlichen Elektrizitätswerke, sämtliche Bahnen und den größten Teil der Industrie in Betrieb zu halten. Aber bis dahin ist ein weiter Weg. Vorläufig ist nur die Elektrifizierung einiger westlicher Staatsbahnstrecken von zusammen 651 Kilometer in erster Vorbereitung. Die Kosten dieser teilweisen Elektrifizierung sollen (nach den Ende Juni 1920 geltenden Preisen und Löhnen) rund 5 Milliarden Kronen betragen. Dafür sollen jährlich 435.000 Tonnen Kohle gespart werden, das sind rund 13 % des normalen Kohlenbedarfs der deutschösterreichischen Bahnen. Eine fühlbare Erleichterung der Kohlennot ist somit von dieser Aktion nicht zu erhoffen.*)

---

gewordenen Südhanges mit 4, Ing. Ried sogar mit 6·1 Mill. HP an. Vergleichsweise sei erwähnt (nach einer Denkschrift des österr. Eisenbahnministeriums vom Jahre 1917), daß die Schweiz über 2·25 (davon ausgebaut 0·55), Schweden über 4 (0·75), Norwegen über 8 (1), Italien über 5 (1), Frankreich über 9 (1) Millionen HP Wasserkräfte verfügen. Italien und Frankreich haben übrigens während des Krieges den Ausbau ihrer Wasserkräfte forciert; so hat Frankreich in diesen Jahren nicht weniger als ½ Million HP ausgebaut.

*) Die 5 Milliarden sollen, da das Auslandskapital dafür nicht zu haben ist, im Inland aufgebracht werden. Ob das gelingt, ist mehr als unsicher. Rechnet man für 6% Zinsen und 1% Amortisation jährlich 350 Millionen Anleihedienst, so würden auf die Tonne ersparter Kohle bloß K 800 entfallen, ein Betrag, der nicht unerheblich hinter den gegenwärtigen Kohlenpreisen zurückbleibt. Dabei entfällt aber der weitaus größere Teil der Kosten auf die Anschaffung von Fahrbetriebsmitteln. Parallel mit dieser staatlichen Aktion laufen

Digitized by Google

Auch das Problem der Rohstoffversorgung ist nicht unlösbar. Die Schwierigkeiten einer Erweiterung des industriellen Produktionsapparates bestehen bald in größerem, bald in geringerem Maße in der ganzen Welt und das gibt früher oder später allen vorhandenen Anlagen, wofern sie technisch einigermaßen leistungsfähig sind, die Chance, zur Befriedigung des ungeheuern Warenhungers, den der vierjährige Krieg in der Welt erzeugt hat, mit herangezogen zu werden. Über kurz oder lang mag vielleicht die Beschäftigung auch der deutschösterreichischen Industrie, die ausländische Rohstoffe verarbeitet, im Lohne des ausländischen Kapitals möglich sein. Die Frage wird in allgemeinerem Zusammenhang noch zu erörtern sein.

Ebenso wie Kohlen- und Rohstoffnot kann auch das finanzielle Hindernis nur allmählich beseitigt werden. Naturalwirtschaftlich gesehen bedeutet es nichts anderes, als daß dem elementaren Bedarf an den notwendigsten Lebensmitteln zur Erhaltung der physischen Existenz kein annäherndes Äquivalent an Produkten der eigenen Volkswirtschaft gegenübersteht. Andernfalls wäre die Anpassung aller Preise, Löhne und sonstigen Geldverhältnisse an die Weltmarktparität nicht allzu schwierig. Aber die Maschinen laufen leer, Hunderttausende von Arbeitern, die unbeschäftigt oder ungenügend beschäftigt sind, müssen erhalten, entlohnt und ernährt werden, während der Strom der Warenzirkulation immer schmäler und seichter, der volkswirtschaftliche Körper immer blutleerer wird.

Der gemeinsame Urgrund aller Übel ist die Güterarmut: Die Erschöpfung der deutschösterreichischen

---

übrigens verschiedene Pläne und Aktionen der Länder und einzelner industrieller Großbetriebe zur Ausnützung der Wasserkräfte. Auch sie sind natürlich durch Materialmangel und Finanzierungsschwierigkeiten gehemmt.

Digitized by Google

Volkswirtschaft ist so weit vorgeschritten, ihre Produktionskraft so weit geschwächt, daß sie aus eigenem zur Erholung nicht mehr fähig ist. Deshalb wird hier vor allem der ausländische Kredit — nicht ein einmaliger, nicht einer für die Bedürfnisse eines Jahres, sondern für die ganze Dauer des Genesungsprozesses — einzugreifen haben. Aber — und das ist die entscheidende Frage, auf die hier die Antwort gesucht werden soll — wäre damit das deutschösterreichische Wirtschaftsproblem gelöst? Ist Deutschösterreich wirklich gerettet und lebensfähig, wenn es nach einer Reihe von Jahren gelingt, seinen Produktionsapparat wieder in Gang zu bringen? Daß der Weg dahin lange und steil ist, haben wir gezeigt. Aber nehmen wir an, es hätte ihn mühselig unter tätiger Hilfe des selbst so hilfsbedürftigen Auslandes zurückgelegt — vermag selbst ein Vollbetrieb der deutschösterreichischen Industrie solche Überschüsse abzuwerfen, daß sie den deutschösterreichischen Bedarf an Nahrung und sonstigen Gütern, die ein Kulturvolk braucht, decken kann?

Zunächst eine flüchtige Rechnung: Deutschösterreich zählt rund ein Viertel der Einwohner des alten Österreich. Da seine Bevölkerung aber — zumal die Großstadt Wien — neben Deutschböhmen den höchsten Kulturstand innerhalb der alten Monarchie erreicht hatte, so muß sein Bedarf an Erzeugnissen der Industrie wesentlich höher angenommen werden als seiner Kopfzahl d. h. dem Bevölkerungsdurchschnitt des alten Österreich entsprechen würde. Dabei können wir annehmen, daß Österreich-Ungarn im großen und ganzen ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet gebildet hat. Es hat sich im wesentlichen selbst ernährt, sein Außenhandel — der übrigens mit wachsenden Summen passiv war — hat im Verhältnis zum Inlandsverbrauch fast für alle

Digitized by Google

Industrien eine untergeordnete Rolle gespielt. Wenn die Volkszahl Deutschösterreichs also rund 25% der altösterreichischen beträgt, so hat es mindestens 30 bis 35% der industriellen Produktion Altösterreichs selbst verbraucht und ist dabei in seiner materiellen Lebenshaltung trotzdem weit hinter seinen westlichen und nördlichen Nachbarn zurückgeblieben. Sehen wir demgegenüber zu, in welchem Verhältnis Deutschösterreich an der industriellen Produktion des alten Österreich teilgenommen hat. Es waren nach der Volkszählung von 1910 in Deutschösterreich berufstätig: Im Bergbau und Hüttenwesen 19, in den Industrien der Steine und Erden 23, in der Metallverarbeitung 40, in der Maschinenindustrie 39, in der chemischen Industrie 40, im Baugewerbe 35, in der Textilindustrie 17, in der Papier- und Lederindustrie 48, in der Holz- und Schnitzstoffindustrie 35, in den Nahrungs- und Genußmittelgewerben 31, im Bekleidungsgewerbe 36 Prozent der Berufsangehörigen des ganzen österreichischen Staates. Mit andern Worten: Lediglich in der Metall- und Maschinenindustrie, in der chemischen, Papier- und Lederindustrie kann Deutschösterreich ohne stärkste Senkung des ganzen materiellen Kulturniveaus nennenswerte Überschüsse an das Ausland (altes Ausland oder Nationalstaaten) abgeben, denen ein weit größeres Defizit in den Erzeugnissen anderer Industrien, vor allem den unentbehrlichen Erzeugnissen der Textilindustrie gegenübersteht. Daran ändert auch die Tatsache wenig, daß die altösterreichische Industrie einen beträchtlichen Teil des (übrigens relativ bescheidenen) ungarischen Industriebedarfs mitdecken mußte. Denn gerade in den Industriezweigen, die in Deutschösterreich am stärksten entwickelt sind, war — abgesehen von Papier — das ungarische Defizit am geringsten. So deckte die ungarische Eigenproduktion vor dem Krieg den Bedarf an Ar-

Digitized by Google

tikeln der Eisenindustrie bis zu 81, der Metallindustrie bis zu 70, der Maschinenindustrie zu 76, der Elektrizitätsindustrie zu 82, der Holzindustrie zu 121 %!*) Wenn sich seit der letzten Berufszählung Überschüsse in einzelnen Industrien Deutschösterreichs (wir erwähnten oben als Beispiel die Automobilindustrie) beträchtlich gesteigert haben mögen, so steht dem wieder gegenüber, daß große Industriezweige durch den staatlichen Zusammenbruch ihr Fundament verloren haben. Man braucht nur an die große niederösterreichische Ziegelindustrie zu denken, die im Frieden jährlich durchschnittlich 640.000 Ziegel erzeugt und 12.000 Arbeiter beschäftigt hat und die allein darauf begründet war, daß man mit einem gewissen regelmäßigen jährlichen Wachstum der Millionenstadt Wien und daher mit einer sicheren, übrigens angesichts der schon damals herrschenden Wohnungsnot durchaus entwicklungsfähigen Bautätigkeit rechnen konnte. Damit ist es zu Ende, ohne daß an eine Ersatzverwendung der Produktion dieser Werke zu denken wäre. Denn der Ziegelabsatz ist aus frachtlichen Gründen lokal gebunden. Ähnliches gilt von großen Zweigen des hauptstädtischen Luxusgewerbes, das auf ein blühendes, gesellschaftliches Leben angewiesen war. Seine Wurzeln sind abgestorben. Darüber darf man sich nicht durch den unerhörten Luxusaufwand der neuen Reichen, der in- und ausländischen Kriegsgewinner täuschen lassen, die heute eine verschwenderische Nachfrage entfalten. Das ist eine vorübergehende Erscheinung. Daß die Welt arm geworden ist, werden auch diese Kreise zu spüren bekommen, um so gründlicher und empfindlicher, je länger eine nachsichtige Finanzpolitik in den verschiedenen

*) Vgl. Gratz, Ungarn, S. 373. Franklin-Verlag, Budapest 1918.

Digitized by Google

Staaten sie schont und ihnen den ganzen Ernst der Lage vorenthält. Die radikalen Eingriffe in die großen Vermögen und Einkommen, mit denen Deutschland jetzt beispielgebend vorangeht, werden auch in den Siegerstaaten nicht ausbleiben, sobald erst ihre Finanzminister sich und ihrem Volk die Wahrheit einbekennen, daß die besiegten Staaten nicht für ihre Rechnung aufzukommen vermögen, und dann hat die kritische Stunde für das Luxusgewerbe der ganzen Welt geschlagen.

Nach ihrer Rohstoffgrundlage können wir für Deutschösterreich zwei hauptsächliche Gruppen von Industrien unterscheiden: Die Erzproduktion und die weiterverarbeitenden Industrien von Eisen und Metall und die Holzgewinnung mit den darauf beruhenden Industriezweigen. Von der altösterreichischen Eisenerzförderung (1913) von 30·4 Millionen Meterzentner sind auf Deutschösterreich (Steiermark) 20·3 Millionen oder rund zwei Drittel entfallen. Die Alpine Montangesellschaft, der der deutschösterreichische Erzbesitz fast zur Gänze gehört, hat ihre Erze größtenteils selbst verhüttet und nur in kleinen Mengen Erze an fremde Hütten verkauft. Bloß 7 % der Förderung des Erzberges ging vor dem Krieg nach Böhmen, Mähren und Schlesien. Die weniger reichlich mit Erz ausgestatteten sudetenländischen Hüttenwerke haben sich hauptsächlich mit Bezügen aus Ungarn und aus dem früheren Zollausland behelfen müssen. Von der altösterreichischen Roheisenerzeugung von 14·3 Millionen Meterzentner sind daher auf Deutschösterreich bloß 5·5 oder rund 40 % entfallen, die allein von der Alpinen Montangesellschaft und Gebrüder Böhler in zusammen 9 Hochöfen aufgebracht wurden. Auf diese Roheisenproduktion baut sich eine ausgedehnte Stahlindustrie auf, die im südlichen Niederösterreich und der nördlichen Steier-

Digitized by Google

mark konzentriert ist. Die Stahlerzeugung verteilt sich auf das alte Österreich ungefähr im selben Verhältnis wie die Roheisengewinnung. Zurzeit beträgt die Produktion der Eisen- und Stahlwerke nur einen kleinen Bruchteil der normalen. Die Steigerung der Produktion ist hier in erster Linie eine Frage der zureichenden Kohlen- und Kokszufuhr.*) Ihre weitere Verarbeitung findet die Produktion der deutschösterreichischen Eisen- und Stahlwerke zum größten Teil im Lande selbst. Die Alpine hat nur in Zeiten der Depression einen größeren Export betrieben. Sonst haben nur die Qualitätsstahlwerke größere Mengen ausgeführt.

Von der Maschinenindustrie des alten Österreich ist der größere und wichtigere Teil der Tschecho-Slowakei zugefallen. Namentlich die Erzeugung von großen Maschinen, Turbinen, Einrichtungen von Hüttenwerken, Zuckerfabriken usw. wird in Deutschösterreich nur ganz vereinzelt betrieben. Hier überwiegen mehr die mittleren Betriebe, die ziemlich stark spezialisiert sind. (Zum größten Teil in und um Wien sowie in der Umgebung von Graz.) Unternehmungen von der Größe und Leistungsfähigkeit von Ruston, Erste Brünner, Brünn-Königsfeld, Erste Böhmisch-Mährische, Breitfeld-Danek u. a. hat Deutschösterreich überhaupt nicht aufzuweisen. Vor allem aber sind vier Fünftel der alten großen österreichischen landwirtschaftlichen Maschinenindustrie, die in

*) So hat die Alpine Montangesellschaft seit vielen Monaten 1 von 7 Hochöfen und auch diesen nur dank einem Kompensationsabkommen mit der Tschecho-Slowakei, das ihr den überwiegenden Teil der Roheisengewinnung entzieht, in Betrieb. Infolgedessen müssen die Stahlwerke und Maschinenfabriken Roheisen zu höchsten Preisen aus Böhmen, Deutschland oder aus dem ferneren Ausland zu beziehen suchen.

Digitized by Google

Rußland und auf dem Balkan erfolgreich den Wettbewerb mit Deutschland und den westlichen Produktionsländern bestanden hat, tschecho-slowakisch geworden. Immerhin haben die in Deutschösterreich verbliebenen Fabriken von landwirtschaftlichen Maschinen vor dem Krieg über 5000 Arbeiter beschäftigt und über 2600 Arbeitsmaschinen betrieben, wovon fast die Hälfte auf Hofherr - Schrantz - Clayton - Shuttleworth entfällt. Ähnliches gilt von der Emailindustrie, einer der wichtigsten Exportindustrien der alten Monarchie, die nun zu neun Zehntel tschecho-slowakisch geworden ist, so daß die in Deutschösterreich verbliebenen Fabriken bei vollem Betrieb knapp den eigenen Bedarf des Landes zu decken imstande sein werden. Schließlich sind in Deutschösterreich von insgesamt sieben Waggonfabriken bloß zwei verblieben (Simmering und Graz), deren Leistungsfähigkeit freilich durch inländische Aufträge (leider) kaum voll ausgenützt werden wird. Wie es auf die Dauer mit ihrer Leistungsfähigkeit auf dem Weltmarkt steht, da das breite Fundament der gesicherten inländischen Bestellungen verloren gegangen ist, muß dahingestellt bleiben. Ihre Produktionsfähigkeit dürfte etwa 5000 Waggons jährlich betragen. Dagegen hat Deutschösterreich eine starke Überlegenheit im Lokomotivbau bewahrt. Von den sieben Fabriken des alten Österreich sind ihm vier verblieben, Sigl-Wiener-Neustadt, Floridsdorf, die Wiener Fabrik der St.-E.-G. und Krauß-Linz, jetzt im Besitz der Eisenbahnverkehrsanstalt. Ihre Leistungsfähigkeit dürfte an 400 Maschinen jährlich betragen. Außerdem haben einzelne Kriegsbetriebe sich auf die Reparatur von Lokomotiven eingerichtet (so Enzesfeld) und werden vorläufig von den agrarischen Nachfolgestaaten (zumal Jugoslawien und Rumänien) stark in Anspruch genommen. Aber es ist daran zu erinnern, daß

Digitized by Google

der Export von Lokomotiven in normalen Zeiten zu den riskanten Unternehmungen gehört hat und den Fabriken wiederholt empfindliche Verluste gebracht hat, die im wesentlichen ausschließlich auf Lieferungen an die österreichischen Eisenbahnverwaltungen eingestellt waren.

Eine fast ausschließlich alpenländische Industrie ist die Sensenindustrie, die vor dem Krieg rund 10 Millionen Sensen und 2½ Millionen Sicheln jährlich erzeugt hat. Gegenwärtig ist allerdings auch die Sensenerzeugung fast auf die Hälfte der normalen gesunken. Zu einer ausschlaggebenden Industrie Deutschösterreichs dürfte zumal durch den Krieg die Automobilindustrie geworden sein. Von 13 Betrieben des alten Österreich liegen neun in Deutschösterreich, davon acht in Niederösterreich. Ihre jährliche Erzeugungsfähigkeit betrug bereits 1918 rund 10.000 Personen- und Lastautomobile und rund 3000 Motoren. Seither ist noch die große Automobilfabrik von Steyr dazugekommen, die hauptsächlich auf Serienerzeugung und Export eingerichtet ist. Vollkommen konzentriert ist in Deutschösterreich (in zwei Betrieben Puch-Graz und Steyr) die Motorrad- und Fahrraderzeugung, die in den Nationalstaaten überhaupt nicht betrieben wird.

Versuchen wir eine beiläufige Vorstellung von den möglichen Exportmengen zu gewinnen, die dieser wichtigste Zweig der deutschösterreichischen Industrie aufzubringen vermag. Die Produktion der eigentlichen Eisen- und Stahlwerke, die bei den gegenwärtigen Preisen — immer unter der Annahme eines Vollbetriebes — mit rund 5 Milliarden Kronen *) zu ver-

*) Wir legen diesen und den folgenden Bemerkungen immer einen Kronenkurs von 4 in Zürich zugrunde, um die Vergleichsmöglichkeit mit den früheren Ausführungen aufrecht-

Digitized by Google

anschlagen sein dürfte, wird zum größten Teil im Inland verarbeitet, kommt also für den direkten Export nur mit einem kleinen Bruchteil dieser Summe in Betracht. Die Maschinen- und metallverarbeitende Industrie selbst hat, wie bereits erwähnt, ihren Produktionswert bei voller Beschäftigung im September des vorigen Jahres auf 5 Milliarden Kronen geschätzt. Er dürfte somit, Preisrückgänge auf dem Weltmarkt außer acht gelassen, bei dem gegenwärtigen Kronenkurs mit 12 Milliarden anzunehmen sein. Doch wäre davon normalerweise äußerstenfalls die Hälfte der Erzeugung für die Ausfuhr übrig (nach dem oben angenommenen Schlüssel zwischen Produktion und Inlandsbedarf in normalen Zeiten übrigens bedeutend weniger) und selbst dieser Betrag wäre noch mit dem Gegenwert der eingeführten Kohle und anderer Materialien belastet. Die Jahresproduktion der beiden deutschösterreichischen Waggonfabriken hat im Jahre 1918 rund 40 Millionen Kronen betragen. Nehmen wir ihre Höchstleistung mit 5000 Waggons an und die Exportfähigkeit mit einem Drittel der Gesamtproduktion, so kommen wir zu einem Ausfuhrwert von höchstens 150 Millionen Kronen. Der Fakturenwert der innerösterreichischen Lokomotivfabriken im Jahre 1915 hat 25 Millionen Kronen betragen. Eine Höchstleistung von 400 Maschinen jährlich würde beiläufig eine Fakturensumme von 800 bis 1000 Millionen ergeben, wovon zwei Drittel auf den Export entfallen mögen. Eine jährliche Automobilerzeugung von rund 20.000 Wagen würde bei einem Durchschnittspreis von 150.000 bis 200.000 Kronen 3 bis 4 Milliarden Kronen ergeben.

---

zuerhalten. Mit einem Kursrückgang der Krone steigt natürlich der Wert der industriellen Ausfuhr sprunghaft, aber ebenso natürlich der Kostenwert der einzuführenden Lebensmittel, Rohstoffe usw.

Digitized by Google

Sollte davon selbst der größere Teil für die Ausfuhr bestimmt sein, so würde diese wichtigste Exportindustrie im Export 1½ bis 2 Milliarden Kronen hereinbringen. Mit annähernd der Hälfte dieses Betrages wäre bei voller Erzeugung der Ausfuhrwert der Sensen- und Sichelindustrie zu veranschlagen. Eine bedeutende elektrotechnische Industrie, die größtenteils den mächtigen deutschen Elektro-Konzernen — A. E. G., Siemens-Schuckert — angehört, wird hauptsächlich vom Inland für den Ausbau der Wasserkräfte durch öffentliche und private Körperschaften in Anspruch genommen. Ihr Ausfuhrradius ist überdies durch Vereinbarungen mit den Muttergesellschaften beschränkt. Mit andern Worten: Unter der Voraussetzung der Wiederkehr voller, unbehinderter Produktion und der unvermindert starken Nachfrage und Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt würde dieser weitaus wichtigste Komplex von Industrien, über den Deutschösterreich verfügt, günstigenfalls Ausfuhrwerte von 9 bis 10 Milliarden Kronen zur Verfügung stellen. Dabei ist gerade bei Waggons, Lokomotiven, Automobilen — zumal bei der während des Krieges ungeheuer gesteigerten Leistungsfähigkeit der amerikanischen Werke — wohl schon in wenigen Jahren mit einem Abflauen der Konjunktur zu rechnen. Was insbesondere die österreichischen Fabriken betrifft, so haben sie vor dem Krieg, also in einer viel reicheren Welt, auch in den besten Jahren weder ihren Apparat ausnützen noch einen bedeutenden Export entfalten können. Vor allem aber ist die Aussicht auf volle Beschäftigung der Betriebe durchaus imaginär, während der Einfuhrbedarf drückende Realität ist.

Viel unsicherer ist eine ähnliche Rechnung für die Gruppe von Industrien, die auf dem Holzreichtum Deutschösterreichs beruhen. Der jährliche Holz-

Digitized by Google

zuwachs auf rund 3½ Millionen Hektar Waldfläche beträgt ungefähr 10 Millionen Festmeter. Davon können 55% als Nutzholz, der Rest als Brennholz verwertet werden. Für den Export erübrigt sich bestenfalls kaum eine Million Festmeter, die bei den heutigen Preisen einen Wert von rund 100 Millionen Schweizer Francs repräsentieren. Der Rest findet im Inland Verwendung. Von den Verwendungszwecken für Nutzholz kommen für uns im wesentlichen die Möbel- und Papierindustrie in Betracht. Den Produktions- und Ausfuhrwert der Möbelindustrie zu schätzen ist unmöglich. Er ist bei den gegenwärtigen Preisverhältnissen relativ außerordentlich groß. Im Frieden haben die Ausfuhr die Bugholzmöbelfabriken beherrscht, die zum größten Teil in der Tschecho-Slowakei liegen. Allerdings mag schon damals die Wiener Möbeltischlerei in Gebieten der früheren Monarchie, die jetzt zum Ausland geworden sind, einen beträchtlichen Absatz aufgewiesen haben. Als ausschlaggebende Post in der Handels- und Zahlungsbilanz können die Tischlereierzeugnisse, so sprunghaft sich ihr Wert gesteigert haben mag, nie in Betracht kommen, zumal die Tschecho-Slowakei (so wie übrigens auch für die Kleider- und Schuhkonfektion) sehr bald als ebenbürtiger Konkurrent in den Nationalstaaten auftreten wird. (Tatsächlich hat eine geringe Valutabesserung bei gleichzeitiger Lohnsteigerung den Möbelexport sofort zum Stillstand gebracht.)

Von der Papiererzeugung sind 1913 rund 56% auf Deutschösterreich entfallen. Die gesamte Jahresproduktion der alpenländischen Papierfabriken hat vor dem Krieg rund 19.000 Waggons betragen, was selbst bei den heutigen, ungeheuerlich gesteigerten Preisen erst einem Fakturenwert von rund 5 Milliarden Kronen entsprechen dürfte. Davon ist sicherlich nur der kleinere Teil für die Ausfuhr zu erübrigen, da

Digitized by Google

UNIV. OF CALIFORNIA

Wien mit seinen zahlreichen großen Zeitungen und Zeitschriften und seinem relativ bedeutenden Buchverlag ein unvergleichlich stärkerer Papierkonsument ist als die anderen Nationalstaaten, von denen übrigens die Tschecho-Slowakei sich im wesentlichen selbst zu versorgen vermag.

Die stark entwickelte Lederindustrie kommt als Exportindustrie (im Sinne der Zahlungsbilanz) kaum in Betracht. Allerdings verfügen die deutschösterreichischen Gerbereien fast über 45% der Leistungsfähigkeit des alten Österreich in der Sohlenleder- und von 35% in der Oberledererzeugung. Aber sie müssen dazu den größeren Teil der verarbeiteten Häute und außerdem sehr beträchtliche Gerbstoffmengen einführen, während anderseits der größte Teil ihrer Erzeugnisse in den inländischen Konsum wandert, der zumal nach sechs Jahren Krieg und Blockade weitgehende Befriedigung erheischt. Im besten Fall mag das Defizit, das die Lederindustrie bei halbwegs zureichender Beschäftigung mit sich bringt, durch die Ausfuhr von Wiener Luxusschuhen gedeckt werden. Ein Überschuß ist hier schwerlich zu erzielen.

Das größte Defizit auf industriellem Gebiete weist jedoch Deutschösterreich in der Textilindustrie auf. Es ist in seinem ganzen Umfang durch wenige Daten zu illustrieren: In der Baumwollindustrie entfallen auf Deutschösterreich 25% der Spindeln (davon der größere Teil auf das mit Deutschösterreich nur mehr lose verbundene Vorarlberg), aber bloß 9% der Webstühle, d. h. fast zwei Drittel des erzeugten Garnes müssen außer Landes zur Verwebung geschickt werden, während Deutschösterreich mindestens den gleichen Anteil seines eigenen Bedarfes an Geweben einführen muß. Denn die erwähnte Garnerzeugung hätte im Frieden ungefähr der deutschösterreichischen

Digitized by Google

Volkszahl entsprochen, also knapp den Bedarf Deutschösterreichs gedeckt. Daß demgegenüber die Verfeinerungsbetriebe (Druckerei, Bleicherei, Färberei, Appretur) in Deutschösterreich wieder stark vertreten sind (ungefähr im selben Verhältnis wie die Spinnereien), hat für seine Versorgung leider wenig zu bedeuten, zumal gerade die leistungsfähigsten Betriebe auch dieser Verarbeitungsstufen zumeist in der Tschecho-Slowakei liegen (Cosmanos, Roth-Kosteletz). Noch schlimmer ist es mit der Wollindustrie bestellt. Zwar zählt Deutschösterreich 132.000 oder 28% der altösterreichischen Kammgarnspindeln, aber es hat keine einzige größere Wollweberei. Es muß also vorläufig jedes Stück Wollstoff im Ausland kaufen. In welchem Umfang und mit welchem Erfolg Baumwoll- und Wollspinnereien unbeschäftigte Webstühle aus Böhmen nach Deutschösterreich verlegen, wie es von verschiedenen Seiten beabsichtigt ist, läßt sich noch nicht übersehen. Inzwischen verkaufen zahlreiche Textilfabriken in Deutschösterreich wie in der Tschecho-Slowakei ihre Spindeln und Webstühle, die sie in absehbarer Zeit nicht beschäftigen zu können glauben, mit hohem Buchgewinn an valutastarke Länder (Schweiz, Amerika). Die Leinenindustrie ist fast zur Gänze tschecho-slowakisch. Von der Jute- und Hanfindustrie schließlich verfügt Deutschösterreich über eine beträchtliche Spindelzahl (19% der Jute- und 39% der Hanfspindeln des alten Österreich), aber auch hier kann wieder nur ein Teil des erzeugten Garnes in deutschösterreichischen Webereien verarbeitet werden. Den Geldbetrag, den Deutschösterreich alljährlich für seinen Kleider- und Wäschebedarf an das Ausland, in erster Linie an die Tschecho-Slowakei zu zahlen haben wird, zu berechnen, wäre müßig, nicht nur, weil die Preise ungemein stark

Digitized by Google

schwanken, sondern weil die Bedarfsgröße selbst außerordentlich elastisch ist. Aber sicherlich genügt dieses Defizit, um manche Überschüsse anderer Industriezweige aufzuzehren.

Eine Analyse der übrigen Industriezweige von geringerer Bedeutung kann und soll im Rahmen dieser Studie nicht gegeben werden. Sie ändern an dem Gesamtbild des industriellen Leistungsvermögens Deutschösterreichs wenig. Soferne sie Überschüsse erzielen können, mögen sie bestenfalls hinreichen, um den ungedeckten Rohstoff- und Halbfabrikatbedarf Deutschösterreichs zu bezahlen. Neben Häuten, Leder, Gerbstoffen, Textilfasern und Textilerzeugnissen aller Art muß vor allem, wie wir oben gesehen haben, für den unentbehrlichen Import aller Rohölprodukte, (Petroleum, Benzin, Schmieröl, Paraffin usw.), beträchtlicher Mengen der verschiedensten Metalle (Blei, Kupfer, Nickel, Zinn, Zink, Aluminium usw.), auf die namentlich die hoch entwickelte elektrotechnische Industrie nicht verzichten kann, ferner von Kaolin (für die Papierindustrie), Schwefel, von Glas und Porzellan, deren Produktionsgebiet fast ausschließlich die Tschecho-Slowakei bildet, usw. gesorgt werden. Aus jeder Ecke der deutschösterreichischen Produktions- und Handelsstatistik lugt die Unzulänglichkeit seines industriellen Leistungsvermögens hervor, offenbart sich auch hier eine Passivität, die durch Überschüsse einzelner, mächtig entwickelter Industriezweige gerade wettgemacht werden mag, die es aber jedenfalls ausschließt, daß selbst ein voll beschäftigter industrieller Apparat Deutschösterreich wieder auf die Beine hilft. Es ist nötig, die Lebenslüge eines landläufigen und regierungsfähig gewordenen Optimismus zu zerstören, wenn wir die möglichen staatswirtschaftlichen Maßnahmen prüfen wollen.

Digitized by Google

Deutschösterreich in den Grenzen des Friedensvertrages bedeckt eine Fläche von 82.000 km² mit rund 6½ Millionen Einwohnern. Das ist um 12.000 km² und eine halbe Million Einwohner mehr als das rechtsrheinische Bayern zählt. Aber das Besondere an Deutschösterreich ist — und das muß mit allem Nachdruck an die Spitze jeglichen Erörterung seiner wirtschaftlichen Probleme gestellt werden —, daß von diesen 6½ Millionen Einwohnern 3½ Millionen allein auf Wien und Niederösterreich entfallen. Und dieses Wien liegt nicht etwa in der Mitte des jungen Staates, von wo aus es das übrige Gebiet geistig und wirtschaftlich durchdringen könnte, sondern ist Grenzstadt in einem geographisch unverhältnismäßig langgestreckten Gebiet. Das hat zur Folge, daß die übrigen deutschösterreichischen Länder nur deshalb und nur solange nach Wien gravitieren, als sie administrativ an Wien gebunden sind. Diese Bindung hat in der alten Monarchie als selbstverständich gegolten, weil Wien als Mittelpunkt des Reiches unersetzlich war und als solcher gewisse Funktionen zu erfüllen hatte, die ihm auch den Ländern gegenüber eine überlegene Stellung sicherten. Mit dem Zerfall des Reiches haben sich die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Großstadt und der Länder rasch differenziert. War und ist Wien aus tausend Gründen anzustreben genötigt, in irgendeiner Form seine Stellung in dem früheren Wirtschaftsgebiet zu erhalten und neigt es deshalb zum Teil einer wirtschaftlichen und allenfalls auch politischen Wiedervereinigung des zerfallenen Reiches zu, so ziehen sich die Länder aus einem begreiflichen Instinkt von dem Ungeheuer zurück, als das ihnen diese Millionenstadt er-

Digitized by Google

scheinen muß, weil sie sich zu ihrer Erhaltung zu schwach fühlen und daher befürchten, mit in den Strudel gerissen zu werden, der den funktionslos werdenden großstädtischen Organismus zu verschlingen droht.

Dieser fundamentale Gegensatz wäre für Deutschösterreichs wirtschaftliche Zukunft vielleicht von geringem Belang, wenn wir noch im Zeitalter liberaler Wirtschaftsverfassung lebten, wenn die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft nicht so eng wären, als sie tatsächlich sind, wenn die staatlichen Grenzen und die innerstaatliche Gesetzgebung und Verwaltung nicht praktisch so überaus fühlbare Schranken der wirtschaftlichen Betätigung bildeten, wenn sich die wirtschaftlichen Fäden unbehindert von politischen und staatlichen Einflüssen nach rein wirtschaftlichen Erwägungen von Staat zu Staat spinnen ließen. Wir haben in diesem Zusammenhang vorerst nur die Tatsache der engen Verflechtung von Staat und Wirtschaft festzustellen — nicht nur für Deutschösterreich, sondern für alle europäischen Staaten und in wachsendem Maße auch für Amerika —, ohne die Entwicklung, die dahin geführt hat, zu werten. Daß gegen den Zwang, dem die Wirtschaft im Krieg unterworfen worden ist, eine gewisse Reaktion eingesetzt hat und sich verstärken kann, ist klar, aber daß wir einem Zeitalter der Renaissance des wirtschaftsliberalen Gedankens entgegengehen, dagegen sprechen schlechterdings die Entwicklungssymptome in der ganzen Welt. Das siegreiche Vordringen des sozialistischen Gedankens im Osten und Westen — von dort, nicht aus dem wirtschaftlich unentwickelten Osten, wird der Sozialismus der nächsten Jahrzehnte seine Prägung erhalten — macht den Staat für absehbare Zeit zum Beherrscher der Wirtschaft. Jede Wirtschaftspolitik, die daher nicht dem Staatsfundament angepaßt

Digitized by Google

ist, auf dem sie betrieben werden soll, geht ins Leere, führt zur Utopie und ins Verderben. Das muß besonders scharf betont werden, weil nur daraus der wirtschaftliche Sinn des Gegensatzes zwischen Wien und den Ländern richtig verstanden werden kann. Es ist auf die Dauer nicht möglich, ein staatliches Gebilde zu erhalten, das durch den denkbar schärfsten Gegensatz — die Millionenstadt gegen ein geographisch exzentrisch gelegenes bäuerlich-kleinbürgerliches Hinterland — zerrissen ist. Denn dieser Gegensatz macht einheitliche wirtschaftliche und politische Aktionen unmöglich und — was für die Zukunft entscheidend ist — er ist unüberbrückbar, weil sich Großstadt und Bauernland geistig nach ihren eigenen, ihnen immanenten Gesetzen selbständig fortentwickeln. Der soziale Gegensatz ist so weit gediehen, daß er jedes gemeinsame Staatsbewußtsein aufhebt, die Entfremdung der Klassen so tief, daß in ihrem Kampf bald jedes Mittel als erlaubt gilt, daß insbesondere die Einmischung auswärtiger Mächte nicht nur nicht mit einheitlicher Entschiedenheit abgelehnt, sondern manchmal geradezu gesucht und begünstigt wird: Es ist nur mehr äußerer Zwang, was dieses Staatswesen zusammenhält und seinen Zerfall verhindert. Nachdem wir die wirtschaftlichen Hilfsquellen Deutschösterreichs, die Art und Zusammensetzung seines wirtschaftlichen Apparates betrachtet haben, müssen wir uns deshalb noch die politische und soziale Struktur Deutschösterreichs vergegenwärtigen.*)

*) Vgl. dazu: Stolper, „Der Geist des Deutschösterreichischen Wirtschaftslebens" in dem Sammelband des Vereines für Sozialpolitik über „Die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschösterreichs", Verlag Duncker & Humblot, München 1919, dem die folgenden Ausführungen zum großen Teil wörtlich entnommen sind.

Digitized by Google

Schon das alte Österreich-Ungarn war ein städtearmes Gebilde. Deutschösterreich besitzt außer Wien überhaupt keine Großstadt im wirtschaftlich-sozialen Sinn. In der alten Monarchie haben Prag, Brünn und Triest noch kapitalistische Wirtschaftszentren gebildet und ihnen hat sich namentlich in Deutschböhmen eine Anzahl von Mittelstädten angeschlossen, in denen ein altes gewerbefleißiges Bürgertum Träger moderner kapitalistischer Wirtschaftsgesinnung war. Im alpenländischen Deutschösterreich fehlt das. Seine soziale Struktur außerhalb Wiens ist ausschließlich kleinbürgerlich-agrarisch und demgemäß sein Wirtschaftsgeist durchaus antikapitalistisch. Die Landeshauptstädte der deutschösterreichischen Länder sind nicht zugleich Wirtschaftszentren und nur einzelne unter ihnen mäßig stark entwickelte Kulturzentren. Die Geistigkeit Wiens aber ist ihnen fremd und wird deshalb abgelehnt. Was es in den deutschösterreichischen Ländern an Industriezentren gibt, wie insbesondere etwa in der Nordsteiermark, ist in vollster geistiger und wirtschaftlicher Abhängigkeit von Wien, die Bevölkerung der betreffenden Gebiete selbst fast ausschließlich bäuerlich-proletarisch. Der Verkauf der Erzeugnisse, die Rohstoff- und Materialbeschaffung, die Aufstellung des Wirtschaftsplanes — kurz, der ganze Verkehr mit der modernen wirtschaftlichen Welt, die Erfüllung der bürgerlichen Funktionen erfolgt von Wien aus.

Daß in den Ländern die städtische Entwicklung zurückgeblieben ist, hat zur Folge, daß ihre Einbeziehung in den modernen Kapitalsverkehr ausschließlich von Wien her organisiert ist. So fehlt es den Ländern vollständig an einer bodenständigen K r e d i t o r g a n i s a t i o n, wenn man von den landwirtschaftlichen Kreditbedürfnissen dienenden Sparkassen

Digitized by Google

und Raiffeisenkassen absieht, es fehlen im allgemeinen sowohl der Privatbankier wie die lokalen Bankaktiengesellschaften, die erst nachträglich — wie in Deutschland — im Zuge einer Konzentrationsbewegung in den Konzern einer Wiener Großbank einbezogen werden könnten. Eine Bankenkonzentration nach deutschem Muster hat es in Österreich überhaupt niemals gegeben, weil es am Objekt fehlte. Die Aufgabe war nicht, lokale Kreditorganisationen zu konzentrieren, sondern umgekehrt, den Kreditverkehr von Wien aus in den Ländern überhaupt erst auf moderner Grundlage zu organisieren. Was es in den Ländern an Kreditorganisationen gibt und insbesondere den Verkehr mit der Wiener Effektenbörse, dem einzigen Wertpapiermarkt Deutschösterreichs, herstellt, Industriekredite gewährt, Emissionen vermittelt usw., sind fast ausschließlich Filialen Wiener Banken oder (ausnahmsweise) von ihnen unter Heranziehung lokaler Kapitalsinteressen gegründete kleine Tochterinstitute. Aber niemals haben die alpenländischen Filialen der Wiener Banken auch in industriereichen Gegenden annähernd die Bedeutung erlangt, wie etwa die sudetenländischen, weil eben der kaufmännische Verkehr für die Alpenländer sich im wesentlichen in Wien abwickelt, während in den Sudetenländern der private Industrielle in der Regel am Sitz seines Betriebes wohnt und arbeitet. Dem alpenländischen Deutschösterreich fehlt die mittlere und kleinere Industrie, die an den modernen Kapitalsverkehr mit ihren Interessen gebunden ist.

Wie an einer lokalen Kreditorganisation fehlt es den Ländern an einem über rein lokale Aufgaben hinausgehenden H a n d e l. Die Erzeugnisse der Länder werden nicht von ihnen, sondern von Wiener Handelsfirmen in den Verkehr gebracht und namentlich die Verbindung mit dem Ausland ist fast ausschließlich

Digitized by Google

Wien vorbehalten. Infolgedessen fehlen außerhalb Wiens auch die Verbindungen mit dem ausländischen Kapital, die Vertrautheit mit den internationalen Handelsusancen, das Interesse für wirtschaftliche Ereignisse außerhalb des engsten lokalen Gesichtskreises, vor allem das Verständnis für die internationale Bedingtheit der wirtschaftlichen Vorgänge im eigenen Lande.

An Reaktionen gegen dieses wirtschaftliche und geistige Abhängigkeitsverhältnis der alpenländischen Gebiete von Wien hat es seit langem nicht gefehlt. Der Krieg und der staatliche Zerfall haben sie bis zu einem überaus kritischen Punkt verschärft. Die Entfremdung zwischen Wien und den Ländern ist bis zu einem Grad gediehen, der die Lebensfähigkeit eines deutschösterreichischen Staates schon allein wegen seiner unausgeglichenen sozialen Struktur und wegen des geistigen Gegensatzes zwischen Wien und den Ländern als außerordentlich zweifelhaft erscheinen läßt. Die Reaktion äußert sich in den verschiedensten Formen und unter den verschiedensten Motiven. Die Abneigung gegen den Wiener Wirtschaftsgeist ist vielfach national gefärbt. Der weltbürgerliche Geist der Großstadt verletzt häufig das stark betonte nationale Empfinden der alpenländischen Deutschen. Während Wien dank seiner zentralen Lage nirgends unmittelbar am Kampfe gegen die nichtdeutschen Nationen im alten Österreich teilgenommen hat und dem unmittelbaren Einfluß reichsdeutscher Grenznachbarschaft entrückt gewesen ist, hat sich beim Steirer, Kärntner, Tiroler das nationale Empfinden im täglichen Kampf gegen den fremdsprachigen Staatsgenossen, beim Oberösterreicher und Salzburger durch die Nähe des deutschen Reichsgebietes und durch die vielfachen Vergleichsmöglichkeiten geschärft. Dazu kommt, daß den Alpenländern

Digitized by Google

in ihrer lokalen, kleinstädtischen Gesinnung auch nicht die mannigfache Gelegenheit persönlichen Verkehres mit Angehörigen anderer Nationen, namentlich mit den repräsentativen Persönlichkeiten des ferneren Auslandes geboten war wie Wien. Und schließlich waren und fühlen sich die Länder frei von den Rücksichten auf die ausgebreiteten Kapitalsinteressen Wiens in allen Gebieten der früheren Monarchie, die es ausschließen, daß gerade die wichtigsten wirtschaftlichen Organisationen und Institutionen Wiens und damit Deutschösterreichs „national" im spezifischen Sinn des Wortes sich betätigen.

Neben der nationalen hat die provinzielle Auflehnung gegen Wien auch eine stark antisemitische Färbung. Weil und soweit die moderne kapitalistische Organisation (mit ihrem Korrelat, der organisierten Sozialdemokratie und der großstädtischen Presse) in Österreich stark vom jüdischen Element durchsetzt war und ist, das in der Zeit der Staatsgemeinschaft mit Galizien ständigen, nur langsam assimilierbaren Zufluß aus dem Osten erhielt, werden vielfach Judentum und moderner Wirtschaftsgeist schlechthin gleichgesetzt, wobei ganz allgemein eben der kapitalistische Wirtschaftsgeist als „jüdisch" und „undeutsch" bekämpft wird. Die Wirkung davon ist, daß häufig unter antisemitischem Vorwand die Betätigung des Wiener Großhandels unmöglich gemacht wird, ohne daß natürlich der Widerstand gegen den allein über die Beziehungen zum ausländischen Abnehmer oder zu den ausländischen Banken verfügenden Wiener Handel bis in die letzten Konsequenzen durchzuhalten ist. Einen bedenklichen Grad hat dieser Widerstand übrigens erst durch den Krieg erlangt. Er hat die Begriffe von der Wichtigkeit der wirtschaftlichen Funktionen von Stadt und Land erheblich verändert. Die Länder, die

Digitized by Google

nach Wien Rohstoffe und Lebensmittel liefern sollen, fühlen sich als die Gebenden und betrachten Wien gewissermaßen als ein parasitäres Gebilde. Es ist ein ziemlich starkes physiokratisches Element, das dadurch in den Wirtschaftsgeist der Länder gekommen ist. Dabei spielt freilich ein gut Stück Egoismus mit. Wien hat die höchsten Preise im Staat, weil seine Not die größte und seine in altem Reichtum aufgestapelte Kaufkraft die stärkste ist. Dem wollen und können die kleineren Landesstädte nicht folgen. So sperren sich die Länder ab und versuchen, Markt und Preis in ihrem engen Umkreis gegen die Einflüsse von Wien her zu isolieren, was ihnen bis zu einem gewissen Grad und für eine gewisse Zeit auch gelingt.

Und schließlich wird dieser Gegensatz von einem tief wurzelnden Provinzialismus genährt. Deutschösterreich ist kein geschichtlich gewordener Organismus und es gibt daher auch kein deutschösterreichisches Staatsbewußtsein. Der Steirer, Kärntner, Tiroler usw. fühlt sich immer als Steirer, Kärntner, Tiroler, daneben als Deutscher, niemals als Deutschösterreicher. So lange sich der Kronländerpartikularismus innerhalb des alten österreichischen Staates auswirkte, verhinderte er bloß eine notwendige Verwaltungsreform und eine vernünftige Abgrenzung der nationalen Sprachgebiete. Mit dem Zerfall des österreichischen Staates und insbesondere mit dem Sturz der „die Königreiche und Länder" verbindenden Dynastie ist das einigende Band weggefallen, und zurückgeblieben ist ein Zwangsgebilde nach dem Willen der Entente ohne geschichtliche, soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit, innerhalb dessen die sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze unvermittelt aufeinanderstoßen. Jedes Land fühlt sich

Digitized by Google

nicht nur als politische, sondern auch als wirtschaftliche Individualität und ist bestrebt, ohne und gegen Wien seine eigenen wirtschaftlichen Hilfsquellen auszuwerten. Vorarlberg, Tirol und Salzburg haben ihren Willen zur Trennung und zum Anschluß an ein anderes Wirtschaftsgebiet bereits ausgesprochen und das wird nicht ohne Rückwirkung auf Linz bleiben. Es ist für unseren Zusammenhang unerheblich, ob diese Trennungsbestrebungen zunächst Erfolg haben oder durch den Willen der Sieger paralysiert werden — die Gesinnung, aus der solche Trennungsbeschlüsse gefaßt werden, bleibt bestehen und gehört jedenfalls zu den realen Kräften, mit denen jede deutschösterreichische Wirtschafts- und Finanzpolitik rechnen muß. Jedes Land versagt sich größeren gemeinsamen Aktionen, die ihm Opfer zumuten, deren Zweck nicht unmittelbar als Vorteil des Landes empfunden wird. Jedes Land will vor allem seinen Waldbestand und seine Wasserkräfte — als die letzte und wichtigste Reserve Deutschösterreichs — für sich und in unmittelbarem Verkehr mit dem Ausland, unter Ausschaltung Wiens, verwerten. Daß auf diese Weise die letzte Voraussetzung einer modernen Organisation für Deutschösterreich verloren geht, darunter muß natürlich auch das Bestreben der Länder nach eigener wirtschaftlicher Entfaltung leiden. Denn sie verfügen nicht über die kommerziellen und organisatorisch geschulten Kräfte und nicht über das genügende Kapital, um ihre industrielle Wirtschaft zu intensivieren. Und sie erschweren schließlich durch ihre antikapitalistisch gerichtete Politik und durch aktiven und passiven Widerstand gegen eine moderne industrielle und kommerzielle Betätigung auch den Zufluß fremden Kapitals und fremder Unternehmer.

Diesen Tatsachenkomplex muß man sich vor Augen halten, wenn man die Entwicklungsmöglich-

Digitized by Google

keiten der deutschösterreichischen Wirtschaft beurteilen will. Es ist — wirtschaftstechnisch gedacht — gewiß möglich, die deutschösterreichische Wirtschaft innerhalb einer gewissen Frist soweit zu intensivieren, daß sie das Volk, welches diesen Staat bewohnt, zu ernähren vermag. Aber die Um- und Ausgestaltung einer Wirtschaft ist nicht allein und gar nicht in erster Linie ein technisches, sondern ein politisch-soziales Problem. Jeder darauf gerichtete Plan muß mit ganz bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen rechnen, die sich nur unter einer bestimmten politischen Konstellation und nur in längeren Zeiträumen ändern lassen. In ganz Deutschösterreich gibt es nach der letzten Statistik von 1910 3·66 Millionen Berufstätige.*) Davon entfallen 1·61 Millionen oder 44% auf die Land- und Forstwirtschaft, 1·19 Millionen oder 33% auf Industrie und Gewerbe, 598.000 oder 16% auf Handel und Verkehr und 267.000 oder über 7% auf öffentliche Dienste und Angehörige der freien Berufe. Aber diese Ziffern erhalten ihre wahre Bedeutung erst, wenn man daraus wieder Wien ausscheidet, denn auf Wien entfallen allein 932.000 Berufstätige, die ausschließlich der Industrie, dem Handel und den freien Berufen angehören. Ziehen wir diese ab, so tritt der ganz überwiegend agrarische Charakter des übrigen Staatsgebietes drastisch hervor, wobei insbesondere die Vertreter der freien Berufe zum weitaus größten Teil in Wien konzentriert sind.

Daß diese soziale Differenzierung immer wieder zu den stärksten Gegensätzen führt, da immer die radikale Großstadt von anderen sozialen und politischen

*) Diese Ziffer bezieht sich auf das ganze innerösterreichische Gebiet, schließt also Deutsch-Südtirol, Deutsch-Südmähren, Böhmerwaldgau sowie die verlorenen deutschen Gebiete der Südsteiermark und Kärntens ein, deren Wegfall die Ziffer um einige Hunderttausend vermindert.

Digitized by Google

Strömungen beherrscht sein wird als das bäuerliche Land, muß als unabänderlich hingenommen werden, und es ist töricht, diese Gegensätze aus dem Verhalten oder der Zusammensetzung der Regierung erklären zu wollen. Alle Großstädte Europas sind radikal, wie überall in der Welt die Bauern und Kleinbürger — wo nicht ein landhungriges Bauernproletariat und eine ungesunde Bodenverteilung einen Agrarsozialismus großzüchten — konservativ sind. Dieser Gegensatz ist durch eine Verfassungsreform nicht aus der Welt zu schaffen. Denn die weitestgehende Föderalisierung Deutschösterreichs müßte doch gerade die grundlegenden wirtschafts- und insbesondere finanzpolitischen Angelegenheiten der Zuständigkeit der Bundesgesetzgebung vorbehalten und in dieser würde immer die Großstadt Wien von den anderen Ländern überstimmt oder im günstigsten Falle jede energische Aktion, die auch die landwirtschaftlichen Kreise belastet, verzögert oder vereitelt werden. Daß die Überlassung des Schulwesens an die Länder diese Differenzierung noch außerordentlich verschärfen und eine durchgreifende Reform des Unterrichtes in der ländlichen Bevölkerung vereiteln würde, ist mit ein Grund, an der Möglichkeit einer raschen Intensivierung und Modernisierung der deutschösterreichischen Wirtschaft zu zweifeln.

Die Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Existenzbedingungen des deutschösterreichischen Staates setzt uns in die Lage, eine objektive Kritik des politischen Werkes zu versuchen, das in Paris geschaffen worden ist. Gegen die Tatsache der Unzulänglichkeit des deutschösterreichischen Produktionsapparates drängt sich zunächst der

Digitized by Google

naheliegende Einwand auf, daß schließlich diese deutschösterreichischen Menschen früher doch auch gelebt haben und sogar verhältnismäßig gut gelebt haben. Die Erklärung des scheinbaren Widerspruches ist nicht schwer zu finden: Deutschösterreich hat niemals von seiner eigenen Produktion gelebt. Nicht die deutschösterreichische Industrie, sondern die böhmische, mährische, ungarische hat Deutschösterreich, vor allem Wien alimentiert. Wien hat für die Wirtschaft dieser Gebiete gewissermaßen die „bürgerlichen" Funktionen verrichtet. Es hat sie finanziert, für sie die Rohstoffe eingekauft und ihre Erzeugnisse vertrieben. Und es hat schließlich davon gelebt, daß es der Sitz des Hofes, der militärischen und zivilen Zentralverwaltung eines Reiches von 53 Millionen Menschen, eines großen diplomatischen Körpers usw. gewesen ist. Der Deutschösterreicher ist unter den Völkern der früheren Monarchie gewissermaßen der „Bourgeois" gewesen. Er hat ihnen die Organisatoren, Kaufleute, Techniker, Gelehrten, Beamten, Offiziere geliefert. Für die bürgerlichen Dienste, die Deutschösterreich den nichtdeutschen Nationen leistete, hat es als Entgelt Einnahmen aus dem gesamten Gebiet des früheren Österreich-Ungarn gezogen. Das ist kein Drohnendasein gewesen, wie es auf tschechischer Seite vielfach dargestellt wird, der Deutschösterreicher hat notwendige und nützliche Arbeit damit verrichtet und mehr von dem, was sie haben und sind, als sie zugeben wollen, haben die nichtdeutschen Nationen Österreichs dieser Arbeit zu verdanken gehabt. Aber mit Moralsprüchlein ändern wir leider die harten Tatsachen nicht. Nun ist Deutschösterreich in dieser Eigenschaft depossediert, weil die Nachfolgestaaten des alten Österreich-Ungarn die Leitung ihrer Wirtschaft selbst in die Hand genommen haben oder mit allen

Digitized by Google

Mitteln bemüht sind, sie so rasch wie möglich in die Hand zu bekommen. Deutschösterreich ist ferner als das älteste Kulturgebiet der Rentner unter den Völkern der früheren Monarchie gewesen und ist wie alle Rentner mit der Entwertung der Valuta auch der Nationalstaaten verarmt. Die Zinsen, die es heute noch auf Grund seines papierenen Besitzes von den Nationalstaaten zu fordern hat, sind mit der Geldentwertung für seine nationale Existenz ebenso unzulänglich geworden, wie der einzelne Rentner heute in der Regel nicht mehr von seinen festen Zinsen leben kann. Der gleiche Kronenbetrag an Zinsen, der ihm heute zufließen mag, stellt nur mehr einen kleinen Bruchteil seines früheren Wertes dar. Und wie der einzelne Rentner ist Deutschösterreich als Ganzes gezwungen, sein Kapital aufzuzehren, um sich bis zur Begründung einer neuen Existenz am Leben zu erhalten. Und es ist schließlich als Sitz des Hofes und der zivilen und militärischen Zentralbehörden das aufnehmende Organ für Steuern und Abgaben aus dem ganzen Reich gewesen, die mit der Zertrümmerung des Reiches weggefallen sind.

Welche Verluste diese dreifache Verschiebung bedeutet, läßt sich ziffermäßig leicht plausibel machen. Wenn wir das jährliche Warendefizit (ohne die Zinsen seiner auswärtigen Verschuldung) Deutschösterreichs mit rund 500 Millionen Dollars annehmen, so sind das im Frieden kaum 2½ Milliarden Kronen gewesen. Das ist ein Betrag, der in der Zeit vor dem Krieg reichlich und leicht durch Steuern, die aus den Nationalstaaten einflossen und in Wien verwendet wurden, durch Zinsen des deutschösterreichischen Besitzes an Renten, Pfandbriefen, Eisenbahnobligationen, Aktien von nationalstaatlichen Unternehmungen und verschiedene Vermittlerdienste aufgebracht worden,

Digitized by Google

höchstwahrscheinlich durch diese Einnahmsquellen weit überdeckt worden ist. Aber bei einem Züricher Kronenkurs von 4 sind 500 Millionen Dollars 70 bis 80, und da die Weltmarktpreise inzwischen um 200 bis 300% gestiegen sind, in realem Güterwert ausgedrückt, sogar 150 bis 250 Milliarden Kronen, während jene Einnahmsquellen entweder vollständig versiegt sind (wie die Steuereingänge) oder nominell unveränderte Beträge ergeben (wie die Rentenbezüge) oder die Tendenz ständiger Verminderung haben (durch die allmähliche Emanzipierung der Wirtschaft der Nationalstaaten von der Wiener Leitung). Dazu kommt noch, daß selbst die Chance aus einer durchgreifenden Besserung der Valuta der Nationalstaaten, die den Kronenwert ihrer Zinsenschuld für Deutschösterreich heben würde, Nutzen zu ziehen, größtenteils geschwunden ist, weil Deutschösterreich seine wertvollsten Kapitalsbeteiligungen (Aktienbesitz und dergleichen) verkaufen mußte, namentlich der Besitz an tschecho-slowakischen Werten wahrscheinlich auf einen Bruchteil des früheren Umfanges gesunken ist, während gleichzeitig der Übergang großer Posten von Aktien der aussichtsreichsten deutschösterreichischen Industrien und verschiedener Banken in ausländischen Besitz einen beträchtlichen Teil ihres künftigen Ertrages der deutschösterreichischen Wirtschaft zugunsten des ausländischen Kapitals entzieht.

Zu alldem stellen gerade die nächsten Jahre, wenn von einer Sanierung überhaupt die Rede sein soll, Deutschösterreich vor den unentrinnbaren Zwang, nicht nur die Bevölkerung vor dem allmählichen Hungertod zu retten, sondern auch ihren aufgebrauchten Bestand an sonstigen lebensnotwendigen Gütern zu ergänzen: Es muß Kleider, Wäsche, Schuhwerk herbeischaffen, die Wohnungseinrichtung ergänzen,

Digitized by Google

die in den Jahren der Not verbraucht, verkauft, verpfändet worden ist, muß Arbeiterwohnhäuser bauen, wenn es die Industrie in Gang bringen will, muß die vorhandenen Wohnhäuser, die sechs Jahre lang vernachlässigt worden sind, wieder instand setzen, muß seine Verkehrsmittel wieder in einen brauchbaren Zustand bringen, auch das eine Voraussetzung normaler Produktion, Eisenbahnen, Telephon, Telegraph mit neuen Betriebsmitteln ausstatten. Mit anderen Worten: Gerade in den nächsten Jahren, in denen die stärksten Exportüberschüsse erzielt werden müßten, wird neben dem Nahrungsbedarf der Bedarf der Bevölkerung an Industrieprodukten aller Art mit geradezu elementarer Gewalt hervorbrechen, umso gewaltsamer, je länger er zurückgedrängt wird. Und sie wird damit nicht nur die vorhandene deutschösterreichische Industrie in Anspruch nehmen, sondern von all den zahlreichen Bedarfsgegenständen, die in Deutschösterreich überhaupt nicht erzeugt werden, auch riesige Importe ausländischer Fabrikate erheischen. Jene Dollar-Millionen, die wir als normales Defizit der deutschösterreichischen Wirtschaft bei Friedenspreisen auf dem Weltmarkt angenommen haben und die heute nach der Entwicklung der Weltmarktpreise im Krieg kaum die Hälfte der damaligen Kaufkraft darstellen, haben den fortlaufenden Ausfall einer mit Vorräten übersättigten Wirtschaft gedeckt. Sie würden selbst bei eingeschränktem Konsum lange nicht hinreichen, um die Vernichtung an Gütern des täglichen Bedarfes durch eine fünfjährige Blockade soweit gutzumachen, als es nur notwendig ist, um diesem Volke überhaupt erst einmal seine Arbeitsfähigkeit wiederzugeben. Der bestehende Produktionsapparat der deutschösterreichischen Wirtschaft genügt dazu jedenfalls bei weitem nicht, auch wenn er, was gar nicht gehofft werden darf, voll ausgenützt

Digitized by Google

werden könnte. Und es zeugt von sträflicher Unwissenheit oder Leichtfertigkeit, wenn auch von verantwortlichen Stellen manchmal die Behauptung gewagt wird, daß Deutschösterreich nur ein paar Jahre mit fremder Hilfe sich über Wasser zu halten brauche, um gerettet zu sein. Um die deutschösterreichische Wirtschaft — wofern das überhaupt angestrebt werden kann — als solche so weit zu intensivieren, daß sie sich im wesentlichen selbst erhalten könnte, dazu werden unter günstigen Umständen Jahrzehnte erforderlich sein. Natürlich heißt das nicht, daß Deutschösterreich nun untätig die Hände in den Schoß legen und abwarten dürfe, bis das Verhängnis über es hereinbricht. Es muß mit allen Kräften so lange gegen den Untergang ankämpfen, bis die Welt die Unzulänglichkeit seiner Existenzgrundlage erkennt. Aber sehend, nicht von rosigem Phrasendunst umnebelt, muß es sein Schicksal zu meistern versuchen. Das ist keine Frage des Temperamentes und der politischen Weltanschauung, sondern einfach des Willens zur Wahrhaftigkeit.

Digitized by Google

Digitized by Google

DONAUFÖDERATION ODER ANSCHLUSS AN DEUTSCHLAND

Digitized by Google

Digitized by Google

Die scharfe Erkenntnis der besonderen Stellung Deutschösterreichs im wirtschaftlichen Organismus der früheren Donaumonarchie ist notwendig, wenn man zu einem richtigen Urteil über die Wünschbarkeit und Durchführbarkeit von Plänen gelangen will, die zumeist in höchst unklarer Form eine engere wirtschaftliche Verbindung der früher staatlich verbundenen, nunmehr selbständig gewordenen Gebiete des zerschlagenen Habsburgerreiches anstreben. Sie seien hier — der Einfachheit halber — wie in der politischen Literatur unter dem Begriff der „Donauföderation" zusammengefaßt, obwohl sich im einzelnen darunter sehr verschiedene Wünsche und Absichten verbergen. Schon der Name des politischen Wirtschaftsgebildes, das da angestrebt wird, zeugt von einem schweren Mißverständnis: Er weist auf eine außerordentliche Überschätzung der Wichtigkeit hin, die die Donau für das wirtschaftliche Leben der österreichisch-ungarischen Monarchie gehabt haben soll *). In Wirklichkeit ist die Donau für das alte Österreich-Ungarn viel mehr ein Verkehrshindernis als eine Verkehrsstraße gewesen.

*) Der Referent der französischen Kammer für den österreichischen Friedensvertrag hat aus seiner Wahrnehmung der traurigen Zustände im Gebiet der früheren Monarchie nur den Schluß zu ziehen gewußt, daß „man allen Donauvölkern helfen muß, sich um den Fluß zu gruppieren, der ihre gemeinsame Lebensader sein wird".

Digitized by Google

Denn der große Menschen- und Warenverkehr hat sich in nord-südlicher Richtung von den Sudetenländern nach Wien und von Wien zur Adria bewegt, und auf diesen Wegen muß die Donau überquert werden. Die weitaus reichsten und wirtschaftlich höchstentwickelten Gebiete des alten Österreich, Böhmen, Mähren, Schlesien, gehören überhaupt nicht zum Stromgebiet der Donau. Böhmen, dessen Flußsystem von der Moldau und Elbe beherrscht wird, gravitiert zur Nordsee, Mähren und Schlesien mit der Oder und das größte Rohstoffland des alten Österreich, Galizien, mit der Weichsel zur Ostsee. Anderseits strebt alles Land, das am Südhange der Alpen liegt, zur Adria. Tirol, Steiermark, Kärnten (die Drau wird erst in Kroatien schiffbar), Krain, liegen außerhalb des Stromgebietes der Donau. Aber auch die von der Donau selbst durchzogenen Gebiete sind nicht wirtschaftlich von ihr belebt oder abhängig. Auf weite Strecken sind die Donauufer im Alpengebiet unbewohnt oder nur von alten halb zerfallenen Dörfern besiedelt. Und das ist kein Zufall. Die Donau fließt von Westen nach Osten und ergießt sich in ein verkehrsarmes, von Ländern wenig entwickelter Kultur umgebenes Binnenmeer. Die Ausfuhr aus Deutschland und Österreich nach den Ländern der unteren Donau und des Schwarzen Meeres ist an sich nie sehr bedeutend gewesen und selbst sie ist zum überwiegenden Teil durch das Meer vom Donauweg abgelenkt worden. Die reichsten Industriegebiete Mitteleuropas schickten ihre Waren über die See nach einem ägäischen oder Schwarze Meer-Hafen in die Länder der unteren Donau und denselben Weg nahmen die wichtigsten Ausfuhrgüter der Balkanländer nach dem Westen, das rumänische Getreide und Petroleum ebenso wie siebenbürgisches oder bosnisches Holz. Daran kann sich auch in Zukunft nicht viel ändern. Es mag

Digitized by Google

sein, daß ein starker wirtschaftlicher Aufschwung Südosteuropas den Warenaustausch mit Mitteleuropa belebt und daß der Ausbau eines Donau-Rheinkanales die Seetransporte zugunsten der Flußbeförderung einschränkt — daß die Donau als Verkehrsader jemals auch nur annähernd eine Bedeutung erlangen könnte wie Rhein oder Elbe, ist nach der Natur der Dinge ausgeschlossen und deshalb ist die geringe Bedeutung der Donau, zumal für die Länder ihres Mittellaufes unabänderlich, so wichtige Einzelinteressen damit verknüpft sein können. Auf die Donaufrage näher einzugehen gehört nicht zu den Aufgaben dieses Buches.

Aber das Wesentliche an den Plänen einer Donauföderation ist wohl auch nicht die Donau. Man hat erkannt, was der Zusammenhang des früher einheitlichen zertrümmerten Wirtschaftsgebietes für die einzelnen Trümmer bedeutet hat, und will den angerichteten Schaden durch ihre Wiedervereinigung beheben. Daß Deutschösterreich allein einen Einfuhrbedarf von 60 Milliarden Kronen für Lebensmittel, 19 Milliarden Kronen für Kohle und einer ungezählten Anzahl weiterer Milliarden für Kunstdünger und Rohstoffe hat, stellt an die Schöpfer dieses Staates gegen seinen Willen Anforderungen, denen sie zugestandenermaßen nicht gewachsen sind. Folglich liegt es nahe, diese Bruchstücke wieder in das große Ganze einzufügen, aus dem ihm früher seine wirtschaftlichen Kraftquellen geflossen sind. Und diese Erwägung kommt den Wünschen mancher Wiener Kreise entgegen, die entweder von solcher wirtschaftlicher Wiedervereinigung auch die politische Wiedervereinigung, die Wiederkehr des alten Habsburgerreiches erhoffen, oder die ohne derartige politische Nebenzwecke auf solche Weise bloß ihre wirtschaftliche Organisation und die damit verbundenen Interessen, die sich von Wien aus über die

Digitized by Google

verschiedenen Nachfolgestaaten der früheren Monarchie ausdehnen, aufrechterhalten wollen. Hat Wien in der Vergangenheit davon gelebt, daß es Kaufmann, Finanzier, Organisator, Techniker für die Wirtschaft der übrigen Teile des Reiches war, so mag es auch in Zukunft davon leben, daß es diese Tätigkeit fortsetzt oder wieder aufnimmt. Man brauchte dazu nichts anderes als den natürlichen und geschichtlichen Vorzügen Wiens freie Wirkungsmöglichkeiten zu schaffen, die Wirtschaft von staatlichen und politischen Einflüssen zu befreien und es würden sich dann schon von selbst im freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte die alten Beziehungen wieder herstellen. Die böhmischen und mährischen Fabriken könnten ihren Sitz in Wien behalten, da von Wien aus ihr Absatz in die anderen Nationalstaaten und in das fernere Ausland besorgt werden würde; die Wiener Banken könnten ihr Filialnetz in den Nationalstaaten behalten, da sie doch als ältere und bessere Kapitalsorganisation die Bedürfnisse von Industrie und Handel leichter und besser befriedigen könnten als die jungen aufstrebenden Institute der selbständig gewordenen Nationalstaaten; die Kohle aus den böhmischen oder mährisch-schlesischen Revieren brauchte nur ungehindert dahin zu rollen, wo sie die besten Preise erzielt, dann würde die alpenländische Industrie wieder so gut mit Kohle versorgt sein wie vor dem Krieg: das mitteleuropäische Wirtschaftsproblem wäre auf die einfachste Art wieder gelöst.

Ist eine solche wirtschaftliche Verbindung der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten möglich, und wenn sie möglich wäre, könnte sie ein selbständiges Deutschösterreich lebensfähig machen? Peace, Free Trade and Goodwill amongst nations — sollte die alte Freihändlerdevise genügen, um die aus den Fu-

Digitized by Google

gen geratene mitteleuropäische Welt wieder einzurenken?

Zunächst ein Blick auf die Wirklichkeit. Die Friedenskonferenz von Versailles hat das Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie auf acht Staaten aufgeteilt: Deutschösterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Polen, Ukraine, Rumänien, Italien, Jugoslawien. Alle diese Staaten sind vollständig unabhängig voneinander und haben gegeneinander nicht die geringsten Verpflichtungen zu positiver wirtschaftlicher Hilfe auf sich genommen. Eine scheinbare Ausnahme bildet die Kohlenklausel des Art. 224 im Friedensvertrag von St. Germain, die aber auch der Tschecho-Slowakei und Polen kein „Tun", sondern nur ein „Gestatten", juristisch gesprochen keine Reallast, sondern eine Servitut auferlegt. Sie dürfen durch drei Jahre die Ausfuhr einer bestimmten Kohlenmenge keinem Zoll oder sonstigen Beschränkungen unterwerfen. Zur Erfüllung ist auch diese Klausel bisher noch nicht gelangt, da Deutschösterreich tatsächlich nur einen Bruchteil der Mengen erhält, die ihm auf Grund seines Anteils an den sudetenländischen Kohlenlieferungen vor dem Krieg gebühren würden. Während die Kohlenförderung Böhmens im Frühjahr 1920 zeitweilig über den Vorkriegsstand, die des Ostrauer Revieres bis über 80% gestiegen ist, hat Deutschösterreich in den besten Monaten kaum 30% seines normalen Kohlenbedarfes decken können. Der Personenverkehr zwischen den einzelnen Nationalstaaten ist durch strengste Paßvorschriften und peinliche Grenzrevisionen, womit ein unendlicher Aufwand von Zeit und Mühe nutzlos vertan wird, auf das äußerste erschwert und eingeschränkt. Der Warenverkehr steht unter dem Diktat von Ein- und Ausfuhrverboten, von denen Ausnahmen immer nur unter dem Gesichtspunkt der Förderung der nationalen

Digitized by Google

Wirtschaft bewilligt werden. Die Staaten, die auf dem Boden der früheren Monarchie entstanden sind, haben sich gegeneinander durch Zollmauern abgesperrt, deren Höhe nicht durch die Vertragssätze, sondern durch die autonomen Sätze des alten österreichisch-ungarischen Zolltarifes bestimmt ist, und sie haben sie zum Teil — wie Jugoslawien — durch enorme Ausfuhrzölle auf die lebenswichtigen Güter ergänzt. Es muß ausdrücklich festgestellt werden — gegenüber irrigen Ansichten, die vielfach im Auslande auf Grund falscher Informationen verbreitet sind —, daß Deutschösterreich an keiner einzigen dieser Verkehrshemmungen schuld ist. In jedem einzelnen Falle und zumeist erst in einem beträchtlichen zeitlichen Abstand hat es sich zu Maßnahmen entschließen müssen, die vorher von den jungen eigenwilligen Nationalstaaten eingeführt worden waren. Ob es jedesmal notwendig war, dem Beispiel der anderen zu folgen, braucht hier nicht untersucht zu werden. Jedenfalls spricht nichts dafür, daß die einseitige Freigabe des Verkehrs gerade durch Deutschösterreich als den schwächsten und durch die Maßnahmen der anderen am schwersten bedrohten Staat sie zur Zurücknahme oder Milderung ihrer Sperrmaßnahmen veranlaßt hätte. Freigegeben ist überall die Ausfuhr des Überflüssigen, vor allem der Luxusware, der Warenverkehr des Notwendigen und Unentbehrlichen spielt sich fast durchweg im Rahmen von Kompensationsverträgen ab, in denen Leistung und Gegenleistung sorgsam gegeneinander abgewogen, Lieferungsbedingungen und Zahlungsweise genau festgelegt sind. Die Aus- und Einfuhrverbote werden unter streng merkantilistischen Gesichtspunkten gehandhabt. So läßt die Tschecho-Slowakei grundsätzlich keine Industrieerzeugnisse aus Deutschösterreich in das Land, die in der Tschecho-Slowakei selbst erzeugt werden können.

Digitized by Google

Böhmischer Koks an die alpenländischen Hochöfen wird nur geliefert, wenn das damit ausgebrachte Roheisen zu einem entsprechenden Teil den tschecho-slowakischen Walzwerken oder Gießereien zur Verfügung gestellt wird. Für jeden Fall werden die einzelnen Industriezweige Deutschösterreichs nur soweit mit Kohle beliefert, daß sie mit ihren Erzeugnissen über die Deckung des deutschösterreichischen Eigenbedarfes hinaus nicht den gleichartigen tschecho-slowakischen Fabriken im Ausland Konkurrenz bereiten können usw. Und ihre Ergänzung findet diese Praxis des Warenverkehrs in den Maßnahmen der Eisenbahnverwaltungen. Da die Aufteilung des alten österreichischen Warenparkes durch die Reparationskommission noch nicht vorgenommen ist, lassen die meisten Staaten keine Waggons über die Grenze, aus Furcht, sie nie mehr zurückzuerhalten. Es gibt für den Warenverkehr keinen einheitlichen Fahrplan, keinen einheitlichen Tarif, und natürlich auch sonst keine gegenseitige Rücksicht, die die Härte der Übergangszeit mildern könnte. So weit sind die neugebildeten Staaten auch nur von der Wiederherstellung von wirtschaftlichen Beziehungen entfernt, wie sie vor dem Krieg zwischen unabhängigen Staaten im allseitigen Interesse als selbstverständlich gegolten haben, und es wird zäher langwieriger Bemühungen und vielen guten Willens bedürfen, auch nur dieses Ziel zu erreichen, womit noch wenig gewonnen wäre.

Die geographischen Grenzen, die manche Anhänger der Donauföderation diesem Gebilde ziehen möchten, sind sehr weit gedacht. Zwar scheidet vom Gebiet der früheren Monarchie Galizien aus. Denn wenn ein polnischer Staat bestehen bleibt, ist es außer Zweifel, daß er seine in der einstigen Zollgemeinschaft mit Rußland hypertrophisch entwickelte Industrie durch Zölle

Digitized by Google

schützen und ihr als teilweisen Ersatz des verlorenen russischen Marktes unter allen Umständen Galizien wird vorbehalten wollen. Ebenso kommt natürlich das italienische Gebiet dafür nicht in Betracht. Dafür sollen außer Deutschösterreich, der Tschecho-Slowakei und Ungarn auch Jugoslawien und womöglich auch Rumänien einbezogen werden. Gehen diese Länder zum allgemeinen Freihandel über, dann ist eine zollpolitische Sonderabmachung zwischen ihnen offenbar überflüssig. Beseitigen sie die Zollschranken nur im gegenseitigen Verkehr, so bedeutet das die Notwendigkeit der Herstellung einer gemeinsamen Zollinie, einer gemeinsamen und gleichartigen Handhabung der Zollvorschriften und in weiterer unvermeidlicher Folge die Bildung gemeinsamer Organe für Zollgesetzgebung und Zollverwaltung, die Notwendigkeit des Abschlusses gemeinsamer Handelsverträge mit außenstehenden Staaten — mit anderen Worten den Verzicht auf einen wesentlichen Teil ihrer Souveränität zugunsten einer übergeordneten staatlichen Organisation, deren Kompetenz zwangsläufig vom Wirtschaftlichen aufs Politische übergreifen und zwischen diesen Staaten eine engere politische Verbindung herstellen müßte, die ihre eben gewonnene nationale und staatliche Selbständigkeit wieder aufheben würde. Das wäre denkbar unter Staaten, die, politisch befreundet, national und kulturell verwandt, die engere wirtschaftliche Verbindung als Vorstufe zu enger politischer Verbindung anstreben. So war es beim deutschen Zollverein, so beim kanadischen, südafrikanischen, australischen Zollverein. Hier aber in Mitteleuropa handelt es sich um Staaten, die gerade dadurch entstanden sind, daß sie eine widerwillig ertragene staatliche Gemeinschaft gesprengt, die Gemeinsamkeit der Wirtschaftspolitik, die Rücksichtnahme auf ein fremdnationales Zentrum (Wien) als un-

Digitized by Google

erträglich empfunden haben, die sich noch in den ersten Stadien staatlicher Konsolidierung befinden und daher eifersüchtig auf ihre Souveränitätsrechte und auf die Ausnützung ihrer staatlichen Macht zugunsten ihrer Befreiung aus alten wirtschaftlichen Bindungen bedacht sind und zwischen denen es zu allem Überfluß, dank der Bosheit des Friedenswerkes von Versailles, eine Reihe unausgetragener politischer Rechnungen gibt, die sie mit stärkstem gegenseitigen Mißtrauen erfüllen. Zwischen Deutschösterreich und der Tschecho-Slowakei steht die unter Mißachtung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes vollzogene Eingliederung von 4 Millionen Deutschen in den tschecho-slowakischen Staat, zwischen Deutschösterreich und Ungarn die ungeklärte westungarische Frage, zwischen der Tschecho-Slowakei und Ungarn der ungarische Anspruch auf die Slowakei, zwischen Ungarn und Rumänien die siebenbürgische Frage, zwischen Rumänien und Jugoslawien der Streit um das Banat usw. — und da sollte auch nur der Schimmer einer Hoffnung bestehen, daß diese Staaten sich zu einer engeren staatlichen Gemeinschaft verbinden, durch gemeinsame Organe nach außen auftreten und gemeinsam Verträge schließen, einer zugunsten des andern auch nur ein Jota von seinen Machtansprüchen aufgebe?

Und welches wirtschaftliche Interesse sollten die verbündeten Staaten an dieser Verbindung haben? Die Tschechen kämen dadurch in eine staatliche Konstellation, in der wieder wie im alten Österreich 6 bis 7 Millionen Tschechen rund 10 Millionen Deutschen gegenüberständen, deren nationaler Zusammenhang sich sofort als stärker erweisen würde als der staatliche, zumal wenn die wirtschaftlichen Klammern, die zwischen deutschen und tschechischen Angehörigen der tschecho-slowakischen Republik eine Interessengemein-

Digitized by Google

schaft herstellten, sich lösen. Aber sie müßten darüber hinaus — und das wäre doch der Sinn der Föderation — die zentrale politische und wirtschaftliche Stellung, die Prag erlangte, wieder zugunsten Wiens preisgeben, eine offenbar absurde Zumutung, die doch die Voraussetzung des ganzen Planes wäre. Dem stände freilich gegenüber, daß die böhmisch-mährische Industrie sich auf diese Weise ihr alpenländisches Absatzgebiet erhalten würde, das sie ebenso wie die übrigen Gebiete der früheren Monarchie zu ihrer Behauptung braucht, weil sie einerseits viel zu groß ist, um sich mit dem tschecho-slowakischen Innenmarkt zu begnügen, und anderseits nicht stark genug, um leicht den Wettbewerb der großen Industriemächte des Westens zu bestehen. Aber gerade das ist wieder für alle andern Staaten ein Grund, eine Bevorzugung der tschecho-slowakischen Industrie abzulehnen. Für Deutschösterreich ist sie der stärkste Konkurrent und die industriearmen Agrargebiete, Jugoslawien und Rumänien, denken nicht daran, um den Zoll verteuerte böhmische Textilwaren oder Maschinen zu beziehen, wenn sie reichsdeutsche, englische und amerikanische Textilwaren und Maschinen zu Weltmarktpreisen haben können. Denn die höher industrialisierten westlichen Bundesländer — Deutschösterreich und die Tschecho-Slowakei — würden doch keinen Gegenwert bieten können. Die Rohstoffe und Lebensmittel, die die Balkanstaaten ausführen, werden überall zollfrei eingelassen und für alle absehbare Zeit werden sie um den Absatz ihrer kostbaren Erzeugnisse nicht zu bangen haben. Zwischen Deutschösterreich und Ungarn aber besteht das eigenartige Verhältnis, daß Ungarn vielleicht in einigen Jahren Überschüsse an Lebensmitteln haben wird, daß es aber die deutschösterreichische Industrie nicht zu seiner Ergänzung braucht, weil es aus

Digitized by Google

geschichtlichen Gründen — deren Darlegung nicht hieher gehört — im wesentlichen über dieselben Industriezweige verfügt, die auch Deutschösterreich verblieben sind. Man sieht, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine solche Föderation ebensowenig gegeben sind wie die politischen. Wenn eine Donauföderation überhaupt möglich sein soll, dann müßte sie wenigstens auf den gleich gerichteten wirtschaftlichen Interessen der zollgeeinten Nationalstaaten beruhen. In Wirklichkeit streben diese Interessen ebensoweit auseinander wie die politischen und verhindert die himmelweit verschiedene kulturelle und wirtschaftliche Struktur der einzelnen Nationen, die eine starke staatliche Zentralgewalt unter der Führung einer oder zweier Nationen im alten Österreich-Ungarn auf die Dauer nicht zu überwinden vermochte, ein enges wirtschaftliches Zusammenleben, bei dem sich alle Teile frei nach ihrem eigenen Interesse entfalten könnten. Und das, die Freiheit der nationalen Entwicklung nach den Bedürfnissen der einzelnen Völker, ist doch gerade die höchste Errungenschaft, die die früher österreichisch-ungarischen Nationen aus der Weltkatastrophe sich gerettet haben.*)

Der Grundirrtum, in den gutgläubige Verfechter der Donauföderation in der Regel verfallen, wurzelt in einer unklaren Vorstellung von den künftigen Formen der wirtschaftlichen Verkehrsbeziehungen zwischen den Völkern. Zunächst verwechseln sie zumeist Zollfreiheit mit Verkehrsfreiheit, Free Trade mit Free Traffic. Aber Zölle und Zollfreiheiten werden in aller absehbaren Zukunft doch nur eine höchst bescheidene

*) Vgl. dazu und zum folgenden die kurz nach dem Umsturz erschienene Schrift des Verfassers „Donauföderation oder Groß-Deutschland", Verlag H. R. Engelmann, Berlin 1919.

Digitized by Google

Rolle spielen. Bei Preis- und Valutaschwankungen von oft hundert Prozent und mehr in wenigen Wochen bilden Zölle kein Handelshindernis, Zollfreiheit keinen Handelsanreiz. Und die ungehemmte Labilität aller Preisverhältnisse wird solange dauern, bis die wirtschaftlichen Nachwirkungen von Krieg und Revolution verwunden sind, bis Währung und Staatshaushalt wieder hergestellt, die Verarmung der Welt behoben ist. Bis dahin ist auch kaum mehr daran zu denken, daß Zolltarifverträge mit langfristiger Bindung zwischen den Staaten geschlossen werden oder zu erheblicher Bedeutung kommen.

Anders steht es mit dem Problem des freien Verkehrs. Der Abbau oder die Beseitigung der Zollmauern zwischen den Staaten wäre gewiß erwünscht und erfreulich, aber entscheidend für ihren Wirtschaftsverkehr wäre erst die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote und sonstiger staatlicher Beschränkungen des internationalen Verkehrs. Das ist aber eine grundsätzliche Forderung, die sich nicht auf das spezielle Verhältnis einzelner Staaten zu einander, sondern auf das gegenseitige Verhältnis aller Staaten bezieht. Wie verhält es sich mit der Hoffnung auf die Wiederherstellung eines freien Verkehrs? Vor dem Krieg wäre es jedem Denkenden als absurd erschienen, die Kohlen- oder Lebensmittelversorgung eines Gebietes in Abhängigkeit von dem politischen Verhältnis dieses Gebietes zu anderen Gebieten zu betrachten. Deutsche Kohle ist ebenso wie englische und amerikanische über Land und zur See frei in alle Staaten gegangen, und nirgends ist die Erhebung etwa eines Zolles auf Kohlen in den Bereich ernster handelspolitischer Erwägung geraten. Und was Nahrungsmittel anlangt, so ist niemals ihre Beschaffung, sondern ihr Absatz eine handelspolitische Sorge gewesen, ist immer nur das Maß von Frei-

Digitized by Google

heit oder Beschränkung auf seiten des Käufers, nicht des Verkäufers in Frage gestanden. Die Ausfuhrländer für Agrarprodukte, nicht die Einfuhrländer haben ein Interesse am freien Verkehr betätigt. Ausfuhrzölle haben allein dem Bezirk der handelspolitischen Theorie angehört. Der Krieg hat die Bedingungen des internationalen Warenverkehrs nach zwei Richtungen hin verschoben. Er hat mit der wachsenden Güternot den Gebrauchswert vor dem Geldwert hervortreten lassen und damit Zweck und Wesen aller Warenproduktion auch denjenigen enthüllt, die früher rein geldwirtschaftlich gedacht haben, und er hat Gütererzeugung und Güterverkehr „sozialisiert", d. h. den Zwecken der Gesamtheit dienstbar gemacht. Die Verfügung über lebensnotwendige Güter ist ein politisches Machtmittel geworden oder muß durch politische Machtmittel erzwungen werden. Die Blockade war die weitaus wirksamste, furchtbarste Waffe der Alliierten gegen Mitteleuropa. Und die Mittelmächte mußten durch Beschlagnahme und zentrale Bewirtschaftung die Hand auf die in ihren Gebieten vorhandenen oder erzeugten Waren legen, um die Wirkung der Blockade so lang wie möglich zu paralysieren. Alle wirtschaftspolitischen Zukunftsrechnungen müssen daher verschieden ausfallen, ob man an die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Verkehrsfreiheit oder an die politische Gebundenheit der Wirtschaft glaubt. Hätte Wilson sein Programm durchgesetzt, dann hätte „die Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken" zu den wertvollsten Errungenschaften der Friedensschlüsse gehört. Da er den imperialistischen Ansprüchen der Alliierten unterlegen ist, so bleibt wohl für absehbare Zeit der internationale Warenverkehr politisch-staatlich gebunden und daher von der jeweiligen politischen Machtkonstellation abhängig.

Digitized by Google

Von außen und von innen wirkt der Zwang zur Erhaltung staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft. Die Sicherheit und Freiheit des internationalen Verkehrs — die Grundlage der Entwicklung der Weltwirtschaft vor dem Krieg — sind geschwunden. Welche Schädigung Kriegsmaßnahmen und Friedensverträge, die nirgends vor dem privaten Eigentum Halt machen, für den Weltverkehr auch der alliierten Siegermächte bedeuten, wird erst eine fernere Zukunft offenbaren, in der die besonderen Gründe für die Beibehaltung der jetzigen Verkehrshemmungen weggefallen sein werden. Die Beschlagnahmen und Liquidierungen privater Vermögensinteressen werden aus der Erinnerung der Menschheit nicht sobald verschwinden. Hinter alle Akte der privaten Wirtschaft im Ausland muß die Staatsgewalt treten, wie politische Maßnahmen auswärtiger Mächte immer von neuem die Tätigkeit der privaten Wirtschaft bedrohen. Vor allem aber machen die wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages selbst die Freigabe des Verkehres unmöglich. Indem sie die Zwangslieferung von Kohle, Rohstoffen und Fabrikaten aller Art vorschreiben, stören sie bereits die Gesetze der freien Wirtschaft. Es kann von freier Wirtschaft solange keine Rede sein, als Deutschland jährlich ohne Rücksicht auf seinen Eigenbedarf bestimmte Kohlenmengen abliefern muß, als die Kohlenförderung Oberschlesiens und des Ostrauer-Reviers durch internationale Kommissionen aufgeteilt wird usw. Damit ist der freien Wirtschaft eine wesentliche Grundbedingung entzogen. Wenn Frankreich durch deutsche Zwangslieferungen doppelt so gut mit Kohle versorgt ist wie Deutschland, muß Deutschland den verbleibenden Rest unter gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten verwalten, kann ihn nicht dem Spiel der freien Konkurrenz

Digitized by Google

preisgeben. Und wenn der deutsche Kohlenmarkt infolge der Zwangslieferungen dem freien Verkehr entzogen ist, müssen die anderen Kohlenproduktionsländer ihrerseits ihre Produktion vor allem ihrer Wirtschaft vorbehalten, weil sie selbst ihre Bedürfnisse nicht mehr im offenen Markt decken kann. Früher konnten Böhmen und Mähren unbegrenzte Kohlenmengen an die Alpenländer und Ungarn abgeben, weil sie dieselben Mengen, je nach der Transportlage, billiger in Deutschland zurückkaufen konnten. Diese Möglichkeit ist für absehbare Zeit geschwunden. Die planmäßige Verteilung der Kohle als des wichtigsten Hilfsstoffes jeder industriellen Arbeit bedeutet für sich schon einen so tiefen Eingriff in die Wirtschaft, daß sie eine ganze Kette von weiteren tiefen Eingriffen, zwangsläufig nach sich zieht.

Aber mag man das für einen vorübergehenden Zustand halten, so erzeugen die Organisation der Wiedergutmachung und die finanziellen Aufgaben, die der Krieg hinterlassen hat, Wirkungen dauernder Art, die eine freie Wirtschaft im internationalen Verkehr unmöglich machen. Der größte Industriestaat des europäischen Kontinents soll durch Jahrzehnte gezwungen sein, einen sehr namhaften Teil seiner gesamten Gütererzeugung dem Ausland zu überlassen und muß dafür den inländischen Erzeuger bezahlen. Damit verliert dieser die freie Verfügung über sein Erzeugnis: Denn der Staat kann seine Lieferpflicht nicht durch privatwirtschaftliche Erwägungen seiner industriellen Angehörigen vereiteln lassen. Damit fällt die freie Konkurrenz nicht nur in Deutschland (ebenso wie in Deutschösterreich und allen anderen zur Kriegsentschädigung verpflichteten Ländern), sondern auch in den Ländern, deren Güterversorgung durch solche Zwangslieferungen zum großen Teil gedeckt wird, und

Digitized by Google

das wirkt wieder auf alle Exportstaaten zurück, die überall auf einen durch Zwang versorgten und daher der reinen Auswirkung der jeweiligen internationalen Wirtschaftslage wenigstens teilweise entzogenen Markt stoßen. Die Art und Intensität der wirtschaftlichen Wirkungen der Wiedergutmachung sind heute noch nicht abzuschätzen, da das Problem der Kriegsentschädigung noch nicht im einzelnen gelöst und vor allem nach seinem Umfang noch nicht begrenzt ist. Und darüber hinaus noch zwingt die Finanzierung von Kriegs- und Wiedergutmachungsschuld zu einer Änderung des Finanzsystems in einem Sinn, der mit freier Wirtschaft — im freihändlerischen Sinn — unvereinbar ist. Davon wird im letzten Teil dieser Arbeit ausführlich zu sprechen sein.

Nicht minder wirksam ist der Zwang zu staatlichen Beschränkungen der Wirtschaft von innen her. Das gemeinsame Schicksal aller Staaten und Völker, die durch diesen Krieg hindurchgegangen sind, ist die Verarmung. Es gibt unter ihnen gewaltige Gradunterschiede der Armut, aber der relative Mangel ist allgemein und er legt allen Staaten soziale Verpflichtungen auf. Wo zu wenig an lebenswichtigen Gütern vorhanden ist, um alle lebenswichtigen Bedürfnisse zu befriedigen, muß die Gemeinwirtschaft für halbwegs gerechten Ausgleich sorgen. Die Aufgabe der blockierten Kriegswirtschaft besteht — in anderem Umfang und anderer Form — für lange Frist in der Wirtschaft der Nachkriegszeit fort. Wie lange, das wird von dem Zeitmaß der wirtschaftlichen Erholung Europas, der Erstarkung seiner Produktion abhängen. Es wäre für keinen Staat möglich, Kohle für eine zahlungsfähige Luxusindustrie des glücklicheren Auslandes ausführen zu lassen, wenn die ärmeren Volksklassen im eigenen Lande dann frieren müßten oder größere Arbeitslosigkeit drohte. Und

Digitized by Google

auch hier wird die Herstellung eines Gleichgewichtszustandes dadurch verzögert, daß die Währungsanarchie die durchschnittlichen Preisniveaus der einzelnen Länder zumal Mitteleuropas auf das stärkste differenziert hat und die Wertschwankungen der Valuten Preisschwankungen nach sich ziehen, gegen deren freie Auswirkung innerhalb gewisser Grenzen die Regierungen zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung Schranken aufrichten müssen.

Und das führt uns auf das besondere Problem Deutschösterreich und sein Verhältnis zu den anderen Nachfolgestaaten zurück. Besteht der Zwang zu staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft für alle Staaten Europas und besonders für diejenigen Gebiete, die der Blockade und daher einer besonders tiefgehenden Verarmung preisgegeben waren, so wird er durch den Egoismus der neugegründeten und erst in den Anfängen staatlicher Konsolidierung befindlichen Staatswesen auf dem Boden der früheren Monarchie über das an sich wirtschaftlich Notwendige hinaus verschärft. Bestünde heute zwischen den Nationalstaaten volle Zollfreiheit, so würde sich ihr wirtschaftliches Verhältnis zueinander von dem heutigen kaum wesentlich unterscheiden. Auch zwischen Österreich und Ungarn hat im Kriege — notabene im Rahmen eines durch die mächtigsten gemeinsamen Organe repräsentierten Reiches — Zollfreiheit bestanden und doch hat das nicht im geringsten die Aushungerung Österreichs durch das besser versorgte Ungarn erschwert. Aber wenn nicht Zollfreiheit, sondern Marktfreiheit den Befürwortern der wirtschaftlichen Verbindung der Nationalstaaten vorschwebt, so ist es zum großen Teil nicht nur böse Absicht der Regierenden, sondern bedauerliche, aber unvermeidliche Kriegswirkung, daß auch sie nicht gewährt werden kann. Es ist sinnlos

Digitized by Google

sich zu beklagen, daß die Tschecho-Slowakei sich gegen eine Kohlenausfuhr aus ihrem Gebiet sträubt, solange wichtige Industrien in der Tschecho-Slowakei Kohlenmangel leiden und dadurch die Industrieausfuhr und die Zahlungsbilanz des Landes beeinträchtigt wird. Daß dieser Egoismus nicht bis zur Vernichtung der deutschösterreichischen Existenz getrieben werden dürfte, ist eine Sache für sich, die nur mit der praktischen Handhabung der wirtschaftlichen Kontrolle durch den Staat, nichts mit der Wirtschaftskontrolle an sich zu tun hat. Auch England läßt ohne Regierungserlaubnis nicht eine Tonne Kohle außer Landes und scheut sich nicht vor einer Differenzierung zwischen Inland- und Exportpreis. Und diejenigen, die in Deutschösterreich am lautesten (und mit allem Grund) über die Unterbindung des freien Verkehrs klagen, wären wahrscheinlich die ersten, die nach Ausfuhrbeschränkungen rufen würden, wenn Deutschösterreich vor einer analogen Entscheidung stünde.

Anders wäre es natürlich, wenn Deutschösterreich den Nationalstaaten Gleichwertiges zu bieten hätte, wenn ihre Abhängigkeit von Deutschösterreich so groß wäre wie die Abhängigkeit Deutschösterreichs von ihnen. Aber gerade hier liegt der Kern der deutschösterreichischen Not. Weder an landwirtschaftlichen Erzeugnissen noch an Rohstoffen oder Fabrikaten hat Deutschösterreich der Tschecho-Slowakei Unentbehrliches zu bieten. Einseitig ist stets der Warenstrom von Norden nach Süden geflossen. Die Industrie ist in fast allen Zweigen in der Tschecho-Slowakei höher entwickelt und dort, wo das bisher nicht der Fall war, bemüht sich die tschecho-slowakische Wirtschaftspolitik, es mit allem Eifer nachzuholen. Darauf ist die Gründung einer eigenen Sprengstoff-, einer Glühlampenindustrie usw. zurückzuführen. Man braucht bloß —

Digitized by Google

vielleicht nehmen sich einmal die diplomatischen Vertreter der Alliierten die Mühe — die Kompensationsverträge anzusehen, um den Grad der einseitigen Abhängigkeit zu ermessen.

Aber nicht nur im eigenen Mangel und im natürlichen Streben nach Ausnützung des gegebenen Vorteils gegen den Konkurrenten sind die Sperrmaßnahmen der Nationalstaaten begründet. Sie haben ihren Grund zum großen Teil in dem Liquidationsprozeß des früher gemeinsamen Staates. Die alte österreichische Wirtschaft war straff zentralisiert und die Stellung Wiens beruhte eben auf dieser Zentralisierung. Mit der staatlichen Verselbständigung der Nationalstaaten ist naturgemäß der Drang verknüpft, ihren eigenen Zentren die entsprechenden Funktionen vorzubehalten, die früher Wien zu erfüllen hatte. Prag und in geringerem Ausmaß die anderen Hauptstädte der neugegründeten oder gewaltig vergrößerten Nationalstaaten sind heute selbst Regierungssitze mit ihrem bureaukratischen und diplomatischen Apparat, haben ihre eigenen Organe und Veranstaltungen der staatlichen Repräsentanz, ihre Hochschulen, Theater, Akademien, Museen, und um all das gruppiert sich eine immer stärker und selbstbewußter werdende Bourgeoisie mit ihren besonderen politischen und kulturellen Ansprüchen, mit deren Erfüllung sich wichtige wirtschaftliche Interessen verknüpfen. Daher der Druck auf die Industrie, ihren Sitz von Wien wegzuverlegen, daher die Forderung eines nationalen Bankwesens und die Erschwerung des geschäftlichen Betriebes der Filialen der Wiener Banken, um sie zur Nationalisierung zu zwingen, daher die Unterbindung des Zwischenhandelsverkehrs, die Bemühungen in den Nationalstaaten, den Verkehr mit dem Ausland ohne Vermittlung Wiens zu organisieren — Bestrebungen, die gewiß nicht sofort erfolgreich sein können, weil

Digitized by Google

sich die Rückständigkeit von Jahrzehnten nicht über Nacht beheben läßt, die aber um so zäher und rücksichtsloser verfolgt werden, je schwieriger sich dieser Ablösungsprozeß von Wien gestaltet. Denn darauf verzichten, hieße für die Nationalstaaten den Zustand aufrechterhalten, den sie als Abhängigkeit von Wien empfanden und der gerade für die national empfindliche Bourgeoisie unerträglich ist.

Das übersieht man zumeist im Ausland, wenn man von der Wirtschaftsfreiheit zwischen den Nationalstaaten spricht. Man mag die freihändlerische These billigen, daß „nationale und wirtschaftliche Grenzen miteinander nichts zu tun haben und Versuche, sie zu vereinigen, nur schädlich sein können" (wie das der ausgezeichnete Chefredakteur der „Daily News" in der Pfingstnummer 1920 der „Neuen Freien Presse" formuliert hat); aber das gilt doch nur von Staaten, die selbst bereits ein ausgebildetes Wirtschaftssystem haben, nicht von solchen, die an seiner Ausbildung eben durch politische Umstände verhindert waren und daher erst einige Entwicklungsstufen nachholen müssen. Es kann unter vernünftigen Menschen keinen Streit darüber geben, daß die alte Monarchie eine zweckmäßigere Wirtschaftsorganisation war als die Summe der auf ihrem Boden begründeten Nationalstaaten, aber dann hätte man eben diese Monarchie nicht zertrümmern dürfen. Nun, da es geschehen ist, läßt sich die alte wirtschaftliche Einheit nur mit der Wiederherstellung der politischen Einheit zurückgewinnen. Wir muten keinem Politiker der Alliierten so viel ausschweifende Phantasie zu, daß er das für möglich halten sollte. Der bloße freie Verkehr zwischen selbständigen (und überdies durch die schroffsten politischen Gegensätze getrennten) Nationalstaaten, selbst wenn seine Wiederherstellung möglich wäre, würde Deutsch-

Digitized by Google

österreichs Lage gewiß erleichtern, aber er würde sie nicht haltbar machen. Denn er würde weder die wirtschaftspolitische Gesetzgebung und Verwaltung der Nationalstaaten beschränken (Ungarn vor und im Krieg!) noch auch Wien die Fähigkeit zur Erfüllung seiner „bourgeoisen" Leistungen wiedergeben. Und von allen politischen Hindernissen abgesehen, würde dies mindestens eine gleichwertige Valuta der Nationalstaaten voraussetzen. Solange die Wiener Banken an eine Valuta gebunden sind, deren Wert einen Bruchteil der tschecho-slowakischen oder jugoslawischen beträgt, sind sie außerstande, ihre tschecho-slowakischen oder jugoslawischen Filialen zu dotieren, den Handel mit diesen Ländern in größerem Umfange zu finanzieren oder sonst sich führend kapitalistisch in diesen Ländern zu betätigen. Kurz, überall stößt die Wiederherstellung der früheren Wirtschaftsorganisation auf den nicht mehr durch eine gemeinsame Staatsgewalt und einen gemeinsamen Staatswillen gebändigten Egoismus der zu neuer staatlicher Selbständigkeit aufgestiegenen Nationen. Sie werden auch in Zukunft mit Deutschösterreich Geschäfte machen, wenn sie ihnen profitabel sind, d. h. wenn sie von Deutschösterreich vollen Gegenwert erlangen können. Aber sie denken nicht daran, auch nur auf einen Bruchteil ihres Reichtums, auf die letzte Chance ihrer wirtschaftspolitischen Verselbständigung und Entfaltung zu verzichten, um den auf das Gebiet einer Großmacht eingestellten Riesenapparat Wiens aufrechtzuerhalten, geschweige denn — und darauf laufen alle Pläne einer wirtschaftlichen Vereinigung der Nationalstaaten hinaus — mit ihrem Überschuß für das Wirtschaftsdefizit Deutschösterreichs aufzukommen.

Drei äußere Bedingungen müssen erfüllt werden,

Digitized by Google

um Deutschösterreich am Leben zu erhalten: Es muß aus seiner einseitigen Abhängigkeit vom guten Willen der es umgebenden jungen Nationalstaaten befreit, es muß ihm die Möglichkeit zur Erfüllung seiner „bürgerlichen" Funktionen erhalten oder wiedergegeben und es muß drittens sein wirtschaftlicher Apparat in einer Weise ausgestaltet werden, daß die Erträgnisse seiner eigenen Erzeugung imstande sind, Verluste, die es an verlorenen Erträgnisquellen erleidet, wettzumachen. Da ein selbständiges Deutschösterreich aus eigener Kraft diese Bedingungen nicht erfüllen kann, die wirtschaftliche Vereinigung der Nachfolgestaaten aber, wie wir gezeigt haben, weder möglich ist, noch zu dem angestrebten Ziele führen könnte, so bleibt als eine ökonomische Notwendigkeit — nicht nur als politisch-sittliches Postulat — nur der Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich übrig.

Er würde die Bedingungen, unter denen Deutschösterreich lebt, mit einem Schlage völlig verändern. Deutschösterreich als Teil des Deutschen Reiches wäre sofort aus seiner wirtschaftspolitischen Wehrlosigkeit befreit. Es wäre seiner ärgsten unmittelbar drohenden Not enthoben, denn es wäre in den gesamtdeutschen Wirtschaftsplan einbezogen. Es würde also so ernährt werden, wie der schlechtest versorgte deutsche Reichsteil ernährt wird. Für das Deutsche Reich aber würde das nur einen Zuwachs an Versorgungsbedürftigen um ein Zehntel bedeuten. Deutschösterreich hätte teil an der deutschen Kohlenwirtschaft. Eine unmittelbare Belastung der deutschen Kohlenversorgung brauchte damit überhaupt nicht verbunden zu sein. Es könnte genügen, daß das Deutsche Reich seine wirtschaftspolitische Stellung gegenüber den Sudetenländern ausnützt, um von dorther hinreichende Kohlenzufuhr zu sichern. Wenn der Kohlenverkehr der böhmischen

Digitized by Google

Gruben und des Ostrauer Revieres mit Wien vom Diktat der Prager Regierung gelenkt wird, so wird er solange sich ungestört abspielen, als es den Zielen der Prager Politik entspricht und in dem Augenblick versagen, in dem es aus irgendeinem Grund für richtig befunden wird, Deutschösterreich dem politischen Willen des tschecho-slowakischen Staates gefügig zu machen. (Das ist kein Vorwurf, sondern eine Feststellung. So hat es Deutschösterreich im Winter 1919/20 erlebt, daß eine Stockung in den Kohlenzufuhren eintrat, weil die Wiener Gemeindeverwaltung angeblich den tschechischen Schulwünschen in Wien zu wenig entgegenkam.) Ist Deutschösterreich deutscher Bundesstaat, dann wendet sich die verkehrspolitische Ungunst der kontinentalen Binnenlage gegen den ähnlich gelagerten tschecho-slowakischen Staat. Sperrt die Tschecho-Slowakei die Zufuhr der böhmischen oder Ostrauer Kohle nach Deutschösterreich, dann kann Deutschland die Elbe- und Odermündung für den böhmischen Verkehr sperren. Dann mag die tschecho-slowakische Wirtschaft zusehen, wie sie ihren Zucker nach England bringt, die überseeischen Rohstoffe, die auf billige Fracht angewiesen sind, ihrer Industrie zuführt. Das Beispiel ist hier absichtlich drastisch formuliert. Aber daß diese verkehrspolitische Abhängigkeit der Tschecho-Slowakei von Deutschland auch durch die Bestimmungen des Friedensvertrages nicht beseitigt ist, wissen einsichtige Kreise unter den Tschechen selbst sehr wohl. Ihnen ist es nicht entgangen, daß sie auf die Dauer auf ein gutes Einvernehmen mit Deutschland angewiesen sind und eine vernünftige deutsche Politik wird darauf gerichtet sein müssen, dem tschechischen Volk die praktische Auswertung dieser Einsicht nach Möglichkeit zu erleichtern. Die Annäherung zwischen Deutschland und Rußland kann diese Ent-

Digitized by Google

wicklung in ungeahnter Weise fördern. Denn sie befreit das tschecho-slowakische Volk von dem hoffnungslosen Zwiespalt seiner Sympathie für das große russische Brudervolk und seiner Rücksicht auf die deutschen Staatsgenossen. Aber wie dem auch sei, immer ist es etwas anderes, ob Deutschösterreich einem Reich angegliedert ist, dem es durch Nation, Geschichte, Kultur und Wirtschaftsorganisation angehört, oder in einem rein wirtschaftlichen Verhältnis zu politisch fremden oder selbst einander nahestehenden, aber nicht organisch verbundenen Staaten steht. Etwas anderes wäre es, ob der deutsche Wirtschaftsplan für Deutschösterreich in Berlin unter entscheidender Mitwirkung der gleichberechtigten Vertreter Deutschösterreichs entworfen wird oder in Prag ohne deutschösterreichische Mitwirkung, ja ohne Möglichkeit einer Einflußnahme.

Der Anschluß an das Reich soll Deutschösterreich zweitens die Möglichkeit der Erfüllung seiner „bürgerlichen" Funktionen erhalten oder wiedergeben. Wien, das mit den Sudetenländern und Galizien den größten Teil seines industriellen Hinterlandes eingebüßt hat, würde in den deutschen Industriegebieten sein neues Hinterland gewinnen. Der deutschen Industrie hätte es seine spezifischen Fähigkeiten zu geben, für sie den Absatz im Gebiete der früheren Donaumonarchie und in den Ländern des nahen Ostens zu besorgen, dort ihre größeren Geschäfte zu finanzieren, ihren Rohstoffeinkauf durchzuführen. An Stelle von zehn Bureaus tschecho-slowakischer Unternehmungen, die in Wien aufgelöst werden, könnte die doppelte Zahl von Niederlassungen reichsdeutscher Unternehmungen treten, für die Wien zum Stützpunkt ihrer Betätigung im nahen Osten würde. Der Ungar, Rumäne, Bulgare, Jugoslawe würde in Wien Deutschland betreten, würde mit

Digitized by Google

außerordentlicher Zeitersparnis und in Benützung seiner alten Verbindungen hier seine Einkäufe besorgen, hier die deutschen Musterlager vorfinden, hier seine Zahlungen abwickeln. Damit hat Wien der deutschen Wirtschaft Bedeutendes zu geben: Eine Organisation, die selbst zu errichten Deutschland weder die Mittel noch die Menschen besitzt. Und damit wäre anderseits diese Organisation gerettet. Die Banken, die sich heute aus den Nationalstaaten immer mehr zurückziehen müssen, weil die deutschösterreichische Währung die schlechteste unter allen Währungen der Nachfolgestaaten des alten Österreichs ist, würden in der Mark über die höchstwertige unter diesen Valuten verfügen. Das Finanzierungsgeschäft, von dem sie heute vollständig ausgeschaltet sind, erhielte seine neue Grundlage. Die Mark bleibt in Ost- und Südosteuropa geschäftsfähig, nachdem die deutschösterreichische Krone längst aufgehört hat es zu sein. Die Filialen, die nicht erhalten werden können, weil die Wiener Zentralstellen außerstande sind, ihnen die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, könnten im Wettbewerb mit den nationalen Instituten bestehen bleiben. Die Entblößung Wiens von den letzten Kapitalsbeteiligungen in diesen Gebieten, um Kohle und Zucker zu bezahlen, hört auf, die Voraussetzung intensiver wirtschaftlicher Betätigung und engerer wirtschaftlicher Verbindung mit der früheren Wirkungssphäre der Wiener wirtschaftlichen Organisationen bliebe so erhalten. Und die Wiener Organisation stieße dabei zumeist auf geringere internationale Widerstände und Vorurteile als die Berliner, der deutschen Wirtschaft fielen so Geschäfte zu, die ihr sonst versagt wären. Wie sich dieser Eingliederungsprozeß Deutschösterreichs in die deutsche Wirtschaft im einzelnen vollziehen würde, ist hier nicht darzustellen. Voraussicht-

Digitized by Google

lich würden die Wiener Banken in ein engeres Verhältnis zu Berliner Instituten treten, würden sich in der Industrie Fusionen und Interessengemeinschaften herausbilden, alte Verbindungen würden ausgebaut werden. Keine notwendige, aber eine wahrscheinliche Folge dieser Entwicklung wäre es, daß dann ihrerseits die tschecho-slowakische Wirtschaft gezwungen wäre, ihre Repräsentanzen in Wien zu erhalten, um nicht über Wien durch die deutsche Industrie von ihrem Markt im nahen Osten verdrängt zu werden, daß aus solchem Wettbewerb Wiens Entwicklung einen neuen Impuls erhalten würde, den ihr die Versuche einer wirtschaftlichen Verbindung der Nationalstaaten niemals verleihen könnten. Gewinnen die finanziellen und kommerziellen Organisationen Wiens von Deutschland her die Fähigkeit, ihre frühere Stellung zu behaupten, wiederzugewinnen oder zu stärken, so ist auch nur von dieser Seite her das schwere Beamtenproblem zu lösen. Eingegliedert in den riesigen Behördenorganismus des Reiches, in seinen Eisenbahn- und Postdienst, in seine Unterrichtsverwaltung und seine Rechtspflege verliert der Beamtenapparat Deutschösterreichs seinen erschreckenden Umfang, erschließen sich tausende Möglichkeiten seiner schmerzlosen Verminderung oder Umbildung. Und im Anschluß an das Reich sehen schließlich Zehntausende von Angehörigen der freien Berufe, Ärzte, Anwälte, Schriftsteller, Künstler den Weg ins Freie. Er erhält Wien selbst die Stellung eines großen Wirtschafts- und Kulturzentrums mit bedeutsamer politischer Mission für das gesamte deutsche Volk und er erschließt ihnen in den Hunderten von deutschen Großstädten eine hundertfache neue Heimat unter Volksgenossen, da der Friedensvertrag von St. Germain ihnen das Land ihrer früheren nichtdeutschen Staatsgenossen verschlossen hat.

Digitized by Google

Und der Anschluß an das Reich soll drittens dazu helfen, den Produktionsapparat Deutschösterreichs auszugestalten. Die natürlichen Bedingungen industrieller und landwirtschaftlicher Produktion Deutschösterreichs kann keine politische Konstellation ändern, aber die zu ihrer Ausnützung erforderlichen gesellschaftlichen Bedingungen vermag nur die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Reich zu schaffen. Die anregenden und belebenden Wirkungen des persönlichen Verkehrs, des täglichen Beispiels höher kultivierter oder rationeller wirtschaftender Staatsgenossen innerhalb der Staatsgemeinschaft, die Durchdringung mit deutscher Wirtschaftsenergie sind schlechthin durch nichts zu ersetzen. Kein staatlicher Eingriff, keine Maßnahme der Wirtschaftspolitik könnte den Alpenbauer so rasch aus seiner wirtschaftlichen Rückständigkeit befreien, wie die Ansiedlung von ein paar tausend deutschen Musterwirten, die Eingliederung in die mannigfachen genossenschaftlichen Organisationen der deutschen Landwirtschaft. Schwieriger und komplizierter ist das Problem der industriellen Ausgestaltung des Landes. Die industrielle Intensivierung der deutschösterreichischen Wirtschaft ist eine Aufgabe auf lange Sicht. Wer sich ihr unterzieht, muß die Sicherheit haben, daß er die Früchte seiner Arbeit genießt. Ein solches Werk auf lange Sicht ist vor allem der Ausbau der deutschösterreichischen Wasserkräfte. Sieht man von den Anlagen ab, deren Rentabilität bereits heute unter allen Umständen gesichert ist, so ist dieses Werk nur von Kapitalskräften zu vollbringen, die damit noch andere Zwecke verbinden als bloßen unmittelbaren Kapitalsgewinn. Wenn der Schweizer, Engländer, Amerikaner ein alpenländisches Wasserwerk finanziert, ist es ihm ausschließlich um den Gewinn aus dem Absatz des Stromes zu tun. Wenn

Digitized by Google

deutsches Kapital in einem zum Reich gehörigen Deutschösterreich das unternimmt, so kann es geschehen, weil es dort die günstigere Produktionsstätte für eine deutsche Industrie erblickt, für die der billige Strom bloß Arbeitsmittel ist. Mit andern Worten: Die Chance der alpenländischen Wasserkräfte ist nur ausnützbar, wenn sie zugleich als Chance der industriellen Verwertung genützt wird, wenn Unternehmer vorhanden sind, die bereit sind, ihre Produktion an den Ort der günstigeren Produktionsbedingungen innerhalb des eigenen Landes zu verlegen. Für Deutschland erschließt sich damit zugleich Siedlungsland für überschüssige industrielle Bevölkerung, über die Deutschösterreich an sich nicht verfügt.

Die Verbindung und Verschmelzung der Wirtschaften zweier Länder von früher verschiedener Staatszugehörigkeit ist niemals ein bloß ökonomisches oder verwaltungstechnisches Problem. Ihre Möglichkeiten des Erfolges oder Mißerfolges sind in allererster Linie geistiger und moralischer Art. Sie vorherzusagen und abzuwägen, ist Sache der politischen Literatur, nicht der wirtschaftlichen Theorie. Aber der lähmende Zustand der völligen Hoffnungslosigkeit, in dem sich Deutschösterreich seit dem Zusammenbruch und zumal seit dem Anschlußverbot befindet, muß als eine der wirtschaftlich wirksamsten und sehr ernst zu nehmenden Tatsachen festgestellt werden. Diese Hoffnungslosigkeit, die auch Katastrophenhausse und Inflationskonjunktur nur für einen ganz engen Kreis der nächsten Nutznießer zu mildern vermochten, senkt sich um so schwerer auf den Geist der deutschösterreichischen Wirtschaft, je deutlicher sich die Wert- und Wirkungslosigkeit aller unternehmenden Tätigkeit für den Zustand der Gesamtheit offenbart. Der untrügliche Index dafür ist der Kurs der deutschösterreichischen

Digitized by Google

Krone. Daß die Apathie, in die das deutschösterreichische Volk durch sechsjähriges, immer höher gesteigertes Elend versunken ist, in offene Verzweiflung umschlägt, ist nur eine Frage der Zeit. Man mag dies durch Spenden, durch Hilfsaktionen für die Kinder, durch die Verhinderung einer allgemeinen Hungersnot hinausschieben — ein Volk kann nicht lange vom Bettel leben und ein Volk lebt nicht nur von Brot, es braucht ein Lebensziel der Gemeinschaft: Der deutschösterreichische Staat kann dieses Lebensziel nicht sein, weil er ein künstliches, von niemandem gewolltes, historisch unbegründetes Gebilde ist. So bleibt dem Deutschösterreicher nur die Wahl und die Möglichkeit zur Vereinigung seines Schicksals mit dem des ganzen deutschen Volkes. Diese Schicksalsgemeinschaft sei verheißungsvoll oder bedrohlich, sie ist ein soziales Ideal und seine Erfüllung als des einzigen, das alle Angehörigen dieses jungen Staates vereint, die Bedingung seines sittlichen und materiellen Gedeihens.

Digitized by Google

Digitized by Google

LÖSUNGSVERSUCHE

Digitized by Google

Digitized by Google

Die Absicht, einen „Finanzplan“ aufzustellen, schließt begrifflich die Anschauung ein, daß der Staat imstande ist, die weitere Entwicklung der finanziellen Verhältnisse zu meistern, daß er imstande ist, auf einen längeren Zeitraum seine Einnahmen und Ausgaben zu veranschlagen und damit gewissermaßen der wirtschaftlichen Revolution, die wir während des Krieges durchgemacht haben und die in wachsender Intensität während der letzten Monate die Fundamente der Wirtschaft durchwühlt, ein Ende zu setzen. Das ist in der Tat die Ansicht derer, die im Defizit des Staatshaushaltes die Quelle aller Übel erblicken, denen die katastrophale Notlage, in der wir uns befinden, nichts ist als eine Folgeerscheinung der Inflation, und die deshalb konsequenterweise den Weg zur Gesundung offen sehen in dem Augenblick, in dem das Gleichgewicht im Budget wieder hergestellt und damit der weiteren Notenvermehrung Einhalt getan ist.

Die Theorie, die zu solchen Schlüssen führt, ist ungefähr die folgende: Das ständige Defizit hat den Staat zu immer stärkerer Papiergeldschöpfung gezwungen. Dieses Papiergeld hat als zusätzliche künstliche Kaufkraft die Nachfrage zunächst nach bestimmten Waren verstärkt und, von da ausgehend, allmählich die Preise auf dem ganzen Warenmarkt in die Höhe getrieben. Damit ist aber von selbst eine entsprechende Minderbewertung des eigenen Geldes im Verhältnis zu fremden Zahlungsmitteln bewirkt. Denn das höhere Preisniveau im Inland lockt den ausländi-

Digitized by Google

schen Wettbewerb an, steigert den Import von Waren und damit das Angebot von inländischen Zahlungsmitteln — die als Kaufpreis hingegeben wurden — auf den ausländischen Märkten, was eine Kurssenkung des inländischen Geldes so weit herbeiführt, bis der Anreiz zur Ausfuhr in das Land der unterwertigen Währung schwindet und damit der Gleichgewichtzustand wieder erreicht ist. So lange immer von neuem künstliche zusätzliche Kaufkraft geschaffen wird, kann ein solcher Gleichgewichtzustand nicht eintreten. Daher das fortwährende Sinken des Kronenkurses auf allen Märkten. Dieser Zustand würde sich von selbst aber in kürzester Zeit einstellen, sobald die Quelle der ständigen Geldinflation verstopft wäre. Diese Theorie mißachtet den Einfluß der Zahlungsbilanz auf die Wechselkurse, weil die ungünstige Zahlungsbilanz ihr bereits selbst eine sekundäre Erscheinung ist, nichts anderes als die Wirkung von gewissen Erscheinungen auf dem inneren Geldmarkt, die das „natürliche Preisniveau" einer Wirtschaft, die durchschnittliche natürliche Kaufkraft einer Währung bestimmen, deren Ausdrucksform allein der jeweilige Wechselkurs ist.

Diese Theorie ist bereits in normalen Zeiten nur zur Hälfte richtig gewesen. Sie übersieht, daß gesteigerte Nachfrage nach Waren und insbesondere auch nach Auslandsgütern in einer Volkswirtschaft auch aus anderen als inflationistischen Gründen eintreten kann. So kann z. B., wie wir es in dem Jahrzehnt von 1904 bis 1914 gerade in Österreich-Ungarn erlebt haben, eine Reihe besonders guter Ernten und der Übergang eines Landes von einer Agrar- zur Industriewirtschaft einen verstärkten Güterverbrauch hervorrufen, der zugleich die Ausfuhr hemmt und die Einfuhr anregt und damit unmittelbar zu einer Verschlechterung der Zahlungsbilanz führt. In diesem Fall ist ganz

Digitized by Google

offensichtlich die Handelsbilanz die bestimmende Ursache von Erscheinungen, die erst in weiterer Folge auf dem internationalen Geldmarkt zutage treten. Allerdings haben diese Erscheinungen in normalen Zeiten — als welche wir noch immer die Vorkriegszeit betrachten, ohne daß wir wissen, ob ihre Norm jemals wieder Geltung erlangen wird — allmählich auch wieder zu einer Korrektur der Handelsbilanz gedrängt. Auch das zumeist nur in sehr langen Zeiträumen. Denn zunächst ist das Defizit der Zahlungsbilanz in den Wechselkursen und daher auch im Preisniveau nicht oder nur wenig zum Ausdruck gekommen, weil sich der Kredit immer mehr oder weniger bereitwillig dargeboten hat. So hat Österreich-Ungarn, in dem von 1904 ab das Aktivum der Handelsbilanz rasch sank und 1906 bereits einem Passivum wich, etwa von 1909 an in wachsendem Maß ausländische Kredite in Anspruch genommen und damit seinen Wechselkurs gehalten. Daß das zuletzt bereits sehr beträchtliche Schwierigkeiten bereitete und die Monarchie 1913 gezwungen war, für 25 Millionen Dollars amerikanischen Kredit unter drückenden Bedingungen in Anspruch zu nehmen — was übrigens bereits unverkennbar mit der gespannten politischen Weltlage zusammenhing —, ändert nichts an dem tatsächlichen Ablauf der Dinge. Dazu kommt, daß jene These sich selbst widerspricht, indem sie nur die eine Seite des Verkehrsaktes betrachtet. Denn indem die künstlich geschaffene zusätzliche Kaufkraft die Preise im Inland hebt und die Einfuhr anregt, steigert sie auch im Ausfuhrland die Nachfrage: Dort ist somit die Tendenz zur Teuerung ganz unmittelbar die Folge der Warenbewegung und nicht einer Veränderung der eigenen Geldverfassung des Landes.

Der Krieg, der in allen kriegführenden Ländern,

Digitized by Google

in Österreich-Ungarn aber — abgesehen von Rußland — besonders intensive Inflationserscheinungen zeitigte, hat die Automatik der Korrektur sowohl von der Geld- wie von der Warenseite her aufgehoben. Von der Geldseite insofern, als ausländische Kredite den Mittelmächten und vor allem Österreich-Ungarn nicht oder nur in ganz unzulänglichem Maße erreichbar waren. Die großen Kapitalsmärkte waren uns überhaupt versperrt und die neutralen, relativ schwachen, standen unter der übermächtigen Kontrolle der Alliierten und waren in ihrer geschäftlichen Verfügungsfreiheit gelähmt. Wir hätten welche Bedingungen und Sicherheiten immer bieten mögen, so wäre uns ausländischer Kredit nicht in genügenden Beträgen eingeräumt worden. Ob übrigens selbst dann eine scharfe Preissteigerung im Innern zu vermeiden gewesen wäre, ist aus verschiedenen Gründen zu bezweifeln, doch steht das hier nicht zur Erörterung. Völlig unterbunden aber war die Korrektur unseres Preisniveaus von der Warenseite her. Man hat in weiten Kreisen bereits vergessen, daß in den ersten Kriegsjahren das inländische Preisniveau wesentlich höher war, als es den Wechselkursen entsprach, daß damals der Österreicher oder Reichsdeutsche, der in die Schweiz oder nach Skandinavien ging, dort wesentlich billiger lebte als daheim. Das hat sich erst sehr spät geändert. Obwohl die Inflation im Innern immer raschere Fortschritte machte, blieb die Preisentwicklung immer weiter hinter der der offenen Auslandsmärkte zurück, so daß heute in Deutschland und viel mehr noch in Österreich das inländische Preis- und Lohnniveau dem ausländischen bei weitem noch nicht gleichkommt, wenn dessen Preisansätze zu den geltenden Wechselkursen in ihre Währung umgerechnet werden. Das will sagen, daß wir während des Krieges auch durch die höchsten Preise keine aus-

Digitized by Google

ländische Zufuhr anlocken konnten, weil das neutrale Ausland durch Kriegsmaßnahmen (Blockade, schwarze Listen) gebunden und auch die verfügbare Warenmenge äußerst gering war. Mit anderen Worten: Die Preisbewegung im In- und Ausland ist fast völlig selbständig nach gesonderten Gesetzen vor sich gegangen. Dabei sollen natürlich die preissteigernden Wirkungen der Zettelwirtschaft im Innern weder geleugnet noch auch in ihrer Bedeutung herabgesetzt werden. Zu bestreiten ist nur, daß sie allein an der Teuerung im Innern und damit an der Verschlechterung der Wechselkurse schuld ist. Denn wenn es selbst durch eine radikale Steuerpolitik möglich gewesen wäre, die Inflation im Innern in engeren Grenzen zu halten, so wäre bei der wachsenden Güterknappheit dadurch der Einfuhrbedarf aus dem Ausland nicht verringert und unsere Ausfuhrfähigkeit nicht gesteigert worden. Und dem Mißverhältnis dieser beiden Faktoren, das mit den Methoden unserer Geld- und Kreditwirtschaft an sich gar nichts zu tun hatte, hätte allein schon — bei der Unterbindung des internationalen Kreditverkehres — die Senkung der Wechselkurse, die Entwertung unseres Geldes im Ausland entspringen müssen.

Was hat sich seit Beendigung des Krieges an diesen Umständen geändert? Die Blockade ist formell beseitigt. Formell, aber noch nicht durchwegs materiell. Noch bestehen fast in allen am Kriege beteiligten Staaten Aus- und Einfuhrverbote, noch sind nicht überall die Gesetze über den Handel mit dem Feinde aufgehoben und dergleichen mehr. Vor allem ist die Durchführung des Friedensvertrages in wichtigen Punkten noch nicht in Angriff genommen und die persönliche Freizügigkeit von Land zu Land den schwersten Beschränkungen unterworfen. Aber der Verkehr mit den Neutralen ist

Digitized by Google

wenigstens völlig freigegeben und wir haben damit die Freiheit erlangt einzukaufen, wo und zu welchen Bedingungen es uns angemessen erscheint. Trotzdem ist die Lage Deutschösterreichs augenblicklich verzweifelter als in irgend einem Zeitpunkt während des Krieges. Es hat — und das ist ohne Zweifel eine erfreuliche Wirkung der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen, an deren plötzliche und vollständige Beseitigung kaum zu denken ist — ein relativ niedriges Preisniveau, aber seine Ausfuhr ist trotzdem mehr als bescheiden, weil es an Ausfuhrgütern fehlt. Es ist bereit, dem ausländischen Verkäufer jeden von ihm geforderten Preis zu bewilligen, aber es kommt nichts herein, weil es nicht Zahlung leistet. Hätten die internationalen Verkehrsbeziehungen, zumal was die Mittelmächte und unter ihnen in erster Linie Deutschösterreich betrifft, ihre früheren normalen Formen wieder angenommen, so brauchte es natürlich nur die Preise im Innern entsprechend hoch steigen zu lassen und ein Warenstrom würde sich über Deutschösterreich ergießen, der seinen Versorgungsstand sehr bald auf die Höhe des in den neutralen Ländern gewohnten heben würde. Eine wirtschaftstheoretisch notwendige Wirkung der Preissteigerung wäre dann eine entsprechende Verbrauchseinschränkung, die die Einfuhr von selbst auf dasjenige Maß zurückführen würde, das seiner Kaufkraft entspricht. Diese Kaufkraft würde natürlich entsprechend gesteigert, wenn ihm Kredit zur Verfügung stünde. Aber immer können wir nur so viel einführen, als wir sofort oder — wenn uns geborgt wird — in kürzerer oder längerer Frist bezahlen können. Jene Theorie, die den Warenverkehr als ausschließliche Funktion der Geldwertbewegung im Innern darstellt und deshalb die künstliche Beeinflussung der Kaufkraft als das ent-

Digitized by Google

scheidende wirtschaftliche Grundübel bezeichnet, stellt uns unerbittlich vor die Alternative: Produktionssteigerung oder Verbrauchseinschränkung. Beides tritt darnach als Ergebnis der Preisentwicklung von selbst ein. Verzichten wir nur erst einmal darauf, unsere Kaufkraft künstlich durch Vermehrung der Geldzeichen höher erscheinen zu lassen, als sie wirklich ist, so vollzieht sich der Ausgleich zwischen in- und ausländischen Marktverhältnissen automatisch unter der Kontrolle des Regulators der Preise dank der Tätigkeit des rechnenden Kaufmannes.

Betrachten wir diese Alternative etwas näher. Wie steht es mit der Produktionssteigerung? Nehmen wir einmal an, es fielen alle staatlichen Preisbeschränkungen weg, die übrigens — was nicht nachdrücklich genug betont werden kann — für den größten Teil der Wirtschaft, insbesondere der industriellen Produktion gar nicht bestehen. In diesem Fall würde zunächst auf dem Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse der Begriff des Schleichhandels in Vergessenheit geraten, es würde sich ein einheitlicher Marktpreis herausbilden, der wahrscheinlich sehr beträchtlich über den amtlichen Höchstpreisen und verhältnismäßig wenig unterhalb den üblichen Schleichhandelspreisen liegen würde. Immerhin wäre die obere Grenze der Weltmarktpreis plus Fracht und Spesen. Ob eine Erhöhung des inländischen Preisniveaus auf diese Höhe starke Anregungen auf die landwirtschaftliche Produktion üben würde, ist durchaus fraglich. Denn erstens ist die landwirtschaftliche Produktion an sich nur in längeren Zeiträumen in beträchtlichem Ausmaße zu heben, zweitens setzt diese Hebung nicht nur bestimmte kommerzielle, sondern auch kulturelle und natürliche Bedingungen voraus, die sich teils überhaupt nicht, teils nur in Generationen verändern lassen, und drittens

Digitized by Google

würde der Landwirt auch den erhöhten Preis vorerst nur in Banknoten erhalten, die für ihn des Reizes entbehren, weil ihre Kaufkraft im Innern sehr beschränkt und im Ausland nahezu überhaupt nicht mehr wirksam ist und beim ersten Versuch, dies praktisch zu erproben, vollends den Nullpunkt erreichen würde.

Was aber die industrielle Erzeugung anlangt, die an sich beweglicher und einer rascheren Anpassung an wechselnde Marktverhältnisse fähig ist, so ist doch auch sie an gewisse natürliche Voraussetzungen gebunden und durch keinen noch so hohen Preis von dieser Gebundenheit zu lösen. Jede Industrie hat in einem bestimmten Augenblick ihren gegebenen Produktionsapparat, mit dem sie eine bestimmte Warenmenge zu erzeugen vermag. Nehmen wir an, es wäre der deutschösterreichischen Industrie möglich, den vollen Betrieb aufzunehmen und ungefähr ihre Vorkriegsproduktion wieder zu erreichen, so wäre das das Maximum dessen, was sie in absehbarer Zeit zu leisten vermag. An eine Erweiterung des Produktionsapparates ist gerade bei übertrieben hohen Preisen nicht zu denken, weil kein Unternehmer das mit den Preisen steigende Risiko auf sich nehmen wird, Kapitalien zu investieren, die er nur bei Aufrechterhaltung oder bei Erhöhung dieses Preisniveaus zu verzinsen hoffen darf, während ihn jede Preissenkung mit praktisch unbegrenzten Verlusten bedroht. Und eine solche Preissenkung kann ebensowohl durch währungspolitische Maßnahmen wie durch die allgemein angestrebte Produktionssteigerung eintreten. Aber diese theoretische Überlegung steht praktisch überhaupt nicht in Frage. Denn zunächst fehlen in Deutschösterreich große und überaus wichtige Industriezweige für die Massenversorgung überhaupt, die Begründung

Digitized by Google

neuer Industrien ist aber mit Risken verbunden, die abseits der allgemeinen Wirkung der Preisgestaltung liegen. Sodann stößt auch die Erweiterung bestehender Industrien auf technische Hindernisse, wie Mangel an Rohstoffen, geschulten Arbeitskräften und dergleichen, die sich auch durch höchste Preisgebote nicht überwinden lassen. Schließlich und vor allem aber ist selbst der volle Betrieb des vorhandenen Produktionsapparates so lange nicht aufzunehmen, als es dazu an Kohle fehlt. Und ihre Beschaffung ist wieder keine bloße Preisfrage, sondern ein Politikum im weitesten Sinne, das sich — im Geiste der ökonomischen Theorie — nur zugleich mit der staatlichen Scheidung der nationalen Volkswirtschaften beseitigen ließe. Denn so lange der tschechische und polnische Staat ihr bewußtes staatliches Eigenleben haben, werden sie nicht darauf verzichten, mit ihren beschränkten Kohlenmengen vorerst ihre eigene Industrie bis zur Grenze ihres praktisch unbegrenzten Bedarfes zu versorgen, bevor reichliche Überschüsse für das politisch noch so nahestehende Ausland verfügbar werden. Und das ist nicht nur eine Mengenfrage. Die Leistung der Industrie läßt sich nicht einfach nach dem Stand der Kohlenversorgung erhöhen oder herabsetzen. Eine gewisse Kontinuität der Versorgung und die Sicherung einer bestimmten Mindestmenge von Kohle ist notwendig, weil und soweit dadurch erst ein wirtschaftlich rationeller Betrieb möglich wird.

Wäre also durch eine Gesundung der Währungsverhältnisse im Sinne eines Verzichtes auf jede weitere Steigerung der Inflation eine Produktionsvermehrung nicht oder nur in begrenztem Maße zu erreichen, so bliebe uns nur die Verbrauchseinschränkung übrig, um die Befreiung aus finanzieller Not zu finden. Aber ist denn eine solche Verbrauchseinschränkung

Digitized by Google

überhaupt möglich? In normalen Zeiten, wo gewissermaßen mehr oder weniger unbeträchtliche „Spitzen" des Zahlungsverkehres auszugleichen waren, hat sie wenig Schwierigkeiten bereitet. Der Versorgungsstand der Volkswirtschaft war derart, daß nur unmerklich am Überfluß gespart zu werden brauchte, um den gewünschten Effekt zu erzielen. Jede Erhöhung des Weltmarktpreises für Getreide oder Fett um 5 bis 10 % hat Angebot und Nachfrage fast reibungslos in das richtige Verhältnis gebracht. Aber heute? Seit mehr als fünf Jahren ist die städtisch-industrielle Bevölkerung Österreichs (und Deutschlands) auf Nahrungsrationen gesetzt, die tatsächlich unter dem physischen Existenzminimum liegen, die deshalb für alle, die allein auf sie angewiesen sind, das langsame aber sichere Siechtum bedeuten. Damit ist aber die unterste Grenze einer Verbrauchseinschränkung gegeben, die nur durch ein Mittel mehr unterschritten werden kann: Durch die Verminderung der versorgungsbedürftigen Menschenzahl, durch Tod oder Abwanderung. Das Massensterben kann unser unabwendbares entsetzliches Schicksal sein, als ökonomische Maßnahme kommt es — auch der Richtigkeit einer ökonomischen Theorie zuliebe — nicht in Betracht. Die Massenabwanderung aber würde, selbst wenn ihr nicht, wie es tatsächlich der Fall ist, unübersteigbare politische und andere Schranken entgegenstünden, eine solche Erschütterung des ganzen wirtschaftlichen und sozialen Gefüges bedeuten, daß sie jeden wirtschaftlichen Plan, der mit ihr rechnete, unter allen Umständen illusorisch machen würde.

Damit ist der Rahmen dessen abgesteckt, was ein Finanzplan im landläufigen Sinne leisten kann. Vermag er das Defizit im Staatshaushalt zu beseitigen und damit der weiteren Steigerung der Inflation Einhalt zu gebieten, so ist das durchaus

Digitized by Google

erfreulich und erwünscht. Die Stabilisierung des Geldwertes aber wäre damit noch in keiner Weise bewirkt. Diese ist erst dann zu erreichen, wenn Produktion und Verbrauch der Volkswirtschaft im Gleichgewicht sind, wenn die Volkswirtschaft genug Güter für die Ausfuhr erzeugt oder aus ihrem Kapitalsbesitz über genügende Auslandsforderungen verfügt, um damit ihren lebensnotwendigen Einfuhrbedarf zu bezahlen. Produktion und Verbrauch aber sind nur in begrenztem Maße durch die Methoden der Staatswirtschaft bestimmbar. Solange der an der Schranke des physisch Unentbehrlichen angelangte Verbrauch die Produktion und Produktionsfähigkeit der Wirtschaft übersteigt, bewahrt die beste Ordnung des Staatshaushaltes die Währung nicht vor weiterer Entwertung und damit in unentrinnbarer Folge vor dem Zusammenbruch. Solange aber die Geldentwertung nicht zum Stillstand gekommen ist, gibt es wieder keine dauernde Ordnung im staatlichen Haushalt. Denn die Preissteigerung wirft alle Ansätze der Ausgaben- und Einnahmenseite in der staatlichen Bilanz über den Haufen. Jede Ordnung des staatlichen Haushaltes setzt die Stabilisierung des Geldwertes voraus, aber sie kann diese Stabilisierung nicht bewirken, wenn andere als rein währungspolitische Gründe die Entwertung verursachen. Darum ist auch jeder Finanzplan, der selbst nur den gegenwärtigen Stand der Valuta zur Grundlage nimmt, auf Sand gebaut. Und schon der Versuch einer systematischen Anpassung der Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft des Staates an diesen Stand hätte die schwersten wirtschaftlichen und sozialen Folgen.

Es ist in weiten Kreisen üblich geworden, große Beträge, die im Verkehr umgesetzt werden, sich begrifflich dadurch plausibler zu machen, daß man sie auf ihren „Friedenswert“ reduziert. Der Maßstab

Digitized by Google

hat sich in den letzten Monaten rasch und oft verändert. Noch im Frühherbst 1919 hat man die Krone etwa zehn Hellern gleichgesetzt. Seither ist sie zeitweilig unter zwei Heller gesunken und scheint sich jetzt (Juni 1920) für einige Zeit um vier Heller (gemessen an dem Kronenkurs in Zürich) zu halten. Man erkennt die Entwertung der Valuta als etwas Endgültiges und schwankt nur in der Schätzung der oberen Grenze, bis zu der allenfalls eine Erhöhung möglich sein sollte und die die einen zumal nach dem letzten Kurssturz bei fünf, andere bei zehn oder fünfzehn anlegen — willkürlich natürlich die eine Schätzung wie die andere. Aber es ist ungemein nahegelegen, die Tatsache einer allgemeinen Umwälzung aller Preisverhältnisse auch im staatlichen Haushalt gewissermaßen offiziell anzuerkennen, wie alle privaten Haushalte sich angewöhnt haben, in den gesteigerten Größenverhältnissen der entwerteten Währung zu rechnen. Und von da ist es bloß ein Schritt gewesen bis zu der Annahme, daß man nur die Entwertung der Krone auf (sagen wir) ein Zwanzigstel aller Einnahmen- und Ausgabenrechnung zugrundezulegen habe, um eine entsprechende Steigerung der Einnahmen zu erzielen und damit das Defizit zum Verschwinden zu bringen. Wenn jeder Kaufmann, Landwirt, Fabrikant für seine Ware den zwanzigfachen Preis erlangt als im Frieden, so muß er auch in der Lage sein, das Zwanzigfache an Steuern aufzubringen, ohne daß seine Wirtschaft dadurch relativ stärker belastet wäre als vorher. Natürlich müßte parallel damit auch eine Anpassung der Löhne und Gehälter an den veränderten Preisstand vor sich gehen, was aber gleichfalls erst das alte Verhältnis wieder herstellen würde und deshalb ohne tiefer gehende Störung des Produktions- und Zirkulationsprozesses möglich sein müßte. Das Briefporto müßte daher in Zukunft zwei

Digitized by Google

Kronen betragen, wenn es vor dem Krieg 10 Heller betragen hat, die Fahrkarte auf der Eisenbahn, die indirekten Steuern, der Tabakpreis usw., kurz alle staatlich zu fixierenden Preise würden auf das Zwanzigfache erhöht, wie auf der anderen Seite die Beamtengehalte und Löhne der Staatsarbeiter durchschnittlich mit dem zwanzigfachen Friedensbetrag zu bemessen wären. Natürlich würden damit automatisch auch die direkten Steuern (Einkommensteuer, Besteuerung der Aktiengesellschaften usw.) — bei unveränderten Sätzen — eine höhere Ergiebigkeit erlangen.

Die finanzielle Not, von der Deutschösterreich heimgesucht ist, objektiviert sich in zwei Formen: Dem Defizit im Staatshaushalt und der Entwertung der Valuta, die nur zum Teil in ursächlichem Zusammenhang stehen. Die Valutanot stammt aus dem Mißverhältnis von Produktion und Verbrauch in der Volkswirtschaft und ist deshalb nur durch die Beseitigung dieses Mißverhältnisses, nicht durch irgendwelche währungspolitischen Maßnahmen zu beheben. Das Defizit im Staatshaushalt ist gewiß zum erheblichen Teil Folge der Geldentwertung, aber an sich auch unabhängig von einem verfallenden Geldwesen denkbar so gewiß auch eine verlotterte Staatswirtschaft auf die Dauer (auf dem Weg über die Kreditinflation) den Geldwert drücken müßte. Wenn wir aber eine feste Grundlage für unser Urteil über jeden Finanzplan gewinnen wollen — und an Projekten ist kein Mangel — so müssen wir zunächst die beiden Probleme gesondert, losgelöst von ihrer wechselseitigen Beeinflussung betrachten.

Nehmen wir also an, es würde durch Produktionssteigerung und Verbrauchseinschränkung, und bis dahin durch langfristige ausländische Kredite gelingen,

Digitized by Google

einem weiteren Sinken des Geldwertes Einhalt zu gebieten, so daß sich die volle Aufmerksamkeit der Finanzpolitik der Beseitigung des Defizits im Staatshaushalt zuwenden könnte. Wäre dann jene allgemeine Anpassung aller Einkommensverhältnisse an den geänderten stabilisierten Geldwert möglich? Und wäre sie, falls sie möglich wäre, auch erwünscht? Was die erste Frage anlangt, so scheinen uns diejenigen, die an die Möglichkeit des Erfolges einer solchen Finanzpolitik glauben, sich das Problem in unzulässiger Weise zu vereinfachen, indem sie alle Umwälzungen auf dem Waren- und Arbeitsmarkt, die sich während des Krieges und seither vollzogen haben, ausschließlich auf die Veränderungen im Geldwesen zurückführen, wie ihnen auch die Geldentwertung nur eine Folgeerscheinung der Inflation, der Schöpfung von zusätzlicher künstlicher Kaufkraft ist. Aber diese These ist zur Erklärung der Marktrevolution im Innern ebenso unzulänglich, wie zur Erklärung der Wertveränderung der Krone im Verhältnis zu ausländischen Währungen. Wenn der Krieg gar keine Inflationserscheinungen hervorgebracht hätte, wenn radikale Steuermaßnahmen es hätten verhindern können, daß sich irgendwelche künstliche zusätzliche Kaufkraft bilde, so hätte sich dennoch nicht eine Verschiebung des wirtschaftlichen Machtverhältnisses der einzelnen auf dem Markt konkurrierenden Parteien und — was noch in höherem Maße entscheidend ist — eine Umformung der Bedürfnisskala und damit der Wertschätzungen verhindern lassen, die letzten Endes die Preisbildung bestimmen.

Um diese abstrakte Formulierung anschaulich zu machen: Der Krieg hat im Staat einen Käufer von einer Intensität und einem Umfang der

Digitized by Google

Nachfrage erstehen lassen, wie ihn der Markt vor dem Krieg nicht gekannt hat. Dieser Käufer hat vermöge seiner praktisch unbegrenzten — gleichviel ob echten oder künstlichen — Kaufkraft jeden Wettbewerb aus dem Feld geschlagen und seine Nachfrage hat sich Gütern zugewendet, die zum größten Teil vorher im Markt gar nicht oder nur in sehr beschränkter Menge nachgefragt und angeboten waren. Es ist bekannt, welche Unregelmäßigkeiten der Preisbildung das gleich in den ersten Kriegsmonaten zur Folge hatte. Während weite Marktgebiete einen Preissturz über sich ergehen lassen mußten, sind die Preise von Kriegsmaterialien im engeren Sinne sofort und ständig gestiegen. Jedenfalls ist es nicht zweifelhaft — und das ist für die praktische Behandlung der finanzpolitischen Probleme unserer Zeit durchaus bedeutsam —, daß die Preissteigerung auf dem Markt industrieller Erzeugnisse, nicht auf dem der landwirtschaftlichen Produkte eingesetzt hat. Es ist sicher, daß die ersten großen Kriegsgewinne in der Industrie, nicht in der Landwirtschaft gemacht worden sind und daß die Motivierung erhöhter Preisforderungen in Industrie und Handel mit der Verteuerung der Lebenskosten erst verhältnismäßig spät — etwa seit 1916 — sachlich berechtigt geworden ist.

So ergibt sich folgendes Bild: Sofort bei Kriegsbeginn machte der Krieg seinen Bedarf an Materialien aller Art geltend und es waren hauptsächlich zur Vernichtung bestimmte Verbrauchsgüter, nicht Kapitalsgüter, die er in Anspruch nahm. Mit der Verschärfung der Blockade und der sinkenden Ergiebigkeit der mitteleuropäischen Landwirtschaft aber tritt, etwa seit 1916, in rapid sich beschleunigendem Tempo eine Nachfrage und damit eine Preissteigerung der Nahrungsmittel zutage, die sehr bald über die Preis-

Digitized by Google

steigerung der für den Massenbedarf unentbehrlichen gewerblichen Erzeugnisse hinausgeht. Mehl, Kartoffeln, Rüben und vor allem Fett und Fleisch steigen rascher im Preise als etwa Schuhe und Kleider. Im einzelnen zeigt freilich die Preisbildung — in ihrer Freiheit durch staatliche Maßnahmen gehemmt — zahllose Unregelmäßigkeiten. Aber soviel steht jedenfalls fest, daß die Wertschätzung der Nahrungsmittel gegenüber der der gewerblichen Erzeugnisse gewaltig gestiegen ist. Hatte sich etwa der Preis für Eisenwaren auf das Zehnfache, der Preis für ein Paar Schuhe in der Zeit der schärfsten Blockade auf das Zwanzigfache des Friedenspreises erhoben, so war der Butter- oder Kartoffelpreis längst auf das Dreißig-, Fünfzig- und Hundertfache des Friedenspreises gestiegen.

Und ganz analoge Erscheinungen lassen sich auf dem Arbeitsmarkt nachweisen. Das Lohnverhältnis der einzelnen Arbeiter- und Angestelltenkategorien hat sich vollständig verschoben. Der Krieg hat mit seinem besonderen Bedarf eine neue Lohnarbeiteraristokratie geschaffen: Der qualifizierte Metallarbeiter oder Elektrotechniker, der es zu einem Ministereinkommen gebracht hat, ist das beliebteste Beispiel dafür. Auf der anderen Seite hat er ganze Arbeiterkategorien in ihrer Lebenshaltung tief hinabgedrückt. So sind die früher dank ihrer straffen Organisation relativ sehr gut bezahlten Buchdrucker bei weitem nicht mit ihren Löhnen der allgemeinen Preisumwälzung gefolgt, weil die „geistige" Ware, die ihr Produkt bildet, in der Wertschätzung des Marktes weit von der Stelle zurückgedrängt ist, die sie vor dem Krieg eingenommen hat, weil gerade auf diesem „Marktgebiet" die Einschränkung am leichtesten fällt. Ähnlich und noch schlimmer steht es mit den Festangestellten, vor allem mit den

Digitized by Google

öffentlichen Bediensteten und da wieder in erster Linie mit den öffentlichen Beamten, zumal der höheren Rangklassen.

Läßt sich diese Entwicklung rückgängig machen? Der Finanzminister kann die Beamtengehalte, die durch Änderung des Gehaltschemas und durch wiederholte Zulagen etwa auf das Fünffache des Friedensstandes gebracht worden sind, auf das Zwanzigfache erhöhen. Er kann auch bestimmte Preise, wo der Staat als Monopolist den Markt beherrscht (für Tabak, Salz, Eisenbahn, Post, Telegraph), in das von ihm angestrebte Verhältnis zu dem einstigen Friedenspreis bringen. Aber alle anderen Waren- und Arbeitsmarktgebiete entziehen sich dem unmittelbaren Diktat des Staates. Auf ihnen macht sich seine Gehalts-, Preis- und Steuerpolitik gewiß auch mehr oder weniger empfindlich fühlbar, aber immer stellt sie nur e i n e n von zahlreichen Faktoren dar, die letzten Endes das Ergebnis bestimmen. Und die mächtigsten dieser anderen Faktoren sind eben die landwirtschaftlichen und industriellen Produktionsverhältnisse und damit der Dringlichkeitsgrad der Nachfrage, abgestuft nicht mehr so sehr nach der Kaufkraft der einzelnen Volksschichten, als nach der Kraft, mit der die elementaren Lebensbedürfnisse sich geltend machen und die weniger elementaren oder überflüssigen — mit deren Deckung sich ein sehr großer Teil der Bevölkerung in normalen Zeiten befaßt hat und heute noch immer befaßt — verdrängen. Mit anderen Worten: Eine solche Finanzpolitik der bewußten Anerkennung des gegebenen Preisniveaus würde gewiß gesteigerte Staatseinnahmen bewirken, aber bei weitem nicht eine Einnahmensteigerung im Verhältnis zur Geldentwertung, weil die Anpassung nur einem Teil der Wirtschaftssubjekte

Digitized by Google

möglich wäre und weil selbst die gleichmäßige Steigerung aller zurückgebliebenen Einkommen und Preise noch nicht die Bedürfnisverschiebung korrigieren würde, die der Krieg und die Veränderung der Produktionsverhältnisse mit sich gebracht haben.

Aber die Gefahr auch nur des Versuches einer derartig prinzipiell fundierten Finanzpolitik, selbst wenn sie den staatsfinanziell angestrebten Zweck — die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt — erreichen könnte, was wir für ausgeschlossen halten, wäre unermeßlich. Denn er würde die soziale Umschichtung, die der Krieg herbeigeführt hat, verewigen und ihre Konsequenzen bis zur Unerträglichkeit verschärfen. Eine schroffe, mehr oder weniger unvermittelte Erhöhung aller vom Staat bestimmbaren Preise und Einkommen würde das Signal einer neuen Lohnbewegung und Preistreiberei von einem Umfang und von Wirkungen sein, gegen die wahrscheinlich alle bisher erlebten als Kinderspiel erscheinen würden. Nicht eine Korrektur der Preisrevolution des Krieges, sondern ihre Wiederholung unter weit ungünstigeren Bedingungen für die besitzlosen Klassen wären ihre Folge. Denn im Kriege hat jede Lohnerhöhung ohne Gefährdung des Absatzes auf die Preise überwälzt werden können, weil der Staat durch die zusätzliche Kaufkraft, die er schuf, den Markt elastisch erhielt, wie anderseits die Arbeiter und Angestellten in der Regel ihre Lohnforderungen durchsetzen konnten, weil der Arbeitsmarkt für sie günstig lag. Der Krieg hatte ihm ungezählte wertvolle Kräfte entzogen und bei gesteigerter Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot verringert. Heute hat sich alles das von Grund auf geändert. Die Überwälzung würde nur mehr auf einzelnen Marktgebieten gelingen — dort wo es sich eben um die

Digitized by Google

Befriedigung elementarer Lebensbedürfnisse, vor allem des Hungers, handelt. Aber zugleich würde die Einschränkung an allem nicht unbedingt Notwendigen — vom Luxusbedarf einer gewissen Oberschichte sei vorläufig abgesehen — sofort eintreten: Die breiten Massen der Bevölkerung — dabei ist keineswegs allein oder in erster Linie an das Proletariat zu denken — würden z. B. zunächst auf geistige Genüsse, in weiterer Folge aber auf die Befriedigung aller Kulturbedürfnisse und schließlich auf alle Ausgaben zu ihrer seelischen und körperlichen Erholung (Ausflüge, Reisen u. dgl.) verzichten müssen. Was zur Folge hätte, daß damit ungezählte Existenzen, deren gesellschaftliche Funktion gerade in der Befriedigung dieser Bedürfnisse besteht, zugrunde gerichtet würden. (So wie etwa zu Beginn des Krieges Massen von Schauspielern, Hauslehrern u. dgl. brotlos wurden und Beschäftigung als Straßenbahnschaffner und in ähnlichen Berufen suchten und nur zum Teil fanden.)

Das Kriegsende hat aber auch eine katastrophale Verschlechterung des Arbeitsmarktes gebracht. Daß die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in den letzten Monaten abgenommen hat, darf über den wahren Stand der Dinge nicht täuschen. Denn die Zahl der Arbeitslosen besagt an und für sich nicht viel über den wahren Stand des Arbeitsmarktes, da Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten (durch gesetzlichen Zwang) auf Posten festgehalten und bezahlt werden, wo sie keine Arbeit leisten oder nur noch mit Liquidierungsarbeiten beschäftigt sind. Man denke an die zahllosen Arbeiter in Betrieben, die wegen Kohlen- und Rohstoffmangels stillstehen oder nur einen Bruchteil ihrer Leistungsfähigkeit ausnützen, vor allem aber an das Heer von Beamten in staatlichen Behörden, Großbanken und

Digitized by Google

dergleichen Instituten, von dem es schon feststeht, daß es eingeschränkt werden muß, wenn es je zu halbwegs normalen Wirtschafts- und sozialen Verhältnissen kommen soll, ohne daß bisher abzusehen ist, wo und wie diese Leute ihre neue wirtschaftliche Existenz begründen könnten. Ich möchte diese Arbeitslosigkeit, die heute durch eine Scheinbeschäftigung oder durch eine ihrer Natur nach zeitlich begrenzte Arbeit verborgen ist, die latente Arbeitslosigkeit nennen und den Kreis der Menschen, der in Deutschösterreich (zumal in Wien) von ihr bedroht ist, auf mindestens eine halbe Million schätzen. Diese latente Arbeitslosigkeit steht aber im Hintergrund der akuten, über die die Berichte der Arbeitsnachweise Auskunft geben, und drückt die Lohn- und Gehaltsbedingungen aller, die nicht in lebenswichtigen Betrieben gebraucht werden. Und zu diesen schwerst Bedrohten gehört in erster Linie die Gesamtheit derer, die man jetzt als „geistige Arbeiter" zusammenfaßt, die Angehörigen der freien Berufe (Anwälte, Ärzte, Schriftsteller, Privatlehrer), aber auch Buchhalter und Bureaukräfte aller Art, Agenten, Reisende u. dgl. Sie alle, die heute schon in der Regel am wenigsten ihr Einkommen den geänderten Lebenskosten anzupassen vermochten, würden bei einer neuen plötzlichen durch die staatliche Finanzpolitik ausgelösten Preisrevolution vollends unter das Rad kommen. Der Staat kann für seine Beamten und Arbeiter sorgen, die andern, die auf dem freien Markt ihre Arbeitskraft anbieten müssen, sind zum großen Teil unter den gegenwärtigen Verhältnissen schlechterdings außerstande, eine nennenswerte Besserung ihrer Entlohnung durchzusetzen.

Aber nicht nur vom sozialen, sondern auch vom valutarischen Standpunkt aus würde eine Finanz-

Digitized by Google

politik dieser Art eine schwere Gefahr bedeuten und den Weg zur Sanierung verbauen. Passive Länder müssen, um nicht von der Not erdrückt zu werden, einen möglichst großen Teil ihrer Arbeitsprodukte an das Ausland verkaufen. Exportieren aber können sie nur, was dem ausländischen Käufer preiswert erscheint. Deutschösterreich dankt seine Exportfähigkeit allein dem Umstande, daß seine Preise in ausländische Valuta umgerechnet noch immer wesentlich billiger sind als die im Ausland geltenden. Das kommt daher, daß sich eben das Preisniveau im Innern dem Valutastand noch nicht allgemein angepaßt hat. Die Exportprämie, mit der Industrie und Handel noch arbeiten, rührt gerade daher, daß vor allem die Löhne noch nicht das Auslandsniveau erreicht haben. Wenn man will, ist diese Exportprämie eine Prämie auf Ausbeutung. Denn Material- und Rohstoffpreise haben in der Regel die Geldentwertung in vollem Ausmaße mitgemacht. Und auf die Dauer ist die Differenz zwischen Valutawert und Inlandspreisen gewiß nicht aufrechtzuerhalten. Diese Differenz entsteht dadurch, daß die Entwertung des Geldes auf den ausländischen Märkten in den inländischen Preisen sich immer erst nach geraumer Zeit durchsetzt, die Teuerungswelle im Inland dem Kurssturz der Krone (oder in Deutschland der Mark) immer erst nach Wochen oder Monaten nachfolgt. Aber gerade auf diese zeitliche Differenz kommt es an. Sie muß dazu ausgenützt werden, durch vermehrte Ausfuhr ein weiteres Steigen der Wechselkurse zu verhindern. Denn in dem Augenblick, da sich der inländische Markt in Löhnen und Preisen dem Geldwert im Ausland angepaßt hat, verschwindet die Exportprämie und damit findet auch im großen und ganzen die Ex-

Digitized by Google

portfähigkeit Deutschösterreichs überhaupt ihr Ende. Denn dann würde sofort die ganze Ungunst seiner Produktionsverhältnisse, die Zersplitterung und mangelnde Spezialisierung der Produktion, die Überlastung mit Steuern, die hohen Eisenbahntarife, die geringe Leistung der Arbeiter, die unregelmäßige und ungenügende Versorgung mit Kohle und Rohstoffen, in Erscheinung treten und ihm jeden Wettbewerb mit dem besser gestellten Ausland unmöglich machen. Wie die Dinge liegen, kann es überhaupt nur eine andauernde große Exportprämie exportfähig erhalten. Daraus ergeben sich für die Steuer- und Finanzpolitik des Staates bestimmte Richtlinien, die bei der Behandlung der staatswirtschaftlichen Probleme nicht übersehen werden dürfen.

Die Generalinventur der deutschösterreichischen Wirtschaft, die wir in großen Zügen aufgestellt haben, hat immer wieder auf dieselbe Tatsache zurückgeführt: Die Passivität der deutschösterreichischen Wirtschaft. Alle Übel, an denen sie leidet — der vollständige Zusammenbruch der Währung, das Milliardendefizit im Staatshaushalt, die ständig wachsende Notenflut, der Hunger der breiten Massen des städtischen Volkes, der Ausverkauf seiner Lager an reichere Länder usw. — sind nur verschiedene Erscheinungsformen derselben Tatsache. Es ist beinahe unfaßbar, daß gerade sie in der ganzen bisherigen öffentlichen Diskussion unserer staatswirtschaftlichen Probleme, in den Programmen der wechselnden Finanzminister ebenso wie in den Sanierungsvorschlägen scharfsinniger Volkswirte aus Theorie und Praxis nicht

Digitized by Google

nach Gebühr gewürdigt worden ist. Und doch müssen an ihr alle Sanierungsvorschläge — soweit sie als solche wirklich gedacht sind — unweigerlich zuschanden werden.

Auf dieser Grundlage ist zumal die Bedeutung eines ausländischen Kredits zu messen, von dem die Öffentlichkeit — irregeführt durch die Äußerungen schlecht beratener leitender Staatsmänner und durch eine allzu oberflächliche Betrachtung der Lage — nicht nur Rettung für den Augenblick, die er ohne Zweifel bedeuten würde, sondern dauernde Gesundung erhofft. Deutschösterreich braucht ausländischen Kredit im allgemeinen für vier Zwecke: Für den Ankauf von Lebensmitteln, für den Ankauf von Rohstoffen und Halbfabrikaten, für Investitionen (Wasserkräfte, Errichtung neuer Industrien) und für die Sanierung der Valuta (Hebung des Kronenkurses, Übergang zu einer neuen Währung, Begründung einer eigenen Notenbank). Dazu kann allenfalls noch Kredit für die Einfuhr von Industrieartikeln oder für die Erfüllung seiner bereits laufenden Schuldverpflichtungen an das Ausland notwendig werden, doch dürfen diese beiden Zwecke hier wohl außer Betracht bleiben. All diese Kredite können in der verschiedensten Form gegeben werden. In barem oder in Warenlieferungen, durch Verwendung von Kronenguthaben oder durch Eröffnung ausländischer Guthaben, durch Übernahme von Obligationen oder Aktien, gegen Verpfändung staatlicher oder privater Aktiven usw. Die Auslandskredite, die Deutschösterreich bisher von den Alliierten erhalten hat, sind bekanntlich in der Form gegeben worden, daß Deutschösterreich Lebensmittel zugeführt wurden, auf deren Einkauf, Preis und Qualität, es nicht den geringsten Einfluß hatte, ja, über die ihm bisher noch

Digitized by Google

nicht einmal Fakturen zugekommen sind. Das ist natürlich die weitaus ungünstigste Art der Kreditgewährung. Sie verhindert die zweckmäßigste Verwendung im Sinne möglichst großer Produktivität, verhindert die deutschösterreichische Wirtschaft dort einzukaufen, wo es am billigsten ist (so war z. B. Getreide in Südamerika zeitweilig erheblich billiger als das gelieferte nordamerikanische, weil für dieses die als Kriegsmaßnahme den Farmern garantierten Mindestpreise angerechnet wurden, die weit höher waren als der Weltmarktpreis).

Als nächstwichtiger Verwendungszweck ausländischer Kredite gilt die Rohstoffbeschaffung. In weiten Kreisen der Industrie ist man der Meinung, daß dazu staatlicher Kredit überhaupt nicht notwendig sei, daß die Industrie durch eigene Organisationen imstande sein müßte den Kredit als Privatkredit zu erlangen. Sie soll dafür generell Lohnarbeit leisten, d. h. entweder das ganze Rohstoffquantum gegen Lohnvergütung in verarbeitetem Zustand dem Ausland wieder überlassen oder den Rohstoffbedarf jeweils mit einer Warenmenge bezahlen, die dem Wert des eingeführten Rohstoffes entspricht, so daß der ganze Mehrwert des Fabrikates über den Rohstoff der freien Verwertung im In- oder Ausland zugeführt werden könnte. Auf dieser Basis hat vor kurzem Deutschland einen Rohstoffkredit von 140 Millionen Gulden in Holland aufgenommen. Ist für Deutschösterreich die Nachahmung dieses Beispiels möglich? Zunächst besteht zwischen den beiden genannten Arten von Lohnarbeit ein wesentlicher Unterschied. Eine vollständige Verarbeitung für ausländische Rechnung gegen Vergütung der Verarbeitungskosten kommt dort in Frage, wo der Rohstoff im wesentlichen nur einem Arbeitsprozeß unterworfen wird, also nicht bloß Hilfsmaterial im Produktionsprozeß bildet. Man kann diese Form der Lohnarbeit im großen sich orga-

Digitized by Google

nisiert denken in der Spinnerei, Weberei und allen Veredlungsstufen der Textilindustrie, allenfalls in der Kautschukindustrie, Gerberei u. a. Der Anreiz für den ausländischen Lieferanten, den Rohstoff in Deutschösterreich verarbeiten zu lassen, liegt darin, daß sich für ihn die Verarbeitung dort billiger stellt als in der Heimat. Der deutschösterreichische Fabrikant aber legt seiner Rechnung die gegenwärtigen Arbeitslöhne, allgemeinen Unkosten, Steuern und eine normale Abschreibungsquote zugrunde und freut sich des großen Gewinnes, den ihm der vom Ausland gezahlte Lohn noch übrig läßt. Wie präsentiert sich diese Rechnung vom volkswirtschaftlichen Standpunkt? Der niedrige Lohn bedeutet in einem Land, das mit dem größten Teil seines Nahrungsbedarfes für die industrielle Bevölkerung auf das Ausland angewiesen ist, daß der Arbeiter damit kaum das Notwendigste zur Lebensfristung kaufen kann. Jedenfalls ist er außerstande, neben seiner Nahrung auch noch seine sonstigen Lebens- und Kulturbedürfnisse (Kleidung, Wohnung usw.) zu decken, die auf die Dauer doch nicht unbefriedigt bleiben können. Seine niedrigen Steuern dankt der deutschösterreichische Unternehmer dem Umstand, daß der Staatshaushalt kaum ein Viertel seiner Ausgaben vorläufig durch Steuern hereinbringt. Den größten Selbstbetrug aber begeht die Industrie dort, wo sie ihre Leistungsfähigkeit mit dem Hinweis auf den niedrigen Buchwert ihrer Anlagen begründet. Der Unternehmer, der seine Abschreibungen im Verhältnis zum seinerzeitigen Anschaffungswert der Fabrik kalkuliert, verschleudert in Wirklichkeit seine Habe, denn er zieht nicht in Betracht, daß die Ergänzung abgebrauchter Maschinen und sonstiger Einrichtungsgegenstände heute das Dreißig- bis Fünfzigfache und mehr jenes Anschaffungswertes betragen würde. Wer heute seine

Digitized by Google

Fabrik im Lohn für ausländische Rechnung beschäftigt, muß, wenn er früher nur mit einer dreißigjährigen Amortisationsdauer seiner Anlagen gerechnet hat, gegenwärtig den ganzen alten Anschaffungswert seiner Fabrik in einem Jahre verdienen und abschreiben. (Nebenbei bemerkt, sollte das auch eine verständige Steuerpolitik bei der Behandlung der offenen oder internen Abschreibungen mit größter Liberalität berücksichtigen!) Eine Lohnarbeit der deutschösterreichischen Industrie im Dienste der ausländischen, die das nicht berücksichtigt, bedeutet in Wirklichkeit die langsame, aber sichere Verschleuderung der letzten Reste des deutschösterreichischen Industrievermögens, ist also gerade das Gegenteil seiner Sanierung. Daran ändert sich nicht allzu viel, wenn das Lohnverhältnis zum Ausland so konstruiert ist, daß die Bezahlung des Rohstoffes durch das Arbeitsprodukt erfolgt, daß also der zusätzliche Produktionswert zur freien Verfügung des Produzenten im In- oder Ausland bleibt. Beträchtlich kann dieser Überschuß nur in denjenigen Industrien sein, in denen der Materialwert neben dem Arbeitswert relativ gering ist, also insbesondere bei hochwertiger Qualitätsarbeit. Durch die ungeheure Preissteigerung der meisten Rohstoffe hat sich das Verhältnis zwischen Material- und Arbeitswert im allgemeinen sehr weit zugunsten jenes verschoben. Es ist recht bezeichnend, daß gegenwärtig in der Tschecho-Slowakei z. B. Garne zu 13 bis 14 Kronen und Rohgewebe zu 16·50 bis 18 Kronen verkauft werden, die Preisspannung zwischen Halbfabrikat und weiter verarbeitetem Erzeugnis beträgt somit bloß 3½ bis 4 Kronen. Aber wie dem immer sei, jedenfalls sind auch durch Lohnarbeit solcher Art auf die Dauer keine größeren Überschüsse zu erzielen, als einerseits der Leistungsfähigkeit des betreffenden Industriezweiges und anderseits dem

Digitized by Google

Mindestbedarf an den betreffenden Industrieprodukten im Inland entspricht.

Mit anderen Worten: In Industriezweigen, die auch bei vollem Betrieb höchstens den normalen Konsum des deutschösterreichischen Volkes zu decken vermögen, besteht nur die Wahl auf größeren Export zu verzichten oder das eigene Erzeugnis auszuführen, um gleichzeitig fremdes zu importieren. Anders verhält es sich natürlich bei allen Industriezweigen, deren Leistungsfähigkeit darüber hinausgeht. Und hier liegt ein kardinaler Unterschied zwischen Deutschösterreich und dem Deutschen Reich. Während die deutschösterreichische Industrie ein Rumpfgebilde ist — hypertrophisch entwickelt in einzelnen Zweigen, unentwickelt oder in der Weiterverarbeitung vom Ausland abhängig in anderen — das, wie wir oben gezeigt haben, nur ausnahmsweise den heimischen Bedarf überdeckt, ist die deutsche Industrie ihrer ganzen Anlage nach Ausfuhrindustrie, ausgestattet mit einer Kapazität, die selbst einen hochentwickelten Inlandverbrauch weit übersteigt, und darum auf die Verwertung der inländischen Arbeitskraft in der Form des Warenexportes geradezu angewiesen. Und das Lohnverhältnis, das die deutsche Industrie allenfalls zum ausländischen Kapital eingeht, trägt auch einen anderen Charakter als das deutschösterreichische, weil Deutschland in seinem Produktionsprozeß nicht vom Ausland abhängt und deshalb sich auch die freie Verwertung des Produktes zu sichern vermag. Für Deutschland ist das Lohnabkommen eine rein kreditorganisatorische Frage; in Deutschösterreich, wo der Produzent auch mit seinem Betrieb häufig vom Auftraggeber abhängt, verrät das Lohnverhältnis allzu oft die Tendenz, zu einem Schwitzsystem auszuarten. Man denke zum Beispiel an den Fall der deutschösterreichischen Emailgeschirrfabriken, die von der Tsche-

Digitized by Google

cho-Slowakei Kohle und Blech brauchen und sich dagegen zur Lieferung einer bestimmten Menge von Emailware verpflichten müssen. Lieferungsbedingungen und -Umfang schreibt natürlich die Tschecho-Slowakei vor, aber dabei tritt in allen solchen Verhandlungen deutlich das Bestreben zutage, die Produktion in Deutschösterreich nicht bis zu dem Punkte gedeihen zu lassen, daß sie der tschecho-slowakischen Konkurrenz unangenehm werden könnte, und womöglich das Produkt selbst — auch soweit es den Gegenwert der gelieferten Brennstoffe und Halbfabrikate übersteigt — der Verfügung des Produzenten zu entziehen und den exportpolitischen Zwecken des „Arbeitgebers" vorzubehalten.

Die Chance, daß westländisches Kapital in größeren Beträgen sich an Investitionen in Deutschösterreich beteilige, muß natürlich soweit wie möglich ausgenützt werden, obwohl die „Überfremdung" einer Wirtschaft sie fremden Interessen dienstbar machen und deshalb zum Ruin führen kann. Aber diese Gefahr ist kaum aktuell. Das ausländische Kapital zeigt wenig Neigung sich an neuen deutschösterreichischen Unternehmungen zu beteiligen, so sehr es bestrebt ist, bestehende stark fundierte Unternehmungen in seine Gewalt zu bringen. Vor dem Risiko neuer Investitionen bei den heutigen maßlos hohen Preisen scheut es zurück, weil es in zu krassem Mißverhältnis zu dem möglichen Gewinn steht. Denn der Ausländer, der hier sein Geld anlegt, trägt nicht nur das politische Risiko, das bei den völlig ungeklärten Verhältnissen Mitteleuropas jede wirtschaftliche Betätigung bedroht, nicht nur das valutarische Risiko, sondern hat vor allem mit der sicheren Aussicht zu rechnen, die höchsten Steuern in Europa tragen zu müssen und in der Kontinuität des Betriebes vom Ausland abhängig zu bleiben. Aber vielleicht ließe sich das

Digitized by Google

noch überwinden. Ausgiebige Steuerbegünstigungen für Neugründungen mit ausländischem Kapital sind bereits beschlossen, die Abhängigkeit von der tschechischen Kohle wird geringer werden, wenn einmal die Wasserkräfte ihrer Bestimmung zugeführt sind. Worin aber keine Änderung herbeigeführt werden kann, das ist die Tatsache, daß die günstigen Standorte für große Industrien in Deutschösterreich sehr spärlich sind und daß es für eine erhebliche Ausdehnung der Industrie an der Arbeiterschaft fehlt. Die Rückkehr zahlreicher industriearbeiter in die Landwirtschaft, die Abwanderung der Slowaken, Italiener, Tschechen, die in manchen Industriezweigen unentbehrlich waren, macht sich heute schon fühlbar und wird, sobald die Produktion an Umfang zunimmt, zur schweren Kalamität werden. Dagegen will es wenig besagen, daß sich im einzelnen ohne Zweifel zahlreiche erfolgversprechende Projekte mit bedeutenden Chancen für das ausländische Kapital entwerfen lassen. Die Welt ist durch den Krieg verarmt und Investitionskapital wird in der ganzen Welt gesucht sein und teuer bezahlt werden. Nicht ob diese oder jene Möglichkeit industrieller Tätigkeit in Deutschösterreich Erfolg verheißt, sondern ob diese Erfolgchancen die Konkurrenz mit denen der übrigen Welt (China, Südamerika, Rußland!) aushalten, ist die entscheidende Frage. Und nur ein wenig sachkundiger Optimismus wird sie entschieden zu bejahen wagen.

Der letzte Zweck, dem ausländisches Kapital dienstbar gemacht werden soll, ist die Begründung einer neuen Währung und die Errichtung einer neuen Notenbank als ihres Trägers. Die Aufgabe ist durch den Friedensvertrag gestellt. Die Oesterreichisch-ungarische Bank arbeitet seit Ende 1919 ohne Privileg

Digitized by Google

und es ist anzunehmen, daß sie nun bald auch formell wird in Liquidation treten müssen. Die Regierung wird also für eine Ersatzorganisation zu sorgen haben. Sie hat prinzipiell die Wahl mit den Aufgaben der Notenbank eine Abteilung des Finanzamtes zu betrauen, wie es zunächst in der Tschecho-Slowakei geschehen ist, also unter Benützung des Apparates der liquidierenden Notenbank Staatsnoten auszugeben, oder eine neue Notenbank zu begründen. Und sie kann die geltende Kronenwährung aufrechterhalten oder zu einer neuen übergehen. Die Regierung hat sich bekanntlich eine Zeitlang mit der Absicht getragen, nach Eintritt der Liquidation der Österreichisch-ungarischen Bank ein Bankamt nach Prager Muster zu errichten, da in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit die Begründung und Einrichtung einer neuen Notenbank kaum möglich gewesen wäre. Ob diese Absicht noch besteht, ist nicht bekannt. Jedenfalls würden dagegen die schwersten Bedenken obwalten. Ganz abgesehen von der Gefahr einer noch hemmungsfreieren Verfügung des Staates über die Notenpresse, besteht nicht die geringste Sicherheit, ob beim heutigen Stand der Dinge eine neue Note von der Bevölkerung überhaupt genommen werden würde. Ihre Zurückweisung aber oder gar ihre Wertdifferenzierung gegen die umlaufenden und nur allmählich einzuziehenden Noten der Österreichisch-ungarischen Bank würde den völligen Zusammenbruch heraufbeschwören. Es wird daher zunächst im Einvernehmen mit der Reparationskommission jedenfalls anzustreben sein, daß auch nach Beginn der formellen Liquidation der Österreichisch-ungarischen Bank diese ermächtigt bleibe, bis auf weiteres ihren Geschäftsbetrieb innerhalb Deutschösterreichs fortzuführen, bis eine neue deutschösterreichische

Digitized by Google

Notenbank ihre Geschäfte übernehmen und fortführen kann. Eine Schädigung könnte daraus weder den Alliierten noch den Nationalstaaten erwachsen.

Von der Begründung einer neuen Notenbank aber erwartet ein weit verbreitetes Vorurteil den Beginn einer neuen Ära in der deutschösterreichischen Volkswirtschaft, eine sofortige oder wenigstens allmähliche Befreiung aus der wirtschaftlichen Not. Darum soll dieses neue Institut von vornherein frei sein von den Lasten der Vergangenheit. Die Krone, die auf einen in der Währungsgeschichte seit den Tagen der Assignaten noch nicht dagewesenen Tiefstand gesunken ist, soll ihrem Schicksal überlassen werden, eine neue Währung zur Grundlage eines neuen, besseren Lebens werden. So kommt es, daß die einen die Begründung der neuen Notenbank und ihrer neuen Währung an die Spitze der allgemeinen Sanierungsaktion stellen wollen, während die anderen darin die letzte Krönung der sonstigen Sanierungsmaßnahmen erblicken. Der Gegensatz führt zurück auf die Frage der Bedeutung einer „besseren" oder „schlechteren" Währung für den Gang des volkswirtschaftlichen Geschehens.

Das Notenbankproblem ist kein spezifisch deutschösterreichisches oder österreichisch-ungarisches, sondern ein gesamteuropäisches, von dem nur die neutralen Staaten und allenfalls England nicht berührt sind. Für die Nachfolgestaaten des früheren Österreich-Ungarn und wohl auch für Rußland erhält es seine eigenartige Prägung vor allem durch die in der europäischen Geschichte ohne Beispiel dastehende Tatsache der gleichzeitigen Begründung mehrerer neuen „geschichtslosen" Währungen, während Frankreich, Italien und auch Deutschland an ihrer Währungsorganisation festhalten und allmählich einem neuen Zustand ihrer Währungsverhältnisse zustreben können, der dereinst als

Digitized by Google

„normal" empfunden werden wird. Auch diese Staaten werden in ihrer Geldverfassung zu den Regeln der Vorkriegszeit in absehbarer Zeit nicht zurückkehren können. Aber für sie ist das Problem relativ durchsichtig, wenngleich damit noch nicht viel leichter lösbar. Alle kriegführenden Staaten des europäischen Kontinents haben ihre Kriegskosten zum größeren oder geringeren Teil unmittelbar oder mittelbar mit Hilfe ihrer Notenbanken finanziert. Das heißt: Da die Technik des modernen Steuerstaates der Aufgabe nicht genügt hat, auf dem Steuerweg dem Staate die zur Kriegführung erforderlichen Sachgüter zu beschaffen, hat er die notwendigen Verbrauchseinschränkungen, den Verzicht auf einen Teil der volkswirtschaftlichen Produktion zugunsten des Staates auf anderem Wege erzwungen. Die zusätzliche Kaufkraft, die er im Wege der Notenschöpfung, der Schatzbonsausgabe, der Kriegsanleihen usw. sich zu sichern wußte, hat den Wettbewerb der privaten Käufer ausgeschaltet, die Preissteigerung, die der Staat als Käufer und Notenschöpfer entfesselte, hat die privaten Verbraucher vom Markte verdrängt, den für andere als den Staat verfügbaren Gütervorrat vermindert und ihnen in der Form eines scheinbaren „Kriegsgewinnes" die Banknoten als eine Anweisung auf eine „unbestimmte Menge unbestimmter Güter" einer künftigen Produktion in Händen gelassen. Dabei war es in der Wirkung gleich, ob diese zusätzliche Kaufkraft die Form von Noten oder von Kriegsanleihe annahm, soweit diese nicht den Gegenwert von tatsächlichen volkswirtschaftlichen Ersparnissen bildete.*) Während im nor-

*) Natürlich ist mit diesen Bemerkungen eine erschöpfende Erörterung des Inflationsproblems weder beabsichtigt, noch in unserem Zusammenhang vonnöten.

Digitized by Google

malen wirtschaftlichen Zirkulationsprozeß das Geld nur den Vermittler des Warenverkehrs bildet, sich als Zwischenglied im Tausch von Ware gegen Ware einschiebt, hat der Krieg das Geld zum Kreditmittel im größten Stil gemacht. Es wurde nicht mehr Ware gegen Ware getauscht, sondern Ware gegen einen zukünftigen Anspruch auf Waren, gegen ein Zahlungsversprechen aus dem Ertrag künftiger Produktionen hingegeben. Soweit die Kredite des Staates in der Anleiheform aufgenommen wurden, räumte er den Gläubigern einen Anspruch auf den künftigen Steuereingang, d. h. auf den Teil des volkswirtschaftlichen Einkommens ein, der künftig an den Staat abzuführen sein würde. Sofern er neue Banknoten in den Verkehr pumpte, also künstlich unmittelbaren Anspruch auf Gegenwartgüter schuf, mußte das Mißverhältnis zwischen verminderter Produktion und vermehrten Geldansprüchen zugleich mit der Verbrauchseinschränkung eine kontinuierliche Preissteigerung hervorrufen, die um so stürmischer und sprunghafter vor sich ging, je mehr einerseits die Produktion zurückging und je stärker anderseits die Ansprüche auf Gegenwartgüter in der Form der Noten gegenüber den Ansprüchen auf Zukunftsgüter in der Form der Anleihe zunahmen: Daher sowohl in Deutschland wie im Gebiete des früheren Österreich-Ungarn die Beschleunigung und Verschärfung der Krise seit dem staatlichen Zusammenbruch mit ihrer Erschütterung des Anlagemarktes und ihrer Einschränkung der Produktion.

Daneben läuft eine zweite Entwicklungsreihe. Die Gebiete innerhalb des Blockaderinges, den die Alliierten um Mitteleuropa gezogen haben, sind während des Krieges im wesentlichen auf ihre eigenen Gütervorräte angewiesen gewesen. Sie haben sich infolgedessen — in den verschiedensten Formen — hauptsächlich an ihre

Digitized by Google

eigenen Staatsangehörigen verschuldet, d. h. an Gläubiger, die ihrer Steuergewalt unterworfen sind und die daher in ihrer Gesamtheit für die Schulden ihres Gemeinwesens an sie selbst aufzukommen haben. Daß „das Geld im Lande geblieben ist", was ein übereifriger Patriotismus manchesmal als Vorzug der mitteleuropäischen Wirtschaftslage während des Krieges hinzustellen beliebte, hat zur Folge gehabt, daß dafür die Gütervorräte des Landes verschwanden, die Fabriken, Wohnhäuser, Verkehrsanlagen verschlissen wurden, für welche die „im Lande gebliebenen" Papiermassen ein Entgelt von zweifelhaftem Wert bedeuteten. Das hat freilich die zum Teil günstige Wirkung gehabt, daß die Kriegswirtschaft bereits die blockierte Bevölkerung zu stärkerer Verbrauchseinschränkung zwang und so in hohem Maße den Prozeß vorbereitete und erleichterte, dem die außerhalb der Blockade lebenden Völker unter schmerzlicheren Opfern und unter größeren Widerständen erst nach dem Krieg sich werden unterwerfen müssen. Denn diese Völker, bei denen der Krieg für seine Zwecke gleichfalls einen erhöhten Güterbedarf hervorrief, während er die Produktion — durch die Zerstörung von Produktionsanlagen, durch die Umgestaltung der Produktion auf Kriegsbedarf und durch die Herausnahme von Millionen arbeitstüchtiger Menschen aus dem Produktionsprozeß — einschränkte, haben im großen und ganzen ihre frühere Lebensführung aufrechterhalten und haben das Defizit von Produktion und Verbrauch durch kreditierte ausländische Zufuhren gedeckt. Sie alle — England, Frankreich, Italien — haben im Krieg das Passivum ihrer Handelsbilanz außer allem Verhältnis zu ihrer Produktionsfähigkeit anwachsen lassen und soweit sie es nicht durch den Verkauf von Kapitalsgütern, hauptsächlich ausländischer Effekten bezahlen konnten, den Lieferstaaten, vor allem

Digitized by Google

Amerika, ihre künftigen Einkommen verpfändet. Im wesentlichen aber ist ihre Aufgabe dieselbe wie die der blockiert gewesenen Gebiete. Die Auslandsschulden, die die während des Krieges in den Weltverkehr eingeschalteten Alliierten aufgenommen haben, um nicht ihre eigenen Güterbestände bis auf den letzten Rest aufzuzehren, müssen die blockierten Gebiete nach dem Krieg aufnehmen, um ihre Güterbestände wieder aufzufüllen. Um jene Beträge, um die sich die Alliierten an das Ausland während des Krieges verschuldet haben, vermindert sich ihr Kreditbedarf für den Wiederaufbau, während im Gebiete der früheren Mittelmächte dieser Kreditbedarf um so größer und dringlicher ist, je vollständiger ihr Gütervorrat erschöpft ist.

Mit anderen Worten: In der ganzen Welt, die am Krieg beteiligt war, ist das Währungsproblem in erster Linie ein Produktions- und Steuerproblem. Es gilt, bei möglichst eingeschränktem Verbrauch so viel Güter zu erzeugen, daß mit einem künftigen Überschuß der Erzeugung die vorhandenen oder entstehenden Schulden an das Ausland abgetragen werden können. Während vor dem Krieg die Passivität der Handelsbilanz gerade die charakteristische Signatur einer vorgeschrittenen Industrialisierung der europäischen Staaten gebildet hat, die das Handelsdefizit aus dem Zinsenertrag ihrer auswärtigen Kapitalsanlagen zu decken vermochten (wofern die Passivität nicht wie in Österreich-Ungarn während des Jahrzehntes vor dem Krieg eben durch den Industrialisierungsprozeß selbst hervorgerufen war, dessen Früchte erst einer späteren Zeit zugute kommen sollten), werden in den nächsten Jahrzehnten alle europäischen Staaten, die am Krieg beteiligt waren, einen Exportüberschuß erzielen müssen, um den auswärtigen Schuldverpflichtungen gerecht zu werden, womit für Jahrzehnte die kapitalisti-

Digitized by Google

sche Überlegenheit der außereuropäischen Länder gesichert ist.

Damit widerlegt sich aber auch der weit verbreitete Aberglaube, daß es gewissermaßen ein doppeltes Währungsproblem gebe, ein äußeres und ein inneres, die in verschiedenen Ursachen wurzeln und daher mit verschiedenen Mitteln gelöst werden könnten. Die Tatsache, daß jede Volkswirtschaft ihr eigenes Währungssystem hat, ist nicht aus historischen Zufälligkeiten, sondern aus der unlösbaren, tausendfachen Verflechtung von Staat und Wirtschaft entstanden. Bestünde die ganze Weltwirtschaft über alle staatlichen Grenzen hinweg aus Millionen isolierter privater Wirtschaften, von denen keine mehr ausgeben könnte, als sie einnimmt, so könnte es, sobald einmal ein allgemeiner Wertmaßstab oder ein allgemeines Tauschmittel anerkannt ist, kein internationales Währungsproblem geben. Aber die privaten Wirtschaften sind in der Form getrennter, staatlicher Gemeinschaften zu Gruppen zusammengefaßt, die ihre eigenen (zum größten Teil) außerökonomischen Zwecke haben und den internationalen Warenaustausch hemmen und stören, ihm aus außerwirtschaftlichen Motiven bestimmte Schranken setzen: Zölle, Steuern und sonstige Verwaltungsmaßnahmen versuchen künstlich die natürliche Ungleichheit der internationalen Produktionsbedingungen auszugleichen, um die Produktion zu steigern und eine größere Volkszahl zu erhalten, bestimmte Produktionen gegen die ausländische Konkurrenz zur Wahrung der Wehrfähigkeit des Landes zu fördern. (Deshalb konnte innerhalb einer machtstaatlich organisierten Welt das Freihandelargument niemals gegen die Getreidezölle sich durchsetzen, denn die Förderung einer halbwegs genügenden Lebensmittelproduktion im eigenen Lande, um im

Digitized by Google

Krieg vom Ausland unabhängig zu sein, war mit wirtschaftlichen Argumenten nicht zu widerlegen.) Aber im gleichen Sinne wirken auch die verschiedene soziale Struktur der einzelnen Staaten und Nationen und ihre verschiedene Auffassung der Staatszwecke. Je nachdem, ob ein Volk dem Staat größere oder geringere Aufgaben zuweist, ob seine soziale Gliederung und innere Machtverteilung die Aufbringung der dafür erforderlichen Mittel auf diesem oder jenem Wege erleichtert oder hemmt (man denke an die grundverschiedene Geschichte des englischen und französischen Steuerwesens bis auf den heutigen Tag), differenzieren sich Produktions- und Einkommenverhältnisse der einzelnen Staaten und damit auch ihre Tauschfähigkeit im Verkehr mit dem Ausland, erhöht oder verringert sich die Menge der Güter, die sie, sei es zum Erwerb anderer Güter, sei es zur Kapitalsanlage in anderen Ländern, erübrigen.

Daß dabei vor dem Krieg die meisten Länder ihre Zahlungsbilanz auf verschiedene Weise ungefähr im Gleichgewicht hielten, d. h. in großen Umrissen gesehen Produktion (Einkommen) und Verbrauch der einzelnen Staaten im Einklang standen, hat vielfach den Glauben genährt, daß die Aufrechterhaltung der getrennten Währungsgebiete zwecklos geworden sei, daß man Währungen, die sich mit geringfügigen Schwankungen immer auf dem Paristand der anderen hielten, einander gleichsetzen könne, da die eine Goldwährung so gut sei wie die andere. Man hat dabei nur übersehen — und den Schleier, der diese Tatsache verhüllte, hat erst der Krieg weggerissen —, daß dieselbe Ordnung der Währungsverhältnisse in den verschiedenen Ländern einen ganz verschiedenen volkswirtschaftlichen Tatbestand deckte, eine ganz verschiedene volkswirtschaftliche Produktions- und Verbrauchsfähigkeit zur Grundlage hatte.

Digitized by Google

Das ist im internationalen Verkehr so lange belanglos gewesen, als sich der internationale Verkehr der Hauptsache nach als Warentausch charakterisierte. Zahlung in Gold hat schon im Frieden die seltene Ausnahme gebildet. Man hat den ausländischen Lieferanten in Devisen bezahlt, d. h. in Wechseln, die im wesentlichen wieder aus dem Warenverkehr herrührten, und hat nur die „Spitzen" durch Goldversendung ausgeglichen. So haben die Goldversendungen Deutschlands vor dem Krieg zwischen 100 und 250 Millionen Mark im Jahre geschwankt bei jährlichen Zahlungen an das Ausland von mindestens 12 Milliarden.*) Aber auch dieses Gold ging nicht als „Geld", sondern als Ware ins Ausland. Die Versendung von Banknoten im großen hat der Geldverkehr vor dem Krieg überhaupt nicht gekannt, obwohl sie in den meisten europäischen Ländern „Goldnoten" waren und ihre Versendung viel bequemer gewesen wäre als die von Gold. Höchstens hat die Banknote im Reiseverkehr, im Wechselstubendienst Verwendung gefunden. An alldem sieht die naive Forderung nach einer „Weltwährung" vorbei, die neuerdings in modifizierter Form in der Forderung nach dem Anschluß an ein bestimmtes fremdes Währungssystem auftritt. Sie übersieht, daß die Erfüllung dieser Forderung, wenn damit eine volle Währungsgemeinschaft gemeint ist, nichts anderes bedeuten würde, als daß die Wirtschaft der stärksten Staaten, bzw. des stärkeren Staates, dem man sich anschließt, unbeschränkt für das Warendefizit, für den Mehrverbrauch, für alle Unterlassungen der Produktions- und Steuerpolitik, für alle Verschwendungen der Staatswirtschaft des oder der schwächeren Staaten aufzukommen hätte, daß die Währungsgemeinschaft — brutal gesprochen — dem schwächeren Staat

*) Vgl. Somary, „Bankpolitik", S. 63.

Digitized by Google

die Möglichkeit eines Parasitendaseins auf Kosten des stärkeren gewähren würde und deshalb dem einen Teil ebenso erwünscht erscheinen mag wie sie für den andern indiskutabel ist. Die bloße Münzgemeinschaft aber wäre wertlos, weil dieselben Währungsgesetze, dieselbe Geldverfassung und die gleiche Münzeinheit zwei Währungen — wie die Erfahrung lehrt — nicht vor der stärksten Wertverschiedenheit bewahren kann.

Die neuen Tatsachen, die der Krieg in den internationalen Geld- und Warenverkehr eingeführt hat, lassen sich im allgemeinen in vier Komplexe gliedern: 1. Der Krieg hat die automatische Korrektur der Zahlungsbilanz durch die Wechselkurse aufgehoben. In normalen Zeiten hat die Passivität der Zahlungsbilanz ihren empfindlichen Index in den Wechselkursen gehabt, bei denen eine leichte Erhöhung bereits in der Regel genügte, um entsprechende Einschränkungen der Zahlungen an das Ausland herbeizuführen oder dem passiven Land ausländischen Kredit zuzuleiten. Zinsfußerhöhung und Goldversendung sind die kleineren Mittel der täglichen Politik, Kreditaufnahmen die größeren Mittel der Korrektur gewesen. Die zentralen Stellen, die die Instrumente zur Ausgleichung des Zahlungsverkehrs handhabten, waren die Notenbanken. Vor dieser Aufgabe haben im Krieg die großen Notenbanken aller europäischen Kriegführenden versagt. Die Zinsfußpolitik ist wirkungslos geworden gegenüber einem Kreditwerber, der sich — wie der kriegführende Staat — nicht von wirtschaftlichen Argumenten bestimmen ließ, die freie Goldversendung hat aufgehört, weil die vorhandenen Goldvorräte zur Ausgleichung des Defizits nirgends genügt hätten, und die Aufnahme von Anleihen ist zu einer Angelegenheit der großen Politik geworden, die nicht mehr allein oder auch nur vorwiegend nach kaufmännischem Gesichtspunkt behandelt wurde.

Digitized by Google

2. Der Krieg hat die automatische Korrektur der Zahlungsbilanz auch von der Warenseite her aufgehoben. Der Güterbedarf in allen kriegführenden Staaten hat sich in erster Linie nach den materiellen Interessen der Kriegführung gerichtet und ist daher nur soweit eingeschränkt worden, als es mit den Erfordernissen der Kriegführung vereinbar war, nicht als die Preisgestaltung es forderte. Denn die verbrauchseinschränkende Wirkung höherer Preise wurde fortlaufend durch staatliche Schöpfung neuer künstlicher Kaufkraft paralysiert. Dazu kamen aber noch radikale staatliche Beschränkungen des internationalen Warenverkehrs. Wie eine Geldarbitrage wurde auch eine Warenarbitrage zwischen den Plätzen verschiedenen Preisstandes durch Ausfuhrverbot, Beschlagnahme und dergleichen ausgeschlossen. 3. Der Krieg hat zum erstenmal große Papiergeldmassen über die Grenze in Bewegung gesetzt. Sie waren das Zwangssurrogat für verweigerte normale Auslandskredite, waren und sind — volkswirtschaftlich gesehen — unverzinsliche Auslandkredite mit der theoretischen Verpflichtung zur jederzeitigen Rückzahlung. Deshalb sind im Ausland Papiermassen vor allem derjenigen Staaten anzutreffen, denen der Auslandskredit nahezu vollständig versperrt gewesen ist: Deutschland und Österreich-Ungarn. Daneben dürfte der Besitz der Neutralen an französischem oder italienischem Papiergeld sehr bescheiden sein. Daß diese Notenmassen ihren ständigen Zufluß durch Vermögensflüchtlinge erhalten haben und erhalten, sei nebenbei vermerkt, ebenso, daß Milliarden, die als „Inlandgeld" in Umlauf gesetzt wurden, durch die Niederlage der Mittelmächte, die Räumung der eroberten Gebiete, unversehens zu Auslandsforderungen geworden sind. 4. Der Krieg hat die Wirtschaftskraft der einzelnen Staaten, die mit der Störung des internationalen Ver-

Digitized by Google

kehrs ihren goldenen Geldschleier verlor, auf ihre äußerste Grenze zurückgeführt. Der Krieg hat es offenbart, wie verschieden die Produktionsfähigkeit, der Güterreichtum und die Verbrauchsgewohnheiten der einzelnen Länder sind, die scheinbar gleichartige und gleichwertige Währungssysteme besaßen. Er hat damit eine neue oder wenigstens bisher unbeachtete Tatsache dem ökonomischen Denken aufgedrängt: Daß auch ganze Völker wie Individuen in der Verbrauchseinschränkung auf ein physisches Existenzminimum sinken können, bei dem alle wirtschaftlichen Gesetze auf unübersteigbare Schranken stoßen. Der Verhungernde, Erfrierende handelt unwirtschaftlich, weil die Erhaltung des Lebens im Augenblick jede Vorsorge für die Zukunft bedeutungslos macht. An diesem Punkt ist Deutschösterreich angelangt, aber in der Richtung dahin bewegen sich auch die anderen Staaten des europäischen Kontinents, die am Krieg teilgenommen haben.

Der Schein der Duplizität des Währungsproblems — ein äußeres der Wechselkurse, ein inneres der Preise — stammt daher, daß, wie man sagt, die Kaufkraft der Krone (oder Mark) im Inlande größer ist als im Ausland, d. h. man hier dafür mehr Güter bekommt als etwa für den entsprechenden Francsbetrag im Ausland. Aber die Disparität entsteht nicht dadurch, daß äußere Geltung der Währung und innere Kaufkraft zwei getrennte Erscheinungen wären, die auf ein doppeltes Währungsproblem hinwiesen, sondern dadurch, daß der freie Warenaustausch aufgehoben oder aufs schwerste gestört ist. Es ist nicht so, daß etwa der Schweizer die Wahl hätte für K 1000 in der Schweiz 40 Francs zu erhalten oder die K 1000 in Deutschösterreich zum Einkauf von Waren zu verwenden, sondern in Wirklichkeit ist nur ein kleiner Teil der Schweizer Kronenbesitzer in der Lage, seine Kronen in Deutschösterreich über-

Digitized by Google

haupt zu verwerten, für den weitaus überwiegenden Rest sind sie unverwertbar. Denn in Deutschösterreich gibt es auf dem freien Markt Waren für derartige Beträge, wie sie da in Frage kommen, überhaupt nicht und in der Schweiz kann er mit der Krone nichts zahlen, so wenig er mit der Mark oder dem französischen Franc oder dem Pfund Sterling oder irgendeiner anderen nicht schweizerischen Note zahlen kann. Immer hat die fremde Note so viel Wert, als sich im auswärtigen Warenverkehr realisieren läßt, als ihr die tatsächliche Kaufkraft auf dem Markt des Landes, das die Noten ausgegeben hat, im Rücken steht. Denn immer muß das Ausland in letzter Linie mit Waren, nicht mit Geld bezahlt werden.

Welche Dienste kann und soll unter diesen Umständen eine Notenbank leisten? Die Notenbank ist ein notwendiges Hilfsorgan der kapitalistisch organisierten Volkswirtschaft. Sie ist diejenige Kreditquelle, die bestimmt ist, den fortlaufenden Geldbedarf des Produktions- und Zirkulationsprozesses zu decken, die Produzenten der in Erzeugung befindlichen Güter während der Zeit des Produktionsprozesses bis zum Übergang in den Konsum zu erhalten. Darum ist die einzige gesunde Grundlage der Notenausgabe der Eskompte von Warenwechseln — eine Grundlage, von der sich während des Krieges die Notenbanken aller kriegführenden Nationalstaaten weit entfernt haben. Eine Notenbank, die auf strengen Prinzipien aufgebaut sein soll, wird daher insbesondere jede Kreditgewährung an den Staat und jede Lombardierung von Wertpapieren ablehnen müssen. Aber damit hat sie auch alles getan, was sie zur Sicherung des Wertes ihrer Noten tun kann. Ob und in welchem Maß diese Noten metallisch gedeckt sind, ist jedenfalls eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Es ist bisher bestritten, wie weit der aus-

Digitized by Google

ländische Kurs einer Währung von der metallischen Deckung abhängt. Nach meinem Dafürhalten besteht dieser Zusammenhang nur in geringstem Maße. Tatsächlich sind vor dem Krieg Währungen mit sehr verschiedenen Deckungsverhältnissen gleichwertig gewesen. Praktische Bedeutung hat die Golddeckung dort, wo sie effektive Barzahlung gewährleistet. Aber wir wissen, daß schon vor dem Krieg die am stärksten mit Gold gesättigte Bank — die Bank von Frankreich — tatsächlich keine barzahlende gewesen ist, was jedoch nur zur Folge hatte, daß der Francwechsel im internationalen Verkehr keine größere Verbreitung fand, aber nicht, daß der Franc unterwertig geworden wäre. Immerhin mag die Möglichkeit zugegeben werden, daß das Ausland eine Note, deren Bareinlösung wahrscheinlicher ist, höher bewertet. Keinesfalls genügt die Tatsache der relativ hohen Golddeckung, um eine so fundierte Note vor der Entwertung im Auslande zu schützen. Ob wir diese Noten als „Goldnoten" oder sonstwie bezeichnen, ändert nichts an der Tatsache, daß das Ausland auf seinem Markte damit ebenso wenig zahlen kann wie mit der unbedeckten Papiernote; daß sich somit der Kurs der „Goldnote" nach dem Umfang der Verwertbarkeit für Wareneinkauf oder sonstige Zahlungen im Emissionsland, also wieder nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt. Deutschösterreich kann seine Notenbank konstruieren, wie es will, mit den besten Statuten und den stärksten Kautelen gegen staatlichen Mißbrauch ausstatten, so lange die Zahlungsbilanz Deutschösterreichs übermäßig passiv ist, gibt es keinen Schutz für die Währung dieses Staates, mag sie Krone, Mark, Franc, Dollar oder sonstwie immer heißen. Der Währungswechsel könnte höchstens bewirken, daß die ausländische Spekulation, die an sich eine Valuta ebensowenig entwerten wie über-

Digitized by Google

werten, sondern nur bestehende Kurstendenzen zeitweilig verschärfen oder hemmen kann, durch eine gewisse Zeit irritiert und nach einer erwünschteren Richtung eingestellt wird. Darum verspricht jede Währungsreform erst dann Erfolg, wenn die wirtschaftliche Bilanz Deutschösterreichs ins Gleichgewicht gekommen ist, d. h. wenn seine Produktion und seine sonstigen im Ausland verwertbaren Einkommen (einschließlich der organisierten Kredite) genügend groß sind, um das zur Erhaltung eines normalen Produktionsprozesses erforderliche Existenzminimum der Bevölkerung zu decken. Wie unwahrscheinlich es ist, daß Deutschösterreich in absehbarer Zeit dahin komme, hat die Übersicht über die wirtschaftlichen Kräfte Deutschösterreichs gezeigt, die wir in früherem Zusammenhang gegeben haben.

Anders ist die Frage zu beantworten, ob vorher nicht eine besonders konstruierte Notenbank imstande wäre, wenigstens den Wiederaufbau des vorhandenen Produktionsapparates zu erleichtern. Wenn man bewußt die Aufgabe der Notenbank und der neuen, auf sie zu begründenden Währung begrenzt, gewissermaßen ein enges Teilgebiet unseres gesamten wirtschaftlichen Problems isoliert zur Lösung stellt, dann mag eine derartige Notenbank bereits jetzt ihre guten Dienste leisten. In diesem beschränkten Rahmen ist vor allem das von Professor Landesberger in der „Neuen Freien Presse“*) entwickelte Projekt sicherlich mit allen Vorzügen geistreich und logisch durchdachter Konzeption ausgestattet. Nach Landesberger soll die neue Notenbank eine Auslands- und eine Inlandsabteilung besitzen. Die Auslandsabteilung

*) Vgl. „N. Fr. Pr.“ vom 19., 21. und 22. Oktober 1919. Die folgenden Einwände sind lediglich prinzipieller Natur. Die praktischen Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung des Planes entgegenstellen, können hier nicht erörtert werden.

Digitized by Google

soll das Privileg erhalten, auf Grund des Besitzes der Bank an Gold und goldwertigen Devisen, der teils gegen Aktien, teils gegen Obligationen aufzubringen wäre, besondere Banknoten (Valutanoten) auszugeben, und zwar höchstens im dreifachen Betrage dieser Deckung. Um sie vor einem Disagio zu schützen und ihre automatische Einlösung zu sichern, dürften solche Valutanoten nur „für solche Kredite ausgegeben werden, die im weiteren Verlauf des geschäftlichen, bzw. Produktionsprozesses wieder einen Anspruch an das Ausland bewirken", also im wesentlichen nur zur Beschaffung von Rohstoffen, die zu Exportzwecken verarbeitet werden. Aber gerade zu diesem Zweck brauchen wir weder eine Notenbank noch Goldnoten. Das deutsch-holländische Kreditabkommen zeigt, daß das auf viel einfachere und vor allem für das Ausland viel plausiblere Weise zu erreichen ist. Die Beträge, die dabei durch die Notenbank aufzubringen wären, würden außerdem vielleicht gar nicht genügen. Für das Kapital, mit dem eine deutschösterreichische Notenbank auszustatten wäre, werden jedenfalls die Notenbanken der westlichen europäischen Kleinstaaten maßgebend sein. So hat die Schweizer Nationalbank ein Aktienkapital von 50 Millionen Francs, die Belgische Nationalbank von 50 Millionen Francs, die Niederländische Bank von 20 Millionen fl. Die Bank*) könnte somit höchstens 150 Millionen Francs Valutanoten ausgeben, bis zu diesem bescheidenen Betrag als Kreditquelle dienen. Das ist an sich gar nicht überraschend. In allen anderen Ländern ist die Notenbank eben nicht Kreditquelle für Auslandbezüge, sondern allenfalls dazu berufen, kleine Differenzen im gesamten, durch Valutaforderungen und -Schulden bewirkten Zahlungsverkehr

*) Die Frage ob ein Notenbankprivileg in Deutschösterreich das ausländische Kapital anzulocken vermag, entzieht sich aus naheliegenden Gründen der öffentlichen Diskussion.

Digitized by Google

zeitweilig auszugleichen. Derartige primäre, im Ausland zur Kreditbeschaffung verwendbare Aktiven und Forderungen an das Ausland fehlen aber Deutschösterreich fast vollständig, und soweit sie entstehen, harren ihrer schon tausend andere dringende Verwertungszwecke, mit denen der Rohstoffbedarf in Konkurrenz tritt. Trotz dieser Beschränkung der Ausgabe und Verwendung glaubt Landesberger selbst einen annähernden Paristand der Valutanoten nur dann behaupten zu können, wenn die neue Notenbank mit den großen Zentralnotenbanken Europas und (offenbar vor allem) der Vereinigten Staaten in ein Kartellverhältnis tritt, die der Bank gegen Deckung in Valutanoten Kredit in Währungen der betreffenden Länder einräumen müßten. Aber wie, wenn auch diese Kredite (die sich, da die Ausgabe der Valutanoten beschränkt ist, gleichfalls in bescheidenen Summen würden halten müssen) erschöpft sind? Und diese großen Zentralnotenbanken sind zu derartiger Kreditgewährung bei ihrem gegenwärtigen Zustand gar nicht fähig, zumal die gleiche Anforderung natürlich sofort an sie auch von zahlreichen anderen Staaten (Polen, Tschecho-Slowakei, Jugoslawien, Rumänien usw.) gestellt werden würde. Aber selbst dann würde der Erfolg des ganzen Planes noch auf zwei kaum überwindliche Schwierigkeiten stossen. Erstens, daß der Export deutschösterreichischer Fabrikate zum überwiegenden Teil in die Nationalstaaten ginge, von wo Deutschösterreich allenfalls einen Teil seines Lebensmittel- und Rohstoffbedarfes, aber keinesfalls goldwertige Barzahlung erwarten darf, während der Valutagläubiger zumeist im Westen wäre, wohin es sehr wenig zu exportieren gäbe — von dieser Seite wäre also die Automatik des Umlaufes der Valutanoten unterbrochen. Zweitens, daß, wie wir gezeigt haben, Deutschösterreich gar nicht imstande ist,

Digitized by Google

seinen Rohstoffbedarf mit Fabrikaten zu bezahlen, weil seine Rohstoff verarbeitende Industrie nicht einmal für den Inlandbedarf genügt — es sei denn, daß man es vorzieht, den Rohstoffbedarf mit Fabrikaten zu bezahlen und dafür dasselbe Fabrikat wieder im Ausland auf Kredit zu kaufen. Dabei wäre die am schwersten drückende Sorge, die Frage der Bezahlung des Nahrungsbedarfes, der auch in normalen Zeiten wohl größere Beträge erfordern wird als die Rohstoffe, von diesem ganzen Geldsystem überhaupt noch nicht berührt. Und doch entscheidet sich die Zukunft der deutschösterreichischen Wirtschaft — damit auch die Brauchbarkeit jedes Sanierungsprojektes — an der Frage, womit die erforderliche Mindestmenge an Nahrung und sonstigen unentbehrlichen Gütern bezahlt werden soll, wenn nicht das Ausland — wozu es nicht die geringste Neigung zeigt — ihr einen unbegrenzten und unbefristeten Kredit einräumt. Die Unzulänglichkeit der wirtschaftlichen Kräfte eines Staates kann eben die bestausgestattete Notenbank nicht ausgleichen.*)

Stößt die finanzkapitalistische Technik überall auf die Schranken des unzulänglichen Produktionsapparates, die sie nicht zu durchbrechen vermag, so sieht sich die rein staatsfinanzielle Behandlung der gegebenen Probleme überall außerdem durch die sozialen Kräfte und Schwierigkeiten gehemmt, die eben die bestehende Notlage hervorruft

*) In ähnlichen Bahnen wie das Landesbergersche Projekt bewegen sich die Vorschläge von Dr. Visserіng, dem Präsidenten der Niederländischen Bank. (Vgl. „Neue Freie Presse" vom 11. und 18. April 1920.) Auch er will nach vollständiger Stillegung der Notenpresse die deutschösterreichische Krone ihrem Schicksal überlassen und für den Verkehr mit dem Aus-

Digitized by Google

oder zu früher unbekannter Stärke anwachsen läßt. Dabei hat sich die Heilkunst für staatswirtschaftliche Krankheiten in erstaunlicher Weise spezialisiert. Für die einen (und sie bilden die Mehrzahl) ist der aus-

land eine eigene Exportkrone schaffen, die eine mit ausländischem Kapital gegründete Notenbank auszugeben hätte. Für eine ausführliche Kritik der Visseringschen Vorschläge ist hier nicht der Platz. Was prinzipiell über die Zweckmäßigkeit einer derartigen Doppelwährung oben gesagt ist, gilt durchwegs auch für Vissering. Soweit seine Ausführungen im besonderen Deutschösterreich betreffen, verraten sie leider eine nur lückenhafte Kenntnis des gegebenen Tatbestandes, was den hervorragenden holländischen Fachmann zu einer durch die Wirklichkeit nicht gerechtfertigten Vereinfachung der gestellten Aufgabe verleitet. So scheinen ihm insbesondere die Bestimmungen des Friedensvertrages über Staatsschulden und Banknoten entgangen zu sein. Die Beseitigung des Defizits im Staatshaushalt setzt er einfach voraus, obwohl dieses, wie wir gesehen haben, nichts anderes ist als eine Erscheinungsform des Defizits der deutschösterreichischen Wirtschaftsbilanz, d. h. des Mißverhältnisses zwischen Produktion und Verbrauch. Wäre dieses beseitigt, dann gäbe es auch kein Währungsproblem mehr. Denn dann könnte der Warenverkehr mit dem Ausland immer soviel Guthaben schaffen, als zur Bezahlung der Schulden an das Ausland erforderlich wäre. Aufs nachdrücklichste aber muß davor gewarnt werden, das Experiment einer derartigen Doppelwährung zu versuchen, solange nicht auswärtiger Kredit wenigstens für die Defizitdeckung einiger Jahre gesichert ist. Denn es besteht kein Zweifel, daß die „Goldkrone" die Papierkrone sofort auch im inneren Verkehr vollständig entwerten müßte, was — solange die Regierung über kein anderes Auskunftsmittel verfügt — den sofortigen vollständigen Zusammenbruch zur Folge haben würde. — Die „Auslandsnotenbank", die Lederer („Deutschlands Wiederaufbau und weltwirtschaftliche Neueingliederung durch Sozialisierung", Tübingen 1920) vorschlägt, fällt nur zum Teil unter unsere Argumentation, weil sie ihre Funktion in einer sozialisierten Volkswirtschaft ausüben soll, in der eben durch die Sozialisierung das Gleichgewicht der Wirtschaftsbilanz herbeizuführen wäre.

Digitized by Google

ländische Kredit, für die andern die neue Notenbank oder irgend eine sonstige währungspolitische Maßnahme, für die dritten schließlich eine bestimmte Steuerform das Heilmittel und vielen von diesen Heilkünstlern ist lediglich die Verstocktheit oder Beschränktheit der Regierung der Grund, der den Staat vom Weg zur Sanierung abhält. Die Aufnahme, die derartige Vorschläge in der Bevölkerung finden, ist in den einzelnen Berufsschichten verschieden. Der Industrielle, der sich allzuoft durch die hohen Preise blenden läßt, die ihm für sein Erzeugnis geboten werden, ist geneigt, die Bedeutung seines Erfahrungsbereiches zu überschätzen. Er sieht die Möglichkeit seiner Gewinne und überschlägt bei sich die ungezählten Millionen, die sich gewinnen lassen müßten, wenn alle Fabriken zu solchen Preisen ihre volle Produktionsfähigkeit ausnützen könnten. Für ihn ist deshalb jegliches Problem mit dem „ausreichenden Auslandskredit" gelöst. Für diejenigen, die der finanzkapitalistischen Seite der Wirtschaft näher stehen, also für alles, was Banken und Börse repräsentiert, wo das geldmäßige Denken in der Regel völlig die Anschauung des Produktionsprozesses verdeckt, steht die Währungsfrage mit all ihren technischen Erfordernissen im Vordergrund. Der Sozialpolitiker schließlich sieht nur die wachsende Spannung zwischen Reich und Arm, die ungeheure Erweiterung der Kluft zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, sieht nur die gewaltigen Einkommen- und Besitzverschiebungen, den unerträglichen Gegensatz zwischen hemmungslosem ausschweifendem Luxus der einen und quälender hoffnungsloser Not der anderen. Es ist kein Zufall, daß für die breiten Massen die Vermögensabgabe gewissermaßen zum Symbol des sozialen Willens des Staates geworden ist. So wenig wie die meisten „Füh-

Digitized by Google

rer" der Wirtschaft denken die Massen in Gütern, auch sie sehen immer nur das Geld, sehen Reiche und Arme und wollen vom Überfluß der einen dem Mangel der andern abhelfen. So ist die Vermögensabgabe in den Vordergrund des finanzpolitischen Streites gerückt.

Allgemein ist das Empfinden, daß die Vermögensabgabe, so wie sie sich jetzt präsentiert, eine Maßnahme darstellt, bei der Aufwand und möglicher Erfolg in starkem Mißverhältnis stehen. Dieses ganz richtige Empfinden hat darin seine Wurzel, daß sie nicht das Fundament oder das Dach eines umfassenden Baues bildet, sondern ohne Zusammenhang mit der sonstigen Finanz- und Wirtschaftspolitik planlos hingeworfen erscheint, gewissermaßen ein Opfer an die gefräßigen Instinkte der „Straße", als ein Mittel der Beruhigung, nicht der Heilung. Nichts beweist das stärker, als daß sich Regierung und Parteien niemals über der Zweck der ganzen Aktion ins klare gekommen sind. Die einen wollen sie zur Schuldabbürdung, die andern zur Eindämmung der Noteninflation, die dritten zur Defizitdeckung, die vierten zur Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel, die fünften ausschließlich zur Sanierung der Valuta, die sechsten endlich als Mittel zur Sozialisierung verwendet wissen.

Als während des Krieges die Forderung der einmaligen Vermögensabgabe in Deutschland und Österreich auftauchte, gipfelten die staatsfinanziellen Aufgaben, die nach dem — damals nahe scheinenden — Friedensschluß zu lösen sein würden, in der Deckung der Kriegskosten. In dem Staatshaushalt nach dem Krieg schienen Zinsen und Amortisation der verschiedenen Kriegsschulden so übermäßig große Beträge zu erfordern, daß daraus die schwerste wirtschaftliche und soziale Gefahr drohte. Zwei Drittel oder drei Viertel der Staatseinnahmen schienen den Staatsgläubigern

Digitized by Google

dauernd verpfändet zu sein, die ganze schwere Steuerfron einer verarmten Bevölkerung zugunsten einer relativ dünnen Rentnerklasse, die der Krieg hervorgebracht oder gewaltig verstärkt hatte, auferlegt werden zu müssen. Dazu kam, daß jede neue Steigerung der ausländischen Devisenkurse, wie man glaubte, immer einen neuen Höhepunkt darstellte, der kaum mehr zu überbieten wäre. Man rechnete allgemein mit einer mehr oder weniger durchgreifenden Besserung der Valuta nach dem Krieg, eine Illusion, die besonders in Deutschland lange durch die Hoffnung auf eine Kriegsentschädigung oder wenigstens auf die erhöhte Geltung der „Valuta des Siegers" genährt wurde. Es war daher finanzpolitisch geboten, eine Schuld, die in entwerteter Valuta aufgenommen war, zurückzuzahlen, so lange die Valuta ihren früheren Wert nicht wieder gewonnen hatte, da die ungeheuren Schulden, die der Staat mit sich schleppen würde, entweder die Sanierung der Valuta selbst vereiteln mußten oder in dem Maße drückend geworden wären, in dem ihr Dienst in unveränderter Höhe bei steigendem Geldwert und daher sinkenden Preisen und Einkommen hätte weiter geleistet werden müssen, womit die Verwendung des Volkseinkommens zugunsten einer Rentnerklasse noch schärfer hervorgetreten wäre. Und schließlich war noch eine dritte Tatsache zu berücksichtigen: Im Gebiete der blockierten Mittelmächte waren mehr und mehr an Stelle von Gütervorräten, abgenützten Fabriksanlagen, landwirtschaftlichem Inventar usw. Papiergeld und Staatsschuldtitel getreten. Sie bildeten einen wachsenden Teil der meisten Privatvermögen. Sollte die Wirtschaft in ihrem früheren oder erweitertem Umfang nach dem Krieg wieder aufgenommen werden, so mußte man den Kriegsanleihebesitzern die Möglichkeit geben, ihren Besitz zu realisieren, die Rückverwandlung von Anleihen

Digitized by Google

in Vorräte und sonstige Produktionsmittel vorzunehmen. Auch dazu sollte und mußte die Vermögensabgabe dienen. Sie sollte die einen, die sich an den Zeichnungen besonders stark beteiligt hatten, entlasten — sie hätten einen Teil ihres Besitzes für Zwecke, die ihnen indirekt zugute kamen, verwendet — und die anderen veranlassen, Kriegsanleihe für Steuerzwecke zu kaufen, die jene auf einem so aufnahmsfähig gewordenen Markt zu günstigen Kursen hätten verwerten können.

In diese Motivenkette ist namentlich durch Goldscheid*) ein neues, völlig heterogenes Motiv der Vermögensabgabe eingefügt worden: Die Überleitung der Wirtschaft in die Hände des Staates, was erst nach der Revolution als „Sozialisierung" bezeichnet wurde. Auch Goldscheid ist von der Überlastung des Staates mit Tributpflichten an seine Gläubiger ausgegangen. Ihn hat die enge Verbindung von Staat und Wirtschaft, die der Krieg hervorgebracht hatte, zu der Forderung verleitet, den Staat, der als Steuerstaat immer wieder um den kleinsten Betrag betteln mußte und deshalb niemals fähig war, großen sozialen Zielen nachzustreben, selbst zum „Kapitalisten" zu machen: Der Staat sollte allgemein mit einem bestimmten Satz (30%) Miteigentümer aller Vermögen werden. Es ist nicht ohne Interesse, daran zu erinnern, daß es damals, als diese Forderung auftrat, keinem Menschen in Österreich oder Deutschland einfiel, sie deshalb abzulehnen, weil sie den „Weg zum Sozialismus" betrat. Für so festgefügt und selbstverständlich hielt man damals unter dem Schutz des militärisch-monarchischen Staates die kapitalistische Wirtschaftordnung, daß an ihre Beseitigung überhaupt

*) „Staatssozialismus oder Staatskapitalismus", „Sozialisierung der Wirtschaft oder Staatsbankrott". Beide im Anzengruber-Verlag, Wien.

Digitized by Google

nicht gedacht wurde. Erst als nach dem Umsturz der Sozialismus nach Verwirklichung strebte und starke Massenkräfte dahin drängten, erlebte der alte liberale Wort- und Gedankenschatz eine Renaissance, die vorher kaum möglich gewesen wäre. Aber Goldscheid, der den eigentlichen volkswirtschaftlichen Dingen ziemlich ferne steht und von ihren letzten Problemen zum Teil nur eine recht schattenhafte Vorstellung hat, ist ganz unabhängig von sozialistischen oder liberalen Tendenzen einem charakteristischen Versehen zum Opfer gefallen: Man könne durch eine finanzpolitische Maßnahme den Staat „reicher" machen, wenn die Wirtschaft verarmt sei. Nehmen wir an, der Staat wäre wirklich mit 30% Teilhaber aller Vermögen geworden, so würde doch die große Staatsschuld in unverminderter Höhe fortbestehen. Der Staat könnte nur bestenfalls ihren Dienst statt durch direkte und indirekte Steuern, Monopole usw. aus dem Erträgnis seiner Kapitalsbeteiligungen bestreiten. Die Tributpflicht zugunsten der Staatsgläubiger wäre unversehrt, sie wäre nur gewissermaßen auf die Gesamtheit der Unternehmer umgelegt. Das soziale Unrecht, daß ein beträchtlicher Teil des Volkseinkommens einer dünnen Rentnerschichte zugeführt werden müßte, bliebe aufrecht und geändert hätte sich nur die Form, in der dieser Tribut aufgebracht würde. Die Form aber wäre für den Staat die denkbar ungünstigste. Dem Autor des „Staatskapitalismus", der im Krieg geschrieben hat, sind die stetig wachsenden Kriegsgewinne vor Augen geschwebt. In einer Zeit wie der gegenwärtigen, in der eine sehr große Zahl der großindustriellen Unternehmungen mit Defizit arbeitet, würde der Staat fast ohne Einnahmen dastehen, wäre der Bankerott unvermeidlich. Dafür aber würde die völlige Vernachlässigung des subjektiven Momentes, die Gleichheit der Be-

Digitized by Google

teiligung, die Korrektur der Besitz- und Einkommenverschiebung durch den Krieg unmöglich machen, also zu allem noch den wichtigsten sozialen Zweck der Vermögensabgabe verfehlen.*) Es ist nur einem allzu unkritisch an Marx geschulten wirtschaftlichen Denken möglich, Kapitalseinkommen und Arbeitseinkommen dermaßen zu scheiden, daß jenes allein imstande sein müßte, die weitest gesteckten staatlichen Aufgaben zu erfüllen, zu übersehen, daß der Mehrverbrauch des „Kapitalisten" neben seiner Funktion der Kapitalsbildung eine verschwindend geringe Rolle spielt und diese Kapitalsbildung auch in sozialpolitischer Absicht nicht gehemmt, sondern nur reguliert werden darf, jedenfalls also nicht ohne Vernichtung der volkswirtschaftlichen Zukunft dem Zugriff des Staates für außerwirtschaftliche oder, genauer gesprochen, für unrentable Zwecke offensteht. Die Beträge, die dem Staat für seine Zwecke zur Verfügung gestellt werden können, ohne daß der wirtschaftliche Körper selbst der Entkräftung preisgegeben wird, haben bestimmte, durch keine Wirtschaftsform wesentlich erweiterbare Grenzen, weil — güterwirtschaftlich, nicht geldwirtschaftlich betrachtet — die Zweckverwendung des vorhandenen Gütervorrates in jedem Zeitpunkt bei einem bestimmten Zustand des Produktionsapparates zum weitaus größten Teil gebunden ist und eine Wirtschaft, deren Ertrag nicht einmal das physische Existenzminimum des Volkes deckt, für Kulturzwecke oder andere über die Sicherung dieser physischen Existenz hinausgehende Aufgaben des Staates keinen Heller übrig hat, mag

*) Eine ausführliche Auseinandersetzung mit Goldscheid dürfte natürlich nicht an der völligen Unfähigkeit des Staates, die ihm zugedachte Verwaltungsaufgabe zu übernehmen, vorübergehen.

Digitized by Google

man den Staat privatkapitalistisch oder sozialistisch einrichten.

Aber seit dem Zusammenbruch der Mittelmächte ist die Entwicklung in Deutschland und dem ehemaligen Österreich-Ungarn ganz anders verlaufen, als es während des Krieges selbst von Pessimisten angenommen werden konnte. Der Wert, den Mark und Krone im Zeitpunkt der Waffenstreckung noch auf den neutralen Märkten hatten, erscheint uns bereits als nie wieder erreichbar und seine Wiederherstellung ist nicht einmal wünschenswert, weil sich die Arbeitseinkommen bereits einem viel niedrigeren Geldwert angepaßt haben. Die Staaten sind trotz der Auflösung ihrer Armeen viel tiefer ins Defizit geraten als jemals im Krieg, und die Notenvermehrung geht in einem Tempo vor sich, das im Krieg niemals auch nur annähernd erreicht worden ist. Aber auch in den Einkommen- und Besitzverschiebungen ist — bei teilweise weiterer Entartung — zum Teil wieder eine gewisse Korrektur eingetreten. Der Begriff des „Kriegsgewinners" ist sinnlos geworden oder hat seine Bedeutung wesentlich geändert. Es gibt heute nur mehr verschwindend wenige „Kriegsgewinner". Denn daß jemand sein Vermögen nach dem nominellen Kronen- oder Markbetrag gegen die Vorkriegszeit vermehrt hat, schützt ihn nicht gegen tatsächliche relative Verarmung, solange diese nominelle Wertsteigerung nicht relativ größer ist als die Entwertung des Geldes. Mit anderen Worten, der Kriegsgewinn beginnt erst dort, wo das Kronenvermögen etwa 40- bis 50mal so groß ist als vor dem Krieg, und das ist — abgesehen von der allerdings nicht unbeträchtlichen Schichte der vorher vermögenslos gewesenen neuen Reichen — auf ehrlichem Wege weder in Industrie und Handel noch in der Landwirtschaft einer nennenswerten Anzahl von Leuten, geschweige denn allgemein ver-

Digitized by Google

gönnt gewesen. Schon deshalb nicht, weil die Versilberung der Vorräte zum größten Teil noch in einer Zeit weit höheren Geldwertes vor sich gegangen ist und die sprunghafte Geldentwertung seit dem Zusammenbruch eben darauf zurückzuführen ist, daß eine Ergänzung der Lager aus Produktion oder Einfuhr kaum für das Lebensnotwendige möglich war. Gleichzeitig aber sind bei einer wachsenden Zahl von Unternehmungen Löhne und Gehälter in einem Maß gestiegen, daß bei eingeschränkter Produktion auch der bürgerliche Gewinn davon aufgezehrt wird, während zugleich die Ausdehnung der Produktion nicht nur an dem Kohlen- und Rohstoffmangel, sondern auch an der Unzulänglichkeit des Betriebskapitals scheitert.

Damit haben sich die Voraussetzungen, von denen das Verlangen nach der Vermögensabgabe im Krieg ausging, gründlich verschoben. Der Schuldendienst spielt im Haushalt des Staates nicht mehr die erste Rolle. Seine Belastung für „soziale Zwecke" geht heute bereits weit darüber hinaus. Die Währung ist so tief gesunken, daß die Staatsgläubiger für jeden Fall benachteiligt sind, weil selbst eine durchgreifende Besserung des Geldwertes nicht mehr zu dem Stande zurückführen könnte, zu dem auch die letzten Kriegsanleihen noch eingezahlt wurden. Den Staatsgläubigern gegenüber ist der Währungsbankerott tatsächlich bereits eingetreten, ohne formell erklärt zu sein. Und nicht einmal die Entlastung der Anleihebesitzer scheint mehr in solchem Maße nötig. Sie hat sich in den zwei Jahren seit dem Zusammenbruch in größtem Umfange bereits vollzogen. In welcher Weise, ist noch nicht ganz aufzuklären. Aber sicher ist, daß die meisten Industrieunternehmungen nur mehr über verhältnismäßig bescheidene Kriegsanleihebestände verfügen und diese aus Gewinnen der letzten Jahre so

Digitized by Google

tief abschreiben konnten, daß dieses Aktivum in der aufgeblähten Bilanzsumme nur mehr wenig ins Gewicht fällt. Allerdings hat diese Besitzverschiebung der Kriegsanleihe es bewirkt, daß der Anleihemarkt völlig gelähmt und Kriegsanleihe unverwertbar geworden ist.

Aber inzwischen wird der Vermögensabgabe eine andere Funktion zugesprochen: Sie soll dem Staate Vermögensmassen zuschieben, die er im Ausland verwerten kann, ihm Sachwerte übereignen, die dem ausländischen Kapital die reale Sicherheit bieten, ohne die es ihm nichts leiht. Aus dem Staat als „Kapitalisten", der aus dem Reichtum der Wirtschaft kraft seines Miteigentumsrechtes unbegrenzte Summen schöpft, um die soziale Wohlfahrt zu begründen, ist der Staat als Bettler geworden, der sein Letztes verpfändet, um ein Stück Brot für seine Bürger zu erlangen. Wenn Goldscheid diese Naturalabgabe noch immer als — wenigstens partielle — Verwirklichung seiner Ideen ansieht, so tut er sich unrecht. Sie ist nicht nur in der Tendenz, sondern auch in der Sache etwas wesentlich anderes, als was ihm vorgeschwebt ist. In der Tendenz: Denn die Verpfändung alles Aktienbesitzes und allen Grund und Bodens für das tägliche Brot bedeutet die Bankerotterklärung, die ja durch Einführung seines „Staatskapitalismus" vermieden werden sollte; und in der Sache: Denn ein Staat, der seinen Bürgern Vermögensstücke abnimmt, um sie ausländischen Kapitalisten zu übereignen, entfernt sich vom sozialistischen Ideal viel weiter, als je der kapitalistische Staat vor und im Krieg davon entfernt war.

Fragt sich noch, ob selbst dieser bescheidene Zweck erreicht werden kann. Im alten Österreich hat es 1913 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 4378 Millionen gegeben, das sich durch Kapitalserhöhungen und neue Gründungen im Krieg bisher auf

Digitized by Google

rund 6 Milliarden erhöht haben mag. Davon entfällt allenfalls die Hälfte auf Unternehmungen, die in Deutschösterreich ihren Betrieb haben und zur Vermögensabgabe wirksam herangezogen werden können. Aber selbst von dieser Hälfte wird der weitaus größere Teil von den Wiener Banken repräsentiert. Das Aktienkapital der deutschösterreichischen Industriegesellschaften dürfte nicht weit über 1 Milliarde hinausgehen. Von diesen aber ist wieder nur der kleinere Teil an der Börse notiert. Das ist deshalb von Belang, weil ihre Bewertung für Steuerzwecke nicht nach dem Börsenkurs, sondern nur unter Berücksichtigung des Ertrages erfolgen kann, somit die Wertübertreibungen der Börse im Gesamtergebnis stark zu korrigieren geeignet ist. Nehmen wir den durchschnittlichen Wert all dieser Aktien mit 500% an, so würden die Industrieaktien einen Steuerwert von 5 Milliarden Kronen erreichen, die 15%ige Abgabe somit dem Staate im ganzen Werte von 750 Millionen übereignen. Dieser Betrag mag sich allenfalls durch die erzwungene Umwandlung von privaten Unternehmungen in Aktiengesellschaften auf 1 Milliarde Kronen aufrunden. Auf diesen geringen Betrag beschränken sich die „Sachwerte", die dem Staate aus der Vermögensabgabe nach dem Gesetz zufließen können. Und davon ist noch ein beträchtlicher Teil weder im Inland noch im Ausland verkäuflich oder als Kreditunterlage brauchbar. Denn die zahlreichen kleineren Gesellschaften, die selbst der inländische, geschweige denn der ausländische Kapitalist kaum dem Namen nach kennt und zu deren Beurteilung ihm die Stütze des Börsenkurses fehlt, können bestenfalls als Dividendenquelle dem Staatssäckel dauernd bescheidene Einkommen bringen.

Größere Beträge kann somit nur die objektive Besteuerung der Banken abwerfen. Aber wo ist hier

Digitized by Google

die „Naturalabgabe"? Gewiß, die Banken sind ihrerseits wieder an Industrieunternehmungen, nicht nur deutschösterreichischen, sondern auch nationalstaatlichen beteiligt oder sie haben Forderungen an solche. Aber sie haben daneben, und zwar zu einem sehr beträchtlichen Teil ihrer Aktiven, der in der Regel über das eigene Kapital hinausgeht, direkte und indirekte Forderungen an den Staat, während ihre Gläubiger (Einleger und Kreditoren) zu sehr großem (bei manchen zum überwiegenden) Teil Angehörige der Nationalstaaten sind und daher Anspruch darauf erheben, ihre einmal in österreichischen Kronen geleisteten Einlagen in den höherwertigen Währungen des alten und neuen Auslandes zurückzuerhalten. Daß der Kredit der Wiener Banken im In- und Ausland glücklicherweise intakt ist und es hoffentlich trotz dem Friedensvertrag bleiben wird, ändert nichts an der Tatsache, daß ihre Aktien reine Kreditpapiere sind, hinter denen wenig „Sachwert" steht. Obligationen, die von einzelnen Banken oder Bankengruppen ausgegeben würden, müßten daher mindestens im gleichen Grade dem Ausland kreditwürdig erscheinen wie Gratisaktien, die zugleich eine Verwässerung des Kapitals darstellen und die für den Kredit einer Bank maßgebende Rentabilität des Institutes schmälern. Das widerlegt auch nicht der Umstand, daß sich an einzelnen Banken ausländisches Kapital beteiligt hat. Wenn wir vom Fall der Länderbank absehen, der seine Besonderheit durch das Vorhandensein eines alten französischen Interesses erhält und eine Rechtsminderung der inländischen Aktionäre mit sich bringt, so handelt es sich in allen Fällen um eine Interessenahme, bei der nicht der Aktienerwerb, sondern die dadurch gewonnene Möglichkeit der sonstigen Betätigung des Auslandskapitals in Deutschösterreich die Hauptsache bildet. Dazu ist es

Digitized by Google

für die ausländischen Interessenten aber notwendig, daß mit der Aktienübernahme ganz bestimmte anderweitige Vereinbarungen verbunden werden, die der Aktienbesitz nur sichert oder verstärkt. Daß das Ausland spekulativ größere Posten von Bankaktien erwirbt, wie es Industrieaktien aufkauft, ist bisher nicht wahrzunehmen.

Ebensowenig taugt schließlich die Steuerhypothek auf Grund- und Hausbesitz für die ausländische Kapitalsbeschaffung. Die Hypothek, die als Sicherstellung für den 48-Millionen-Dollar-Kredit auf die Forste gelegt werden sollte, hätte einen anderen Charakter gehabt. Mit ihr wäre zugleich den Auslandsgläubigern der Ertrag der Forste verhaftet worden, der an sich ein Ausfuhrgut darstellt. Das kommt bei landwirtschaftlichem Besitz natürlich gar nicht in Betracht. Man kann nicht ernstlich daran denken, in natura einen Teil des Bodenertrages im Ausland zu verwerten, während zugleich ein ständiger aufreibender Kampf gegen die Hungersnot im Innern geführt werden muß. Somit muß dem Gläubiger der Zugriff auf das Pfandobjekt selbst offen stehen, wenn es ihm vermehrte Sicherheit bieten soll. (Denn die Abgabeleistung in Kronen ist dem Staat ohnehin durch ein gesetzliches Pfandrecht gesichert.) Kann der ausländische Gläubiger davon Gebrauch machen? Kann etwa eine Massenversteigerung von Bauerngütern zugunsten ausländischer Kapitalsgläubiger auch nur einen Augenblick erwogen werden? Und wenn nicht, wie kann die Abgabehypothek als Pfandunterlage für das Ausland dienen? Das Verhältnis zwischen einer Hypothekenbank und einem Hypothekarschuldner ist im Wesen verschieden davon. Der Kredit, den ein solches Institut einem einzelnen Grundbesitzer gewährt, bleibt als solcher die Unterlage für eine darauf gegründete be-

Digitized by Google

grenzte Pfandbriefemission. Wird die Schuld zurückgezahlt, so vermindert sich der Pfandbriefumlauf (indem ein entsprechender Betrag zur Verlosung gelangt), wird der Schuldner säumig, so kann sein Gut versteigert werden. Der Valutagläubiger aber kann durch die Rückzahlung seiner Kronenschuld nicht befriedigt werden, und die Unterdeckung seiner Forderung etwa durch ein Sinken des Kronenkurses nicht dadurch verhindert werden, daß an Stelle der Kronenschuld des Abgabeschuldners der „wertbeständige" Sachwert seines Grundbesitzes tritt.

Die teilweise Objektivierung der Vermögensabgabe ändert somit nichts wesentliches an ihrer Stellung im Aufbauprozesse des Staates. Sie bedeutet weder eine Sanierung seiner inneren Finanzsituation, noch erleichtert sie in nennenswertem Maße die Kreditbeschaffung im Ausland. Aber sie ist ein notwendiger Anfang, die Vorbedingung nicht der Sanierung, sondern der zeitweiligen Lebensrettung dieses Staates. Wirkungslos und vergeblich, wenn sie isoliert bleibt oder nur von Steuermaßnahmen nach altem Rezept begleitet wird, wirkungsvoll, wenn sie den notwendig gewordenen Umbau der Staatswirtschaft einleitet.

Digitized by Google

Digitized by Google

DAS FINANZSYSTEM DES SOZIALEN STAATES

Digitized by Google

Digitized by Google

Die Vermögensabgabe ist die größte und schwerste Aufgabe, der sich der moderne Steuerstaat bisher unterzogen hat. Ob er noch imstande ist, sie technisch zu bewältigen, wird die Zukunft lehren. Seine Rettung wird die Abgabe kaum mehr bewirken. Es hat sich gezeigt, daß die Vermögensabgabe das große Sanierungswerk nicht mehr ist, als das sie während des Krieges unter den damaligen Verhältnissen angesehen werden mußte. Sie hätte das Finanzproblem des Krieges mit einem kühnen Schlag lösen und die Schuldabwälzung so weit durchführen sollen, daß die staatliche Finanzwirtschaft nachher sich nicht mehr wesentlich von der vor dem Krieg unterschieden hätte, daß die staatsfinanziellen Folgen des Krieges zum größten Teil aus der Welt geschafft gewesen wären und eine geschwächte Menschheit ihre volle Kraft dem Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft hätte widmen können. Das ist aus Gründen, die bereits entwickelt wurden, nicht mehr möglich. Die Finanzminister sehen sich nach neuen Steuerquellen um und es fehlt nicht an Vorschlägen, die freilich alle von auffälliger Verwandtschaft sind. Der Steuerstaat hat seine Möglichkeiten erschöpft, ohne daß auch nur der Anfang einer wirklichen dauernden Gesundung sichtbar wäre. Wir sehen von England ab, dessen wirtschaftliche und soziale Eigenart von jeher die staatliche Finanzwirtschaft auf andere Bahnen geführt hat als die des europäischen Kontinents. Am schlimmsten

Digitized by Google

steht es unter den Siegerstaaten mit Frankreich, von dessen „ordentlichen" Erfordernissen von 18 Milliarden bisher erst 9½ Milliarden durch Steuern bedeckt sind, und das als einzige Bedeckung seines „außerordentlichen" Budgets von 22 Milliarden, in dem sich auch die Pensionen und die Kosten des Wiederaufbaues der zerstörten Provinzen finden, nur die Hoffnung auf die deutsche Kriegsentschädigung besitzt. Viel energischer ist bisher Italien vorgegangen. Aber auch Italien ist einer wirklichen Lösung seines wirtschaftlichen Problems nicht viel näher gekommen als es vorher war. Denn inzwischen ist auch der Lirekurs in Zürich auf 34 gesunken und das zieht für Italien in schwächerem Maße, aber mit fühlbarer und unentrinnbarer Gewalt dieselben Folgen für Staatshaushalt und Volkswirtschaft nach sich, die Deutschland wie Deutschösterreich und die andern Nachfolger der alten Monarchie an sich erfahren haben und täglich neu erfahren. Man weiß schließlich, mit welcher Energie Deutschland an die Beseitigung des Defizits bereits geschritten ist. Der Reichsfinanzminister Herr Erzberger hat noch einen Reichsbedarf (ohne die noch nicht aktuell gewordene Entschädigungsschuld) von 17·5 Milliarden Mark aufgestellt und für ihn die Steuerdeckung gefunden. Aber seit der Beschlußfassung über die Steuergesetze ist die Mark auf ein Viertel ihres damaligen Tiefstandes gesunken und mit der schwebenden Schuld wächst trotz allem Steuerradikalismus das Defizit im Reichsetat ins Ungeheure.

Wir dürfen schon heute die Voraussage wagen, daß mit den landläufigen Rezepten der Steuerpolitik und Finanzwirtschaft, mögen sie sich durch welche Modifikationen immer als neu und eigenartig geben, in keinem kontinentalen europäischen Staat, der an diesem

Digitized by Google

Krieg teilgenommen hat, das staatswirtschaftliche Problem zu lösen sein wird. Denn dieses Problem ist so lange unlösbar, als es nicht allgemein in seinem besonderen Wesen erfaßt wird, so lange, als man eben die internationale staatswirtschaftliche Krise, die der Krieg zurückgelassen und die nur in besonders schwerer und entarteter Form in Deutschland und vor allem in Deutschösterreich auftritt, als Finanzkrise betrachtet und als solche zu heilen versucht. Was man bisher in den europäischen Staaten dazu unternommen hat, sind Heilungsversuche an Symptomen, und zur Deutung dieser Symptome haben oberflächliche Analogien scheinbarer geschichtlicher Vorbilder dienen müssen.

So wird namentlich in Deutschösterreich allzu häufig das Schicksal der Finanzexperimente des Schotten John Law zitiert. Es war die typische Spekulationskrise mit künstlicher Geldschöpfung. John Law wollte die Finanzkrise, in der der französische Staat vor allem dank der verschwenderischen Hofhaltung Louis XIV und des Regenten Philipp von Orleans schwebte, durch Ausgabe von Papiergeld und Aktien zur Ausbeutung der nordamerikanischen Staatsländereien beheben. Die Ähnlichkeit zwischen jenen Ereignissen und den heutigen Verhältnissen reicht nicht weiter, als daß damals und heute viel Papiergeld ausgegeben wurde und daß jene wie diese Geldschöpfung durch staatliche Konsumbedürfnisse veranlaßt war. Aber damit ist auch die Analogie zu Ende. Denn abgesehen davon, daß die Lawschen Ideen in ihrer ursprünglichen Konzeption gar nicht so falsch und absurd waren, als der nachträgliche Ausgang des Abenteuers es vermuten läßt, und dieser Ausgang hauptsächlich durch die zügellosen Anforderungen einer ausschweifenden Regierung verschuldet wurde, handelte es sich bei Law um eine Krise, die keineswegs aus der wirtschaftlichen Entwicklung entstanden und daher auch in keiner

Digitized by Google

Weise durch den Zustand der französischen Volkswirtschaft bedingt war, sondern um ein geniales Finanzexperiment, dessen Verwirklichung nur in einer Atmosphäre völliger Verantwortungslosigkeit, wie sie das herrschende Frankreich der Regentschaft umgab, versucht werden konnte. Die Krise der Staatsfinanzen selbst war durch dieses Experiment verschärft, aber nicht verursacht worden. Ihre Ursachen, die übermäßige Verschwendung des Hofes und die Unzulänglichkeit der staatlichen Steuertechnik, waren ganz unabhängig von den besonderen Methoden der Geldwirtschaft und sie wirkten nach dem Zusammenbruch der Lawschen Gründungen fort, bis sie die große Revolution beseitigte. Die „Assignatenwirtschaft" der Revolution bietet mehr Anhaltspunkte für einen Vergleich mit den heutigen Verhältnissen. Die Revolutionsregierung, die 1790 mit der mäßigen Ausgabe von 400 Millionen Francs Papiergeld begonnen hatte, steigerte in den Jahren 1794—96 zur Deckung ihres Finanzbedarfes den Notenumlauf bis auf 45 Milliarden, bis schließlich anfangs 1796 der Kurs der Assignaten auf 1% gesunken war und sie im Februar desselben Jahres außer Kurs gesetzt wurden. Nur dem Grad, nicht dem Wesen nach unterschied sich davon die österreichische Finanzkrise, die im zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts zweimal zum Staatsbankrott führte. In all diesen Fällen — das muß mit aller Schärfe erkannt werden — hat es sich um rein finanzielle Krisen gehandelt. Der Staat war aus Nachlässigkeit oder technischem Unvermögen nicht imstande, die Mittel zur Erfüllung seiner friedlichen und kriegerischen Ausgaben anders als durch Geldausgabe zu beschaffen. Dieses Unvermögen war gewiß gesteigert durch vorhergehende Kriegs- und Revolutionswirren, die in Frankreich im Anfang der Neunzigerjahre einen starken Produktionsausfall bewirkt und

Digitized by Google

auch in Österreich eine Produktions- und Absatzstockung hervorgerufen hatten. Aber weder in Frankreich noch in Österreich hat der Zustand der Volkswirtschaft die Finanzkrise verursacht. Da wie dort hätte der Zustand der Volkswirtschaft an sich die Herstellung des Gleichgewichtes zwischen staatlichen Ausgaben und Einnahmen gestattet, wenn die Verwaltung des absolutistischen, größtenteils noch naturalwirtschaftlichen Staates und die Methoden des damaligen Steuerstaates den durch Krieg und Revolution sprunghaft gestiegenen staatlichen Bedürfnissen genügt hätten. Hatte doch die französische Nationalversammlung das ganze alte französische Steuersystem zerstört und dem Staat nach den herrschenden physiokratischen Grundsätzen allein die Grundsteuer gelassen. Und bei der damaligen Struktur der Volkswirtschaft konnten die Wirkungen der staatlichen Finanzkrise gar nicht in die Tiefe und Breite wirken. Der naturalwirtschaftlich organisierte Teil der französischen und österreichischen Volkswirtschaft — er war der weitaus größte und ausschlaggebende — bekam sie überhaupt kaum zu spüren, das Finanzkapital stand dem Staat sowohl wie der Produktion noch isoliert gegenüber, hatte noch nicht mit einem Netz von Kreditorganisationen die ganze Wirtschaft überdeckt und sich in sie organisch und unausscheidbar eingefügt. Industrie und Handel waren noch wenig entwickelt und vor allem in schwacher Abhängigkeit vom Schicksal der staatlichen Finanzen. Daß uns aus dem Paris der großen Revolution und des Assignatenkrachs Ereignisse überliefert sind, die an manches Erlebnis unserer Tage erinnern, daß man mit unwirksamen Höchstpreisen der Teuerung beizukommen suchte, die einseitige Bereicherung einer dünnen Kapitalistenschichte die Erbitterung des Volkes weckte und die radikalsten

Digitized by Google

Maßnahmen erzwang, daß die Teuerung Hungersnot hervorrief u. dgl. mehr, darf uns nicht über den fundamentalen Unterschied jener Vorgänge von den heutigen hinwegtäuschen. In Frankreich gab es gewiß übergenug Brot, um die großstädtischen Massen zu ernähren. Aber es fehlte die administrative Möglichkeit seiner Heranschaffung, die Möglichkeit eine reine Geldkrise durch Verwaltungsmaßnahmen zu bekämpfen. Davon ist in der gegenwärtigen Not keine Rede. Die Technik des Steuerstaates ist so hoch entwickelt wie je und sie wird ergänzt und gestützt durch die hoch entwickelte Technik des öffentlichen Kredits. Und das unterscheidet die heutige internationale Krise von einer zweiten Gruppe von Krisen, den sogenannten Kreditkrisen, wie sie im Ausgang des 18. Jahrhunderts England und Hamburg, und nach der Beendigung der Napoleonischen Kriege 1815 und 1825 wieder England*), in den Dreißigerjahren des 19. Jahrhunderts Amerika durchzumachen hatte, wie sie 1857, 1873 halb Europa, in den Achtzigerjahren dank der Tätigkeit von Bontoux Frankreich erschütterten. Das Eigenartige und Beispiellose der gegenwärtigen Situation ist die völlige Intaktheit des öffentlichen und privaten Kredits bei gleichzeitigem Zusammenbruch der Währung und des Produktionsapparates. Nirgends ist es bisher zu einer nennenswerten Zahlungseinstellung gekommen, Staat, Banken, Industrie und Handel haben ihre Verpflichtungen pünktlich erfüllt und treten nach wie vor als Kreditwerber im größten Stile auf. Die Staatsanleihen, auch der Staaten mit tiefst gesunkener Wäh-

*) Die englische Krise, die die napoleonischen Kriege heraufbeschworen hatten, war in ihrer Wurzel gleichfalls wesentlich eine Finanzkrise, deren Wirkungen freilich wegen der Kontinentalsperre mit ihrer Erschwerung des Rohstoffbezuges und des Absatzes das Ganze der in rascher Umgestaltung befindlichen englischen Wirtschaft erfaßten.

Digitized by Google

rung, notieren relativ und absolut sehr hoch, Kreditinstitute und Industriefirmen genießen praktisch unbegrenzten Emissionskredit.

Von dieser Tatsache hebt sich die Diagnose des gegenwärtigen Problems der Staatswirtschaft scharf ab. Das Wesen der Finanzkrise ist daran zu erkennen, daß sie mit finanziellen Mitteln zu beseitigen ist. Tilgt der Staat in irgend einer Weise sein Defizit, stellt er die Ausgaben neuer überschüssiger Noten ein, vermeidet er eine übermäßige Verschuldung, dann ist die Krise behoben. Ist das heute der Fall? Nehmen wir an, der Staat gelange dahin, in Deutschösterreich (dieses hier nur als das drastischeste Beispiel des gleichartigen internationalen Problems genommen) durch eine scharfe Erhöhung der Steuern und durch eine Einschränkung der staatlichen Ausgaben das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen. Dann wäre das staatswirtschaftliche Problem nur um sehr weniges seiner Lösung näher gekommen. Denn der Zwang, das physische Existenzminimum an Nahrung und Kleidung aus dem Ausland zu beziehen, ohne es mit den Erzeugnissen der eigenen Produktion bezahlen zu können, würde doch das Land immer tiefer in die Schuld des Auslandes bringen, den Wert seiner Währung im Ausland immer tiefer senken und damit das mühsam hergestellte Gleichgewicht im Staatshaushalt immer wieder sofort über den Haufen werfen. Die weitere Vermehrung der Notenausgabe ist gewiß mit allen Mitteln zu verhindern. Wenn es gelänge, würde trotzdem die Sistierung der Notenvermehrung nur so weit auf die Wechselkurse zurückwirken können, als dadurch keine künstliche Kaufkraft mehr geschaffen würde, die imstande wäre, Überflüssiges auch zu den teuersten Preisen zu erwerben. Aber über die Tatsache, daß der erwachsene Mensch täglich 3000 Kalorien Nahrung zu sich nehmen muß, um nicht

Digitized by Google

zu verhungern, kommt man mit keiner finanztechnischen Maßnahme hinweg und eine wesentliche Beeinflussung der auswärtigen Kurse kann von der Verstopfung aller Inflationsquellen so lange nicht erhofft werden, als das Gros der Wareneinfuhr nicht aus Überflüssigem, sondern aus Notwendigem besteht und als diese Einfuhr ohnehin zu Preisen vor sich geht, die weit über den inländischen stehen, — was allein schon die Unmöglichkeit einer Erklärung der schlechten Wechselkurse aus der Noteninflation, aber auch die Paradoxie der Angleichung des Inlandpreises an das Weltmarktniveau dartut, die nur der Gesamtbevölkerung und auch dem Staat weit höhere Lasten aufbürdet, als er durch seinen Rückzug von der Preisregelung wichtiger Marktgebiete zu ersparen glaubt.

Aber der ganze Streit ist müßig, ob das durch Noten gedeckte Defizit des Staatshaushaltes die schlechten Wechselkurse oder umgekehrt die schlechten Wechselkurse das Defizit zur Folge haben: Die Wahrheit ist, daß beides — der Tiefstand der Währung wie die unzulängliche Deckung der staatlichen Erfordernisse — nur zwei verschiedene Erscheinungsformen einer dritten allzu wenig beachteten Tatsache sind — der Unzulänglichkeit des wirtschaftlichen Apparates, des Mißverhältnisses zwischen Produktion und Verbrauch. Das ist das internationale Problem, geschaffen durch fünf Jahre Krieg, Verwüstung, Blockade, durch den Mord von 10 Millionen blühender Menschenleben, durch Verstümmelung von Dutzenden weiterer Millionen, durch die Demoralisierung einer Welt, in der durch fünf Jahre das Moralgesetz auf den Kopf gestellt war, aber auch durch die Vernichtung von Produktionsstätten, durch die Verwahrlosung der geschonten, durch die Entkräftung des Bodens, kurz durch

Digitized by Google

ein Ereignis, das in der geldwirtschaftlich durchorganisierten Welt ohne Beispiel steht und das selbst wieder in den zurückgebliebenen Ländern Mittel- und Osteuropas die letzten Reste der Naturalwirtschaft zerstören half — indem es die letzten Winkel der Wirtschaft dem Eingriff des Staates erschloß. Die Besonderheit der Lage des deutschösterreichischen Staates besteht nur erstens in der katastrophalen Größe jenes Mißverhältnisses und zweitens in seinem immanenten organischen Unvermögen, jenes Mißverhältnis aus sich heraus zu überwinden (was die in früheren Zusammenhängen gegebene Darstellung der deutschösterreichischen Wirtschaftsbilanz zu zeigen versucht hat).

Indes hat die Schwächung der wirtschaftlichen Produktivkräfte ihre eigenartigen und komplizierten Wirkungen. Kaum zwei Jahre nach dem Abschluß des blutigsten Krieges, nach einer Periode der schwersten Verwüstung fruchtbarster und industriereichster Bezirke Europas, in einer Zeit, da noch kaum die ärgsten Güterverluste und Zerstörungen gutgemacht sind und Europa immer tiefer in Armut und Elend versinkt, bietet die Welt den Anblick einer Krise, die alle Anzeichen einer Überproduktion trägt.*) Die Arbeit in den Investitionsgewerben stockt, während es an Wohnungen fehlt, die Textilfabriken schränken ihren Betrieb ein, während ungezählte Millionen kaum die notdürftigste Kleidung besitzen, Schuhfabriken brechen unter der Last ihrer unverkäuflichen Lager zusammen, während Millionen Menschen barfuß gehen. Überproduktionskrisen der Vergangenheit traten im Gefolge von Perioden der Hochkonjunktur ein, folgten

*) Die folgenden Ausführungen bis Seite 244 wurden während der Drucklegung des Buches eingefügt.

Digitized by Google

einer Überschätzung der Aufnahmsfähigkeit des Marktes, einer allzu raschen Ausdehnung des Produktionsapparates. Keine von diesen Voraussetzungen ist heute gegeben. Keine Hochkonjunktur, sondern eine Zeit stärkster Produktionseinschränkung an den Gütern des bürgerlichen Verbrauchs, keine Ausdehnung, sondern eine weitgehende Zerstörung des Produktionsapparates ist vorausgegangen und die Wirkungen der Krise beschränken sich keineswegs auf die Staaten, die selbst am Krieg teilgenommen haben. Immer stärker und bedrohlicher erfaßt sie die so lange glücklich gepriesenen, im Krieg unermeßlich bereicherten neutralen Staaten und greift auf Amerika über, das über die gigantische Kraft zu verfügen schien, das ganze Europa aus seinem Elend zu befreien. Wir lesen, daß die Stadt Bern vor der Gefahr der Zahlungsunfähigkeit steht, daß die Schweiz in Amerika eine Anleihe aufnimmt, für die sie 9·1% zahlen muß, daß ihre Spitzen- und Uhrenindustrie zu Arbeiterentlassungen gezwungen wird. Ähnliche Schilderungen einer Absatzkrise kommen aus Holland und den skandinavischen Ländern. Am schwersten scheint davon Deutschland betroffen zu sein, wo die größten Kriegsschäden zu beheben sind, wo die fünfjährige Blockade die größten Güterverluste verursacht hat.

Unerhört wie das politische Erleben der letzten Jahre ist die wirtschaftliche Krankheit, von der die Welt heimgesucht ist. Man sucht die Ursache dieser neuesten Phase der Krise in der Verteuerung der Rohstoffe, im Steigen der Löhne und sonstigen Unkosten, im Nachlassen der Arbeitsleistung, in den hohen Steuern und Tarifen, in zu hohen Handelszuschlägen, in den verzweifelten Währungsverhältnissen und der Passivität des öffentlichen Haushaltes. Aber mit all dem werden nur Symptome der Krank-

Digitized by Google

heit umschrieben, nicht die Krankheit selbst enträtselt, nicht der Widerspruch zwischen gleichzeitiger Überproduktion und Mangel an ein und derselben Ware gelöst. Denn wenn zu seiner Erklärung auf die mangelnde „Kaufkraft" der Bevölkerung hingewiesen wird, so bleibt die Frage unbeantwortet, warum man dann nicht einfach allgemein höhere Löhne und Gehälter zahlt, um die „Kaufkraft" dem allgemein höheren Preisniveau anzupassen. Wenn jeder Arbeiter, der Schuhe braucht, instand gesetzt wird Schuhe zu kaufen, dann kann es keine Absatzkrise in der Schuhindustrie geben, dann haben die Schuharbeiter selbst wieder ausreichenden Verdienst und treten selbst als „kräftige" Käufer anderer Waren auf. Sind es wirklich nur Fehler im Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft, die das notwendige Zwischenglied zwischen Erzeugung und Verbrauch, das angemessene Verhältnis zwischen Preis und Kaufkraft nicht zu schaffen vermag? Oder erklärt sich nicht die gegenwärtige Krise aus dem Gesamtzustand der Volkswirtschaft, gerade aus den Verwüstungen und Vernichtungen des Krieges? Mit anderen Worten: Ist nicht doch gerade die Güterknappheit, an der die Welt leidet, zugleich die Ursache der scheinbaren Überproduktion? Läßt sich nicht der scheinbare Widersinn der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation auf einen sehr einfachen Sinn zurückführen?

Der heutige Markt präsentiert sich überall, vor allem aber in den Ländern, die der Blockade unterworfen waren, in voller Anarchie. Die Teuerung ist allgemein, aber sie ist nach Ländern und Güterarten sehr verschieden stark. Die Gründe dieser Preisanarchie sind bekannt. Sie ist erstens die Folge der tiefen Störungen, welche der Warenmarkt durch den Krieg erfahren hat. In allen Ländern — kriegführenden und

Digitized by Google

neutralen — war der Produktionsapparat zum größeren oder geringeren Teil nicht der Gütererzeugung, sondern der Güterzerstörung gewidmet. Der größte Teil der rüstigen, vollkräftigen Arbeiterschaft war der Produktion mehr als vier Jahre durch den Krieg entzogen und er kehrte nur gemindert an Zahl und Kraft zur Arbeit zurück. Millionen der kräftigsten Männer sind gefallen oder zu Krüppeln oder Siechen geworden. Der Krieg hat überall — natürlich in den blockierten Ländern weit mehr als in den im Weltverkehr verbliebenen — an den Vorräten gezehrt, weil die Produktion dem Verbrauch nicht nachkam. Aber er hat überall auch den Produktionsapparat geschwächt. Der Boden ist entkräftet, in den Gegenden, die Kriegsschauplatz gewesen waren, ist der Anbau jahrelang unterblieben und er wird vielleicht noch jahrelang unterbleiben müssen. Wo angebaut wurde, geschah es vielfach durch weniger geschulte Personen, mit verminderter Sorgfalt, ohne oder mit mangelhaftem Gerät, ohne Dünger, ohne Zugvieh. Der Boden wird Jahre brauchen, bis er seine frühere Fruchtbarkeit wiedergewinnt. Schlimmer noch steht es mit dem industriellen Apparat. Jahrelang war die Investitionstätigkeit ausschließlich auf die Kriegsindustrie beschränkt, mußten aus Arbeiter- und Materialmangel die notwendigsten Reparaturen und Nachschaffungen unterbleiben, verfielen Gebäude und Einrichtungen. Und der Krieg hat die reichsten Industriegebiete Westeuropas unmittelbar heimgesucht und vernichtet. In der ganzen Welt ist die industrielle Produktion scharf gesunken. Die monatliche Kohlenförderung ist in England von 1913 auf 1919 von 24·3 auf 19·7, in den Vereinigten Staaten von 43·1 auf 41·2, in Deutschland von 14·4 auf 9, in Frankreich von 3·4 auf 1·9 Millionen Tonnen zurückgegangen; die Roheisenproduktion in England von 869.000 auf 627.000,

Digitized by Google

in den Vereinigten Staaten von 2·62 auf 2·59 Millionen, in Deutschland von 1·07 Millionen auf 525.000, in Frankreich von 434.000 auf 250.000 Tonnen. Dafür ist das monatliche Handelspassivum in England von 11·1 auf 55·8, in Frankreich von 5·2 auf 70·2, in Italien von 3·8 auf 37·8 Millionen Pfund Sterling gestiegen, während Amerika 1919 einen Ausfuhrüberschuß von 69·8 gegen 12 Millionen vor dem Krieg erzielt hat. Die Teuerung aber beträgt im gleichen Zeitraum in den Vereinigten Staaten 203, in England 235, in Frankreich 358, in Italien 366%. Aber auch der Schiffsverkehr hat sich stark vermindert, obwohl die Tonnage der Welt bereits um einige Millionen größer ist als vor dem Krieg. In englischen Häfen liefen 1919 im Monatsdurchschnitt bloß 2·46 gegen 4·09 Millionen Tonnen vor dem Krieg, in amerikanischen 3·89 gegen 4·44, in französischen 1·90 gegen 2·88 Millionen Tonnen ein*) und der Lähmung des internationalen Schiffsverkehrs, die ihre Wirkungen in die entferntesten Gegenden der Erde ausstrahlt, entspricht eine noch viel schwerere Lähmung des kontinentalen Transportwesens. Ungezählte Tausende von Waggons wurden im Krieg zertrümmert und abgenützt, die Lokomotiven ungenügend oder mit schlechtem Ersatzmaterial repariert, über ihre normale Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen, mit minderwertiger Kohle geheizt, Schienen und Oberbau vernachlässigt. Dazu ist das dichte und feine Netz internationaler Transportbeziehungen zerrissen, die komplizierte zwischenstaatliche Verkehrsorganisation, die in Jahrzehnten vor dem Krieg ausgebaut worden war, ist zerstört und muß mühsam

*) Diese Daten sind dem monatlichen statistischen Bulletin entnommen, das jetzt der Oberste Wirtschaftsrat in London herausgibt.

Digitized by Google

wieder eingerichtet werden. Diese Tatsachen, die sich jede Betrachtung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse immer wieder ins Bewußtsein rufen muß, haben den Grund zu der internationalen, in den kriegführenden und zumal in den blockiert gewesenen Kontinentalstaaten besonders weit gediehenen Preisanarchie gelegt.

Ihre Steigerung erfuhr und erfährt sie durch den Zusammenbruch der großen europäischen Währungen. Die internationale Währung, von der heute wieder naive Gemüter schwärmen, war vor dem Krieg bereits Wirklichkeit geworden. Seit der russischen und österreichischen Valutareform hatten alle größeren europäischen Wirtschaftsmächte konsolidierte Währungen, stabile Wechselkurse, war die Valuta als Faktor der Preisbestimmung fast in Vergessenheit geraten. Der Krieg hat Europa auch darin um ein Jahrhundert zurückgeworfen und es ist heute noch nicht abzusehen, wann, auf welchem Weg und an welchem Ziel wieder ein Zustand erreicht sein wird, der als normal gelten darf. Vorläufig stehen alle kriegführenden Staaten vor einem ungelösten Finanzproblem, lasten auf ihnen Budgetdefizit und Auslandsschuld, wächst fortwährend die Notenflut, in der schließlich die europäische Wirtschaft vollends zu versinken droht. Die Erscheinung an sich ist international, aber im Grade des Übels bestehen zwischen den einzelnen Ländern ungeheure Unterschiede, und da sich die Wirkungen der finanziellen Mißwirtschaft auf verschiedenen Marktgebieten derselben Wirtschaft selbst wieder in verschiedenem Grade und zu verschiedenen Zeiten äußern, gleichzeitig aber die Unterschiede der nationalen Volkswirtschaften wirksam sind, unterliegt die internationale Preisbildung ständig den schwersten Störungen, können sich stabile Preisbeziehungen innerhalb der Volkswirtschaft

Digitized by Google

und im internationalen Verkehr überhaupt nicht herausbilden.

Dazu kommen drittens die Einflüsse der kriegs- und übergangswirtschaftlichen Maßnahmen des Staates auf die Preisbildung, der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, Beschlagnahmen, Preisfixierungen, die zumal im Lebensmittelverkehr einen freien Markt bisher überhaupt nicht entstehen lassen und innerhalb derselben Volkswirtschaft für dieselbe Ware nebeneinander die größten Preisunterschiede in Geltung lassen. Zweck und Notwendigkeit dieser staatlichen Eingriffe sollen in diesem Zusammenhang nicht weiter erörtert werden, aber es muß daran erinnert werden, daß, von allem anderen abgesehen, die Friedensverträge die Wiederkehr der freien Wirtschaft unmöglich machen, daß diese oder jene Bindungen so lange in Kraft bleiben müssen wie die Friedensverträge selbst. Zwangslieferungen von Kohle, Rohstoffen und Fabrikaten, naturaler Wiederaufbau weiter zerstörter Landstriche und Finanzierung einer Kriegsentschädigung von beispielloser Höhe sind mit einem freien Spiel der internationalen wirtschaftlichen Kräfte unvereinbar, erzwingen die tiefsten Eingriffe in den Markt, die in der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt denkbar sind, wofern diese die Wirkungen des Krieges und der Friedensverträge zu überstehen vermag. Vorläufig freilich sind die nächstbeteiligten Staaten noch weit davon entfernt, gerade dieses Problem in seiner grundsätzlichen Tragweite zu erkennen, was leider die praktische Auswirkung der immer von neuem entstehenden Schwierigkeiten nicht suspendiert, sondern nur ihre wirksame Bekämpfung erschwert oder vereitelt.

Seit dem Waffenstillstand lassen sich bisher im allgemeinen drei Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung erkennen. Die erste ist charakterisiert durch

Digitized by Google

einen erst langsamen, später immer stärker beschleunigten Sturz der Valuten. Sie dauert bis in die ersten Monate des laufenden Jahres und erreicht ihren Tiefpunkt bei einem Markkurs von 4¾ und einem Kronenkurs von 1·40 in Zürich. Die Ursachen dieser Bewegung sind bekannt: Politische und soziale Erschütterungen, ungeheures Anwachsen des Importbedarfes der ausgehungerten Volkswirtschaften, wachsende Zerrüttung der öffentlichen Finanzen, schwerste Stockungen des Produktionsprozesses. Aber parallel damit entfaltet sich gerade daraus eine täuschende wirtschaftliche Scheinblüte. Die Preissteigerung überstürzt sich und wirft mit der wachsenden Inflation den Warenbesitzern Geldgewinne in den Schoß, die ein Vielfaches der größten Kriegsgewinne ausmachen. Es ist die Zeit des allgemeinen Ausverkaufs. Das Ausland mit höherwertiger Valuta benützt den mit dem Kurssturz wachsenden Abstand der Preisniveaus, um in Ländern mit minderwertiger Valuta aufzukaufen, wessen es habhaft werden kann, Gebrauchs- und Kapitalsgüter, Häuser, Aktien, Schmuck und Stiefel. Die Reaktion dagegen setzt von zwei Seiten ein. Die wachsende Ausfuhr, nicht so sehr der Erzeugnisse einer eingeschränkten Produktion als der letzten aus dem Krieg erhaltenen Bestände, sowie von Wertpapieren, bringt die Entwertung der Valuten zum Stillstand, die wachsende Teuerung im Innern infolge der fortschreitenden Entblößung des Marktes und der stärkeren Notenvermehrung treibt Löhne und sonstige Gestehungskosten in die Höhe, so daß sich bei ungenügender Ausnützung des vorhandenen Apparates die Spannung zwischen In- und Auslandspreis ständig vermindert und schließlich auf zahlreichen Marktgebieten überhaupt verschwindet. Es ist die zweite Phase der Entwicklung, die etwa im Februar dieses Jahres ein-

Digitized by Google

setzt und bis Ende Juni dauert. Die mittel- und westeuropäischen Währungen erholen sich beträchtlich von ihrem Tiefstand, aber zugleich weicht der Ansturm der Käufer einer immer weiter um sich greifenden industriellen Stagnation. Die Aufträge bleiben aus, die Ausfuhr stockt, die Lager wachsen und die Kosten steigen fort. Im Juli setzt die dritte Phase der Entwicklung ein: Ein neuerlicher unaufhaltsamer Rückgang der Valuten hat als natürliche Reaktion der vorhergehenden Entwicklungsphase begonnen. Aber seine Begleiterscheinungen können nicht mehr dieselben sein, wie während des Entwertungsprozesses in der zweiten Hälfte des vorigen und im ersten Viertel des heurigen Jahres. Denn der Ausverkauf kann sich nicht wiederholen, weil die alten Lager geräumt sind, und die großen Gewinne der industriellen Produktion nicht, weil Löhne und Kosten bereits im gleichen Schritt oder noch rascher wachsen als die Warenpreise. Und ihrer Steigerung wirkt die industrielle Stagnation auf dem Weltmarkt entgegen, der erste Warenhunger nach dem Waffenstillstand und der Aufhebung der Blockade ist gestillt und zur völligen Sättigung mit Waren fehlt der Welt — die Kaufkraft.

Und hier stehen wir an dem Punkt, dessen theoretische Aufklärung eben versucht werden soll. Was hat sich im Innern der Wirtschaft unter dem Einfluß der Faktoren, die wir oben skizziert haben, verändert? Bei allgemeiner Güterknappheit stufen sich die Preise nach der Wichtigkeit und Dringlichkeit des Bedarfes ab. Die Einschränkung trifft zuerst das Überflüssige und dann das Entbehrliche, das minder Notwendige muß dem Unentbehrlichen weichen. Sehen wir von der besonderen Nachfrage des kriegführenden Staates ab — der mit einer von ihm selbst geschaffenen unbegrenzten Kaufkraft zu unwirtschaftlichen Zwecken

Digitized by Google

eine unwirtschaftliche Nachfrage nach Gütern des Kriegsbedarfes entfalten und (in gewissen Grenzen) den Wettbewerb der privaten Nachfrage gewaltsam ausschalten konnte — so mußten die Preise für Lebensmittel stärker steigen als die für industrielle Gebrauchsgegenstände, an denen ein gewisser Vorrat vorhanden war, diese wieder stärker als die Preise von wirtschaftlich notwendigen Vermittlungsleistungen (die normalen Provisionen im Bankwesen und Handel, die Tarife der Verkehrsanstalten, Inseratentarife der Zeitungen usw.), diese wieder stärker als die Preise von Gegenständen des geistigen Genusses (Bücher, Zeitschriften, Theater) usw. Und parallel damit vollzieht sich eine entsprechende Differenzierung der Arbeitseinkommen. Infolge der schlechteren Gesamtversorgung der Volkswirtschaft bleiben allgemein bei steigenden Geldlöhnen die Reallöhne hinter den vor dem Krieg üblichen immer weiter zurück. Aber im einzelnen schichten sich Gehälter und Löhne in ähnlicher Weise wie die Preise der Güter und Leistungen. Der Landarbeiter, der zum größten Teil in Naturalien entlohnt ist, kann seinen Lebensstand der Vorkriegszeit fast vollständig aufrechterhalten, der Metallarbeiter und der Monteur sind besser entlohnt als der Textilarbeiter, dieser besser als der Buchdrucker, die gesamte Arbeiterschaft relativ (d. h. im Verhältnis zur Vorkriegszeit) besser als die Angestellten und unter diesen wieder der Ingenieur und der Bankbeamte relativ besser als der Staatsbeamte, dieser besser als der Journalist, der Schauspieler, Orchestermusiker usw. Diese Differenzierung ist nicht das Ergebnis eines Parteidiktats oder der klassenmäßigen Ausbeutung der politischen Macht, sondern einer grausamen, aber unabwendbaren und fürs erste unabänderlichen wirtschaftlichen Situation.

Digitized by Google

Mit anderen Worten: Die Entlohnung der einzelnen Glieder der Volkswirtschaft, die sich als ihre Kaufkraft darstellt, ist nichts anderes, als die ökonomische Wertschätzung, die die Gesellschaft auf Grund eines gegebenen Bedürfnis- und Versorgungsstandes der Volkswirtschaft ihren Leistungen beimißt. ‚Der Geldausdruck, den diese Schätzung findet, ist nur ein Symbol. Nicht nur im Verkehr mit dem Ausland, sondern auch zwischen den Angehörigen der einzelnen Volkswirtschaft tauscht sich immer Ware oder Leistung gegen Ware oder Leistung. Das Geld ist nichts als ein Glied der Vermittlung zwischen den wirtschaftenden Individuen. Eine willkürliche Erhöhung des Geldeinkommens einer einzelnen Gruppe von Wirtschaftern vermag nichts an der gesellschaftlichen Wertschätzung ihrer volkswirtschaftlichen Leistung im Verhältnis zu anderen volkswirtschaftlichen Leistungen zu ändern und muß immer wieder, so lange sich nicht Bedürfnisskala und Versorgungsstand der Volkswirtschaft ändern, zu einer entsprechenden Erhöhung der Geldeinkommen der anderen Gruppen führen. Die Besserung, die mit der Erhöhung der Geldeinkommen angestrebt wird, erweist sich daher immer wieder sehr bald als Illusion. Die Umwertung der wirtschaftlichen Werte hat sich in allen kriegführenden Ländern, wenngleich, wie erwähnt, in verschiedenem Umfang und Grade vollzogen, je nach dem Umfang und Grad ihrer Verarmung an Gütern.

Aber dieser Umwertungsprozeß vollzieht sich in Wirtschaften, die aus der Zeit vor dem Krieg einen Produktionsapparat von ganz bestimmter, auf eine andere Bedürfnisskala und einen anderen Versorgungsstand eingerichteter Gliederung besitzen, einen Produktionsapparat, der zu einem übermäßig großen Teil auf die Hervorbringung von Überflüssigem und

Digitized by Google

Entbehrlichem, auf die Befriedigung von Luxus- und Kulturbedürfnissen eingerichtet ist, die sich nur eine so reiche Wirtschaft leisten konnte, wie sie vor dem Krieg bestand. Dieser Apparat ist geschwächt und gestört, aber er ist im wesentlichen in seinem Gefüge unverändert und er strebt nach Betätigung. Er hat zum weitaus größten Teil die Menschen festgehalten, die ihn vor dem Krieg betrieben und die nach dem Krieg in ihm ihr früheres Unterkommen fanden. Und die Ingangsetzung und Erhaltung dieses Apparates gelang in einer Wirtschaftsordnung, in der nicht ein Wirtschaftsplan, sondern das individuelle Gewinnstreben die Richtung der wirtschaftlichen Tätigkeit bestimmt und in der dieses Gewinnstreben durch die vorübergehenden Wirkungen der Inflationskonjunktur und Katastrophenhausse, der ungesunden Einkommenverschiebungen, die gerade aus der Not des Ganzen herkamen, getäuscht wurde. Die Banken unterhalten heute mehr Beamte als vor dem Krieg, aber sie sind weder imstande diese im Verhältnis zur allgemeinen Preissteigerung höher zu entlohnen, noch auch nur die jetzigen Gehälter aus dem laufenden Geschäft zu bestreiten. Aber Börsenhausse, Liquidation und das Anschwellen der Umsätze infolge der Geldentwertung häufen die ihnen obliegende Arbeitslast. Die Addition von sechs Kolonnen erfordert doppelt so viel Zeit wie die von dreien, ohne daß der volkswirtschaftliche Nutzeffekt dieser Leistung gewachsen wäre. Und was von diesem Musterfall eines minder produktiv gewordenen Riesenapparates gilt, gilt mutatis mutandis von all den Erzeugungsstätten entbehrlicher Waren, gilt von Theatern, Konzertsälen, Kinos, Kaffeehäusern usw. Sie alle beschäftigen ebensoviel oder mehr Menschen als vor dem Krieg, aber bei der geänderten Bedürfnisskala der Gesellschaft und dem knappen Versorgungsstand

Digitized by Google

der Wirtschaft entfällt auf sie für die Dauer ein viel geringerer Teil des vorhandenen Gütervorrates. Erhöhen sie die Preise für ihre Erzeugnisse oder Leistungen, so hat dies sofort eine scharfe Einschränkung des Verbrauches zur Folge, während eine ähnliche Preiserhöhung von notwendigen Industrieerzeugnissen oder gar von Lebensmitteln in einer knapp versorgten Wirtschaft eine solche Einschränkung nur in weit geringerem Maße und nur bis zu einer bestimmten Untergrenze zur Folge hat — bei der das physiologische Existenzminimum unterschritten wird.

Die Struktur des aus der Vorkriegszeit stammenden Produktionsapparates steht im Widerspruch mit den geänderten Wertschätzungen der knapp gewordenen Güter einer verarmten Volkswirtschaft. Das ist die Lösung des scheinbaren Widerspruches zwischen gleichzeitiger Überproduktion und Unterversorgung. Die Schuhfabriken — um bei diesem drastischen Beispiel zu bleiben — können ihre Schuhe nicht absetzen, weil die Schuherzeugung nicht an sich, d. h. im Verhältnis zum gegebenen Schuhbedarf, wohl aber im Verhältnis zu den gleichwertigen, d. h. bei gegebenem Versorgungsstand der Volkswirtschaft gleichgeschätzten Erzeugnissen oder Leistungen zu groß ist. Die vormals vorhandene Verhältnismäßigkeit der Gliederung und Leistungen der Volkswirtschaft ist geschwunden, ein in diesem Umfang beispielloses Ereignis der modernen Wirtschaftsgeschichte.

Der einstmals wohlhabende Mittelstand ist das Symbol der heutigen Volkswirtschaft. Er wohnt noch in prächtigen Räumen mit künstlerisch gefertigtem Hausrat, aber zum Mittagstisch ist Schmalhans Küchenmeister. Er erfreut sein Auge an den Bildern, die die

Digitized by Google

Wände seiner Wohnung bedecken, und erholt sich in weichgepolsterten Fauteuils, aber er geht mit zerrissenen Kleidern und Schuhen an die Arbeit. So schleppt die heutige Volkswirtschaft einen gewaltigen Aufwand zur Hervorbringung des Überflüssigen und Entbehrlichen mit sich, während es am Unentbehrlichen fehlt, und die Erweiterung der Produktion von notwendigen und daher höher geschätzten Gütern scheitert gerade daran, daß der Apparat, der dem Überflüssigen und Entbehrlichen dienen soll, trotz der niedrigen Preise, die er für seine Güter und Leistungen erzielt, trotz des geringen Güteranteils, den er daher seinen Angehörigen zugänglich machen kann, ein zähes und nur in einem furchtbar schmerzlichen Prozeß überwindbares Beharrungsstreben zeigt. Es handelt sich eben nicht um leblose Dinge, sondern um lebendige Menschen, und es ist ein sonderbares Schauspiel, daß sich gerade wirtschaftsliberal denkende Kreise, die den einzelnen Menschen grundsätzlich ohne den Schutz der Gemeinschaft dem Kampf der wirtschaftlichen Kräfte preisgeben, zur künstlichen Erhaltung des Unhaltbaren verbünden.

Die Wirkungen dieses Mißverhältnisses zwischen der Güterarmut und der überkommenen Struktur des Produktionsapparates beschränken sich nicht auf die verarmten Volkswirtschaften, sondern greifen — wie erwähnt — international auf alle Teilnehmer an der Weltwirtschaft über. Keine Volkswirtschaft ist vor dem Krieg autark gewesen. Sie alle waren eingegliedert in das dichte Netz des internationalen Verkehrs, das jede Produktions- oder Bedarfsänderung, die an irgend einem Punkt der Erde eintrat, sofort in die Wirtschaft aller Länder weiterleitete und dort Produktion, Absatz und Preise bestimmte. Deutschland, England, Frankreich, die Vereinigten Staaten arbeiteten ebenso nach

Digitized by Google

den Gesetzen, die der Bedarf fremder Länder vorschrieb, wie die Schweiz, Holland oder Skandinavien. Und sie alle waren auf die überfeinerten Bedürfnisse einer mit den notwendigen Gütern gesättigten Kulturwelt eingerichtet. Auf alle wirkt daher die Verarmung der Welt und der ihr aufgezwungene Verzicht auf Luxus und Behagen zurück. Die Schweiz setzt ihre Spitzen und Uhren, Frankreich seine Luxusautomobile und seinen Champagner, Italien seine Seidengewebe nicht mehr ab, so lange ihre früheren Abnehmer hungern, in zerschlissenen Kleidern herumgehen, in abgenutzten Waggons reisen, in überfüllten Häusern wohnen müssen. Und Amerika sucht vergeblich Abnehmer für seine Baumwolle, Argentinien und Australien für ihr Getreide und Vieh, so lange ein übermäßig großer Teil der europäischen Menschheit in überflüssiger und daher wertlos gewordener Arbeit sich betätigt. Sie alle werden unter den schwersten menschlichen und wirtschaftlichen Opfern zur Umstellung ihres Produktionsapparates gezwungen sein, bis die Wunden, die dieser Krieg der Menschheit geschlagen hat, vernarbt sind, bis ein Wohlstand wieder erreicht ist, der ihr wieder den Luxus und den materiellen Aufwand gestattet, an den sie sich in den Jahrzehnten vor dem Krieg gewöhnt hat.

Ob diese Umstellung des Produktionsapparates aller Länder gelingt, ob sie nicht die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die diesen Apparat geschaffen hat, sprengen muß, weil sie gegen die sozialen Umwälzungen, die diese Umschichtung verursachen muß, keinen Damm aufzurichten vermag, das ist die Schicksalsfrage, vor der sich die Welt am Ausgang eines jetzt bereits sechs Jahre währenden Krieges gestellt sieht. An diesem Problem wird erst der ganze Wahnsinn einer Siegerpolitik offenbar, die blind und

Digitized by Google

fühllos ist gegen die Interessensolidarität, die alle Völker der internationalen Kultur- und Verkehrsgemeinschaft verbindet. Für die sozialen Zuckungen, in denen das Elend und die Ohnmacht Europas um Ausdruck ringen, haben sie den nichtssagenden Sammelbegriff des Bolschewismus übrig, dessen „Irrlehren" sie mit Gewehren und Handgranaten bekämpfen, da sie nicht erkennen, daß sie selbst den Boden bereiten, der immer wieder solche „Irrlehren" hervorbringen muß. Wenn in Deutschland und Deutschösterreich von der Solidarität Europas gesprochen wird, so gilt ihnen das nur als Finte der Besiegten, um sich den Pflichten der Friedensverträge zu entziehen. Aber die Sieger werden die Folgen ihrer Politik sehr bald am eigenen Leibe verspüren. Und wehe der Menschheit, wenn sie zu spät erkennen, was sie angerichtet haben!

Die Formen und Mittel der Staatswirtschaft haben sich in der Geschichte immer den jeweiligen Zwecken des Staates anpassen müssen. Der naturalwirtschaftliche Staat des Mittelalters hat seine Mittel aus dem Domanialbesitz des Landesfürsten geschöpft, der deshalb ausreichte, weil auch heute uns als primär erscheinende Staatsaufgaben den Feudalherren überlassen waren. Der Grundherr hielt Gericht und verwaltete die Angelegenheiten seiner Hintersassen und ebenso wurden die Mittel zur Kriegführung dadurch aufgebracht, daß die Vasallen, die ins Feld rückten, ihre ganze Ausrüstung für sich und ihre Mannen selbst beistellten. Erst mit der Überwindung des Lehnwesens durch die Geldwirtschaft beginnt der Staat regelmäßige Steuern einzuheben und mehr und

Digitized by Google

mehr die wichtigsten allgemeinen Funktionen an sich zu ziehen. Rechtsprechung und Verwaltung werden allmählich verstaatlicht, eine eigene Bureaukratie aus staatlichen Mitteln in unmittelbarer Abhängigkeit vom Landesherrn gebildet. Aber die Steuerhoheit des Staates entwickelt sich ganz langsam im harten Kampfe mit den Landständen. Sie sind es, die von Fall zu Fall dem Staate die Mittel bewilligen, und dies nur, wenn der Landesherr nachweist, daß seine eigenen Einkünfte, der Ertrag der Regalien, nicht ausreichen. Die Stände übernehmen feste Quoten, die sie auf ihre Untertanen und untereinander aufteilen, ohne daß der Staat darauf unmittelbaren Einfluß üben könnte. Die Stände sind es, die die Steuern einheben und verwalten. Erst dem absolutistischen Territorialstaat des 17. und 18. Jahrhunderts gelingt es, den Ständen die Steuerhoheit zu entreißen. Er behält zwar zunächst die Steuertechnik und die Steuerformen des Ständestaates bei, aber die Auffassung des Steuerwesens ändert sich. Die Gleichsetzung von Herrscher und Staat (L'état c'est moi) mit ihrer Vermischung der Hof- und Staatswirtschaft, aber auch von dynastischen und staatlichen Geldbedürfnissen macht die Steuerzahlung zur allgemeinen Untertanenpflicht, die freilich bis zur großen Revolution durch vielfache Privilegien für Adel und Klerus durchbrochen bleibt (während sie im Ständestaat fallweiser Übereinkunft zwischen Landesfürst und Ständen vorbehalten war). Aber der absolutistische Staat des 18. Jahrhunderts legt bereits die Wurzeln des modernen Steuersystems und er gestaltet es immer weiter aus, je rascher der staatliche Aufwand, sei es durch die Kosten der Hofhaltung, sei es durch die immerwährenden Kriege, aber auch durch die ersten Aufgaben des „Wohlfahrtsstaates" anwächst.

Digitized by Google

Seine heutige Form erhält der Steuerstaat erst mit dem Sieg des Verfassungsgedankens und mit der allmählichen Demokratisierung der zivilisierten Staaten. Die Ideen der Gerechtigkeit und der Allgemeinheit der Steuer, die Durchdringung des Steuersystems mit sozialpolitischen Gedanken, vor allem aber der Ausbau des technischen Apparates der Steuereinhebung und Verwaltung sind erst dem modernen Verfassungsstaat eigentümlich.

Bei aller Verschiedenheit im einzelnen weist er überall eine weitgehende Übereinstimmung seiner Funktion auf. Der Staat sorgt für die Landesverteidigung, er besorgt die äußere Politik, er besorgt die Rechtsprechung und die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern, er sorgt für die Volksbildung (in den höheren Stufen unmittelbar, in den unteren durch die Gemeinde) aber er fördert nur ganz nebenbei durch unterstützende oder schadenabwehrende Maßnahmen die Wirtschaft. Staatswirtschaft und private Produktionswirtschaft bleiben grundsätzlich in scharf getrennten Sphären. Die Teilnahme des Staates am Ertrag der Volkswirtschaft stört den Ablauf des Prozesses der Produktionsentwicklung und der Einkommensverteilung noch relativ wenig; die Kosten des Staatshaushaltes verschlingen — trotz des riesigen Anwachsens der Wehrausgaben in den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Krieg — nur einen relativ bescheidenen Bruchteil des Nationaleinkommens. Der Staat beschränkt sich darauf, die Produktionswirtschaft in ihrer Betätigung zu unterstützen — durch Handelsverträge, durch handelspolitische oder verkehrspolitische Maßnahmen, durch Konsulate, durch die Förderung gewisser wirtschaftspolitischer Institutionen — oder Auswüchse und soziale Schäden des Konkurrenz-

Digitized by Google

kampfes einzudämmen — durch Kartellgesetze, Sozialversicherung, Beaufsichtigung des Bank- und Börsenwesens und dergleichen mehr.

Der Krieg hat das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft von Grund auf verschoben. Das selbständige Nebeneinander von Staat und Wirtschaft hat aufgehört. Der Staat ist zum erstenmal mit der ganzen Fülle und mit der ganzen Brutalität seines Machtanspruches gegenüber seinen Bürgern aufgetreten. Er hat sein primäres Existenzrecht gegenüber seinen Bürgern nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich geltend gemacht. Er hat nicht nur zum erstenmal mit der prinzipiell seit Jahrzehnten anerkannten und gesetzlich festgelegten allgemeinen Wehrpflicht Ernst gemacht, er hat auch zum erstenmal die ganze Wirtschaft in seinen Dienst gezogen. Er hat Produktion und Verbrauch geregelt, den ganzen wirtschaftlichen Verkehr seiner Kontrolle unterworfen, dafür aber auch die Sorge für die Erhaltung seiner Bürger übernommen. Er hat alles, was an Gütern vorrätig war oder produziert wurde, hat den ganzen Produktionsapparat, die Kredit- und Handelsorganisationen in den Dienst der Kriegführung gestellt, aber er hat sich auch der Sorge um die Ernährung des Volkes durch Aufbringung und Zuteilung bestimmter Rationen, durch Festsetzung von Höchstpreisen usw. unterzogen.

Es ist in unserem Zusammenhang ganz unerheblich, wie man diese Tatsachen wertet, ob sie als nützlich oder verderblich erscheinen. Darin besteht heute wohl Übereinstimmung, daß unter den gegebenen Umständen die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen als solche im allgemeinen notwendig gewesen sind, so sehr sie im einzelnen verfehlt gewesen sein mögen. Man kann die Unterjochung des Individuums durch den

Digitized by Google

Staat beklagen, kann die ganze Staatsauffassung, die diesen Krieg vielleicht überhaupt erst möglich gemacht hat, verwerfen — als geschichtliche Tatsache ist sie nicht aus der Welt zu schaffen, und so lange der Staat als solcher nicht nur als Selbstzweck betrachtet wird, sondern auch über die Machtmittel verfügt, sein eigenes Dasein auch gegen die individuellen Interessen seiner Bürger zu behaupten, wird er von diesen Machtmitteln Gebrauch machen und sich durch keinerlei ethische oder wirtschaftspolitische Gründe, die aus einer staatsfremden oder staatsfeindlichen Sphäre abgeleitet sind, davon abhalten lassen.

Aber mit jener vollständigen Durchdringung der Wirtschaft, mit der Unterjochung der privaten Lebenssphäre seiner Bürger hat der Staat selbst sein Wesen gewandelt. Die Bedeutung der prinzipiell grenzenlosen Ausdehnung der staatlichen Zwecke durch den Krieg kann nicht leicht überschätzt werden. Die Spuren des Kriegserlebnisses sind im allgemeinen Denken nicht mehr auszulöschen, und wie stark es nachwirkt, ist an der Intensität der auf die Umgestaltung der sozialen Ordnung gerichteten Kräfte ebenso zu erkennen wie an der Intensität der liberal-individualistischen Auflehnung gegen weitere Eingriffe des Staates in die Wirtschaft. Die einen sind von einem Glauben an die Allgewalt des Staates erfüllt, von der nur der richtige Gebrauch gemacht werden müßte, um alle Not und alles soziale Unrecht zu beseitigen. Für die Unzulänglichkeit der Ausrüstung des heutigen Staates zu dem gewünschten Zweck sind sie blind. Die andern wieder fühlen nur die Hemmung und den Zwang und deshalb dünkt sie jede Beeinträchtigung ihrer individuellen Handlungsfreiheit durch einen organisierten Gemeinwillen ein Unheil. Beide Auffassungen führen bei all ihrer scharfen Gegensätzlichkeit auf die gleiche irrtüm-

Digitized by Google

liche Anschauung vom Werden und Wesen des Gemeinschaftslebens zurück. Der radikale Sozialist und der radikale Individualist gehen in gleicher Weise nicht vom konkreten Bedürfnis des Augenblicks, sondern von der abstrakten Idee aus. Die alte innere Verwandtschaft der beiden Strömungen — Marx ist nur der letzte bedeutendste Ausläufer der klassischen individualistischen Nationalökonomie — tritt hier wieder besonders sinnfällig in Erscheinung. Und weil beide Tendenzen abstrakt-rationalistisch sind, vergewaltigen oder vernachlässigen sie notwendige und unüberwindliche Elemente der politischen und wirtschaftspolitischen Willensbildung. Der Individualist ist blind für die ganz reale, vom Individuum unabhängige Kraft des Gemeinschaftswillens, der radikale Marxist für die Psychologie des wirtschaftenden Individuums. Die einen glauben den staatlichen (oder nationalen) Macht- und Lebenswillen, die andern den individuellen Eigennutz, den Willen zur freien Entfaltung der Persönlichkeit wegdiskutieren zu können (wobei freilich der landläufige Individualismus auch nur immer an die Persönlichkeit des Unternehmers, nicht an die des Arbeiters und Angestellten denkt, die ihm in der Regel nur als unpersönliche Mittel zum Zweck erscheinen).

Aber die Geschichte verläuft nicht nach konstruierten Theorien. Sie erhält ihren starken ständigen Antrieb immer aus der Not der Stunde. Von all denen, die in den blockierten Ländern, also vor allem in Deutschland und Österreich-Ungarn, aber allmählich auch in den alliierten Staaten Schritt für Schritt den Bereich der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit der einzelnen zugunsten staatlich-militärischer Zwecke einschränkten, hatte kaum einer vor dem Krieg grundsätzlich zu den soziologischen Fragen, die das Ver-

Digitized by Google

halten des Staates aufwirft, überhaupt Stellung genommen, vielleicht überhaupt sie als solche gekannt. Weitaus die meisten Anordnungen wurden improvisiert, entsprangen keinem vorbedachten Plane und suchten schlecht und recht einem bald da, bald dort zutage tretenden Mangel abzuhelfen. Was diese Art von Kriegswirtschaft — um diesen etwas schiefen Ausdruck beizubehalten — von vornherein zum Scheitern verurteilte, waren hauptsächlich zwei Momente: Das eine der Mangel an geeigneten Organen für die Durchsetzung des staatlichen Willens. Es war ein nur durch die Not entschuldbares und erklärbares Experiment, den ungeheuer feinen und komplizierten Organismus der Wirtschaft der Herrschaft von wirtschaftlich ungeschulten und unerfahrenen Verwaltungsbeamten auszuliefern. Der Staat war verwaltungstechnisch auf die Aufgabe, der er sich unterzog, ebensowenig vorbereitet wie geistig. Das zweite, vielleicht noch wichtigere Moment aber war der unlösbare innere Widerspruch zwischen Krieg und Wirtschaft. All die Maßnahmen und Organisationen, die sich im Laufe der Jahre durchzusetzen versuchten, waren ihrem innersten Wesen nach wirtschaftsfeindlich, denn ihr Zweck war die Ermöglichung des Krieges, die Unterordnung der privaten Bedürfnisse unter die Bedürfnisse des bedrohten Staates, die Ausschaltung der individuellen Motive der Wirtschaft zugunsten der unwirtschaftlichen Motive des Staates; sie wollten die wirtschaftliche Produktion in den Dienst nicht des Aufbaues, sondern der Zerstörung stellen, da der Krieg nicht Lebensförderung, sondern Lebensvernichtung bedeutet. Das hat die Allgemeinheit im Krieg selten begriffen. Wie oft mußte man den Vorwurf zu hören bekommen, daß eine Ware vom Markt verschwände, sobald

Digitized by Google

sie in die öffentliche Bewirtschaftung einbezogen werde. Natürlich, denn dieses Verschwindenmachen war ja mit der oberste Zweck der öffentlichen Bewirtschaftung. Es sollten und mußten die geringen Vorräte an Kleider- und Wäschestoffen, an Häuten und Leder, an Fetten und Metallen dem privaten Verbrauch entzogen, der private Verbrauch gedrosselt oder ganz unmöglich gemacht werden, weil all diese Waren dem militärischen Verbrauch vorbehalten wurden. Die Öffentlichkeit hat mit ganz richtigem Instinkt den kriegführenden Staat als etwas Wirtschaftsfeindliches empfunden, sie hat nur irrigerweise das Hauptgewicht auf den „Staat", nicht auf das „Kriegführen" gelegt.

Das Zerstörungswerk des Krieges ist zu Ende, aber geblieben sind die Zerstörungen: Die vernichteten und geschwächten Produktionsanlagen, die aufgezehrten Lager, der entkräftete Boden, und geblieben ist eine geänderte soziale Machtverteilung und damit auch eine geänderte Auffassung von den Aufgaben der im Staate organisierten Gemeinschaft. Mit dem Aufhören des Zustandes der Abwehr eines äußeren Feindes ist die soziale Kehrseite der wirtschaftsorganisatorischen Maßnahmen des Krieges allein und in ihrer ganzen Reinheit übriggeblieben. Vor allem — das ist entscheidend — hat der Staat die Volksernährung als seine Funktion anerkannt. Er ist es, der die Lebensmittel aus dem Ausland einführt und sie an die Bevölkerung verkauft, der die Rationen zumißt, die Preise bestimmt, und da zumal mit der gesetzlichen Festlegung der Wohnungsmiete der weitaus größte Teil des Einkommens auf die Ernährung aufgeht, so bedeutet das nicht weniger, als daß der weitaus größte Teil des Volkseinkommens seinen Weg durch die Kassen des Staates nimmt. Die Abhängigkeit der

Digitized by Google

privaten Lebenshaltung von den wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates ist vollständig geworden, aber damit auch das finanzielle Erfordernis des Staates ins Ungemessene gestiegen: Auch das wieder nicht das Ergebnis irgend eines vorgefaßten wirtschaftspolitischen Planes, sondern einfach ein zwingendes Gebot der Stunde. Denn weil und solange ein krasses Mißverhältnis zwischen volkswirtschaftlicher Produktion und Einkommen einerseits und volkswirtschaftlichem Verbrauch anderseits besteht, würde die Freigabe des wirtschaftlichen Verkehrs die physische Preisgabe von Hunderttausenden von Menschen bedeuten. Das wäre der Weg des Ausgleiches und der „Anpassung" gewesen, den der liberale Staat in West- und Mitteleuropa vor hundert Jahren gegangen wäre, der sich ja in kritischen Lagen der Wirtschaft leichtmütig auf solche Weise geholfen hat. Man hat die „Armen" eingesperrt oder gehängt — ein Mittel, das der demokratisch-soziale Staat auch wohl nach den Ansichten orthodoxer Manchestermänner heute kaum mehr praktizieren könnte und das vor allem nur um den Preis der völligen Vernichtung von Kultur und Wirtschaft praktikabel wäre, weil der bloße Versuch der Preisgabe der wirtschaftlich Schwachen die Anarchie heraufbeschwören würde; ein Mittel, zu dessen Durchsetzung aber dem Staate auch jede Macht fehlt, weil — nicht zuletzt infolge der sozial-organisatorischen Entwicklung während des Krieges — mit der Revolution Staat und Volksgemeinschaft zum erstenmal in der Geschichte identisch geworden sind. Die Krise des Steuerstaates hat nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine soziale Wurzel. Wenn Schumpeter in seiner „Krise des Steuerstaates" die Behauptung aufstellt, daß niemals Volkswirtschaft und Staatshaushalt eine wirklich einheit-

Digitized by Google

liche „Staatswirtschaft" gebildet haben,*) so zeigt der heutige Zustand, daß unvollkommen, aber unverkennbar und in allen wesentlichen Ansätzen diese Einheitlichkeit nunmehr vorhanden ist. Und wenn er, der eine Krise des Steuerstaates leugnet, an dem Übergang vom Feudalstaat zum Steuerstaat zeigt, daß „hier in der Klarheit eines Schulbeispiels das vorliege, was wir unter einer Krise eines Finanzsystems verstehen: Augenfälliges unentrinnbares, dauerndes Versagen infolge tiefer, unabänderlicher sozialer Veränderungen",**) so lassen sich all diese Kriterien an dem Elend, das das kontinentale Europa und in besonders schwerer Form Deutschösterreich durchmacht, mit aller Deutlichkeit nachweisen.

Es ist, so weit wir sehen können, bisher unbeachtet geblieben, wie tief das englische Steuersystem und zumal die englische income tax im Wesen der englischen Demokratie verankert ist. Es ist dasjenige Steuersystem, das mit einem Minimum an staatlicher Zwangsgewalt ein Maximum an finanziellem Erfolg erzielt. Der Staat tritt dem Bürger der Demokratie auch nicht als Steuerherr feindselig gegenüber, er macht den freien Bürger vielmehr selbst zum Vollstreckungsorgan des staatlichen Willens. Der zähe, aufreibende, demoralisierende und doch für den Staat immer aussichtslose Kampf zwischen der Steuerbureaukratie und den Steuerschuldnern, zwischen Staat und Volk ist in seiner kontinentalen Form dem Engländer fremd und in seinem Wesen wahrscheinlich unbegreif-

*) Vgl. Schumpeter: „Die Krise des Steuerstaates", Seite 61, Anm. 2.

**) A. a. O., S. 16.

Digitized by Google

lich. Daß der Staat in irgend einer seiner essentiellen Lebensäußerungen als etwas Fremdes, Feindseliges, außerhalb seiner Bürger Seiendes empfunden wird, ist der tiefste denkbare Widerspruch gegen das Wesen der Demokratie. Aber es ist gewissermaßen der kontinentaleuropäische Normalzustand. Der Staat hat eben bisher nie die Volksgesamtheit repräsentiert und ist niemals von ihr repräsentiert worden. Er war eine Angelegenheit der Dynastie, der Armeekreise, der Bureaukratie oder, wie im Westen des Kontinents, der Großbourgeoisie und der ihnen verbündeten Klassen und gesellschaftlichen Kräfte. Das „Volk" aber war sein Widerpart, war Herrschaftsobjekt, Verwaltungsobjekt, Machtfundament. Seinen drastischen Ausdruck hat diese (zumeist unbewußte) Auffassung im alten Österreich in der Gegenüberstellung von „Staatsnotwendigkeiten" und „Volksnotwendigkeiten" gefunden, die während der letzten Jahre vor dem Krieg eine so große Rolle in der inneren Politik spielte. „Obrigkeitsstaaten" in diesem Sinne sind nicht nur die halbabsolutistisch regierten mitteleuropäischen Reiche Deutschland und Österreich-Ungarn, sondern auch die sogenannten Demokratien im kontinentalen Europa (vielleicht mit Ausnahme der Schweiz), vor allem auch das republikanische Frankreich gewesen. Aber Bedingung für die Aufrechterhaltung dieses Staatssystems war die Beschränkung und Begrenzung der staatlichen Funktionen auf bestimmte bureaukratisch zu bewältigende Zwecke, der Verzicht vor allem auf allzu empfindliche Eingriffe in die private wirtschaftliche Sphäre des Staatsbürgers, der Verzicht auf jeden Versuch einer Vergewaltigung seines wirtschaftlichen Eigennutzes, die staatliche Unabhängigkeit von Opfermut und sonstigen sozialen Tugenden seiner Bürger. Wo der Staat die Grenzen dieses Verzichtes überschritt, mußte er sich auf das äußerste

Digitized by Google

bescheiden oder er scheiterte am passiven Widerstand der Bevölkerung. Die allgemeine Wehrpflicht, den zwei- bis dreijährigen Waffendienst seiner männlichen Jugend konnte der Staat vor dem Krieg nur deshalb durchsetzen, weil diese Pflicht praktisch bloß einem relativ ganz kleinen Bruchteil des Volkes auferlegt war, das gesetzliche Rekrutenkontigent überall beträchtlich hinter der Zahl der waffenfähigen Mannschaft zurückblieb. Die Einkommensteuer, die ein analoges wirtschaftliches Opfer bedeutet, hat sich tatsächlich bis zum Krieg fast nirgends im kontinentalen Europa eingelebt, obwohl sie damals in ihren Sätzen niemandem allzu wehe tat und in der Hauptsache nur eine dünne Oberschichte traf, bei der mit ihrem Besitzinteresse auch ein bewußtes, lebendiges Interesse am „Staat" vorausgesetzt werden durfte, dessen „Steuermoral" ihre Elemente der politischen und sozialen Ideologie eben jener Oberschichte entnahm.

Der Staat, den der Krieg umgeformt hat, der Staat, der mit der Verschiebung des Schwergewichts der inneren Macht auf die breiten besitzlosen Massen auch seine Funktion erweitert hat, der Staat, der aus einer Wehrgemeinschaft eine Nährgemeinschaft geworden ist — er stößt sofort auf jene unüberwindlichen Schranken, sobald er seine neuen Aufgaben mit den alten Methoden zu lösen versucht. Die erste Erfahrung, die er dabei macht, ist das völlige Versagen der direkten Steuern und in erster Linie der Einkommensteuer.

Dafür gibt es in der Hauptsache drei Gründe: 1. Der Krieg und seine Folgen haben eine gewaltige Einkommenverschiebung, aber auch eine ebenso gewaltige Einkommennivellierung mit sich gebracht. Jene ist wiederholt beobachtet und dargestellt worden, diese wird fast regelmäßig übersehen. Die Einkommenverschiebung hat die Besitzenden wie die Besitzlosen

Digitized by Google

in gleicher Weise erfaßt. Der alte Reichtum ist entwertet; eine neue Schichte von Reichgewordenen ist hochgekommen. Der Rentner und Eigner jeglichen papierenen Reichtums (auch von Aktien, da die Dividende mit der Geldentwertung nirgends Schritt gehalten hat) ist so weit deklassiert, als arbeitsloses Einkommen nur mehr in den seltensten Ausnahmen auch nur für ein bescheidenes bürgerliches Dasein genügt. Die Gefahr, die in den ersten Kriegsjahren eines der Hauptmotive der finanzpolitischen Einstellung gebildet hat, daß der Krieg das Staatsgläubigerkapital ins Ungemessene steigern und damit eine allzu starke und darum bedenkliche Rentnerschichte zu den Nutznießern der harten volkswirtschaftlichen Arbeit machen würde, ist in ihr Gegenteil umgeschlagen: Auch die Schichte, die jede fundierte Gesellschaftsordnung auf Rentenbezug setzt, die Greise, Witwen und Waisen und — zumal nach dem Krieg — das Heer der Invaliden sind mit ihrem Einkommen weit unter das Existenzminimum gesunken. Die Geldentwertung, die sich erst jetzt seit Kriegsende vollzogen hat, ist zum Vollstrecker einer ungeschriebenen allgemeinen Arbeitspflicht geworden. Die Zahl der Berufstätigen hat aus dem Lager der früheren Rentenbezieher starken Zuzug erhalten, Pensionierte haben ihren Ruhestand mit neuer Berufsarbeit vertauscht, Frauen sind in die Berufstätigkeit eingetreten, die bisher nur einem geschäftigen Müßiggang obgelegen sind, oder stärker mit Haushaltungsarbeiten belastet, weil Dienstpersonal nicht mehr erschwinglich ist. An die Stelle des alten Reichtums sind neue Reichtumschichten getreten. Der Warenbesitzer, der bis zum Krieg seinen Betrieb in der Regel nur mit fremder Kredithilfe führen konnte, der aus der Verwertung seiner Produktion und Lager mühsam und langsam unter vielen Risken sich emporarbeiten mußte und

Digitized by Google

dabei doch zumeist nur eine bürgerliche Lebenshaltung gewinnen konnte, hat seine Schulden zurückgezahlt, ist zum Beherrscher des Marktes geworden und schöpft daraus — von Valutaverlusten abgesehen — Gewinne, die er durch Veranlagung in neuen Waren oder in fremden Valuten zum Teil den Gefahren einer künftigen Entwertung zu entziehen weiß. Wie breit und tief diese Schichte der neuen Reichen ist, wird sich erst beurteilen lassen, bis sich die Verhältnisse an irgend einem Punkt stabilisiert haben. In der Regel wird sie gewaltig überschätzt, weil man an diesen Reichtum noch die Vorkriegsmaße anlegt und weil der Lebensstil dieser neuen Reichtumsschichten Vermögen vortäuscht, die oft gar nicht vorhanden sind: Der mühelose Gewinn verleitet zu verschwenderischem Genießen der Gegenwart unter Vernachlässigung der Vorsorge für die Zukunft. Bedeutsamer als die Besitzverschiebungen sind darum vielleicht die Verschiebungen innerhalb der verschiedenen Arbeitseinkommen: Das Aufkommen privilegierter Arbeiterkategorien in den jeweils von der Kriegs- und Übergangskonjunktur begünstigten Wirtschaftszweigen unter gleichzeitiger Niveausenkung der Arbeiter in den weniger begünstigten (Metallarbeiter, Tischler, Schuster einerseits — Textilarbeiter, Buchdrucker anderseits) und ganz allgemein die scharfe Änderung des Einkommenverhältnisses zwischen Arbeitern und Angestellten.

Und das führt zu der zweiten in unserem Zusammenhang entscheidenden Tatsache, der Einkommennivellierung. Der Aufstieg der Arbeiterklasse und der Abstieg oder Stillstand der Mittelklassen führt sie auf dem gleichen Niveau zusammen. Es gibt heute sicherlich bereits Arbeiterschichten, die besser leben als im Frieden, besonders dort, wo sich das Arbeitseinkommen durch Einnahmen aus dem Schleichhandel und ähnlichen unlauteren Quellen ergänzt. Aber das „bessere"

Digitized by Google

Leben ist doch nur dem Umstand zu danken, daß diese Arbeiter im Frieden nur ihre primitivsten Existenzbedürfnisse — darunter weitaus in erster Linie ihren Nahrungsbedarf — gedeckt haben. Wohnungsaufwand, Kleidungsluxus, Kulturgenüsse sind unbekannt gewesen und sind es bisher geblieben. Daher kommt es, daß der höhere und mühelos gesteigerte Lohn so oft die sinnloseste Verwendung findet, in dem auf Wein, Näschereien, Kino die größten Beträge bedenkenlos verschleudert werden. Die normale Einkommenverwendung ist gestört oder unmöglich gemacht: Man wirft das Geld im Wirtshaus mit vollen Händen hinaus, während und weil die Ergänzung des Hausrates, der Kleidung, die Übersiedlung in eine geräumigere, gesündere Wohnung unterbleiben muß. (Damit soll natürlich in keiner Weise die unverantwortliche Verschwendungssucht, die sich auch in Arbeiterkreisen breit macht, geleugnet oder beschönigt werden, die ihre Wurzel nicht nur an dem übeln Vorbild der neuen Bourgeoisie, sondern auch in der Ungleichmäßigkeit der Einkommenshebung hat. Immer sind einzelne Arbeiterschichten mit ihren Löhnen der allgemeinen Preissteigerung voraus, sie genießen ihren Vorsprung, bis die neue Teuerungswelle sie einholt.)

Auf der anderen Seite sinkt das Bürgertum mit den materiellen Lebensgenüssen, die es noch befriedigen kann, auf die Stufe der Arbeiterschaft hinab. Das findet für die breiten Schichten der Festangestellten seinen Ausdruck darin, daß die Einkommendifferenz zwischen Angestellten und Arbeitern ganz oder größtenteils geschwunden ist, wofern nicht in vielen Fällen das Arbeitereinkommen das des Angestellten, auch des akademisch Vorgebildeten, beträchtlich übersteigt. Aber den Abstieg machen auch breite Massen selbständig Tätiger mit. Einkommen bis K 120.000 und K 150.000

Digitized by Google

(und die entsprechenden Markbeträge) ermöglichen gerade noch einen bescheidenen bürgerlichen Haushalt. Und die Einkommen darüber hinaus sind auch unter den geänderten Geldwertverhältnissen relativ sehr spärlich. Was heute noch einem großen Teil der bürgerlichen Klassen den Anschein größerer Wohlhabenheit verleiht, sind nicht ihre Einkommenverhältnisse, sondern der Genuß einer materiellen Kultur, die den Vorkriegszeiten entstammt: Die bessere, größere Wohnung, die behaglichere Einrichtung, reichlicherer Hausrat, Kunstbesitz, allenfalls ein größerer Bestand an Wäsche und Kleidern, der selbst einen fünfjährigen Krieg überdauert hat. Der wirkliche Stand, bei dem diese Klassen angelangt sind, muß an den Existenzmöglichkeiten der jüngeren Generation abgelesen werden, an dem Ernährungszustand ihrer Schulkinder oder an dem Aufwand, der denjenigen Angehörigen dieser Klassen gestattet ist, die sich jetzt einen Hausstand begründen sollen. Wir hören von einer Hochkonjunktur der Tischler, aber die allerwenigsten sind in der Lage, sich heute eine Wohnung einzurichten, sich eine Kleider- und Wäscheausstattung anzuschaffen, die wesentlich über das hinausgeht, was vor dem Krieg in Arbeiterfamilien üblich gewesen ist. Das wird von den meisten Menschen heute noch als vorübergehender abnormaler Zustand betrachtet und auf diese Hoffnung begründen viele Tausende seit dem Kriegsende ihren provisorischen Hausstand. Die Erkenntnis der wahren Sachlage wird nicht lange ausbleiben: daß die Unerschwinglichkeit alles dessen, was über die Befriedigung des nackten Lebensunterhaltes hinausgeht, nur der Ausdruck unserer vollständigen und langdauernden Verarmung ist. Die gemeinsame Basis, auf der sich die Einkommen von Arbeiterschaft und Mittelstand nivelliert haben, ist das physische Existenzminimum. Seiner Erhaltung

Digitized by Google

und Sicherung wird der wirtschaftliche Kampf der nächsten Jahre allein zu gelten haben.

Daß die neue Einkommensteuer diesen Tatsachen nicht Rechnung trägt, ist der erste Grund, der sie zum Mißerfolg verurteilt. Der Gesetzgeber kann natürlich dekretieren, daß das steuerfreie Existenzminimum bloß K 8000 oder 1500 Mark beträgt, kann es vernachlässigen, daß das tatsächliche Existenzminimum für eine Familie bei den heutigen Preisen bei dem Zehn- bis Fünfzehnfachen liegt. Aber er ruft mit dieser bewußten Mißachtung der wirtschaftlichen Wirklichkeit Widerstände wach, die er niemals zu überwinden vermag: Die Steuern bleiben unbezahlt oder werden trotz aller Verbote überwälzt. Ihre wirtschaftliche Funktion — die Einschränkung des entbehrlichen Verbrauches zugunsten des Staates — kann die Einkommensteuer unterhalb des tatsächlichen Existenzminimums nicht erfüllen.

2. Die Einkommensteuer, die bis auf K 8000 oder 1500 Mark hinuntergreift, ist nicht mehr wie vor dem Krieg die Steuer einer besser gestellten gesellschaftlichen Oberschichte, sondern eine allgemeine Massensteuer. Was das bedeutet, mag daran erkannt werden, daß im alten Österreich vor dem Krieg von 29 Millionen Einwohnern im ganzen 1·7 Millionen oder 6% Einkommensteuer gezahlt haben. Die Verallgemeinerung der Einkommensteuer hat aber eine Wirkung von bisher unermessener Tragweite: Sie vervielfacht im selben Verhältnis, in dem sich die Zahl der Steuerpflichtigen vermehrt, den Widerstand gegen die Steuerbürokratie, gegen den steuerlichen Obrigkeitsstaat. Die Finanzbürokratie, die früher unter dem Beifall und der moralischen Unterstützung der breiten Massen den Kampf gegen eine kleine Minderzahl von Begüterten zu führen hatte, steht mit einemmal dem g a n z e n Volk gegenüber.

Digitized by Google

Das ist schon politisch ein ganz unhaltbarer Zustand, weil es einen Widersinn in sich birgt. Eine Demokratie, in der alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, kann diese Staatsgewalt nicht g e g e n das Volk ausüben. Die direkte Besteuerung war so lange populär, als sie die breiten Massen nichts anging, weil sie „die andern" zahlten. Die Vorliebe für diese Steuerart wird sich sehr rasch verflüchtigen, sobald sie zur eigenen Steuer der Massen wird. Das hat aber auch seine verwaltungstechnischen Folgen. Es ist kaum vorstellbar, wie der Veranlagungs- und Einhebungsapparat einer so differenzierten direkten Massensteuer, wie es die Einkommensteuer ist, gewachsen sein soll. Der Staat will sich dieses Geschäft freilich dadurch vereinfachen, daß er den Arbeitgeber zum Steuereinnehmer macht. Aber damit werden die Schwierigkeiten doch nur teilweise überwunden. Denn es bleibt dabei, daß die Steuerbehörde die Listen der vom Dienstgeber durchgeführten Steuerabzüge zu überprüfen und bei der ungeheuren Zahl der fluktuierenden Arbeiter deren Evidenz zu besorgen haben wird mit all den Komplikationen, die sich daraus in zahllosen Fällen ergeben müssen. Für die große Mehrzahl der Erwerbstätigen bleibt aber die bisherige Art der Veranlagung und Einhebung in Geltung. Die Verallgemeinerung der direkten Steuer bedeutet in Wahrheit die Krise des steuerstaatlichen Machtapparates, das Versagen seines bürokratischen Organismus. Die Demokratie wächst auch auf dieser Seite über den Beamtenstaat hinaus.

3. Die neueste radikale Entwicklung der direkten Steuern setzt sich nicht nur über die verwaltungstechnischen Möglichkeiten des Steuerstaates, sondern auch über die wirtschaftliche Psyche des steuerpflichtigen Volkes unbedenklich hinweg. Eine Einkommensteuer von der Höhe, die sie jetzt im deutschen Mitteleuropa

Digitized by Google

erreicht hat, bedeutet bei subjektiver Veranlagung die schwerste Vergewaltigung des wirtschaftlichen Egoismus der privaten Wirtschaft. Nicht weil sie die „Kapitalsbildung" erschweren und daher objektiv schädlich wären, sondern weil sie die psychischen Grundbedingungen aller Wirtschaft mißachten, sind direkte Steuern in solcher Höhe unhaltbar. Denn sie entwurzeln die politische Moral und unterbinden den Unternehmungsgeist in den Oberschichten — da doch ein gelungener Steuerbetrug am Staate einträglicher wird als ein gelungenes Geschäft — und sie stellen eine unmögliche Zumutung an die minderbemittelten Volkskreise. Nur wenige Familien des Mittelstandes oder der Arbeiterklassen werden allmonatlich einige hundert Kronen für Steuerzwecke beiseite legen wollen und können, wenn ihnen eine gleiche Rücklage für die notwendigsten Anschaffungen an Kleidung, Wäsche und Hausrat — von Kulturausgaben ganz zu schweigen — schon längst unmöglich geworden ist. Daß der Staat im Kampf gegen den wirtschaftlichen Egoismus seiner Bürger immer den Kürzeren zieht, darüber sollte die Erfahrung von fünf Jahren Kriegs- und Zwangswirtschaft hinlänglich belehrt haben*). Jedenfalls aber hat die direkte Besteuerung die äußerste Grenze ihrer Entwicklungsmöglichkeiten erreicht, da ihre Elastizität bereits auf das äußerste angespannt ist. Damit wird ihr begrenzter Wert und ihre begrenzte Wirksamkeit offenbar. Als ein Mittel der staatsfinanziellen Sanierung oder gar als

*) Man weise nicht auf die hohen Sätze der englischen Einkommensteuer hin: Die steuerfreie Einkommengrenze in England liegt unter Berücksichtigung des Geldwertes weit oberhalb der Einkommensbeträge, über die heute selbst der wohlhabende Mittelstand in Deutschösterreich verfügt. Denn selbst das im Krieg herabgesetzte steuerfreie Minimum beträgt in England noch immer 130 £ oder rund K 180.000 nach den geltenden Kursen!

Digitized by Google

eine tragfähige Grundlage für den sozialen Staat der Zukunft kommt sie nicht mehr in Betracht.

Aber die Krise des Steuerstaates beschränkt sich nicht auf die direkten Steuern, sie erfaßt in gleicher Weise auch die anderen Wege der staatlichen Einnahmenwirtschaft. Auch die indirekten Steuern hören auf, ein taugliches Mittel der ausreichenden Geldbeschaffung des verarmten Staates zu sein. Der Massenverbrauch von Gegenständen des notwendigsten Lebensbedarfes ist nicht mehr steuerbar. Gegen seine Besteuerung würden sich die mit der politischen Macht bekleideten Massen mit Recht auflehnen, weil sie nicht nur eine soziale Härte bedeuten würde, sondern weil der heutige Verbrauch an den notwendigsten Waren nicht mehr unterschritten werden kann. Die Zurückhaltung, die sich die Regierung bei der Hinaufsetzung der Zuckersteuer auferlegen muß, bietet ein lehrreiches Beispiel dafür. Eine scharfe Besteuerung einzelner entbehrlicher Massenartikel aber verspricht keinen entsprechenden Ertrag. Ihre unmittelbare Folge wäre eine ebenso scharfe Verbrauchseinschränkung.

Am vollständigsten aber ist die letzte Quelle staatlicher Einnahmen versiegt: Die Staatsbetriebe und Monopole. Ihr Zustand ist bekannt. Sie arbeiten durchwegs mit einem ungeheuren Defizit, das der Staat immer wieder durch rücksichtslose Tarif- und Preiserhöhungen einzubringen versucht. Auch dieses Defizit ist tief im Zustand der heutigen Volkswirtschaft begründet. Der Staat als Monopolist ist Lieferant von Massengütern oder bedient die Bedürfnisse des Massenverkehrs. Überall stößt er bei seinen Konsumenten auf die Schranke des kaum bedeckten Existenzminimums, d. h. jede Preiserhöhung, die er verlangt, wird notwendigerweise vom Verbraucher immer weiter überwälzt, bis die Teuerungswelle an ihren Ausgangspunkt zurückkehrt

Digitized by Google

und sich von da immer von neuem über die Volkswirtschaft ergießt. Dazu kommt aber noch eine Reihe besonderer Umstände. Niemals ist der Staat weniger imstande gewesen, wirtschaftliche Unternehmungen zu betreiben als heute. Als Kriterium der Eignung eines Unternehmens für den öffentlichen Betrieb hat man immer eine gewisse Gleichmäßigkeit und Gleichförmigkeit seines Objektes angesehen. Eine Zeit der vollständigen Revolutionierung aller Betriebsbedingungen, des raschen und ständigen Wechsels des wirtschaftlichen Weltbildes, der jeden Augenblick neue weittragende Entschlüsse erheischt, stellt an den öffentlich-bürokratischen Betrieb unerfüllbare Zumutungen. Rohstoffankauf, Finanzierung, Investitionen, Lohnbemessung, Preiskalkulation — das alles liegt heute so weit ab von den früheren ausgetretenen Bahnen, daß der durch tausend öffentliche Rücksichten gebundene öffentliche Betrieb einfach nicht mehr mitkann.

Damit soll keineswegs der heute von manchen Seiten geforderten Abstoßung der staatlichen Betriebe an das Privatkapital das Wort geredet werden. Sie würde — von allen sonstigen Bedenken ganz abgesehen — dem Staat oder der Gemeinde finanziell wenig nützen. Eine Eisenbahn oder ein Gaswerk im Eigentum einer Privatgesellschaft würden heute den Lohnforderungen ihrer Arbeiterschaft ebenso ohnmächtig gegenüberstehen wie Staat und Gemeinde. Sie müßten die erhöhten Kosten ebenso wie die öffentlichen Körperschaften auf ihre Konsumenten abwälzen oder im Falle eines Konfliktes mit ihren Angestellten schließlich wieder — von Staat und Gemeinde in eigenen Betrieb übernommen werden. Das Aktienkapital einer solchen Gesellschaft, um das sich die Belastung der Öffentlichkeit allenfalls verringern könnte, wenn die betreffende Gesellschaft zunächst zugrunde gerichtet

Digitized by Google

würde, fiele angesichts der Riesensumme, die heute jeder derartige Betrieb verschlingt, überhaupt nicht ins Gewicht. Aber gewiß ist, daß an eine Ausdehnung des öffentlichen Betriebes und daher insbesondere an eine wesentliche Erweiterung der Monopole im Staatsbetrieb kaum zu denken ist. Die Massen stehen heute und in aller absehbaren Zeit unter dem stärksten Antrieb, ihre Lebenshaltung über das physische Minimum, d. h. über das Niveau hinaus, das der allgemeine Zustand der Volkswirtschaft zuläßt, zu heben, während die politische Machtverteilung einen wirksamen Widerstand öffentlicher Körperschaften als Arbeitgeber gegen Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten, gegen die Erzwingung eines Sondervorteiles für eine privilegierte Minderheit des Volkes auf Kosten des Versorgungsfonds der politisch schwächeren Mehrheit des Volkes ausschließt — was nur der undurchsichtige Geldschleier der Öffentlichkeit in seiner brutalen Tatsächlichkeit verhüllt. So ergibt sich die scheinbar paradoxe Konsequenz, daß der soziale und demokratische Staat der Zukunft, dessen wesentliche Aufgabe die gleichmäßige Verteilung des Mangels, die Verhinderung aller Versorgungsprivilegien auf Kosten der allgemeinen Not bildet, die stärkste Sicherung des Privateigentums erfordert, weil dieses allein imstande ist, den Staat von den Entartungen der Demokratie zu schützen, ihm die Autorität der Mittler- und Führerrolle zu bewahren, die ihm der soziale Zweck des Gemeinschaftslebens aufzwingt. Nur unter Preisgabe der Demokratie vermag der soziale Staat auf diesen Selbstschutz zu verzichten: Das ist der Fall des Bolschewismus, der die Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie schließlich notwendigerweise zu einer Diktatur des allmächtig gewordenen Staates über das Proletariat werden läßt und der insbesondere den Zwang an die Stelle des wirtschaftlichen

Digitized by Google

Prinzips setzen muß. Der wahrhaft soziale Staat der Zukunft wird, wenn er Auflösung und Anarchie vermeiden will, andere Wege einschlagen müssen, die den begrifflichen Gegensatz von Bolschewismus und Manchestertum überbrücken.

Drei Grundforderungen sind es, die — nach dem Gesagten — das Staatsleben der Zukunft zu erfüllen, drei Aufgaben, die es zu lösen hat. Die erste ist seine Entbürokratisierung. Die Gleichsetzung von Staat und Volksgemeinschaft hat bisher noch nicht ihren organischen Ausdruck gefunden. Der demokratisierte und sozialisierte Staat der Gegenwart arbeitet noch mit den Organen des alten Obrigkeitsstaates. Das ist natürlich nicht persönlich gemeint. Nicht daß sich die Bürokratie des alten Staates der neuen Ordnung seelisch nicht oder nur schwer anpaßt, daß sie ihr zum Teil feindlich gesinnt ist, steht in diesem Zusammenhang zur Frage, sondern daß die bürokratische Organisation des Staates als solche dem neuen Inhalt des Staatslebens, seinen ungeheuer erweiterten Zwecken nicht mehr angemessen ist. Das mehr oder weniger klare Bewußtsein dieser Tatsache (neben der soziologisch auf die gleichen gesellschaftlichen Veränderungen zurückführenden Krise des Parlamentarismus) hat die „Rätebewegung" ausgelöst, die bis weit in die konservativen Kreise hinein Verständnis und Anhang gefunden hat. (Die Forderung der gegenrevolutionären Berliner Putschregierung nach einer „Kammer der Arbeit" bestätigt das in überraschender Weise.) Nachdem der bürokratische Apparat bei der Durchführung der Zwangswirtschaft versagt hat, scheitert er, wie wir gesehen haben, nun an der zweiten großen Aufgabe, die ihm gestellt ist, beim Aufbau der staatlichen Einnahmenwirtschaft. Die Krise des Steuerstaates ist zur

Digitized by Google

Krise des steuerlichen Obrigkeitsstaates, zur Krise der Finanzbürokratie geworden. Die künftige staatliche Finanzwirtschaft, die die Volksgesamtheit zur Beitragsleistung heranziehen muß, weil sie die physische Existenz der Volksgesamtheit zu gewährleisten hat, wird sich ihre neuen Organe schaffen müssen, um die Höhe des Beitrages festzustellen, ihn aufzuteilen und einzuheben. Da mit der Übernahme der Fürsorge für das physische Existenzminimum des Volkes durch den Staat mit der Erweiterung der Staatszwecke auf die Ernährung des Volkes Staatshaushalt und Volkswirtschaft zu engster und unlösbarer Verbundenheit gelangt sind, werden die Organe der staatlichen Finanzwirtschaft keine anderen sein können, als die autonomen Organe der volkswirtschaftlichen Kontrolle, wird die staatliche Einnahmenwirtschaft mehr und mehr jenem Rätesystem überantwortet werden müssen, das, von England ausgehend, sich immer deutlicher zum tragenden Gerippe der europäischen Volkswirtschaft entwickelt. Die praktische Konsequenz aus dieser Überlegung wird bald zu zeigen sein.

Die zweite Forderung, die an den Staat im allgemeinen und seine Finanzwirtschaft im besonderen herantritt, ist der Verzicht auf jegliche Vergewaltigung des wirtschaftlichen Prinzips und damit der Verzicht auf die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft. Die Zwangswirtschaft — mit Beschlagnahme der Produktion, Fesselung der Verfügungsfreiheit der Wirtschafter, Beschränkung der Preise — war ein notwendiges Produkt des Krieges. Notwendig in ihrem Ziel, aber im wesentlichen auch in ihrer Form. In ihrem Ziel, weil der Krieg als wirtschaftsfeindliches Unternehmen andere Zwecke des Gemeinschaftslebens als die Erhaltung des Staates nicht aufkommen lassen konnte. Die Frage ist nicht,

Digitized by Google

ob die freie Wirtschaft eine höhere Produktion hervorbringen konnte als die Zwangswirtschaft, sondern ob diese Produktionssteigerung den Gütervorrat vermehrt hätte, den der Krieg für seine Zwecke erfassen mußte. Nicht darauf, ob absolut mehr Getreide im Lande wäre, kam es an, sondern ob die freie Wirtschaft auch nur die sichere Erfassung des Minimums ermöglicht hätte, ohne das die Verpflegung der Armee und Ruhe und Ordnung im Hinterlande nicht gesichert werden konnten. Selbst wenn also einwandfrei bewiesen wäre, daß die Zwangswirtschaft die Güterproduktion während des Krieges beeinträchtigt hätte, so wäre damit gegen ihre Notwendigkeit noch nichts bewiesen. Aber die staatliche Zwangswirtschaft des Krieges war auch in ihrer besonderen Form notwendig. Der unvorbereitete Staat mußte eben mit den Mitteln arbeiten, die ihm gerade zu Gebote standen. Er verfügte nur über die staatliche Bürokratie und mußte daher dieser Aufgaben überweisen, denen sie nach ihrer ganzen Art nicht gewachsen sein konnte. Ein Aufbau der Wirtschaft auf die autonome Verwaltung der Wirtschafter aber, ein Zurückziehen des Obrigkeitsstaates von der Wirtschaft war gerade deshalb unmöglich, weil der Krieg die schwerste Vergewaltigung des wirtschaftlichen Prinzips im allgemeinen, die ärgste Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Egoismus des einzelnen bedeutet. Es handelte sich nicht um die Förderung der Wirtschaft, sondern um ihre Unterwerfung unter einen wirtschaftsfeindlichen Zweck. Aber auf dasselbe läuft, wie wir gesehen haben, die Methode des Steuerstaates nach dem Krieg hinaus. Er fordert von seinen Bürgern nicht geringere Entsagung, wenn er bedeutende Rücklagen für staatliche Zwecke aus Einkommen fordert, die nicht einmal das wirtschaftliche Existenzminimum decken. Nur daß dem

Digitized by Google

demokratisierten Staat nach dem Krieg die Zwangsmittel fehlen, über die der kriegführende Obrigkeitsstaat noch verfügte, und daß der moralische Druck gewichen ist, der vorübergehend zu Leistungen angespornt hat, auf die der Staat im Frieden nicht rechnen darf. (Man denke an das verschiedene Schicksal der Prämienanleihe und der Kriegsanleihen!) Was im Krieg — als einem allgemein als vorübergehend empfundenen Ausnahmszustand — möglich war, ist dem nach Dauer und Freiheit strebenden Gemeinschaftsleben der Nachkriegszeit unmöglich geworden. Und es ist fast ein absurdes Beginnen, daß der Zwangsstaat, der in allen ihm bisher unterworfenen Bezirken des Gemeinschaftslebens Bankrott gemacht hat, sich anschickt, als Steuerstaat sich die Volksgesamtheit von neuem zu unterwerfen. Wenn von übereifrigen Verfechtern steuerscheuer kapitalistischer Interessen das Wort vom „Steuerbolschewismus" geprägt worden ist, so liegt in diesem als Schimpf geprägten Schlagwort ein gutes Stück Wahrheit verborgen: Die Analogie besteht in der gleichgerichteten Vergewaltigung der Wirtschaftsinstinkte der breiten Massen — nicht nur wie bei der alten Einkommensteuer einer kleinen Minderheit — durch den nach Verselbständigung strebenden Zwangsstaat. Sollte er seinen Versuch wirklich zu Ende zu führen unternehmen, so wird er nicht nur seinen Zweck verfehlen — das groteske, krasse Mißverhältnis zwischen dem möglichen Ertrag einer Einkommenbesteuerung und dem staatlichen Einnahmenbedarf wurde bereits festgestellt —, sondern wird auch die letzten Quellen sozialer Moral verschütten, die sittliche Grundlage jedes geordneten Gemeinschaftslebens zerstören.

Das notwendige Korrelat zum Verzicht auf die Zwangswirtschaft bildet — und das ist die dritte

Digitized by Google

fundamentale Aufgabe des sozialen Staates — die Sicherung eines Existenzminimums für alle seine Bürger. Was unter diesem Existenzminimum zu begreifen ist, das wird in Zukunft der Inhalt der sozialen Machtkämpfe sein. Immerhin lassen sich für seine untere Grenze gewiß feste Anhaltspunkte gewinnen. Das gilt vor allem für den weitaus wichtigsten Teil des Existenzminimums, für die Nahrung. Wir wissen — und diese Wissenschaft hat sich im Krieg in allen kriegführenden Staaten praktisch bewährt —, daß in unserem Klima zur Erhaltung eines erwachsenen Mannes normalerweise Nahrung mit einem durchschnittlichen Gehalt von 3000 Kalorien erforderlich ist. Daß das Gros der mitteleuropäischen Bevölkerung während des Krieges dieses Minimum bei weitem nicht erreicht hat, beweist natürlich nicht, daß die jahrelange Unterernährung eine beliebig lange Fortsetzung verträgt. Es gibt freilich zahlreiche Gegenden und Volksteile, die seit Jahrhunderten an geringere Nahrungszufuhr sich angepaßt haben, aber sie sind auch körperlich und seelisch degeneriert und daher unfähig, nicht nur zu höheren kulturellen, sondern auch zu den wirtschaftlichen Leistungen, auf die Europa nach dem Stand seiner Technik angewiesen ist. Unterernährung der Massen bedeutet in diesem Sinne Verfall, Untergang der Kultur, bedeutet aber schon auf dem Weg dahin geminderte Arbeitsfähigkeit und daher Vereitlung wirtschaftlicher Aufbaupläne. Ausreichende Ernährung der Massen ist daher die erste Bedingung jeder wirtschaftlichen Regeneration. Was über die Ernährung hinausgeht, läßt sich bereits viel weniger eindeutig begrenzen. Immerhin ersetzt in weitem Maße hier die praktische Erfahrung, was die Theorie schuldig bleibt. Die ausgedehnten Genossenschafts- und sonstigen Konsumentenorganisationen

Digitized by Google

haben dafür schon einen ziemlich festen Bestand von Regeln, die ein fünfjähriger Krieg herausgebildet hat. Man kennt die durchschnittliche Lebensdauer von ein Paar Schuhen, von Wäsche und Kleidungsstücken bestimmter Qualität, man kennt — aus den Beleuchtungs- und Beheizungsvorschriften — das Minimum an Gas, elektrischem Strom, Holz und Kohle, das jedem Haushalt zugemessen werden muß usw. Dieses Minimum ist keineswegs etwas, was der soziale Staat oder die Gesellschaft den Massen „gewährt". Sein Besitz ist die Vorbedingung jeglicher gesellschaftlicher Ordnung und Arbeit. Alles, was wir an Unruhe im sozialen Körper wahrnehmen, ist in letzter Linie auf ein unbedecktes Minimum zurückzuführen, das auf tausend friedlichen oder gewaltsamen Wegen angestrebt wird, bald Lohnforderungen, bald öffentlichen Aufruhr, soziale und politische Umwälzungen hervorruft.

Und hier schließt sich der Ring unserer Argumentation, gelangen wir zur letzten, entscheidenden Frage, die wir im Rahmen dieser Studie zu beantworten haben: Was wird aus dem kapitalistischen Staat der Vergangenheit, der diese drei Grundforderungen der Gegenwart erfüllen soll? Bevor wir den Weg zu zeigen versuchen, der zu ihrer Erfüllung führt, müssen wir uns noch einmal nach den Aufgaben des Augenblicks umsehen, von denen der Zwang zur weiteren Entwicklung ausgeht.

In allen kriegführenden Staaten Europas hat der Krieg ein Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch zurückgelassen. Dieses Mißverhältnis ist in Deutschösterreich am größten, weil es hier durch besondere politische Umstände verschärft wird, ist in dem durch eine fast fünfjährige Blockade erschöpften Deutschen Reich beängstigend groß, tritt aber immer deutlicher und drohender auch in den alliierten

Digitized by Google

Staaten — mit Ausnahme von England —, vor allem in Frankreich zutage. Frankreich hat im Jahre 1919, also in einem Jahr, in dem nicht mehr der Krieg ungeheure Materialmengen erfordert und vernichtet hat, für 29·8 Milliarden Francs eingeführt und dagegen bloß für 8·7 Milliarden Francs ausgeführt. Das tatsächliche Defizit der Handelsbilanz geht aber darüber noch beträchtlich hinaus, weil den Wertziffern des Außenhandels 1919 noch die weit niedrigeren Preise des Jahres 1918 zugrunde liegen. Es ist noch nicht ganz durchsichtig, aber im wesentlichen nicht unklar, wie Frankreich für dieses Defizit aufgekommen ist. Auch dort hat wie in Deutschland und den Ländern der früheren Donaumonarchie der große Ausverkauf an die Gläubigerstaaten eingesetzt, hat das ausländische — hauptsächlich amerikanische — Kapital den französischen Besitz an Auslandswerten an sich gezogen, ungeheure Guthaben erworben, deren Zurückziehung als drohende Gefahr über dem Schicksal der hart bedrängten französischen Valuta steht und deren weitere Vermehrung offenbar von Tag zu Tag auf größere Schwierigkeiten stößt. Ganz ähnliche Erscheinungen zeigen sich in Italien, das mit inneren finanzpolitischen Maßnahmen einen heroischen, aber natürlich vergeblichen Kampf gegen die Wirkungen derselben Ursachen kämpft. Es ist klar, daß keiner dieser Wirtschaftskörper einen Blutverlust, wie sie ihn seit Monaten erleiden, lange ertragen kann. Keinesfalls so lange Zeit, als im besten Fall erforderlich ist, um die frühere Produktivkraft wiederherzustellen. Denn eine automatische Wiederkehr des gestörten Gleichgewichtes ist in den siegreichen europäischen Kontinentalstaaten ebensowenig zu erwarten wie in den blockiert gewesenen Ländern Mitteleuropas. Überall bewirkt der ungünstige Stand der Handels- und Zahlungsbilanz

Digitized by Google

eine Entwertung der Valuta mit all ihren Folgen — ununterbrochener Teuerung, sozialer Unruhe, Verwüstung des Staatshaushaltes — und nirgends hat die Teuerung an sich eine entsprechende Ausdehnung des Exports und Einschränkung des Imports zur Folge. Denn jene scheitert an der Unzulänglichkeit des Produktionsapparates, an Kohlen-, Material-, Arbeitermangel, diese an dem zähen Bemühen der Massen des Volkes, ihren Lebensstandard zu bewahren und durch Lohnerhöhungen oder Regierungsmaßnahmen sich das gewohnte Minimum zu erhalten, sowie an dem Verhalten einer durch den Krieg reich gewordenen Bevölkerungsschichte, die sich bei jeder Preislage jeden Luxus leisten zu können glaubt, weil sie eingeschaltet ist in den kapitalistischen Zirkulationsprozeß und daher jede Preiserhöhung in gesteigertes Einkommen umzusetzen vermag. Nur dem Grade, nicht der Art nach unterscheiden sich zurzeit bereits die Verhältnisse in Frankreich und Italien von denen in Deutschland und Deutschösterreich. Der Stand ihrer Valuta zeigt an, wie weit auch dort sich die breiten Massen dem Existenzminimum nähern, unter das sie sich nicht hinunterdrücken lassen wollen. Daß die freie kapitalistische Wirtschaft, um den Ausgleich zwischen Versorgungsstand und Nachfrage herzustellen, die Tendenz hat, die Massen unter diesen Punkt zu drücken, treibt sie zur Auflehnung gegen eine Wirtschaftsordnung, die ihnen einseitig das Profitinteresse einer privilegierten Klasse zu sichern scheint.

Der Tiefstand der Valuta bedeutet für die Massen so viel wie die Wiederaufrichtung der Blockade. Diese Blockade wird um so schärfer und vollkommener, je weiter die Entwertung der europäischen Währungen fortschreitet. Blockade liegt vor, wenn die inländische Währung im Ausland ihren Wert eingebüßt hat und

Digitized by Google

wenn daher die eingeführten Waren nur zu einem Preis erschwinglich sind, der sie der Mehrzahl des Volkes entzieht. Und wir kennen bereits den Zirkel, in den jeder Versuch einer „Anpassung der Löhne und Preise an das Weltmarktniveau" führt: Die künstliche Steigerung der Kaufkraft treibt die Preise, erhöht das Defizit im Staatshaushalte, vermehrt die Inflation, drückt den Kurs der Währung im Auslande, um so schließlich nach Verdrängung immer neuer Volksschichten, die nicht mitkönnen, wieder beim alten Versorgungsstand der Gesamtheit anzulangen. Aber kein Wirtschaftskörper hält diese ständigen Umwälzungen lange aus. Entweder die heutige Wirtschaftsordnung findet die Mittel, eine Stabilisierung der Wirtschaft herbeizuführen, oder ihre letzte Stunde hat geschlagen. Der Kampf aller gegen alle — den die freie Konkurrenz des liberalen Staates mit wirtschaftlichen Mitteln ausgekämpft zu sehen wünscht, weil er über der Wirtschaft die Menschen vernachlässigt, deren Zwecken allein jene zu dienen hat — wird bei dem geänderten Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu einem Kampf mit Mordwaffen, die wirtschaftliche Anarchie zur gesellschaftlichen Anarchie, die natürliche Ordnung des orthodoxen Individualismus zum gesellschaftlichen und staatlichen Chaos.

An zwei Punkten muß die freie Wirtschaft notwendigerweise versagen: Sie ist nicht imstande, das Gleichgewicht zwischen Ein- und Ausfuhr herzustellen, und sie ist nicht imstande, die unzulängliche Gütererzeugung der blockierten Volkswirtschaft gerecht zu verteilen. Ob sie außerdem imstande ist, den wirtschaftlichen Aufbau zu vollbringen und die arg geschwächte Produktion auf jene Stufe zu heben, die notwendig ist, um den Massen ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, mag strittig sein und darf in dieser

Digitized by Google

Untersuchung, die nicht dem Gegensatz zwischen sozialistischer und kapitalistischer Wirtschaftsordnung gewidmet ist, unerörtert bleiben. An jenen zwei Punkten muß aber die Wirtschaftspolitik einsetzen. Der Warenverkehr mit dem Ausland muß schärfster Kontrolle unterworfen bleiben, die überflüssige Einfuhr, die Ausfuhr lebenswichtiger Artikel, die Verschleuderung wertvollen inländischen Gutes verhindert werden. Die Preisdifferenzierung zwischen In- und Ausland, die durch andere Mittel als Hebung der Produktion und als deren Wirkung durch Werthebung der Valuta nicht beseitigt werden kann, muß — wie es dem Wesen der Blockade entspricht — bewußt und planmäßig so lange aufrechterhalten bleiben, bis der Ausgleich zwischen Produktion und Verbrauch hergestellt ist. Der wilde Wirbel, in den die ganze Preis- und Lohnbewegung geraten ist, muß beschworen werden, wenn überhaupt die kapitalistische Geldwirtschaft sich für eine ruhige und organische Umbildung tauglich erhalten will. Mit der Unterwerfung des Außenhandels unter gemeinwirtschaftliche Kontrolle aber muß die Verbrauchsbeschränkung und Verbrauchskontrolle im Innern verbunden bleiben. Daß Frankreich und Italien seit Anfang März zur bereits aufgehobenen Rationierung der wichtigsten Lebensmittel zurückgekehrt sind, ist ein Symptom von vielsagender Bedeutung. In den Ländern, die während des Krieges nicht wie die Westmächte an den Weltmarkt angeschlossen waren, genügt die staatliche Rationierung nicht. Der Staat muß die Rationen selbst beistellen und muß sie zu Preisen beistellen, die dem ärmsten Arbeitslosen ihre Beschaffung erlaubt. Aber derselbe Staat, dem diese Aufgabe zufällt, verliert gegenüber seinen eigenen Bürgern täglich an Autorität, seiner Exekutive entgleitet die Zwangswirtschaft und sie

Digitized by Google

offenbart ihre Ungerechtigkeit um so schroffer, als sie nur einen Teil der wirtschaftlichen Produzenten unter Preisbeschränkung und Beschlagnahme stellt, während die übrigen frei sind und die wüstesten Orgien der Habsucht und Ausbeutung gegenüber den wehrlosen Konsumenten feiern dürfen, und als derselbe Staat, der die heimische Landwirtschaft und einzelne Industriezweige unangemessenen Preisbeschränkungen zu unterwerfen sucht, vielmals höhere Preise den ausländischen Produzenten derselben Ware zahlen muß.

Zu solchen letzten Widersprüchen spitzt sich das staatswirtschaftliche Problem der Gegenwart zu. Die Volkswirtschaft verfügt aus eigener Produktion und kreditierten Auslandseinfuhren über eine bestimmte Warenmenge. Diese Warenmenge kann durch irgendwelche rein staatsfinanzielle Maßnahmen — Steuer-, Kredit-, Währungspolitik — nicht wesentlich vermehrt werden. Sie ist infolge Schwächung des Produktionsapparates und Vernichtung der Lager — von den besonderen deutschösterreichischen Gründen abgesehen — zu gering, um den gewohnten Lebensbedarf der Bevölkerung an Nahrung, Kleidung, Wohnung und Kulturgenüssen zu decken. Es muß daher der vorhandene Güterbestand sparsam verwaltet — Ausschaltung jeglichen Luxus — und möglichst gerecht verteilt werden. Daß dieser Güterbestand die feste, unübersteigbare Grenze für den Nahrungsspielraum der breiten Massen bildet, wird ihrem Blick so lange verborgen bleiben, als Notendruck und Preissteigerung eine Elastizität der Versorgungsmöglichkeiten vortäuschen, die in Wirklichkeit nicht besteht. Es gilt also — und darin sehen wir den einzigen Weg zu einer Gesundung — die Behandlung der wirtschaftlichen Not auf diesen Punkt zu konzentrieren. Zwei Möglichkeiten sind theoretisch denkbar: Die eine ist die Aufteilung

Digitized by Google

des aus Produktion und Einfuhr vorhandenen Gütervorrates in natura, die andere die Aufteilung unter Beibehaltung des Mechanismus der Geldwirtschaft. Jene ist der Weg der kommunistischen Wirtschaft, diese der Weg, der der kapitalistischen Wirtschaft noch die rechtzeitige Umbildung zur Gemeinwirtschaft offen läßt. Das zügellose anarchische Drängen nach Lohn- und Gehaltserhöhungen, das ungeregelte Bestreben immer neuer Bevölkerungskreise, sich durch nominelle Einkommenerhöhung einen möglichst großen Anteil an den Gütern zu sichern, die sonst nur den andern zufallen, der allgemein verbreitete Glaube, daß sich der Güterbestand strecken lasse, wenn möglichst viele daran ziehen — ein Streben und ein Glaube, der schließlich die Einkommen der breiten Massen auf dem dem allgemeinen Versorgungsstand angemessenen Minimum nivelliert —, das alles führt ins Chaos. Und wie der Staat den einem wirtschaftsfeindlichen Zwang unterworfenen Produzenten, so steht der öffentliche und private Dienstgeber den Lohnforderungen seiner Arbeiter und Angestellten und schließlich ganz allgemein der Verbraucher in der unterversorgten Wirtschaft dem Warenbesitzer ohnmächtig gegenüber: Es gilt das Gleichgewicht der Macht in der unvorhersehbar langen Übergangszeit wieder herzustellen, Produktion und Verbrauch ins Gleichgewicht zu bringen. Es gilt das Minimum, für das Staat und Wirtschaft heute letzten Endes doch aufkommen müssen, dem ständigen aufreibenden Kampf zu entziehen, zugleich aber die Wirtschaft vom lähmenden Zwang zu befreien und den täuschenden Geldschleier, der unsere brennende Not umhüllt, durchsichtig, das Geld wieder zum Index unseres Versorgungsstandes zu machen. Damit sind die Elemente bloßgelegt, die die künftige Neuordnung der Staatswirtschaft begründen müssen.

Digitized by Google

Haben theoretische Einsicht in den Zustand von Gesellschaft und Wirtschaft ebenso wie die Erfahrung der Erfolglosigkeit aller bisherigen Versuche, die Probleme der Staatswirtschaft zu meistern, die Krise des bureaukratischen Steuerstaates und der freien kapitalistischen Wirtschaft erkennen gelehrt, so wird man den Mut zu neuen Formen und Organisationen des Gemeinschaftslebens aufbringen müssen. Aber diese Organisationen werden nicht gegen die wirkenden gesellschaftlichen Kräfte, sondern nur mit ihrer tätigen Unterstützung gebildet werden können. Und sie dürfen nicht von ungefähr konstruiert werden, sondern müssen den Entwicklungstendenzen und Ideenrichtungen der Zeit, wie sie in deutlichen Ansätzen bereits sichtbar werden, entgegenkommen, um die Revolution in die ruhigeren Bahnen des fruchtbaren Fortschrittes hineinzulenken. Wer den Staat von 1914 mit seinen parlamentarischen Institutionen, Freiheitsrechten und demokratischen Grundbegriffen für das letzte Wort der Geschichte hält, wird die neue Zeit mit ihren eigenen Erfordernissen so wenig verstehen, wie der überzeugte Anhänger des aufgeklärten Fürstenstaates die französische Revolution verstanden hat. Aber dem extremen Konservativen, als den sich heute der politische und wirtschaftliche Liberale erweist, steht der Bolschewist gegenüber, der alles Bestehende zerstören zu müssen glaubt, um aufbauen zu können. Der Ausgleich der Extreme wird sich nach dieser Revolution so vollziehen wie nach allen früheren: Der Radikalismus der Revolution liefert die Formen, in denen die gesellschaftlichen Mächte unter Aufrechterhaltung der sachlichen Kontinuität allmählich den neu gewonnenen Zielen zustreben. Der absolutistische Staat hat überall lange gebraucht, bis er sich in den längst bestehenden Formen des Parlamentarismus aufgelöst hat. Der bureaukratisch-

Digitized by Google

parlamentarische Staat wird lange brauchen, bis er sich der Räteorganisation, die das formelle Ergebnis dieser Revolution sein wird, anzupassen vermag. Der Rätegedanke, der in England, Deutschland und Rußland unter ganz verschiedenen Voraussetzungen zu gleicher Zeit Leben und Form gewinnt, kann nicht mehr verschwinden. Der Umfang seines Herrschaftsgebietes und das Zeitmaß seines Fortschrittes aber wird von den sozialwirtschaftlichen Aufgaben abhängen, zu deren Erfüllung er und nur er sich als tauglich erweist.

Im Anfang jeglichen Aufbaues steht die Sicherung des Fundaments: Das Existenzminimum der Massen muß den täglichen Schwankungen des Marktes und der Valuta entzogen werden. Die Beschaffung dieses Minimums ist keine Angelegenheit der Finanzpolitik. Das Mindestmaß an Nahrung, das notwendig ist, um ein Volk vor dem Siechtum zu bewahren und ihm seine Arbeitsfähigkeit zu erhalten, an Kleidung und Wohnung muß im Lande gewonnen oder eingeführt werden. Die Einfuhr aber muß entweder mit Waren der gewerblichen Produktion — und das ist das Anzustrebende — bezahlt oder vom Ausland kreditiert werden — in dieser Lage ist Deutschösterreich. Ist aber ein Mindestvorrat an Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern aus eigener Produktion oder Einfuhr im Lande, dann muß und kann der Staat die Versorgung damit den Massen zu einem festen Preis gewährleisten. Der heutige Staat fühlt diese Aufgabe an sich herantreten, aber er lehnt sie instinktiv ab, statt sie bewußt zu bejahen. Er leistet heute da und dort Zuschüsse zur Verbilligung von Nahrungsmitteln und Kleidung für diese oder jene Bevölkerungs-

Digitized by Google

schichte, erhöht Beamtengehälter, Pensionen und Arbeitslosenunterstützungen, um morgen wieder die Preise der von ihm bewirtschafteten Lebensmittel jäh emporzuschrauben, weil er das Defizit nicht decken kann, und übermorgen dieses Defizit auf dem Umweg über Gehalts- und Lohnforderungen wiederkehren zu sehen. Bei all diesen schmerzlichen und Opfer heischenden Maßnahmen ist der vorhandene Gütervorrat nicht um ein Quentchen vermehrt oder vermindert worden.

Der soziale Staat von morgen wird das Existenzminimum dem sozialen und wirtschaftlichen Kampf entziehen. Er wird die Lebensmittel (und was sonst zu diesem Minimum zählen wird) womöglich zu einem festen Preis abgeben, der, solange nicht durch die Wertsteigerung der Währung die Kaufkraftparität mit dem Weltmarkt hergestellt ist, unter dem Weltmarktpreis liegen muß. Daraus erwächst dem Staat ein Defizit, das je nach dem Stand der Devisenkurse schwanken, aber jedenfalls in die Milliarden gehen wird. Diese Milliarden vermag der Steuerstaat niemals aufzubringen. Der Staat wird also das tun müssen, was der private Unternehmer tut, wenn er infolge einer Preissteigerung der Lebensmittel die Löhne und Gehälter erhöhen muß. Er erhöht die Preise seines Produktes. Aber der private Unternehmer, der dabei auf eigene Faust handelt, zeigt immer die Neigung, die Überwälzung weiter zu treiben, als der Anlaß erfordert, und die anarchische Art, in der er es tut, stört den volkswirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozeß um so empfindlicher, als gleichzeitig der defizitbelastete Staat durch Notenvermehrung alle Berechnungsgrundlagen verschiebt. Das Defizit, das beim Staat aus der Verbilligung der Lebensmittel (im weitesten Sinne) entsteht, wird daher immer kleiner sein als die Summe der Preiserhöhungen, die die Abwälzung des

Digitized by Google

Defizits durch Steuern und durch eigene Preiserhöhungen der Lebensmittel des Staates hervorruft. Damit erschließt sich der Weg zur Tilgung des Defizits: Es kann und muß auf die industrielle und gewerbliche Produktion umgelegt werden.*)

Aber diese Umlage erfordert eigene Organe, die nicht mehr staatlich-bureaukratisch sein dürfen. Sie wird zur Sache einer eigenen Körperschaft, der — gemäß der Wichtigkeit ihrer Beschlüsse für das Gesamtleben des Volkes — eine entsprechende Stellung im Organismus des Staates zukommt: Sie sei — ohne daß dem Namen Wert beigelegt wird — hier als Wirtschaftsparlament (Gildenparlament, Kammer der Arbeit oder dergleichen) bezeichnet. Dieses Wirtschaftsparlament ist nichts als die zusammenfassende Spitze von ihm untergeordneten Selbstverwaltungskörpern der Wirtschaft. Vor allem wird jeder Industriezweig

*) Der Gedanke, das Defizit des Staatshaushalts durch eine von gewerblichen Zwangsverbänden aufzubringende Umlage zu decken, ist an sich nicht neu. Er ist — so weit wir sehen — zuerst von Naumann schon 1915 in „Mitteleuropa" entwickelt und von Rathenau aufgenommen worden. Neuerdings wird er im Anschluß an Brückmann von Bernhard in seiner ausgezeichneten Studie „Probleme der Finanzreform" (Berlin 1919) in einer unseren Vorschlägen in manchen Punkten sehr nahe kommenden Form mit Nachdruck vertreten. Daß sich die folgenden Ausführungen in wesentlichen Fragen — der praktischen Durchführung und der theoretischen Begründung — davon unterscheiden, wird dem Kenner der angeführten Autoren, die in der gleichen Richtung wirken wie die vorliegende Arbeit, leicht deutlich werden. Die Unterschiede im einzelnen — mit oder ohne Polemik — hervorzuheben, hat eine Darstellung keinen Anlaß, die gerade dem Nachweis gewidmet ist, daß das Finanzsystem des sozialen Staates nicht aus willkürlicher Konstruktion, sondern aus den Entwicklungstendenzen und allgemeinen Ideenrichtungen der Zeit hervorgehen muß.

Digitized by Google

zu einer solchen Gemeinschaft zusammengefaßt — wir wollen sie vorläufig Steuerverband oder Steuergilde nennen, da in diesem Zusammenhang nur von diesem Teil ihrer Aufgabe die Rede sein soll. Ihr gehören nach dem Gesetz alle Unternehmungen des betreffenden Industriezweiges an. Der Steuerverband, der seine leitenden Organe selbst durch direkte Wahl der Unternehmer einerseits und der Betriebsräte anderseits in paritätischer Zusammensetzung bildet*), wird zum Einhebungsorgan der Umlage. Auf Grund der Beschlüsse des Wirtschaftsparlaments teilt er das Kontingent auf seine Mitglieder auf und hebt es bei ihnen ein.

Im Wirtschaftsparlament sind die einzelnen Industriezweige nach dem Verhältnis der in ihnen beschäftigten Personen vertreten. Es darf nicht sein, daß etwa — wie es vor dem Krieg der Fall war — die straffer organisierten und kapitalskräftigeren Halbfabrikatindustrien an politischer Macht die Veredlungsindustrien übertreffen, obgleich diese von ungleich größerer Wichtigkeit für das Wirtschaftsleben des Landes sind. Auch die Vertretung der Industrien im Wirtschaftsparlament ist paritätisch. Außerdem gehören dieser Körperschaft aber auch Vertreter der Landwirtschaft, des Handels, des Geld- und Kreditwesens und der freien Berufe an — sie alle in dem Verhältnis der Berufschichtung des Landes. In Deutschösterreich würden darnach auf 100 Mitglieder dieses Wirtschaftsparlaments 33 Vertreter von Industrie und Gewerbe, 16 von Handel und Verkehr, 7 der freien Berufe und 44 der Land- und Forstwirtschaft entfallen.

*) Dadurch unterscheidet er sich wesentlich von den Wirtschaftsverbänden und Kriegsgesellschaften, die während des Krieges für andere Zwecke gegründet worden sind, deren leitende Personen von der Regierung ernannt wurden.

Digitized by Google

Das Wirtschaftsparlament fixiert nach den Vorschlägen der Regierung die Beträge, die durch Umlagen aufzubringen sind, und es beschließt die Grundsätze, nach denen sie auf die einzelnen Steuerverbände aufzuteilen sind. In erster Linie sind dabei zu berücksichtigen: 1. Der jeweilige Umsatz der betreffenden Industrie — er gibt den Maßstab für ihre Tragfähigkeit und ihre jeweilige Leistung; 2. die Zahl der Arbeiter und Angestellten — sie gibt den Maßstab für das Interesse des betreffenden Industriezweiges an der Verbilligung und Stabilisierung der Lebenshaltung der Massen, und 3. das investierte Kapital — um unerwünschte Kapitalsverschiebungen zwischen ungleich belasteten Wirtschaftszweigen zu verhindern. Die Durchführung dieser Grundsätze im einzelnen obliegt einem vom Wirtschaftsparlament bestellten permanenten Ausschuß.

Dieser permanente Ausschuß, dem die Steuerverbände als vollziehende Organe unterstellt sind, ist deshalb notwendig, weil die Abgabe keinesfalls etwas fixes sein darf. Sie soll nicht nur Mittel der staatlichen Geldbeschaffung, sondern ein elastisches und wirksames Instrument der Wirtschaftspolitik sein. Sie soll gleich einer indirekten Steuer in den Preis des Produktes eingerechnet werden. Tritt daher in einem Industriezweig eine Steigerung der Produktion ein (sei es durch vermehrte Zufuhr von Kohle und Rohstoffen, sei es durch die Entstehung neuer Anlagen), so vermindert sich bei gleichem Gesamtkontingent der Preisaufschlag auf die produzierte Einheit. Den jeweiligen Aufschlag gibt nach dem Muster der Kartelle die Leitung des Steuerverbandes bekannt. Derartige variable Aufschläge ist jede kartellierte Industrie gewohnt und der Kreis der kartellfähigen Industrien wird sich ungefähr mit dem Kreis der zu Steuerverbänden organisierbaren Industrien decken. Beispiele derartiger variabler Kartellauf-

Digitized by Google

schläge sind aus der täglichen Praxis bekannt. „Der Teuerungsaufschlag auf Ornamentglas wird von 150 auf 200% erhöht. Die Teuerungszuschläge für Beleuchtungskörper werden von 110 auf 150% erhöht". „Die Metallzuschläge für Isolierdrähte und Kabel werden für Kupfer auf 210, für Aluminium auf Mk. 93 erhöht." „Die Schreibfederpreise werden von Mk. 6·75 auf 11·85 erhöht." „Der Verein deutscher Briefumschlagfabriken erhöht die Preise um 15%" usw. Dem breiten Publikum geläufig sind die alle paar Wochen vorgenommenen Kohlenpreisveränderungen. Über die Praxis der Steuerverbände ist eine Vorhersage schwer möglich. Im allgemeinen werden sie wohl auf möglichste Stabilität der Zuschläge hinwirken, was ihnen dann gelingen wird, wenn der Staat die Versorgung der Bevölkerung für längere Zeit sicherzustellen vermag und die Industrie zu größerer Gleichmäßigkeit des Betriebes gelangt ist. Die Zahl der Steuerverbände wird wahrscheinlich einige hundert betragen, die in Gruppen zusammengefaßt sind. Es wird übrigens besonderer Prüfung bedürfen, ob nicht die einheitliche Berücksichtigung verwandter Interessen besser durch eine interne Gliederung einheitlicher Verbände möglich wäre.

Die Landwirtschaft bleibt für ihre Produkte von der Umlage frei. Aber die ausschließliche Belastung der industriellen Produktion mit der Umlage bedeutet die einzig mögliche gerechte und wirksame Heranziehung der Landwirtschaft zu den Lasten der Allgemeinheit. Denn die Umlage trifft sie als industriellen Konsumenten sowohl in ihren Produktionskosten (Kunstdünger, Geräte usw.) wie in ihrem persönlichen Aufwand. Wir gehen sogar weiter: Das System der Umlage bei gleichzeitiger Sicherung und Stabilisierung des Existenzminimums der Nichtselbstversorger gibt dem Landwirt den Anspruch auf die Ver-

Digitized by Google

gütung des vollen Weltmarktpreises wieder. Die Festsetzung von Höchstpreisen entfällt. Ob die Ablieferungspflicht für ein bestimmtes Kontingent aufrechtbleiben soll, mag dahingestellt bleiben. Nach den Erfahrungen, die mit Lieferungskontingenten gemacht wurden, könnte man wohl davon absehen. Ein Recht auf einen Preis über dem Weltmarktpreis hat der Landwirt nicht, weshalb insbesondere die Wiedereinführung von Agrarzöllen ausgeschlossen bleiben muß, und es gibt außer dem Strafgesetz zwei Mittel, ihm auch die Möglichkeit dazu zu nehmen, selbst wenn die Grenze gegen die freie Einfuhr gesperrt bleibt: Das eine ist die Erhöhung der heute (nicht zuletzt infolge der unzulänglichen Preise und des Versagens der Zwangswirtschaft) ganz ungenügenden Rationen, das andere die Stabilisierung der Löhne und Gehälter durch die Sicherung des Minimums und die Stillegung der Notenpresse. Sind diese beiden Bedingungen erfüllt, dann ist sogar ein Hinaufschrauben der Lebensmittelpreise bis zur Unerschwinglichkeit erwünscht. Denn mehr als das physiologisch notwendige Minimum (an das die heutigen Rationen allerdings bei weitem nicht heranreichen) braucht und darf in einer notleidenden Wirtschaft niemand essen. Aber auch das Problem des übermäßigen Selbstverbrauches der Landwirtschaft löst sich nun von selbst: Der Landwirt hat in Zukunft die Wahl, entweder seinen in den letzten Jahren relativ und absolut übermäßig gewordenen Konsum an Industrieartikeln aufrechtzuhalten — dann muß er entsprechend mehr von seinen Produkten verkaufen, da er im Kaufpreis aller Industrieartikel die Umlage mitzahlt, verringert somit durch vermehrte Ablieferung die Mengen, die vom Ausland bezogen werden müssen; oder er treibt weiter die Verschwendung mit Nahrungsmitteln, nährt sich weit besser als es dem Versorgungsstand der Gesamtheit an-

Digitized by Google

gemessen ist — dann muß er auf den Verbrauch aller gewerblichen Produkte, auf allen Luxus im weitesten Sinne verzichten und setzt entsprechende Mengen gewerblicher Erzeugnisse für die Ausfuhr frei.

Für die Industrie selbst ergibt sich aus unserem System die folgende Lage: Sie hat unverkennbar die Tendenz, ihre Preise der Weltmarktparität — Weltmarktpreis plus Fracht und Zoll — anzupassen. Diese bildet heute grundsätzlich die obere Grenze, bis zu der die Preise gesteigert werden können, und in der Mehrzahl der Fälle ist sie bereits erreicht. Die demoralisierenden Wirkungen des ständigen Zwanges zur Anpassung sind bekannt. Werden die Preise im Innern niedrig gehalten, so begünstigen sie den „Ausverkauf", gegen den die deutschen „Außenhandelsstellen" nur einen ungenügenden Schutz bieten und den man in Deutschösterreich nicht einmal mit solchen Mitteln zu bekämpfen versucht. Wohl aber ist die zügellose Preistreiberei die Quelle von ungeheuerlichen Gewinnen für den Fabrikanten und den sich zwischen ihn und den Verbraucher einschiebenden Händler, von Gewinnen, die dem Fiskus ganz oder größtenteils entgehen, die aber jede wirtschaftliche Moral zerstören, den Luxus begünstigen, die Arbeitslust untergraben und nicht zuletzt die unwiderlegliche Legitimation für Lohnforderungen der Arbeiterschaft stellen, die mit dem Versorgungsstand der gesamten Volkswirtschaft nicht mehr vereinbar sind. Zwischen Gestehungskosten und Weltmarktpreis legt sich nun unsere Umlage. Soweit es sich um für den Export bestimmte Waren handelt, wirkt sie wie eine allgemeine Exportabgabe. Soweit sie aber den Inlandpreis dem Exportpreis gleichstellt, nimmt sie nur eine Entwicklung vorweg, die sich binnen kürzester Zeit doch allgemein einstellen würde, und — was entscheidend ist — schränkt zugunsten der

Digitized by Google

Allgemeinheit den inländischen Verbrauch ein. Denn jeder Verbrauch, der über das Minimum hinausgeht, ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu rechtfertigen, weil die Volkswirtschaft vorläufig nicht einmal reich genug ist, um dieses Minimum aufzubringen. Es hat keine Bevölkerungsklasse — sei es die Großbourgeoisie, seien es begünstigte Arbeiterschichten — ein Recht auf eine unverhältnismäßige Überversorgung, so lange es anderen am Notwendigsten fehlt. Je stärker durch die Umlage der Inlandsverbrauch gedrosselt wird, um so besser, um so mehr Güter bringt die Wirtschaft für die Ausfuhr frei. Was keine noch so radikale Besteuerung vermag, kann durch eine zweckmäßige Handhabung des Umlagensystems bewirkt werden: Die Drosselung eines Aufwands, der auf der ununterbrochenen Erzeugung künstlicher Kaufkraft beruht. Es ist der Fall durchaus denkbar und anzustreben, daß die Umlage für gewisse entbehrliche Waren (im weitesten Umfang) den Inlandpreis beträchtlich über die Auslandparität hebt und den inländischen Verbrauch davon, so gut es geht, unmöglich macht. Natürlich müßten dieselben Waren zugleich auf die Verbotsliste der Einfuhr gesetzt sein oder mindestens einer entsprechend hohen Einfuhrabgabe unterliegen.*)

*) Daraus geht hervor, daß die Zollpolitik in Zukunft zu einem integrierenden Bestandteil der Finanzpolitik wird. Nicht in dem Sinn, daß die Zolleinnahmen von ausschlaggebender Bedeutung für die staatliche Einnahmenwirtschaft würden, sondern daß die Zollmauer zu einem Erfordernis des innerstaatlichen sozialen Lastenausgleichs wird. Damit sind die zollpolitischen Vorstellungen der Vorkriegszeit allerdings auf den Kopf gestellt. Hat damals eine fortschrittlich gerichtete Handelspolitik den Zoll bekämpft, weil er den inländischen Verbrauch verteuere und einschränke, so wird nunmehr eben diese Verbrauchseinschränkung eines der wichtigsten Ziele aller Wirtschaftspolitik, weil nur so allmählich das Mißverhältnis

Digitized by Google

Die Industrie hat kein Interesse daran, dem Umlagesystem zu widerstreben. Denn sie kann die Umlage im Preis überwälzen. Daß ihr damit der Inlandmarkt zum Teil zugunsten der Ausfuhr gesperrt wird, liegt ohnehin in der Tendenz ihrer geschäftlichen Entwicklung. Und daß ihr ein mehr oder weniger großer Teil der Spannung zwischen Gestehungskosten und erreichbarem Höchstpreis genommen wird, dafür wird ihr eine doppelte Entschädigung zuteil. Erstens in der Stabilisierung der Löhne und Gehälter, deren unberechenbare Steigerung sie in ihrer Konkurrenzfähigkeit weit stärker gefährdet als eine unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Momente vom Wirtschaftsparlament — also sachkundigen Vertretern — festgesetzte variable Umlage, und zweitens in der Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt, dessen

---

zwischen Verbrauch und Produktion behoben werden kann. Daraus folgt aber weiters auch, daß die Formen und Methoden der Handelspolitik vor dem Krieg unanwendbar geworden sind. Die absehbare Zukunft wird keine Tarifverträge mit langfristiger Bindung kennen (die durch den Krieg auch aus anderen politischen und wirtschaftlichen Gründen unmöglich geworden sind). Der internationale Handelsverkehr wenigstens zwischen Staaten mit stark entwerteter und schwankender Valuta wird sich auf Meistbegünstigungs- oder Kompensationsverträge stützen. Im übrigen werden solche Staaten sich für die Festsetzung der Zollsätze volle Freiheit wahren und von dieser Freiheit häufigen Gebrauch machen, sei es durch perzentuelle Zu- und Abschläge zu den nominellen Zollsätzen, sei es durch eine Veränderung dieser selbst. Daß damit für den internationalen wie für den Innenhandel beträchtliche Störungen verbunden sind, ist unbestreitbar. Aber sie sind nicht schwerer als die Störungen, die sich aus den täglichen Schwankungen der Valuten wie überhaupt aus der internationalen Preisanarchie ergeben. Sollten sich die Verhältnisse in dieser Hinsicht stabilisieren, so würde auch der wichtigste Anlaß zu Zollveränderungen entfallen.

Digitized by Google

jetziger Zustand mit fortgesetztem Notendruck, wahllos und erfolglos hinaufgeschraubten Steuern und der Zerrüttung des ganzen öffentlichen Kredites jede geordnete Wirtschaft überhaupt unmöglich zu machen droht. Die Veränderlichkeit der Umlage aber bedeutet keine größere, sondern eine geringere Unsicherheit als die täglichen Schwankungen der Valuta und die ohnehin völlig unvorhersehbare Entwicklung aller Materialpreise, Eisenbahn- und Posttarife, Löhne, Gehälter und Steuern.

Für die Volkswirtschaft als Ganzes aber springt dabei zugleich ein überhaupt nicht hoch genug einzuschätzender Vorteil heraus: Die Umlage bedeutet eine unübersteigbare Schranke gegen die weitere technische und kommerzielle Verlotterung der Industrie. Denn in einer unterversorgten Wirtschaft, in der der Verkäufer — von krisenhaften Konjunkturschwankungen abgesehen — den Markt beherrscht, fehlt der Industrie jeder Anreiz zur Rationalisierung. Die schlechteste Schleuderware findet ihre Abnehmer, die nachlässigste, verschwenderischeste kommerzielle Organisation kommt auf ihre Kosten. Die Umlage dagegen, die, wie der Kartellgewinn, die Gestehungskosten des am schlechtesten arbeitenden Betriebes des betreffenden Industriezweiges zugrundelegt, aber diesem auch den größten Teil seines Gewinnes nimmt, schafft für den besser Arbeitenden die Differentialrente seiner günstigeren Gestehungskosten. Der Anreiz zur rationellsten Wirtschaft, den in reicheren Zeiten die Konkurrenz der anderen Verkäufer gebildet und den die Verarmung der Wirtschaft beseitigt hat, stellt sich damit wieder ein, zum Vorteil des einzelnen und der Gesamtwirtschaft. Eine ungeheure Gefahr, die die Zukunft der Industrie Kontinental-Europas gegenüber der englischen und amerikanischen bedroht, wäre damit gebannt.

Digitized by Google

Der Handel bleibt wie die Landwirtschaft von der Umlage frei. Aber der Handel ändert damit auch seine Funktion. Da die Umlage grundsätzlich (in einer Wirtschaft, die nur die knappste Mindestversorgung für alle ermöglicht) die ganze Differenz zwischen Gestehungskosten und Weltmarktpreis erfaßt, bleibt für den Schieber kein Raum. Der Handel kann und soll sich nur so weit erhalten, als seine normale, volkswirtschaftlich notwendige und nützliche Aufgabe reicht, während er in der unterversorgten Wirtschaft — dem normalen Zustand für alle absehbare Zeit — sich schmarotzend zwischen Produzenten und Verbraucher einschiebt, jenen um einen Teil seines Gewinnes kürzt und diesen bei der Befriedigung der überflüssigsten, schädlichsten Nachfrage unterstützt.

Weite Perspektiven erschließen sich für die Arbeiterschaft: Für sie bedeutet die Fixierung der Lebensmittelpreise mit Hilfe des Umlagesystems zunächst eine bisher — insbesondere durch das System der gleitenden Lohnskala — vergeblich gesuchte Sicherung ihres Reallohnes. Was das Mieterschutzgesetz für ihren Wohnbedarf, bringt ihr das Finanzsystem des sozialen Staates für Nahrung und (vorläufig im bescheidensten Maße) für Kleidung, Beheizung, Beleuchtung und was sonst zum notwendigsten Unterhalt gehören mag. Daß es ein Minimum ist, damit muß sie sich so lange abfinden, als der Versorgungsstand der Volkswirtschaft für jeden nicht mehr erübrigt. Und gegen die Mauer des absoluten Mangels rennen sie — das muß sie die Erfahrung der letzten Monate bereits gelehrt haben — mit ihren Lohnforderungen vergeblich an. Jede Lohn- und Gehaltserhöhung zerrinnt binnen weniger Wochen in ihren Händen, weil die Preise ihren Lohnsteigerungen doch immer wieder voraneilen. Aber es ist für sie noch mehr gewonnen. Der Betriebsrat, der heute als

Digitized by Google

isoliertes Organ nur beschränkte Wirkungsmöglichkeiten hat und, wie sich immer deutlicher zeigt, mehr und mehr zum Verhandlungsorgan bei Lohnforderungen degradiert wird, wird als Glied eines aufsteigenden, im Wirtschaftsparlament gipfelnden Rätesystems zum Organ ihrer tätigen Mitwirkung an der gesamten Wirtschaftspolitik des Staates. Im Steuerverband vor allem gewinnt die Arbeiterschaft Einblick in den Stand ihres Industriezweiges, der dem auf die Verhältnisse eines einzelnen Unternehmens eingestellten Betriebsrat verwehrt ist. Und indem die Belastung des Staatshaushaltes in eine unmittelbare Beziehung zu ihrem Wirtschaftszweig tritt und der Steuerverband die Beziehung zwischen der Umlage und der Produktionsmenge dieses Wirtschaftszweiges herstellt, wird auch der Arbeiterschaft auf einmal der Geldschleier durchsichtig, der sie bisher vom Verständnis für den wahren Stand der Dinge ausgeschlossen hat. Sie erhält nun den Überblick über das, was an realen Gütern in der Volkswirtschaft vorhanden ist, und kommt damit in die Lage, die Grenzen ihrer Forderungen abzuschätzen. Sie beginnt zu erkennen, wie die Vermehrung der Produktion die relative Belastung der Wirtschaft vermindert und damit das Minimum steigert, und sie wird so zum wachsamen Hüter einer sparsamen Staatswirtschaft. Der Arbeiterschaft, die bisher ziemlich verständnislos den Sorgen des Finanzministers gegenüberstand, wird es nun mit einemmal sinnfällig, was vermehrte Staatsausgaben heißen, welches Unheil ein Überfluß an schlecht verwendeten, unnötigen öffentlichen Beamten bedeutet. Die Lohnforderungen der öffentlich Angestellten, die bisher immer auf die Sympathien der übrigen Arbeiterschaft rechnen konnten, weil die gleiche Klassenlage sie in ähnlichen Gegensatz zu dem anonymen oder nach überkommenen Vorstellungen von einer scharf be-

Digitized by Google

kämpften Klasse repräsentierten Staat zu bringen schien, stoßen nun auf die Kontrolle der Arbeiterschaft, die selbst über ihre finanzielle Bedeckung mitzubeschließen hat. Die Gleichstellung von Staat und Volksgemeinschaft, die die Verallgemeinerung der Staatszwecke, seine Umgestaltung zu einer Nährgemeinschaft bewirkt hat, findet in einem mit derartigen Aufgaben betrauten Rätesystem seinen unmittelbaren organischen Ausdruck.

Der bankrotte Steuerstaat aber findet den Weg frei zum sozialen Wirtschaftsstaat. Was vom bisherigen Steuersystem aufrecht bleiben soll, wird eine spätere Zukunft lehren. Seine finanzielle Bedeutung, heute bereits im Angesicht des riesenhaft sich auftürmenden Milliardendefizits lächerlich gering, wird dann vollends zusammenschrumpfen. Jedenfalls wird die Einkommen- und Erbschaftssteuer bestehen bleiben müssen. Aber ihre Funktion wird nicht mehr in der Beschaffung reichlicher Mittel für den Staat, sondern im sozialen Ausgleich liegen, den die frei gewordene Wirtschaft auch bei der Sicherung eines wachsenden Existenzminimums der Massen erforderlich macht. Nur wird die Einkommensteuer dann nicht mehr — wie es törichterweise und vergeblich jetzt versucht wird — eine uneinbringliche Massensteuer bleiben können, sondern wirklich nur das über ein bürgerliches Minimum hinausgehende Einkommen erfassen dürfen. Als steuerfreie Grenze mögen dann, entsprechend dem im Krieg herabgesetzten steuerfreien Minimum Englands von 130 Pfund in Deutschösterreich etwa K 100.000, in Deutschland 20.000 Mark angenommen werden. Dann bleibt die Einkommensteuer, was sie war, die Steuer einer kleinen Minderheit, für die der frühere steuerbureaukratische Apparat genügen mag. Dagegen erspart sich der Staat mit einer solchen Hinaufsetzung der Steuer-

Digitized by Google

grenze den ungeheuren und heute — bevor die geplante Verschärfung der Einkommensteuer in Kraft getreten ist — von der Öffentlichkeit gar nicht ermessenen Beamtenapparat, den die Einhebung der direkten Steuern in Zukunft erfordern würde. Über die bekannte soziale Funktion einer radikalen Erbschaftssteuer ist in unserm Zusammenhang nicht viel zu bemerken. Wohl aber gewinnt unter dem Gesichtspunkt der neuen Methoden der Finanzwirtschaft die Vermögensabgabe ihren besonderen Sinn. Hier dürfen wir an das anknüpfen, was wir über die Vermögensabgabe an seinem Ort gesagt haben: „Wirkungslos und vergeblich, wenn sie isoliert bleibt oder nur von Steuermaßnahmen nach altem Rezept begleitet wird, wirkungsvoll, wenn sie den notwendig gewordenen Umbau der Staatswirtschaft einleitet." Der soziale Staat, der sich mit Steuerverbänden und Wirtschaftsparlament neue Organe der Staatswirtschaft und mit der Produktionsumlage die bei dem jeweiligen Stand der Produktion überhaupt erreichbaren Einnahmsquellen für seine erweiterten Zwecke schafft, bedarf der Vermögensabgabe nicht mehr zur Beschaffung von Einnahmen, wohl aber zur Entlastung von den Nachwirkungen der Vergangenheit. Die Schuldabbürdung und der Ausgleich des arg gestörten Gleichgewichtes der Vermögen wird wieder zu ihrer obersten Funktion. Denn der soziale Staat, der durch den Geldschleier hindurch auf die Sachgüter dringt und ihre Produktion zur Grundlage der Staatswirtschaft macht, verträgt nicht die jährlichen Milliardenzahlungen an arbeitsfähige Rentenempfänger.

Noch einmal sei es gesagt: Auch der soziale Staat kann nicht aus wenig viel machen. Auch er kann nicht den Massen ein behagliches Dasein bieten, so lange kaum das Minimum vorhanden ist, und er kann nicht

Digitized by Google

einmal das Minimum schaffen, wenn der vorhandene Produktionsapparat dazu nicht genügt. Das ist das besondere Problem Deutschösterreichs. Auch der soziale, entbureaukratisierte Staat kann Deutschösterreich nicht lebensfähig machen. Aber er kann der Welt mit aller Deutlichkeit diese Lebensunfähigkeit demonstrieren, indem er bei Offenlegung all seiner Produktionsquellen dennoch immer wieder die reicheren Siegerstaaten zu Zuschüssen zwingt, um nur das physiologische Minimum zu decken, bis schließlich ihr Einbekenntnis des Unvermögens, Deutschösterreich auf die Dauer solche Zuschüsse zu gewähren, ihm sein Recht auf Selbstbestimmung wiedergibt und damit die Vereinigung mit den Brüdern im Reiche ermöglicht. Aber auch in Deutschösterreich vermag der Umbau der Staatsfinanzen in unserm Sinn die Beseitigung des Defizits, die Stillegung der Notenpresse, die Entbureaukratisierung der Finanzwirtschaft und die Demokratisierung der staatlichen Wirtschaftsorgane die Katastrophe wenigstens solange aufzuhalten, als es die Welt nicht dem Verhungern preisgibt, während die Zerrüttung der Staatsfinanzen, die wahnsinnige und wirkungslose Steuerpolitik, die jetzt im Schwang ist, den völligen Zusammenbruch noch beschleunigen, statt ihn aufzuhalten.

Anders aber steht es mit denjenigen Staaten, deren Produktionsapparat an sich genügt, um ihrer Bevölkerung das Minimum und mehr zu sichern, woferne die Ordnung im Staatshaushalt hergestellt und die Überversorgung der besitzenden und hochdotierten Schichten unterbunden wird, die die Sanierung der Staatswirtschaft verhindert und die soziale Unruhe verewigt, die jeden wirtschaftlichen Aufschwung lähmt. In ihnen allen — und insbesondere auch in dem an sich noch immer unbegrenzt produktionsfähigen

Digitized by Google

Deutschland — steht der Steuerstaat vor dem Bankrott, sie alle sind mit den bisherigen Methoden ihrer Staatswirtschaft außerstande, die staatsfinanziellen und sozialen Probleme, die der Krieg hinterlassen hat, zu bewältigen. Sie alle werden, sobald in irgend einem Land der Weg zur Rettung gezeigt wird, den sie bisher vergeblich suchen, ihn freudig mitbetreten.

Wirtschaftsparlament und Steuerverbände werden in Ländern und in einem Zeitpunkt gebildet, wo das Gleichgewicht zwischen Erzeugung (volkswirtschaftlichem Einkommen) und Verbrauch gestört ist und diese Störung in unaufhaltsam sinkenden Wechselkursen und — wo der Prozeß bereits vorgeschritten ist — in einem immer weiter um sich greifenden Elend sich äußert. Die wesentliche Funktion der neu zu bildenden Organe ist es daher, die Herstellung des gestörten Gleichgewichtes zu fördern und in der Übergangszeit den sozialen Ausgleich zu schaffen, zu dem der kapitalistische Steuerstand bei noch so radikalen Steuern (und dann erst recht) unfähig ist; zu verhindern, daß breite Massen zugrunde gehen, während eine dünne Oberschicht die Privilegierten des „freien Handels" stellt. Die neuen Organe setzen mit ihrer Tätigkeit in einer Zeit ein, da es gerade gilt, die Hungersnot abzuwehren. Fürs erste geht ihre wichtigste Aufgabe dahin, den Geldschleier durchsichtig zu machen, den Selbstbetrug des Einzelnen und des ganzen Volkes aufzudecken, der mit der ständigen Notenvermehrung (von der sich die staatliche „konsolidierte" Verschuldung für konsumtive Zwecke, also zur Defizitdeckung nur dem Wirkungsgrad, nicht dem Wesen nach unterscheidet), ständigen Preis- und Lohnerhöhungen und mit dem Verzehr des letzten aus der Vorkriegszeit verbliebenen Reichtums in den Produktionsanlagen wie im einzelnen Haushalt

Digitized by Google

getrieben wird. Daß die wenigsten Unternehmungen imstande sind, aus dem Ertrag ihrer Produktion so viel zurückzulegen, als zur Ergänzung ihrer verschlissenen Maschinen, Werksgebäude usw. notwendig wäre, und daß bei dem herrschenden Mangel an allen dazu erforderlichen Materialien und den enormen dafür geforderten Preisen neue Anlagen nicht errichtet werden können, ist nur das Korrelat dazu, daß jeder einzelne Haushalt seinen alten Hausrat, den letzten Bestand an Kleidung und Wäsche aufbraucht, ohne sie ergänzen zu können, und daß Hunderttausende von jungen Paaren sich keinen eigenen Hausstand begründen können, während gleichzeitig der Möbelexport, der „Ausverkauf" von Kleider- und Wäschevorräten blüht wie nur je. Wirtschaftsparlament und Steuerverbände werden zunächst nichts tun, als diesen Tatbestand in einer weithin sichtbaren und verständlichen Form aufdecken. Das Umlagesystem bietet dafür den sicheren Index.

Die Umschichtung der Wirtschaft, die der Widerspruch zwischen der Struktur des aus der Vorkriegszeit stammenden Produktionsapparates und den geänderten Wertschätzungen der Güter einer verarmten Volkswirtschaft erzwingt, die Notwendigkeit, durch Rationalisierung der Produktion und Ausschaltung jedes entbehrlichen Aufwandes wieder angemessene Proportionen zwischen den Leistungen der einzelnen Glieder der Volkswirtschaft herzustellen — das Krisenproblem wurde oben erörtert — bleibt auch im Wirtschaftsstaat der Steuerverbände nicht erspart. Aber sie sind ein wirksames Mittel und — soweit wir sehen — das einzige, um in der freien Verkehrswirtschaft diese Proportionalität wieder herbeizuführen, die Wirkungen der Krise abzuschwächen, den verheerenden Kreislauf von Absatzstockung (bei Geldwertsteigerung) und

Digitized by Google

Inflationskonjunktur (bei Geldwertsenkung) zu verlangsamen oder zum Stillstand zu bringen. Öffentliche und private Einkommen zusammen sind in jedem Zeitpunkt eine feste Größe. Das bedeutet, daß wenn die Spannung zwischen volkswirtschaftlichen Produktionskosten und Produktionspreisen zu gering geworden ist, um die staatlichen Ausgaben zu decken, irgendwo eine Ausgabenkürzung eintreten muß, um das Einkommendefizit auszugleichen, daß also der Güterkonsum gedrosselt werden oder die volkswirtschaftliche Leistung gesteigert werden muß. Mit anderen Worten: Die Umlage kann sich dann nicht mehr an die Spannung zwischen Kosten und Inlandpreis halten, sondern der Inlandpreis muß durch die Umlage einerseits und durch entsprechende Zölle anderseits über den Weltmarktpreis gehoben werden, so daß der Verbrauch im Inland verkürzt und die Ausfuhr entsprechend gesteigert wird. Die Drosselung wird daher dort am schärfsten sein müssen, wo der eigene Verbrauch der Volkswirtschaft am unerwünschtesten ist, also vor allem bei Luxusgütern und Luxusleistungen im weitesten Sinn. Die äußerste Differenzierung der Produktion, die Anpassung an die schwankende Konjunktur ist die Funktion der Umlage und ihr Vorzug, zu dessen Verwirklichung eben der elastische Apparat der Steuerverbände mit dem sie krönenden Wirtschaftsparlament dienen soll. Ist trotz der niedrig gehaltenen Löhne und trotz der Differenzierung der Umlage die Konkurrenzfähigkeit in der Ausfuhr nicht mehr vorhanden, dann wird der Steuerverband das Organ zur Konzentration der Betriebe bei Kohlen- und Rohstoffknappheit, zur technischen Vervollkommnung der Industrie, zur zweckmäßigen Verwaltung aller Institutionen der Arbeitslosenfürsorge, kurz zu jenem Umbau der Wirtschaft, den der Krieg notwendig gemacht hat und den die

Digitized by Google

fortgesetzte Erzeugung künstlicher Kaufkraft zwar verzögern, aber schließlich auch vereiteln kann.

Denken wir uns eine Wirtschaft im Gleichgewicht, das heißt eine Wirtschaft, die so viel erzeugt, wie sie verbraucht. In dieser Wirtschaft hat die Landwirtschaft, was sie für die Ernährung braucht, aus eigener Produktion, also ohne den Markt zu betreten. Ihren Bedarf an gewerblichen Erzeugnissen aber muß sie durch den Verkauf einer gleichwertigen Menge von Nahrungsmitteln decken. Das Industrievolk des Landes wieder muß so viel erzeugen, als notwendig ist, um sowohl dem Landwirt sein Produkt in gleichwertigen Erzeugnissen zu bezahlen als auch den eigenen Bedarf des Industrievolkes an gewerblichen Erzeugnissen zu bestreiten. Landwirtschaft und Industrie (Gewerbe) zusammen müssen mit ihrer Produktion natürlich zugleich für die Erhaltung der übrigen nur mittelbar oder gar nicht produktiven Bevölkerung aufkommen, d. h. sie können nicht den Gesamtertrag der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion aufzehren, sondern müssen ihren Verbrauch zugunsten von Handel, Kreditvermittlung, öffentlicher Verwaltung und freien Berufen einschränken. Ob und in welchem Umfang sie imstande sind dafür aufzukommen, hängt einerseits vom Grade der Produktivität der Wirtschaft und anderseits von dem Größenverhältnis ab, in dem die unmittelbar im Produktionsprozeß tätige Bevölkerung zu derjenigen steht, die nur abgeleitete Einkommen bezieht, daher eine produktionsschwache Wirtschaft sich weder eine allzu ausgedehnte und kostspielige öffentliche Verwaltung leisten kann, noch bedeutende Beträge zur Erhaltung der freien Berufe, d. i. für Kulturaufgaben im weitesten Sinne übrig hat. Die Preise, zu denen Landwirtschaft und Gewerbe ihre Produkte tauschen, werden bei freier Marktbildung grund-

Digitized by Google

sätzlich die des Weltmarktes, modifiziert durch das jeweilige Zollsystem, sein. Denn bei jeder Preissteigerung des einen oder anderen Wirtschaftszweiges über diesen Stand würde der ausländische Wettbewerb einsetzen, bei einem Preisstand unter diesem Niveau die Ausfuhr das inländische Güteranbot so lange vermindern, bis die Preisparität wieder hergestellt wäre. Denken wir uns nun in einer solchen im Gleichgewicht befindlichen Wirtschaft die Landwirtschaft einerseits und Industrie und Handel*) anderseits als zwei gesonderte Wirtschaftsgruppen, so entspricht in beiden einer bestimmten Produktenmenge eine bestimmte Einkommensumme, die gleich ist der Produktenmenge mal dem Weltmarktpreis. Nun steht aber — wie gesagt — weder der Landwirtschaft noch der Industrie dieses Wertprodukt voll für eigenen Verbrauch zur Verfügung, weil sie davon die Kosten der öffentlichen Verwaltung zu decken haben. Ob diese Kosten gleichmäßig auf Landwirtschaft und Industrie verteilt oder größtenteils nur Industrie und Gewerbe aufgelastet werden, ist wirtschaftstheoretisch (nicht wirtschaftspolitisch) unerheblich; da die Steuern einen Teil der (volkswirtschaftlichen) Produktionskosten bilden und diese ihre obere Grenze im Weltmarktpreis haben, so zahlt der Landwirt die Steuern im Preis des industriellen Produktes gleich einer indirekten Abgabe mit. Steigen freilich die Steuern so sehr, daß dadurch die Produktionskosten die obere Preisgrenze übersteigen, dann muß die Industrie verkümmern, d. h. eine Kapitals- und Arbeitsabwanderung in die Landwirtschaft und damit wieder ihre Intensivierung eintreten. Die Beschränkung der Steuern auf die gewerbliche Pro-

*) Der Handel zählt soweit hieher, als er eine volkswirtschaftlich notwendige Funktion erfüllt, d. h. die Güterverteilung besorgt.

Digitized by Google

duktion setzt somit eine überwiegend industrialisierte Wirtschaft und eine relativ leistungsschwache Landwirtschaft voraus. (In Wirklichkeit haben bei jedem Steuersystem Industrie und Gewerbe immer einen unverhältnismäßig großen Teil der öffentlichen Lasten zu tragen, weil sich die Landwirtschaft mit ihrem eigenen Verbrauch dem geldwirtschaftlichen Prozeß entzieht.)

Bilden jene zwei Wirtschaftsgruppen isolierte Kreise, die miteinander im Tauschverkehr stehen, dann ist offenbar jenes Produkt aus Erzeugungsmenge mal Weltmarktpreis (plus Zoll) auch die Grenze für das durchschnittliche Einkommens-(Verbrauchs)minimum der darauf verwiesenen Bevölkerungsschichten. Innerhalb dieser Grenze sind mannigfaltige Verschiebungen denkbar, die Grenze selbst ist durch finanzielle Maßnahmen nicht zu verschieben. Der Staat kann die rationierten Lebensmittel (wenn man einmal diese als Minimum ansetzt) verbilligen, wenn und soweit die Löhne und Gehälter um ähnliche Beträge verbilligt werden. Steigt infolge weiterer Geldentwertung (sei es infolge verringerter Produktion und Ausfuhr, sei es durch Hebung des Weltpreisniveaus) das staatliche Erfordernis, dann steigt auch das erwähnte Preisprodukt. Steigt der Geldwert und vermindert sich damit der Geldbetrag der erzeugten Warenmenge (was prinzipiell wieder nur durch vermehrte Güterproduktion und Ausfuhr oder durch Senkung des Weltmarktniveaus geschehen kann), dann sinkt ebenso das staatliche Erfordernis. In beiden Fällen bleibt bei gesicherter Mindestversorgung der Stand der Löhne und Gehälter von der Geldwertveränderung unberührt. Sie sind diesen Schwankungen so entrückt als ob Naturallöhnung erfolgen würde. Im ersten Falle wird Raum geschaffen für eine erhöhte Umlage, im zweiten die Möglichkeit ihrer

Digitized by Google

notwendig gewordenen Herabsetzung. Daraus geht schon hervor, daß die Einschiebung der Umlage nur dort und nur soweit möglich ist, als nicht Löhne und Gehälter bereits heute einen Preis bedingen, der dem Weltmarktpreis gleichkommt. Aber das ist vorläufig, wenn überhaupt, nur in den seltensten Ausnahmen der Fall. Würde es dazu kommen, so würde der übermäßige Nominallohn, den einzelne Arbeiterschichten bereits errungen haben, abgebaut werden müssen, da sonst der betreffende Industriezweig zur Betriebseinstellung gezwungen wäre. Aber erhebliche Beachtung braucht diesen Ausnahmsfällen heute noch nicht zugewendet zu werden, da Löhne und Gehälter fast nirgends den Lohn- und Gehaltsätzen der Länder mit vollwertiger Valuta auch nur nahegekommen sind. Im allgemeinen sind die Erwerbsunternehmungen bisher gegen Lohn- und Gehaltsforderungen nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch aus dem sicheren (natürlich unausgesprochenen) Bewußtsein, jede Lohnerhöhung im Preis überwälzen zu können, von einer in normalen Zeiten unmöglichen Nachgiebigkeit.

Daß die Umlage ausschließlich die industrielle Erzeugung erfaßt, kann eine gewisse Begünstigung der Landwirtschaft bedeuten. Diese Begünstigung reicht aber nur so weit, als sie dadurch zum Teil von ihrem Beitrag zu den Kosten des öffentlichen Apparates befreit wird. Indes diese Begünstigung besteht bereits und an ihrem Ausmaß muß das Umlagesystem nichts ändern. Denn die Einkommensteuer soll (wenngleich erst über einem weit höheren Minimum) erhalten bleiben. Die Verbrauchssteuern werden durch die Umlage gewissermaßen verallgemeinert und es wird durch die wirtschaftliche Lage — wie wir in früherem Zusammenhang gezeigt haben — geradezu erfordert, daß das Verbrauchssteuersystem so weit aus-

Digitized by Google

gedehnt werde, als der inländische Verbrauch unerwünscht ist, wozu die Steuerverbände den kostenlosen Apparat beistellen. Die Tarife der öffentlichen Unternehmungen aber können nach ihren Abnehmern differenziert werden. So werden z. B. die Staatsbahnen ihre Gehälter und Löhne stabilisieren, aber ihre Tarife so ausbauen können, daß sie einerseits billigere Personenkarten für Fahrten von Arbeitern (innerhalb einer bestimmten Einkommensgrenze) ausgeben, anderseits die Frachtentarife für Güter, die für den landwirtschaftlichen Verbrauch bestimmt sind, entsprechend hoch stellen. Eine durchgreifende Tarifreform unter Berücksichtigung der geänderten Verhältnisse ist ohnehin in allen Ländern längst überfällig. Doch sind das Detailfragen, die in den verschiedensten Wirtschaftszweigen auftauchen und von dem entsprechenden Steuerverband im Rahmen der ihm vom Wirtschaftsparlament erteilten allgemeinen Vollmachten und Direktiven zu lösen sein werden.*)

Aber gegen die Begünstigung der Landwirtschaft läßt sich noch ein anderes Korrektiv schaffen und dieses vermag auch auf die Landwirtschaft selbst aufs

*) Daß von der Möglichkeit der Preisdifferenzierung öffentlicher Betriebe fast gar kein Gebrauch gemacht wird, ist unbegreiflich. Daher ist auch nicht zu verstehen, daß z. B. ein städtisches Elektrizitätswerk bei streng rationiertem privatem Stromverbrauch an eine allgemeine Strompreiserhöhung schreitet, bevor es sein Defizit durch eine Vervielfachung des Strompreises für leistungsfähige Großverbraucher zu decken versucht hat. Auch eine nicht auf „Mittelstandspolitik" eingestellte sozialdemokratische Stadtverwaltung ist noch nicht darauf gekommen, daß Kaffeehäuser, Restaurants, Kinos auch eine zehnfache Stromgebühr zahlen können und sie überwälzen sollen, weil ihr Bestand und jedenfalls ihre übermäßige Frequentierung volkswirtschaftlich unerwünscht ist und daher gedrosselt werden soll.

Digitized by Google

segensreichste zurückzuwirken. Nehmen wir an, in irgend einem Industriezweig würde die erzeugte Warenmenge durch höhere Arbeitsleistung, durch vermehrte Kohlen- und Rohstoffzufuhr oder durch Entstehung neuer Anlagen verdoppelt, so wäre es möglich, entweder die auf die Produkteinheit berechnete Umlage bei gleichem Umlagekontingent für diesen gesamten Industriezweig auf die Hälfte herabzusetzen. Das wäre — bei unveränderten Weltmarktpreisen und unverändertem Valutastand — deshalb unbillig, weil die Ermäßigung ausschließlich den Unternehmern als Übergewinn zugute käme. Ebenso unbillig aber wäre es, diese Differenz etwa zu einer Lohnaufbesserung in dem betreffenden Industriezweig zu benützen, da diese Arbeiter aus Gründen, die nicht sie geschaffen haben (die höhere Leistung findet bereits im höheren Akkordlohn ihr Entgelt), vor anderen Arbeiterkategorien bevorzugt wären. Man wird also in diesem Fall eine Neuaufteilung der Kontingente vornehmen, bei der minder gut gestellte Industriezweige entlastet werden, so daß ihnen ihre Konkurrenzfähigkeit im Ausland erleichtert wird. Tritt aber eine solche Produktionssteigerung gleichzeitig in zahlreichen Industriezweigen oder allgemein ein, dann entsteht die Möglichkeit, entweder eine weitere Verbilligung des unter staatlicher Preiskontrolle stehenden Minimums eintreten zu lassen — in diesem Fall würde ein Teil des unverändert gebliebenen Lohnes der Arbeiter und Angestellten für anderweitige Verwendung frei — oder die Minimalversorgung zu erhöhen, das heißt in das Existenzminimum eine größere Gütermenge einzubeziehen, oder endlich dem Staat zu den großen sozialen Werken die Mittel zuzuführen, die ihm die überreiche Wirtschaft vor dem Krieg versagt hat und die verarmte kapitalistische Wirtschaft nach dem Krieg erst recht versagen wird. In allen Fällen würde

Digitized by Google

sich also die bessere Gesamtversorgung der Volkswirtschaft, der größere Güterbestand sofort in eine Besserstellung der Arbeiterschaft (und der im Mitgenuß des Existenzminimums stehenden Volksschichten) umsetzen lassen. Die Landwirtschaft bliebe von der unmittelbaren Teilnahme an der besseren Güterversorgung ausgeschlossen oder könnte nur dann in ihren Genuß treten, wenn sie entweder ihren eigenen Verbrauch an ihren Erzeugnissen weiter einschränkt oder selbst ihre Produktion parallel mit Industrie und Gewerbe steigert, also ihrerseits den Versorgungsfonds der Volkswirtschaft vermehrt.*)

Ergänzt wird dieses Bild durch den völligen Umbau des Staatshaushaltes im sozialen Staat: Eine ausschließlich in Anleihetitres oder Bargeld einzuzahlende Vermögensabgabe entlastet den Staat vom Schuldendienst, den ihm der Krieg als schwere Bürde hinterlassen hat. Die allgemeine Abrüstung nimmt ihm die Wehrausgaben ab. Die Übertragung des öffentlichen Finanzdienstes an die Gildenorganisation befreit ihn von den hauptsächlichen Kosten der Finanzverwaltung und die Anpassung an die Weltmarktpreise in einer unter Sicherung des Existenzminimums ins Gleichgewicht gebrachten Volkswirtschaft beseitigt das Defizit der öffentlichen Betriebe. Was an unproduktiven staatlichen Ausgaben übrig bleibt — im wesentlichen Polizei- und Justizdienst, Schule sowie die Kosten der äußeren Vertretung und der auf einen Mindeststand an Personal reduzierten Zentralstellen —, findet weiter in den Resten des alten Steuersystems seine Deckung.

*) Wie weit die Landwirtschaft in den Genuß eines industriellen Existenzminimums gesetzt werden kann und soll, wäre davon abhängig zu machen, daß sie im gleichen Umfang ihr Erzeugnis zu einem um die Umlage verbilligten Preis der Industrie zur Verfügung stellt.

Digitized by Google

Die Institutionen aber, die die frei werdenden öffentlichen Angestellten aufnehmen und zweckmäßig verwenden oder wenigstens den Abbau schmerzlos gestalten können, sind wieder die Steuerverbände selbst, die ihre Kosten aus ihren eigenen Einnahmen vorweg aufbringen. Denn diese Steuerverbände können und müssen sehr bald über ihren ursprünglichen Zweck hinauswachsen. Ihre Entstehung erzwingt der Bankrott des kapitalistischen Steuerstaates, ihre Entwicklung aber bestimmen die Ziele des sozialen Staates. Die Einhebung der Umlage bedingt die Führung einer nach Menge und Wert detaillierten Produktionsstatistik. Von da ist nur ein Schritt dazu, die Steuerverbände zu Organen der Rohstoffverteilung, der Kohlenzuweisung, aber auch der Rationalisierung der Betriebe zu machen. Ihnen wird die Normalisierung und Typisierung der Erzeugnisse, ihnen die Vermittlung einer rationellen Betriebskonzentration obliegen. Aber sie können und werden darüber hinaus in dem Umfang auch zu Trägern kommerzieller Aufgaben werden, in dem es in der Vorkriegswirtschaft bereits Kartelle und Syndikate gewesen sind, Kreditbürgschaft gegenüber dem Ausland übernehmen, den Veredlungsverkehr mit dem Ausland zentralisieren, gemeinsamen Materialeinkauf und Warenverkauf besorgen usw. (Wobei immer festzuhalten ist, daß die Steuergilden staatsfreie, autonome Organe des betreffenden Wirtschaftszweiges sind.) Und sie können schließlich zu Trägern des volkswirtschaftlichen Fortschrittes auch in dem Sinne werden, daß sie für Rechnung des gesamten Wirtschaftszweiges solche Unternehmungen ins Leben rufen oder finanzieren, zu denen die private Initiative oder die private Kapitalskraft nicht ausreicht. So wäre z. B. die Finanzierung des Ausbaues der Wasserkräfte in der Weise denkbar, daß die Mittel dazu sowohl auf die zu ihrem Ausbau

Digitized by Google

erforderlichen Materialien (Zement, Sägeware, Leitungsmaterialien, Maschinen) umgelegt werden — mit der Absicht und der Wirkung, daß die Verwendung zu anderen Zwecken eingeschränkt wird — als auch auf diejenigen Industriezweige oder (bei entsprechender Aufteilung durch ihren Steuerverband) auf diejenigen Unternehmungen, die von dem Ausbau der betreffenden Wasserkraft (durch Kohlenersparnis oder auf andere Weise) Vorteil ziehen.

Wir haben unseren Vorschlag mit Vorbedacht bisher abstrakt-theoretisch formuliert und begründet. Wir wissen, daß er in dieser Form, wie alles, was in die Zukunft weist, utopisch scheint. Wir müssen deshalb zu den Elementen zurückkehren, die unsere kritische Analyse der Probleme der Staatswirtschaft bloßgelegt hat, und müssen prüfen, ob der Boden bereitet ist, auf dem der soziale Staat der Zukunft gegründet werden kann. Zunächst: Weder die Steuerverbände noch das Wirtschaftsparlament begegnen bei ihrer Bildung erheblichen organisatorischen Schwierigkeiten. Die Kriegserfahrung hat gelehrt, innerhalb wie kurzer Zeit derartige umfassende Organisationen zustandegebracht werden können. Heute fehlen allerdings dem Staat manche Zwangsmittel, um widerstrebende Unternehmer in einen solchen Verband hinein zu bringen. Aber es fehlt auch den Unternehmern das Motiv, sich fernzuhalten. Denn der Staat tritt ihnen nicht mehr wie im Krieg als Diktator gegenüber. Der Staat bleibt der Verbandbildung ferne, er ernennt nicht mehr ihre Organe, die durch freie Wahl zustandekommen sollen, er hat auf ihre Beschlüsse auch keinen bestimmenden Einfluß mehr. Soweit aber einzelne Unternehmer geneigt sein sollten, die neue Wirtschaftsform als solche zu sabotieren, würde die Teilnahme der Arbeiterschaft rasch Abhilfe schaffen.

Digitized by Google

Schwieriger und von prinzipieller Bedeutung ist die Kompetenzabgrenzung und verfassungsmäßige Stellung des Wirtschaftsparlaments, insbesondere sein Verhältnis zu dem aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht hervorgegangenen politischen Parlament. Denn so wenig die Steuerverbände sich auf die Aufteilung und Einhebung der Umlage beschränken werden, so wenig wird und kann sich das Wirtschaftsparlament auf die Dauer damit begnügen, die Summe, die ihm der Finanzminister als Erfordernis mitteilt, auf die einzelnen Wirtschaftszweige umzulegen. Indem das Wirtschaftsparlament zum obersten Verfassungsorgan der Finanzwirtschaft wird, obliegen ihm zugleich die Festsetzung, Erhöhung und Einschränkung des Minimums selbst und damit alle wesentlichen Aufgaben der Wirtschaftspolitik überhaupt. Auf der anderen Seite wird sich das allgemeine Parlament von den wirtschaftlichen Fragen nicht ausschalten lassen. Die Überbrückung dieses Gegensatzes hat der englische Gildensozialismus bereits gefunden: Wirtschaftsparlament und politisches Parlament bestehen als zwei gleichberechtigte, nach verschiedenen Prinzipien orientierte Kammern nebeneinander fort, wobei jene in erster Linie die Produktions-, diese die zumal durch außerwirtschaftliche Motive und Ideen beeinflußten Konsumenteninteressen zu wahren hat. Dadurch wird es auch vom radikal-demokratischen Standpunkt aus unerheblich, daß das Wirtschaftsparlament grundsätzlich in allen Kurien (also nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft, in Handel und Kreditvermittlung) Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu paritätischer Vertretung beruft. Das soziale Machtverhältnis spiegelt sich im allgemeinen Parlament ohnehin numerisch rein wider und im Wirtschaftsparlament dürften allenfalls Berufsgegensätze, aber nicht Gegensätze der Klasse zum Vorschein kommen. Im

Digitized by Google

übrigen mag in Streitfällen zwischen beiden Kammern — etwa über die Verbilligung eines notwendigen Bedarfsartikels, die Ausdehnung des sozialen Minimums oder die Verwendung der Umlagenüberschüsse für einen bestimmten Zweck — eine Volksabstimmung entscheiden. Grundsätzlich werden diese Fragen — ganz unabhängig von dem Schicksal unseres Vorschlages — überall dort zu lösen sein, wo ein wirksames Rätesystem der Verfassung des parlamentarisch-demokratischen Staates einzuordnen ist.

Die Verbandbildung innerhalb der Wirtschaft ist gleichfalls — unabhängig von der Verwirklichung des Räteprinzips — auf dem Wege und sie schreitet trotz aller inneren Widerstände, die ihr von den konservativ und liberal gerichteten Unternehmerkreisen bereitet werden, rasch fort. Die Aufgaben, die den Verbänden gesetzt werden, sind mannigfacher Art. Der stärkste Antrieb zur Verbandbildung ist in der jüngsten Zeit für Deutschland von der Notwendigkeit der Außenhandelskontrolle ausgegangen. Gemeinsame Kreditbürgschaft für Auslandskredite, Verteilung kontingentierter Rohstoffmengen, knappe Kohlenversorgung usw. bieten andere Anlässe zu zusammenfassender Organisation. Das Ob der allgemeinen Verbandbildung ist heute gar nicht mehr strittig: Das Problem der weiteren Entwicklung besteht nur mehr in der Aufgaben- und Machtfülle, die den Verbänden zufallen wird.

Was jetzt in Deutschland geschieht, ist nicht zweckhaft im konkreten Sinne. Was dort an Organisationen entsteht, will nur einer allgemeinen Tendenz entgegenkommen, der Tatsache Ausdruck geben, daß die Individualwirtschaft aufgehört hat, einer von Staat und Volksgemeinschaft isolierten privaten Sphäre anzugehören, daß jedes Unternehmen ein Stück der einheitlichen Gemeinwirtschaft geworden ist, das Teil

Digitized by Google

hat an seinen übergroßen Lasten und darum auch den Gemeinschaftsregeln, die die Lasten erträglich machen sollen, unterworfen ist, daß aber auch die staatliche „Sozialpolitik" sich nicht mehr darin erschöpft, Schutzwehren vor der Arbeiterschaft gegen Ausbeutungsgelüste des Kapitals aufzurichten, sondern den Massen selbst in einer Zeit der allgemeinen Not ihr Lebensminimum zu sichern: Das ist keine Frage des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit mehr, sondern eine, die den einheitlichen Gesamtkomplex der volkswirtschaftlichen Produktion und Verteilung über alle Klassengegensätze hinweg durchdringt. Die Gemeinschaft als Ganzes erhebt ihren Anspruch auf den höchsten Arbeitsertrag der Wirtschaft und drängt damit zur Bildung von Organen, die auf diesen höchsten Arbeitsertrag hinwirken und seine Verteilung nach den Geboten sozialer Gerechtigkeit besorgen, weil der alte bureaukratisch-kapitalistische Steuerstaat vor dieser Aufgabe versagt.

Aber auch das Verlangen nach der Sicherung des Existenzminimums für den Einzelnen durch die Gesellschaft hat nicht erst die Revolution erhoben. Auch sie führt auf das sozialpolitisch am weitesten vorgeschrittene England zurück. Die Forderung des Mindestlohnes hat sich der englische Kohlenarbeiter schon Jahre vor dem Krieg in schweren Kämpfen durchgesetzt. Und seither ist sie immer lauter zum Kampfruf der ganzen Industriearbeiterschaft geworden. Sie wird dort als notwendige Ergänzung des achtstündigen Normalarbeitstages angesehen und als solche nicht nur von der Arbeiterpartei sondern auch von den linksstehenden Gruppen der alten Parteien verfochten und sie hat alle Aussicht, zum offiziellen Programmpunkt der in Entstehung begriffenen Mittelpartei zu werden. Aber dieser Mindestlohn, dessen reale Kaufkraft übrigens in

Digitized by Google

England weit über dem liegt, was in dem ausgehungerten, verarmten Mitteleuropa auf absehbare Zeit hinaus bei gerechtester Verteilung und bei ungestörter Erstarkung seiner Produktionsfähigkeit den Massen zugänglich sein wird, hat als soziale Forderung nur dann einen Sinn, wenn ihm eine annähernd gleichbleibende Masse von lebensnotwendigen Gütern entspricht, d. h. nur unter der Voraussetzung eines stabilen Geldwertes, der natürlich für England bei weitem nicht die Problematik besitzt wie für die Staaten des europäischen Kontinents. Aber im Wesen läuft diese Forderung auf dasselbe hinaus wie die Garantie eines naturalen Minimums für jedes arbeitswillige Mitglied der Gesellschaft.

Der soziale Staat der Zukunft wird freilich darüber hinausgehen. Er wird sich nicht damit begnügen, die untere Grenze zu ziehen, unter die er kein Mitglied der Gesellschaft ohne dessen Schuld hinabsinken läßt. Er wird — und das wird die soziale Machtverteilung, die die Revolution geschaffen hat, erzwingen — den wieder wachsenden Reichtum der Gesellschaft nicht mehr einseitig einer bevorrechteten Klasse zufließen lassen, wie er sich nie mehr wieder von der Kontrolle der wirtschaftlichen Produktion zurückziehen wird. Es wäre müßig, darüber zu streiten, ob das wirklich zu der „Planwirtschaft" führt, die weite Kreise in Deutschland fordern. Es mag sein, daß die Entwicklung in absehbarer Zeit diesem Ziele zustrebt. Aber diejenigen, die da glauben, daß man „Planwirtschaft" machen könne, irren ebenso wie diejenigen, die Sozialismus machen wollen. Es gehört ebenso viel unhistorischer Sinn wie Mangel an Ehrfurcht vor der unendlichen Mannigfaltigkeit des Lebens zu dem Glauben, die moderne Wirtschaft als die komplizierteste und empfindlichste Erscheinungsform des gesellschaftlichen Seins

Digitized by Google

in eine ins Einzelne vorgezeichnete Bahn zwingen zu können, das Wollen und Wissen eines Einzelnen oder eines noch so sorgfältig zusammengesetzten „Rates" dem Wollen und Wissen all der Millionen zu substituieren, die den Lebenskampf unter eigener Verantwortung zu führen haben. Nicht die wirtschaftspolitische und ethische Zielsetzung steht hier zur Frage, nicht ob die materiellen und ideellen Werte und Kräfte, die eine solche Planwirtschaft gerade wegen ihrer Vereinfachung der Lebensformen schaffen und entbinden würde, diejenigen überwiegen, die dadurch verloren gingen, sondern ob die Gesellschaft zu solcher letzten Entscheidung bereits reif ist, ob bei all der ungeheuren Beschleunigung, die die gesellschaftliche Entwicklung durch Krieg und Revolution erfahren hat, Entwicklungsphasen übersprungen werden können, die nicht die Technik, sondern das gesellschaftliche Bewußtsein zu durchschreiten hat — das Bewußtsein, das sich nicht an abstrakten Zielen der Zukunft, sondern an der Not des Augenblicks formt.

Es ist die Krise des Sozialismus, das verkannt zu haben; daß er den Weg zu einer künftigen Gesellschaftsordnung sucht, während er noch der Not des Augenblicks hilflos gegenübersteht. Aber schon zeigt sich auch hier ein überaus bemerkenswerter Wandel. Immer mehr vertieft sich die sozialistische Literatur dahin, daß sie das Produktionsproblem, nicht mehr das Verteilungsproblem zum Gegenstand ihrer Forschung und ihrer Propaganda macht, daß sie der sozialistischen Wirtschaft den Vorzug der größeren Ergiebigkeit, der höheren qualitativen und quantitativen Leistung sichern will. Immer mehr wird der Sozialismus dem Wert und der Bedeutung der Führerpersönlichkeit, des selbständig geistig schaffenden Individuums gerecht und damit der Notwendigkeit der Einkommensdifferen-

Digitized by Google

zierung auch in der sozialisierten Wirtschaft. Daß das den Sozialismus von der wirtschaftstheoretischen (nicht der soziologischen) Grundlage wegführen muß, in der er unverrückbar zu wurzeln vermeinte, daß das Wesen und Wirken der Führerpersönlichkeit aus der objektiven Wertlehre nicht zu erklären und zu sichern ist, wollen heute noch die wenigsten Sozialisten zugeben, wird sich aber ihrer Erkenntnis immer stärker aufdrängen *). Und mindestens bis dahin müssen für die Erhaltung der wirtschaftlichen Führer sachliche Garantien bestehen bleiben, muß die höhere Entlohnung der selteneren geistigen Leistung, die Unternehmer- und Erfinderprämie, die Schätzung der wirklich geistigen Arbeit (die noch nicht durch die Ausübung des Berufes am Schreibtisch, statt hinter der Maschine qualifiziert ist) gegen die Begehrlichkeit der Massen geschützt werden, die vom Geist und der Sittlichkeit des Sozialismus noch so weit entfernt sind wie die Horden der Gegenrevolution vom Geiste des Christentums. Hier löst sich die Paradoxie, die uns in anderem Zusammenhang bereits entgegengetreten ist, daß gerade der soziale und demokratische Staat der Zukunft die stärkste Sicherung des privaten Eigentums erfordert: Es bildet als Institution gewissermaßen den Damm, der die chaotischen Strömungen der Revolution in eine feste Richtung zwingt, sie daran hindert, sich verheerend über die Gefilde der Wirtschaft zu ergießen und die Saaten zu zerstören, aus denen ein reicheres Leben der Zukunft sprießen soll.

Aber das private Eigentum an Produktionsmitteln ist als gesellschaftliche Institution dem Werden und

*) Vgl. dazu die ganz vorzügliche Arbeit von Eduard Heimann „Die Sozialisierung" im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 45, 3. Heft, S. 586, der zu demselben Ergebnis von einer anderen Seite kommt.

Digitized by Google

Vergehen unterworfen. Es mag und soll sich als Rechtsform erhalten, aber es muß und wird mehr und mehr seinen Inhalt wandeln. Es hört auf, Selbstzweck zu sein, unübersteigbare Schranke der Erfüllung der Gemeinschaftszwecke, es wird vielmehr selbst zu ihrem Instrument, der Privateigentümer zum Beauftragten der Gesellschaft, als dienendes Glied ihr eingefügt, bis die Automatik der Wirtschaft des sozialen Staates so weit gesichert ist, daß er auf die Rechtsform verzichten kann, weil er für die notwendigen Kräfte der Wirtschaft einen anderen Antrieb geschaffen hat. Es ist der tragische Irrtum des Marxismus, daß er glaubt, das Ziel vorwegnehmen zu können, weil er die Formen des gesellschaftlichen Seins gegenüber seinem Inhalt überschätzt. Es ist der tragische Irrtum jedes Radikalismus, der nicht organisch fortbildet, sondern konstruiert, nicht von der Wirklichkeit, sondern von der Idee ausgeht und dieser die Wirklichkeit zu unterjochen strebt, daß er den Kampf gegen vielhundertjährige, tief im allgemeinen gesellschaftlichen (auch sozialistischen!) Bewußtsein verwurzelte Institutionen aufnimmt, statt sie nach seinen Zielen umzubilden. Der Weg zum Sozialismus führt nicht über die Abschaffung des Privateigentums, sondern über die Umformung der Produktion und Verteilung durch Organe der Gesellschaft, bis die Rechtsform zur wesenlosen Hülle geworden ist, die der verjüngte, gesundete Körper der menschlichen Gesellschaft als wertlosen Rest einer überwundenen Vergangenheit abstreift.

Aber noch viel tragischer ist der Irrtum einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, deren einziges Zukunftsprogramm in einer Negation besteht: In der Negation des Sozialismus, in der Rückkehr zu den liberalen Ideen eines versunkenen Jahrhunderts. Die Geschichte kennt kein Zurück, kennt keine Restitutio in

Digitized by Google

integrum, sie schreitet vorwärts, mögen Richtung und Ziel ihres Weges rückwärts gewendeten Geistern passen oder nicht. Aber diejenigen, die nur negieren, statt selbst in voller Würdigung der Not, getrieben von der Verantwortlichkeit gegen die weltgeschichtliche Epoche, in der wir leben, einen Weg aus der Wirrnis dieser Tage zu weisen, begeben sich des Rechtes, sich Hüter überkommener Werte zu nennen. Der wirklich Konservative ist nie reaktionär, er spinnt nur den Faden der Geschichte fort und sorgt dafür, daß er nicht abreiße. Konservative Politik treiben heißt, die Kontinuität der Entwicklung wahren. Konservativ in diesem Sinn — und an ihm wird der Gegensatz von „bürgerlich“ und „sozialistisch“ zum Unsinn — ist, wer dem Haß die Liebe, dem Neid das Mitleid, der Gewissenlosigkeit das Pflichtbewußtsein, der Unwissenheit das Wissen, dem Ungeist den Geist entgegensetzt. Und der Geist bleibt am Ende doch das Stärkste.

Digitized by Google

Nachtrag

Der Staatsvoranschlag 1920/21 bemißt die Ausgaben mit 33.194 (gegen das Vorjahr + 16.321) und Einnahmen mit 20.655 (+ 14.361), somit das Defizit mit 12.539 (+ 1960) Millionen Kronen. Für den Staatsschuldendienst sind 5082 Millionen vorgesehen, darunter 1867 Millionen für Schuldtilgung, hauptsächlich aus dem Erlös der Vermögensabgabe. Die Aufteilung der altösterreichischen Staatsschuld durch die Reparationskommission ist noch nicht erfolgt. Die Budgetansätze sind daher vorläufig. Der Anteil der Republik Deutschösterreich an den altösterreichischen Schulden wird zunächst mit 44.958 Millionen angenommen. Dazu kommt die deutschösterreichische Staatsschuld mit 14.904, ferner die bis zum 30. Juni 1920 gewährten Auslandskredite für Lebensmittel und Rohstoffe von 17.500 Millionen, berechnet zu den Devisenkursen dieses Tages. Die Schuld erhöht sich mit der Kurssenkung der Krone und ist im Zeitpunkt der Veröffentlichung des Staatsvoranschlages tatsächlich bereits mehr als doppelt so hoch. Die Ausgaben für soziale Zwecke stellen sich auf insgesamt 14.949 Millionen Kronen (im Vorjahre 8136 Millionen). Davon entfallen 4499 Millionen auf Teuerungszulagen an staatliche Angestellte. Die Zuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel betragen 7133 Millionen. Dieser Betrag ergibt sich allein bei den Lebensmitteln, die gegen Barzahlung angeschafft sind. Die Zuschüsse zu den kreditierten Lebensmitteln werden im Budget überhaupt nicht ver-

Digitized by Google

rechnet. Außerdem ist auch dieser Betrag wieder zu den niedrigen Devisenkursen vom 30. Juni ermittelt. Das wirkliche Defizit wird sich also auch aus diesem Titel wieder um einige Milliarden erhöhen. Die Ausgaben für das Heerwesen betragen 1040 Millionen. Für Beamte und Angestellte sowie für Pensionen werden insgesamt 8931 Millionen (doppelt soviel wie im Vorjahr) aufgewendet. Diese Ziffer ist inzwischen wieder um 2300 Millionen überholt. Daran nehmen 263.000 aktive (einschließlich des Heeres) und 95.000 pensionierte Staatsangestellte teil.

Von den Einnahmen entfallen auf öffentliche Abgaben 8493, und zwar direkte Steuern 4174 (einschließlich der ersten Rate der in drei Jahren einzuzahlenden Vermögensabgabe von 2500 Millionen), Verbrauchssteuern 775, Zölle 2144, Gebühren 1400 Millionen. Die Monopolbetriebe sind mit 2306 Millionen Ausgaben (darunter Tabak mit 1974) und 3632 Millionen Einnahmen (darunter Tabak 3111 Millionen), also mit einem Überschuß von 1326 (darunter Tabak 1137) Millionen vorgesehen. Von den Staatsbetrieben, deren Bruttoeinnahmen mit 5626 und deren Gesamtausgaben mit 8494, das Defizit daher mit 2868 Millionen veranschlagt sind, entfallen allein auf die Staaatsbahnen Einnahmen von 3432 und Ausgaben von 5601, somit ein Defizit von 2170 Millionen. Ferner sind passiv die Post mit 149, Telegraph, Telephon und Rohrpost mit 424, die Postsparkasse mit 67, die staatlichen Industriewerke mit 81 Millionen Kronen.

Digitized by Google

Inhalt

Seite

Vorwort . . . . . V—XIII

Die wirtschaftliche und soziale Struktur Deutschösterreichs . . . . . 1—119

Der Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie. — Die Begründung der neuen Nationalstaaten improvisiert. — Unklarheit ihres gegenseitigen Verhältnisses. — Der politischen und nationalen Machtverschiebung folgt die wirtschaftliche. — Enge Verbindung von Staat und Wirtschaft in den jungen Staaten. 1—10

Schwierigkeit der Lastenfeststellung für Deutschösterreich. — Deutschösterreichische Staatsschuld nach dem Friedensvertrag. — Oesterreichisch-ungarische Bank. — Deutschösterreichs Staatshaushalt. — Schuldendienst. — Soziale Maßnahmen. — Zuschüsse zu den Lebensmitteln. — Einschränkung des staatlichen Apparats. — Staatseinnahmen. 10—42

Die Zahlungsbilanz Deutschösterreichs. — Bedarf an Nahrungs- und Futtermitteln. — Rohstoff- und Warenbedarf. — Kohleneinfuhr. — Auswärtige Schuld. — Auswärtige Kapitalsanlagen. — Ausfuhrmöglichkeiten. 42—62

Das Leistungsvermögen der Landwirtschaft. — Getreidebedarf und Ernte. — Kunstdüngerfrage. — Kartoffel. — Hülsenfrüchte. — Fleisch und Fett. — Zucker. — Westungarn. — Zusammenfassung. 63—82

Das Leistungsvermögen der Industrie. — Kohlenversorgung. — Wasserkräfte. — Stellung der alpenländischen Industrie im alten Österreich. — Eisenindustrie. — Maschinenindustrie und Metallverarbeitung. — Fahrzeugindustrie. — Elektro-

Digitized by Google

Seite

industrie. — Holzreichtum. — Möbelindustrie. — Papiererzeugung. — Leder- und Textilindustrie. 83—103

Der Geist des deutschösterreichischen Wirtschaftslebens. — Sonderstellung Wiens. — Städtearmut. — Kreditorganisation. — Handel. — Reaktion der Länder gegen die Abhängigkeit von Wien. — Antisemitismus. — Deutschösterreich kein geschichtliches Gebilde. — Berufsschichtung. — Politische Wirkungen der sozialen Differenzierung. 104—114

Wovon hat Deutschösterreich früher gelebt? — Deutschösterreich als „Bourgeois" unter den österreichischen Nationen. — Verschüttete Einkommensquellen infolge des staatlichen Zerfalls. — Die Aussichten einer Umgestaltung der deutschösterreichischen Wirtschaft. 114—119

Donauföderation oder Anschluß an Deutschland . . . . . 121—151

„Donauföderation" ein begriffliches Mißverständnis. — Geringe Bedeutung der Donau für das österreichische Wirtschaftsleben. — Die Wiederherstellung des zerschlagenen Wirtschaftsgebietes. — Die gegenseitige Absperrung der Nationalstaaten. — Zollunion bedeutet Verzicht auf Souveränität. — Zollfreiheit und Verkehrsfreiheit. — Politische Hindernisse einer wirtschaftlichen Vereinigung der Nationalstaaten. — Mangelndes Wirtschaftsinteresse an der Verkehrsfreiheit. — Staat und Wirtschaft. — Wiederherstellung des freien Verkehrs unmöglich gemacht: durch den Friedensvertrag; durch die Verarmung der Wirtschaft. — Sicherheit des internationalen Verkehrs geschwunden. — Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft schließen Verkehrsfreiheit aus. — Einseitige Abhängigkeit Deutschösterreichs. — Ehrgeiz der Nationalstaaten nach eigenen Wirtschafts- und Kulturzentren durch staatliche Maßnahmen gefördert. — Währungsverschiedenheit der Nationalstaaten. — Überschuß der Nationalstaaten und Wirtschaftsdefizit Deutschösterreichs. — Die Voraussetzungen für die Erhaltung Deutschösterreichs. — Deutschösterreich als Teil

Digitized by Google

Seite

des Deutschen Reiches. — Befreiung Deutschösterreichs aus der wirtschaftspolitischen Wehrlosigkeit gegen die Nationalstaaten. — Sicherung seiner „bürgerlichen" Funktionen. — Ausgestaltung des Produktionsapparates. — Das moralische Moment als Wirtschaftsfaktor.

Lösungsversuche . . . . . 153—215

Wiederherstellung der freien Wirtschaft. — Die Unmöglichkeit eines „Finanzplanes". — Noten· inflation und Währungszerfall. — Handelsbilanz und Zahlungsbilanz. — Korrektur der Gleichgewichtsstörung im Krieg von der Geld- und Warenseite ausgeschlossen. — Entwicklung seit dem Waffenstillstand. — Produktionssteigerung oder Verbrauchseinschränkung. — Rückkehr zur freien Wirtschaft. — Angleichung an die Weltmarktpreise. — Verzicht auf Steigerung der Inflation ohne unmittelbaren Einfluß auf den Produktionsumfang. — Grenzen der Verbrauchseinschränkung. — Preissteigerung und Staatseinnahmen. — Die Marktrevolution im Innern. — Krieg und Marktgestaltung. — Die bewußte Anerkennung des Preisniveaus als Grundlage der Sanierung des Staatshaushaltes. — Ihre sozialen Gefahren. — Die Unentbehrlichkeit der Exportprämie 153—176

Die Funktionen des Auslandskredits. — Lebensmittelkredit. — Rohstoffbeschaffung. — Lohnarbeit und Veredlungsverkehr. — Raubbau und Kapitalsverschleuderung. — Investitionskredite. — Die Chancen des Auslandskapitals. 176—183

Das Notenbankproblem. — Der Wunsch nach der „besseren" Währung. — Das Notenbankproblem als internationale Erscheinung. — Geld als Kreditmittel. — Die Liquidation der Warenvorräte. — Das Währungsproblem als Produktions- und Steuerproblem. — Die nationale Gebundenheit und Bedingtheit der einzelnen Währungen. — Die Wertverschiedenheit der Währungen. — Banknote und Auslandszahlung. — Der Krieg hat die automatische Korrektur der Zahlungbilanz durch die Wechselkurse aufgehoben. — Er hat ihre automatische

Digitized by Google

Seite

Korrektur von der Warenseite aufgehoben. — Er hat große Papiergeldmassen über die Grenze in Bewegung gesetzt. — Er hat die Wirtschaftskraft der einzelnen Staaten auf ihre äußerste Grenze zurückgeführt. — Scheinbare Duplizität des Währungsproblems. — Währungsreform und Wirtschaftsbilanz. — Das Landesbergersche Notenbankprojekt. — Die „Goldnote“ 183—201

Die Vermögensabgabe. — Ihre staatsfinanziellen und sozialen Aufgaben vor dem Zusammenbruch. — Goldscheids Naturalabgabe. — Vermögensabgabe und Geldentwertung. — Relative Verringerung der Schuldenlast. — Vermögensabgabe und Auslandskredit. — Gratisaktien. — Die Steuerhypothek. — Die Bedeutungslosigkeit der Vermögensabgabe 201—215

Das Finanzsystem des sozialen Staates . 217—312

Das Wesen der Krise. — Budgetdefizit als allgemeine Kriegsfolge. — Das staatswirtschaftliche Problem. — Die früheren Krisen. — Die Krise der Staatswirtschaft keine Finanzkrise. — Das Wesen der Krise: das Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch. — Güterknappheit und Überproduktion. — Die Anarchie des Marktes. — Die Schwächung des Produktionsapparats. — Der Zusammenbruch der europäischen Währungen. — Kriegs- und übergangswirtschaftliche Maßnahmen des Staates. — Die wirtschaftlichen Entwicklungsphasen seit dem Zusammenbruch. — Die Umwertung der wirtschaftlichen Werte. — Das Mißverhältnis zwischen der überkommenen Struktur des Produktionsapparates und der veränderten volkswirtschaftlichen Wert- und Bedürfnisskala. — Die internationalen Wirkungen der Krise. — Die Notwendigkeit der Umgestaltung des Produktionsapparates 217—242

Staatszweck und Formen der Staatswirtschaft in der Geschichte. — Staat und Volkswirtschaft bis zum Krieg. — Die Erweiterung der Staatsaufgaben durch den Krieg. — Wesensänderung des Staates. — Staatsallmacht und Staatsohnmacht. — Motive und

Digitized by Google

Seite

Mängel der Kriegswirtschaft. — Dauernde wirtschaftlich-soziale Kriegswirkungen. — Einheit von Staat und Volksgemeinschaft 242—251

Die Krise des Steuerstaates. — Staat und Staatsbürger. — Obrigkeit und Staatsaufgaben. — Einkommennivellierung der Massen auf dem Niveau des Existenzminimums. — Einkommensteuer als Massensteuer und die verwaltungstechnischen Möglichkeiten des Steuerstaates. — Die wirtschaftliche Psyche der Massen. — Unzulänglichkeit der indirekten Steuern. — Staatsbetriebe und Monopole als staatliche Einnahmenquelle. — Staatsbetriebe und Privatkapital. — Privateigentum als Sicherung gegen Entartungen der Demokratie im sozialen Staate. — Drei Grundforderungen an das Staatsleben der Zukunft: Entbureaukratisierung; Verzicht auf die Zwangswirtschaft; Sicherung des Existenzminimums. — Die freie kapitalistische Wirtschaft zur Erfüllung dieser Forderungen unfähig. — Versagen der freien Wirtschaft in der Herstellung des Gleichgewichtes der Handelsbilanz und in der gerechten Verteilung des unzulänglichen Gütervorrats. — Die Krise des Zwangsstaates. — Naturalwirtschaft oder Geldwirtschaft. — Die Fortbildung der Demokratie durch das Rätesystem. 251—277

Das Finanzsystem des sozialen Staates. — Das physische Existenzminimum. — Deckung des Defizits durch Produktionsumlage. — Wirtschaftsparlament und Steuerverbände. — Die Grundsätze der Kontingentbemessung. — Die Einhebung der Umlage. — Umlagefreiheit der Landwirtschaft. — Industrie und Gewerbe. — Die künftige Funktion der Zollpolitik. — Umlagesystem und Rationalisierung der Wirtschaft. — Der Handel. — Die Arbeiterschaft. — Der Weg zum sozialen Wirtschaftsstaat. — Die Reste des alten Steuersystems. — Die Durchsichtigkeit des Geldschleiers. — Die Umschichtung der Wirtschaft. — Die theoretischen Grundlagen des Umlagesystems. — Umlage und Geldwertänderung. — Begünstigung und Be-

Digitized by Google

Seite

steuerung der Landwirtschaft. — Die Verwendung des Produktionsüberschusses. — Der Umbau des Staatshaushaltes. — Steuerverbände und staatliche Bureaukratie. — Wirtschaftsparlament und politisches Parlament. — Die Tendenz zur Verbandsbildung. — Der Anspruch der Gesellschaft auf den höchsten Arbeitsertrag der Wirtschaft. — Mindestlohn und Existenzminimum. — Umlagesystem und Planwirtschaft. — Die Krise des Sozialismus. — Sozialismus und Privateigentum. — Der Irrtum des Liberalismus. — Konservatismus und Radikalismus.

277—312

Nachtrag 313

Digitized by Google

Digitized by Google

RETURN TO ⟶ MAIN CIRCULATION

ALL BOOKS ARE SUBJECT TO RECALL
RENEW BOOKS BY CALLING 642-3405

DUE AS STAMPED BELOW

FEB 15 1996

RECEIVED
JAN 21 1996
CIRCULATION DEPT.

UNIVERSITY OF CALIFORNIA, BERKELEY
BERKELEY, CA 94720

FORM NO. DD6

Digitized by Google

YC 80394

U. C. BERKELEY LIBRARIES
C051424502

483251

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY

Digitized by Google

Digitized by Google